



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Vom Widerstand zur Wende:

Die Grüne Haltung zur Europäischen Integration“

Verfasser

Gerald John

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 312

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Geschichte

Betreuerin / Betreuer:

Univ.-Doz. Dr. Siegfried Mattl

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Einleitung	6
1.1. Vorwort	6
1.2. Inhalt und Aufbau der Arbeit	8
1.3. Quellenlage	9
1.4. Interviews mit Grün-Politiker(inne)n	11
1.5. Zur Methodik der Leitfadeninterviews	12
1.5.1. Vorteile des qualitativen Ansatzes	12
1.4.2. Zur Form des Leitfadeninterviews	13
2. Die Geschichte der europäischen Integration im Überblick	16
3. Österreich und die europäische Integration	22
4. Vorgeschichte und Wurzeln der Grünen in Österreich	27
4.1. Rahmenbedingungen	27
4.1.1. Der ökologische Boom	27
4.1.2. Wertewandel – eine „stille Revolution“	28
4.1.3. Neue Soziale Bewegungen	29
4.1.4. Gesellschaft und Politik im Strukturwandel	31
4.1.5. Die These von der zweiten Moderne	32
4.2. Die Vorläufer der Grünen Parteien	34
4.3. Sternstunde I: Zwentendorf und die Anti-AKW-Bewegung	35
4.4. Zersplitterung: Alternative, Autonome und kommunalpolitische Pioniere	38
4.5. VGÖ und ALÖ: Zwei Parteien ringen um die Hegemonie	40
4.6. Sternstunde II: Hainburg	42
4.7. Einigungsprozess und Einzug in den Nationalrat	45
4.8. Die Grüne Alternative: Ein turbulenter Einstieg ins Establishment	47
4.9. Neubeginn und Professionalisierung	50
5. Grüne EU-Skepsis –Traditionen, Bilder, Ideologien	55
5.1. „Small is beautiful“: Die EU als zentralistischer Moloch	55
5.2. Kapitalismuskritik: Die EU als Wachstumsmonster	62

5.2.1. Linke und marxistisch orientierte Kritik	62
5.2.2. Ökologisch orientierte Kritik	63
5.2.3. Europas Grüne im Richtungsstreit	64
5.2.4. Die EU als Projektionsfläche für Kapitalismuskritik	65
5.2.5. Die wirtschaftspolitische Schlagseite der Beitrittsdebatte	68
5.3. Antimilitarismus und Neutralität: Die EU als neue Supermacht	70
5.4. Die Tradition eines anderen Standpunktes: Die EU als Elitenprojekt	73
6. Das grüne Nein zum EU-Beitritt 1994: Die Chronologie der Ereignisse	76
6.1. Vorgeschichte: Erste Beschlüsse und Einsprüche	76
6.2. Mobilisierung: Plädoyers, Provokationen und politischer „Ausverkauf“	79
6.3. Eskalation: Verhandlungsabschluss und grüner Glaubenskampf	82
6.4. Festlegung: Ein Nein in fünf Punkten und die Alternativen	85
6.5. Schlussphase: Gegen Mehrheit und Medienmacht	87
6.6. Entscheidung: Volksabstimmung und grüne „Wende“	90
7. Grüne Motive bei der Volksabstimmung 1994	94
7.1. Persönliche Motive aus subjektiver Perspektive der Interviewten	94
7.1.1. Johannes Voggenhuber: Ein Nein aus verletzter Liebe	94
7.1.2. Peter Pilz: Ein Nein aus Parteiräson	96
7.1.3. Andreas Wabl: Ein Nein aus Ideologie und Erfahrung	97
7.1.4. Stefan Schennach: Ein Ja gegen Nationalisten und Nein-Sager	98
7.1.5. Chr. Chorherr: Ein Ja für Chancen und gegenseitige Einflussnahme	100
7.1.6. Monika Langthaler: Ein Ja gegen die Provinzialisierung	101
7.2. Die Motive der grünen Beitrittsgegner	102
7.2.1. Inhaltliche Motive	102
7.2.1.1. Ökologisches Paradigma	103
7.2.1.2. Antikapitalistisches Paradigma	104
7.2.1.3. Antimilitaristisches Paradigma	104
7.2.1.4. Dezentralistisches Paradigma	105
7.2.1.5. Exkurs: Die rechtsnationalen Wurzeln der Grünen	106
7.2.2. Taktische und sonstige Motive	109
7.3. Die Motive der grünen Beitrittsbefürworter	110
7.3.1. Inhaltliche Motive	110

7.3.2. Taktische und sonstige Motive	113
8. Die Kräfteverhältnisse in der grünen Partei	115
9. Die europapolitischen Alternativen der Grünen	117
9.1. Reformallianz der EFTA-Staaten	117
9.2. Das Europa der Regionen und der konföderalen Zusammenarbeit	121
10. Die grüne Kampagne zwischen Ressentiment und Euphorie	123
10.1. Die Diskrepanz zwischen grünem Selbst- und Fremdbild	123
10.2. Bedrohliche Weltmacht, armes Österreich: Grüne Zuspitzungen	124
10.3. Regierung, Eliten, Massenmedien: Die geballte Macht hinter dem Ja	127
10.4. Emotionen und Mythenbildung	128
10.5. Ja zu Europa, Nein zur EU: Widersprüche in der grünen Argumentation	130
10.5.1. Fallbeispiel 1: Nationaler Souveränitätsverlust	130
10.5.2. Fallbeispiel 2: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	132
10.5.3. Fallbeispiel 3: Die irreparablen Schäden des Beitritts	134
11. Dynamik und Antrieb der grünen Debatte	135
11.1. „Glaubenskrieg“ zweier Symbolfiguren	135
11.2. Frauenputsch, Hierarchien, Naturgewalt: Persönliche Konfliktlinien	137
11.3. Schreiduelle, Beleidigungen, Verrätersuche: Grüne Streit(un)kultur	138
11.4. Die Medien als Anheizer und Arena	139
11.5. Autosuggestion und Gruppendruck: Die Kluft zur eigenen Wählerschaft	143
12. Volksabstimmung und „Wende“	147
12.1. Vom Nein zum Ja: Motive und Deutung der „Wende“	147
12.2. Die Folgen der grünen Zustimmung zum Beitritt	151
13. Prophezeiungen, Irrtümer, Erkenntnisse: Persönliche Resümees	155
14. Schlussbetrachtungen	165
15. Kurzbiographien der interviewten Personen	170

16. Literaturliste	173
16.1. Monografien, Aufsätze, Broschüren	173
16.2. Internetquellen	180
16.3. Zeitungen, Zeitschriften, Agenturen	181
16.4. Archivmaterial	182
16.5. Vom Autor geführte Interviews	182
Anhang	183
A1. Abstract	183
A2. Lebenslauf	185
A3. CD-Rom mit den Niederschriften der Interviews (gebundene Version)	

1. Einleitung

1.1. Vorwort

Wer die Beziehungsgeschichte der Grünen zur Europäischen Union aus der Perspektive eines oberflächlichen Beobachters rekapituliert, dem drängen sich kontrastreiche Bilder auf. Vor Österreichs Beitritt im Jahre 1995 hat sich die noch junge Partei als entschiedener Gegnerin der EU ins (medial gespeiste) Gedächtnis eingeschrieben. Ökologische, demokratische und soziale Verheerungen assoziierten die Grünen mit dem realen existierenden Projekt einer europäischen Einigung. Als Urheber besonderer düsterer Szenarien blieb der mit scharfer Rhetorik gesegnete Wortführer Johannes Voggenhuber in Erinnerung, der gegen innerparteiliche Dissidenten rigoros vorzugehen schien und sich den wenig schmeichelhaften Ruf eines ideologisch verbohrtens „Ayatollahs“ erwarb.

Nach dem vollzogenen Beitritt schlug das Image der Grünen ins andere Extrem um. In erstaunlichem Tempo mutierten die vermeintlichen EU-Feinde in der öffentlichen Wahrnehmung zu nicht unkritischen, aber überzeugten Europäern. Die Grünen verpacken heute die meisten Pro-EU-Haltungen aller Parteien in ihre Programme, bauen auf die EU-freundlichste Wählerschaft und fallen nie mit der bei ihren Konkurrenten beliebten Methode auf, „Brüssel“ als Sündenbock für nationale Missstände zu missbrauchen. Wieder war es Voggenhuber, der sich als Galionsfigur der grünen Haltung etablierte. Der angebliche Anti-EU-Fundamentalist schwang sich zum vehementen Verfechter einer supranationalen Einigung auf, mutierte zum Vorkämpfer eines europäischen Verfassungsvertrages und wurde nicht müde, die von den Regierungsvertretern im Rat verkörperten nationalen Egoismen zu geißeln. Einen Beobachter oder gar Sympathisanten der Grünen konnte diese Entwicklung schon rätselnd zurücklassen, denn in der tagespolitischen Schnelllebigkeit wurde über das vermeintliche „Damaskuserlebnis“ öffentlich nicht viel diskutiert. Die Grünen hatten nach der Volksabstimmung über den EU-Beitritt den Wandel mit ihrem Ja zum Beitrittsvertrag im Nationalrat eingeleitet und dann erfolgreich versucht, innerparteiliche Auseinandersetzungen im Sinne eines „Schwamm drüber“ möglichst klein zu halten. Die Mehrheit der Medien bedachte den europapolitischen Positionswechsel ohnehin mit Applaus und schenkte den Nachwehen innerhalb der grünen Partei in der Folge wenig Aufmerksamkeit.

Die vorliegende Arbeit ist ein Versuch, die viel zitierte grüne „Wende“ und ihre Hintergründe tief greifend zu analysieren. Wie ist es zu erklären, dass eine Partei, die nicht zuletzt aus der Erkenntnis globaler (Umwelt-)Probleme geboren wurde, sich mehrheitlich so resolut und mitunter sogar verbissen gegen ein Projekt stemmte, das Politik auf eine übernationale Ebene heben wollte? Welche Motive spielten dabei eine Rolle? Gaben ideologische und historische Prägungen den Ausschlag? Oder führten vor allem kurzfristige, etwa taktische Überlegungen zum Nein? Womit ist die besondere Dynamik der innergrünen Debatte zu begründen, die zu heftigen Streitigkeiten in der Partei und einer Eskalation in der Rhetorik führte? Handelte es sich bei den Ereignissen nach der Volksabstimmung tatsächlich um eine „Wende“ oder sind die Grünen in ihrer Argumentation immer auf dem Boden einer prinzipiell europafreundlichen Partei geblieben, die zwar die EU, aber nicht die Idee der Integration ablehnt? Diese Fragen sollen in den folgenden Kapiteln beantwortet werden.

Der Fokus wird dabei auf das Jahr 1994 gelegt, in dem per Volksabstimmung über Österreichs Beitritt entschieden wurde. Wie aus der Fragestellung ersichtlich, ging es mir weniger um die genaue Dokumentation des chronologischen Ablaufes von Ereignissen, der sich anhand der medialen Berichterstattung nachzeichnen lässt, als um die Suche nach Wurzeln, Ursachen und Beweggründen unter der Oberfläche. Das Verborgene spielt in der Politik insofern eine Rolle, als die offiziellen, in Dokumenten fest geschriebenen Argumente oft nicht die eigentlich ausschlaggebenden Motive widerspiegeln.

Das Interesse für dieses Thema resultiert auch aus persönlichen Erfahrungen. Die Debatte über den EU-Beitritt war nicht nur die erste große politische Auseinandersetzung, die mir ob hitziger Diskussionen im privaten Umfeld in markanter Erinnerung geblieben ist. Als freier – und noch reichlich unerfahrener – Mitarbeiter der Stadtzeitung „Falter“, der gerade seine ersten Gehversuche im Journalismus anstellte, hatte ich im Jahr 1994 auch die Gelegenheit politische Vorgänge aus größerer Nähe zu beobachten, als mir dies als „normaler“ Politik-Konsument möglich gewesen wäre. Diese Erlebnisse haben einen durchaus prägenden Eindruck hinterlassen.

1.2. Inhalt und Aufbau der Arbeit

Kapitel 1 widmet sich nach dem Vorwort und einem inhaltlichen Überblick der Quellenlage und der Methodik der qualitativen Leitfadenterviews, die den Kern dieser Arbeit ausmachen. An das europapolitische Thema heranführen sollen die Kapitel 2 und 3: In geraffter Form werden die Geschichte der Europäischen Integration sowie die Geschichte der österreichischen Annäherung an das Projekt der Europäischen Union soweit aufgerollt, als es für das Verständnis der folgenden, zentralen Teile dieser Arbeit geboten scheint.

In Kapitel 4 werden Wurzeln, Entstehung und Entwicklung der österreichischen Grünen bis zum Jahr 1994 beleuchtet: Von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, ideologischen Hintergründen und den neuen sozialen Bewegungen als Basis über die ersten Manifestationen und Vorläufergruppierungen bis zur Formierung der heute hegemonialen Grünenpartei.

Auf dieser Vorgeschichte baut Kapitel 5 auf. Dieses beschäftigt sich mit den historischen und ideologischen Ursprüngen der in der grünen Partei tief verankerten Skepsis gegenüber der EU, die nicht erst im Entscheidungsjahr 1994 zu Tage getreten ist. Ergänzend dazu bietet Kapitel 6 einen chronologischen Abriss der europapolitischen Debatte innerhalb der Grünen, mit dem Fokus auf das Entscheidungsjahr 1994.

Kapitel 7 forscht nach den maßgeblichen Motiven für die divergenten grünen Haltungen zum Beitritt – einerseits der interviewten Schlüsselpersonen, andererseits der grünen Beitrittsgegner und Beitrittsbefürworter im Gesamten. Analysiert werden sowohl inhaltliche als auch taktische und anderweitige Beweggründe. In einem Exkurs wird nach rechtsnationalen Prägungen der Grünen gesucht, die den Widerstand gegen ein supranationales Integrationsprojekt genährt haben könnten.

Auf der Motivlage aufbauend versucht Kapitel 8, die Kräfteverhältnisse von Befürwortern und Gegnern innerhalb der Partei zu klären, während sich Kapitel 9 mit den von den Grünen angebotenen europapolitischen Alternativen auseinandersetzt, deren Substanz umstritten war und bis heute blieb.

Kapitel 10 beschäftigt sich in vielfältigen Facetten mit der grünen Kampagne, deren Wahrnehmung von einer Diskrepanz zwischen dem grünen Selbstbild als grundsätzlich europafreundlicher Kraft und dem vor allem von den Medien transportierten Fremdbild einer fundamentalen Anti-EU-Partei charakterisiert war.

Diskutiert wird die von Zuspitzungen geprägte Argumentation vor dem Hintergrund einer von einer breiten Mehrheit getragenen Pro-Kampagne, die nicht weniger auf Mythenbildung und Emotionalisierung setzte. Abschließend wird anhand von Fallbeispielen die Frage aufgeworfen, inwieweit die Grünen dabei das von ihnen reklamierte Terrain einer prinzipiell integrationsfreundlichen Partei verlassen haben. Dreht sich Kapitel 10 um die Außenwirkung der grünen Agitation, so beschäftigt sich Kapitel 11 mit der Eskalation nach Innen: Beleuchtet werden die Auslöser und Ursachen für den innerhalb der Grünen heftig geführten Streit um das Thema EU – von persönlichen Kränkungen über kulturelle Prägungen bis zur Rolle der Medien. Kapitel 12 richtet das Augenmerk auf den Volksentscheid pro Beitritt, die von den Grünen daraufhin vollzogene (vermeintliche) „Wende“ sowie die daraus resultierenden Folgen. Persönliche Reflexionen der interviewten Schlüsselpersonen in Kapitel 13 sollen das in der Arbeit entworfene Bild abrunden. Den Abschluss bilden Schlussbetrachtungen in Kapitel 14, Kurzbiografien der Interviewten in Kapitel 15 sowie die Literaturliste in Kapitel 16.

1.3. Quellenlage

In Bibliotheken findet sich reichlich Literatur, die sich mit der Debatte um Österreichs EU-Beitritt und mit der grünen Geschichte auseinandersetzt – aber wenig, die beide Themen kombiniert. So kommen die Grünen auch in den umfassendsten Betrachtungen des heimischen Weges nach „Europa“ nur am Rande vor, was zweifellos damit zusammenhängt, dass sie als kleine Oppositionspartei keine Entscheidungsmacht besaßen.

Eine ausführliche, aber dank stringenter Erzählung dennoch übersichtliche Darstellung der österreichisch-europäischen Geschichte bietet Michael Gehlers *Vom Marshall-Plan bis zur EU. Österreich und die europäische Integration von 1945 bis zur Gegenwart* (Innsbruck, Wien, Bozen 2006). Diese gut lesbare Zusammenschau ist insofern erhellend, als sie viel Augenmerk auf innenpolitische Zusammenhänge legt. Allenfalls leistet sich der Autor – etwa bei der Analyse des Ergebnisses der Beitrittsverhandlungen – ein paar Unschärfen, die für den Leser Fragen offen lassen. Ein lebendiges Panorama der heimischen Debatte zeichnet Gilbert Scharsachs flott geschriebenes *EU-Handbuch. Das große Nachschlagewerk der österreichischen EU-Diskussion* (Wien 1996). Wertvoll ist vor allem die Darstellung der damals

diskutierten Schlüsselthemen und der diesbezüglich ausgehandelten Beitrittsregelungen. Ein Kapitel widmet sich den Positionen der Grünen und bietet einen Abriss der innerparteilichen Diskussion, in dem auf die Beleuchtung von Hintergründen allerdings eher wenig Wert gelegt wird.

Letzteres versucht Franz Heschl einzulösen. Sein *Drinnen oder draußen? Die öffentliche österreichische EU-Debatte vor der Volksabstimmung (Wien 2002)* entwirft das Bild einer von (medialer und politischer) Überforderung geprägten Debatte und gipfelt in der Kernthese, dass die ungeheure Komplexität der Beitrittsfrage zu einer Kanalisierung der Argumentation in wenigen simplifizierenden Mythen geführt habe.

Eine äußerst genaue Analyse der Motive und Argumentationen für und wider Österreichs EU-Beitritt bietet Christian Schaller im von Anton Pelinka herausgegebenen Band *Ausweg EG? Innenpolitische Motive einer außenpolitischen Umorientierung (Wien, Graz 1994)*, der hier stellvertretend für eine ganze Reihe europapolitischer Werke, die von Pelinka publiziert wurden, genannt werden soll. Einen Mehrwert stellt die Dokumentation der wörtlichen Aussagen handelnder Politiker dar, wenngleich auch hier gilt: Die Grünen spielen mangels realpolitischer Relevanz nur eine Nebenrolle.

Diese Lücke können auch Franz Schandl und Gerhard Schattauer nicht schließen, zumal ihr umfangreiche Parteigeschichte *Die Grünen in Österreich. Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft (Wien 1996)* kurz nach Österreichs EU-Beitritt erschienen ist; für mehr als ein paar knappe Verweise auf die innergrüne Debatte blieb offenbar keine Zeit. Was jedoch die grüne Vorgeschichte betrifft, so ist dieses Werk an Detailreichtum kaum zu überbieten. Zwecks unvoreingenommener Verwertung gilt es allerdings eine gewisse Parteilichkeit auszublenden, die immer wieder durchschlägt: Das Buch liest sich streckenweise wie aus der Perspektive eines (ehemals) Beteiligten verfasst – was sich beispielsweise in einer kaum kaschierten Abneigung gegen die nach Meinung der Autoren „rosagrüne“ Hegemonie in der 1986 konstituierten Grünpartei äußert.

Pionierarbeit bei der Erforschung des grünen Verhältnisses zur Europäischen Union hat, soweit für den Autor dieser Diplomarbeit überblickbar, Elizabeth Bomberg mit ihrer Monografie über *Green Parties and Politics in the European Union (London, New York 1998)* geleistet. Als besonders ergiebig erwiesen sich Bombergs Interpretationen der traditionellen grünen Vorbehalte gegen die EU, wobei ihre

gesamteuropäische Perspektive naturgemäß die Parteien aus großen Ländern wie Frankreich und Deutschland stärker ins Zentrum der Analyse rückt, als grüne Gruppierungen aus kleinen Staaten wie Österreich.

Eine wichtige Quelle der vorliegenden Arbeit sind weiters die damaligen Berichte verschiedener Printmedien, aus denen sich vor allem die Chronologie der Ereignisse, die offiziell ins Treffen gebrachten Argumente und auch die Stimmungslage unter den Kommentatoren herauslesen lassen. Den komplettesten Überblick bieten die Meldungen der Austria Presse Agentur.

1.4. Interviews mit Grün-Politiker(inne)n

Zentrale Quelle der vorliegenden Arbeit sind vom Autor geführte Interviews mit sechs (ehemals) grünen Protagonisten, die in der damaligen Auseinandersetzung eine tragende Rolle gespielt haben. Bei der Auswahl der Gesprächspartner wurde versucht, ein möglichst vielfältiges Spektrum an Haltungen und Perspektiven abzudecken: Johannes Voggenhuber war im Jahr 1994 Europasprecher und somit Wortführer der Anti-Beitrittskampagne. Peter Pilz fungierte als Bundessprecher der Grünen; auch er trat folglich für das offizielle grüne Nein ein, musste Kraft seiner Funktion aber gleichzeitig versuchen, beide Flügel in die Parteilinie zu integrieren. Ebenso auf der Seite der Beitrittsgegner stand Andreas Wabl, der gewissermaßen das alternative Lager bei den Grünen repräsentierte.

Für den Beitritt, wenn auch mit Zurückhaltung in der Öffentlichkeit, votierte Stefan Schennach, der die Perspektive des im Hintergrund arbeitenden Kommunikationschefs einbringt. Zu den wenigen Grünen, die öffentlich für den Beitritt eintraten, zählte Christoph Chorherr, mit dem Ruf des Modernisten ausgestatteter damaliger Stadtrat ohne Portefeuille in Wien. Kaum zu übergehen war zu guter Letzt die damalige Umweltsprecherin Monika Langthaler, die als vehemente Beitrittsbefürworterin zum medial höchst präsenten Widerpart Voggenhubers wurde. Die Interviews wurden zwischen März 2007 und November 2011 geführt und den Gesprächspartnern vor der Verwertung zur Autorisierung vorgelegt. Mein großer Dank gilt allen sechs Interviewten für ihre Geduld, ihr Interesse und auch die Mühe, mitunter noch nachträgliche Fragen, die sich aus der weiteren Recherche ergeben haben, zu beantworten. Eine CD-Rom mit der Niederschrift der Gespräche liegt der gebundenen Version dieser Diplomarbeit bei.

Die Ergebnisse eines Gespräches konnten in der Arbeit allerdings nicht verwertet werden. Monika Langthaler hat das mit ihr geführte Interview nachträglich mit der Begründung zurückgezogen, mit der Politik nichts mehr zu tun haben zu wollen; dies hängt nicht zuletzt mit dem Umstand zusammen, dass sich Langthaler von Medienberichten ungerechtfertigt in den Strudel der in jüngster Vergangenheit aufgedeckten Skandale gezogen fühlt. Ich respektierte selbstverständlich diese Entscheidung, bedauere sie aber auch, zumal Langthaler in der grünen EU-Debatte eine besonders markante Rolle gespielt hatte und wertvolle Aspekte zu dieser Arbeit beigesteuert hätte. Die nichtsdestotrotz eingearbeiteten Aussagen Langthalers stammen ausschließlich aus anderen, bereits publizierten Quellen.

1.5. Zur Methodik der Leitfadeninterviews

1.5.1. Vorteile des qualitativen Ansatzes

Leitfadengestützte Befragungen sind eine in der qualitativen Sozialforschung etablierte Methode, die in der (zeit-)geschichtlichen Forschung ebenfalls Anwendung findet. Warum sich ein solcher Ansatz der Datengenerierung für die vorliegende Arbeit angeboten hat, lässt sich aus gewissen Vorteilen heraus begründen, die eine qualitative Strategie gegenüber einer quantitativen verspricht. Baut quantitative Forschung im Wesentlichen auf der Erhebung und Auswertung von Massendaten sowie der Überprüfung vorher generierter Hypothesen auf, so „geht es in der qualitativen Forschung eher darum, einen Fall in all seinen Dimensionen zu erfassen, um dadurch zu einem realitätsgerechten Bild der Wirklichkeit zu gelangen“.¹

Ein zentrales Charakteristikum qualitativer Interviews ist die Offenheit der Fragestellung: Während quantitative Forschung typischerweise mit streng strukturierten Fragekatalogen operiert, die vorgefertigte Antworten zur Auswahl vorgeben, kann der/die Befragte bei der qualitativen Variante frei antworten und zu Protokoll geben, was immer ihm im jeweiligen Zusammenhang von Bedeutung erscheint. Als Vorzug lässt sich dabei ins Treffen führen, dass den Befragten auf diese Weise die Möglichkeit geboten wird, Situationsdeutungen, Handlungsmotive, oder Selbstinterpretationen differenziert darzustellen – und dem Interviewer

¹ Johannes Mayr, Oliver Mayr, Michael Waidacher: Vergleich der Methoden der Soziologie und der Geschichte. Wien 1996., Kapitel 1, 2, 6, 9. <http://www.boku.ac.at/mi/fp/soz/soziologie.html> (Zugriff am 15.11.2012).

umgekehrt die Möglichkeit, im Diskurs gezielt danach zu fragen.² Auf Kosten repräsentativer und zahlenmäßiger Aussagen resultiert daraus die Chance auf einen tieferen Informationsgehalt, als sie quantitative Ansätze bieten.³

Nach Flick, Kardorff und Steinke erhebt qualitative Forschung folglich den Anspruch, Lebenswelten „von innen heraus“ aus der Sicht der handelnden Personen zu beschreiben, somit zum „besseren Verständnis sozialer Wirklichkeiten“ beizutragen und auf „Abläufe, Deutungsmuster und Strukturmerkmale“ aufmerksam zu machen. Ihre Attraktivität schöpft sie aus ihrem im Vergleich zu stark standardisierten Methoden ausgeprägt offenen Zugang zu den untersuchten Phänomenen: So können qualitative Studien ein plastischeres und konkreteres Bild davon bieten, wie ein Betroffener einen bestimmten Sachverhalt erlebt (hat), als es standardisierte Befragungen versprechen. Eine solche Strategie berücksichtigt die Sichtweisen und sozialen Hintergründe der beteiligten Subjekte und legt somit eine große Offenheit für Erfahrungswelten an den Tag. Anders als standardisierte Versuche, die zwecks Konzeption von Fragebögen und anderen Erhebungsinstrumenten eine feste Vorstellung über den untersuchten Gegenstand benötigen, ist qualitative Forschung aufgeschlossen für das „Neue im Untersuchten“.⁴

Zusammenfassend lässt sich folgern: Eine Methode, die auf das „Beschreiben, Interpretieren und Verstehen von Zusammenhängen“ abzielt und „die Wirklichkeit anhand der subjektiven Sicht der relevanten Gesprächspersonen abzubilden“ versucht, um „so mögliche Ursachen für deren Verhalten nachzuvollziehen“, schien geradezu prädestiniert für die vorliegende Arbeit, die – wie einleitend erläutert – bezüglich ihres Forschungsthemas eben diese Ansprüche einzulösen versucht.⁵

1.5.2. Zur Form des Leitfadenterviews

Die oben angesprochene „Offenheit“ bedeutet nicht, dass qualitative Interviews ungesteuert verlaufen. Die Literatur kennt ein breites Spektrum an Typen und Verfahren, die sich nicht zuletzt durch den Grad ihrer Standardisierung unterscheiden: So kann ein Interviewer ein Gespräch auf Basis einiger weniger, grob

² Christel Hopf: Qualitative Interviews – ein Überblick. In: Uwe Flick, Ernst Von Kardorff, Ines Steinke (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg 2004, S. 349f.

³ Stefanie Winter: Quantitative vs. Qualitative Methoden. 2000. http://imihome.imi.uni-karlsruhe.de/nquantitative_vs_qualitative_methoden_b.html (Zugriff am 15.11.2012).

⁴ Uwe Flick, Ernst Kardorff, Ines Steinke: Was ist qualitative Forschung? Einleitung und Überblick. In: Flick, Kardorff, Steinke (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg 2004. S. 14-17

⁵ Winter, 2000.

vorgefertigter Generalfragen führen oder mit einem minutiös ausgearbeiteten Fragekatalog operieren, der nicht nur Formulierungen, sondern auch die Abfolge genau festlegt. Ebenso macht es einen Unterschied, ob sich der Fragesteller zurücknimmt und aufs Zuhören konzentriert oder sich mit Zwischenfragen aktiv einschaltet und den Interviewten mitunter sogar durch Widerspruch aus der Reserve zu locken versucht. Ein weiterer Grad der Unterscheidung besteht darin, wie eng oder breit die Themenstellung gefasst ist.

Für die vorliegende Arbeit wurde die Methode des teilstandardisierten Interviews eingesetzt, die Hopf wie folgt beschreibt: „Die Forscher orientieren sich an einem Interviewleitfaden, der jedoch viele Spielräume in den Frageformulierungen, Nachfragestrategien und in der Abfolge der Fragen eröffnet.“ Diese Kategorie unterscheidet sich – auf der einen Seite – insofern von standardisierten Interviews, als keine Antworten zur Auswahl vorgegeben werden und die Befragten somit frei assoziieren können. Auf der anderen Seite wird der Gesprächsverlauf genauer definiert als bei narrativen Varianten, die mit einer Erinnerung und Erzählfluss stimulierenden Frage eröffnet werden, dann aber auf eine vom Befragten frei gestaltbare Erzählung hinauslaufen.⁶

Unter einem Leitfaden ist ein mehr oder weniger strukturiertes Frageschema zu verstehen, das Interviewern als Orientierungshilfe und Gedächtnisstütze dient und eine Abfolge formulierter Fragen vorgibt: „Er ermöglicht in der Interviewsituation zunächst ein regelgeleitetes Vorgehen, das dann im weiteren Verlauf des Interviews die Basis für die geforderte Offenheit und Flexibilität der Gesprächsführung bildet.“⁷ Genau diese Strategie bot sich für die vorliegende Arbeit an: Da es darum ging, die Aussagen der interviewten Grünpolitiker zu gemeinsam wahrgenommenen Sachverhalten und Ereignissen zu vergleichen und zu interpretieren, war ein strukturierter Leitfaden Voraussetzung, um die Gespräche gezielt auf eben diese Themen zu lenken. Für alle sechs Interviews wurden Fragekataloge verwendet, die punkto Inhalt und Aufbau in den Grundzügen identisch waren, in der Praxis aber sehr flexibel gehandhabt wurden. Vielfach wurde der Gesprächsverlauf durch die Antworten der Interviewten bestimmt, indem der Interviewer durch weiterführende Fragen anzuknüpfen versuchte. Auf diese Weise sollte den Befragten die Möglichkeit

⁶ Hopf, S. 351f.

⁷ Günther Felbinger, Hubert Stigler: Der Interviewleitfaden im qualitativen Interview. In: Hubert Stigler, Hannelore Reicher (Hrsg.): Praxisbuch Empirische Sozialforschung in den Erziehungs- und Bildungswissenschaften. Innsbruck, Wien, Bozen 2005, S. 129f.

zu einer weit gefassten und möglichst uneingeschränkten Darstellung ihrer Sichtweise gegeben werden, mit dem Ziel, auch Gesichtspunkte zu Tage zu fördern, die vom Forscher nicht antizipiert wurden. Ein Leitfaden bietet hierbei die Möglichkeit, nach „Ausritten“ wieder in die vorgezeichnete Spur zurückzukehren und somit keine zentralen Fragen zu übersehen.

Die vielfältigen Formen Leitfaden-gestützter Interviews lassen sich nicht immer messerscharf voneinander abgrenzen. Will man aber eine genaue Kategorisierung versuchen, dann orientiert sich der gewählte Ansatz an der teilstandardisierten Spezialform des „Fokussierten Interviews“: Zentral sind nach Beschreibung Hopfs hierbei „die Fokussierung auf einen vorab bestimmten Gesprächsgegenstand“ – in diesem Fall gemeinsame Erfahrung der EU-Debatte – und „der Versuch, Reaktionen und Interpretationen im Interview in relativ offener Form zu erheben.“⁸

⁸ Hopf, S. 353f.

2. Die Geschichte der Europäischen Einigung im Überblick

Die Idee der europäischen Einigung ist keine Kreation des 20. Jahrhunderts, erste Ansätze datieren bis ins späte Mittelalter zurück. Die Motive hinter den in den folgenden Jahrhunderten entwickelten Versuchen reichen von einer ersehnten Einheit des Christentums über universalistisches Harmoniestreben bis zum imperialen Machtstreben von Potentaten. Mit der Entwicklung neuzeitlicher Territorialstaaten und der nationalstaatlichen Zersplitterung in der Folge verlor der übernationale Gedanke, mit Ausnahme des sich ab dem 17. Jahrhundert herausbildenden Völkerrechts, sukzessive an Bedeutung. Entsprechende Konzepte einzelner Denker blieben auf die politische Theorie beschränkt. In der Realpolitik wurde der Begriff „Europa“ allenfalls verwendet, um – wie etwa von Napoleon vorexerziert - hegemoniale Ansprüche zu übertünchen.⁹

Unter dem Eindruck der Katastrophe des Holocausts und der beiden Weltkriege, in denen sich nationales Machtstreben zum Exzess gesteigert hatte, lebte der gesamteuropäische Gedanke auf. Scheiterten die Bemühungen der Zwischenkriegszeit – etwa des französischen Außenministers Aristide Briand oder der auch restaurative Ansätze integrierenden Paneuropa-Bewegung des Richard Coudenhove-Kalergi – vor allem am Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland, so fiel die Einigungsidee nach 1945 auf fruchtbaren Boden. Motive waren die Schaffung einer Friedensordnung durch die Einschränkung der Nationalstaaten, die Stärkung der am Tropf der USA hängenden Wirtschaft und der Aufbau einer starken Allianz, um sowjetische Machtansprüche auf Westeuropa einzudämmen. In Worte fasste die Vision der ehemalige britische Premier und nunmehrige Oppositionsführer Winston Churchill im September 1946, als er zur Gründung der „Vereinigten Staaten von Europa“ und zu einer „Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland“ als ersten Schritt aufrief; die Briten selbst sahen sich dabei freilich mehr als Förderer, denn als Teil der Integration und legten sich in der Folge gegen weiterführende Schritte immer wieder quer.¹⁰

Einen Schub gab die USA mit der Stützung eines gemeinsamen Wiederaufbauprogramms, um den ökonomischen Kollaps Europas und (kommunistische) Umsturzversuche zu verhindern. Der von der Sowjetunion und den

⁹ Heinrich Neisser: Das politische System der EG. Wien 1993, S. 21f.;

¹⁰ Neisser, S. 32; Johannes Pollak, Peter Slominski: Das politische System der EU. Wien 2012, S. 13ff.

Staaten in ihrem Einflussbereich abgelehnte „Marshall-Plan“ mündete im April 1948 in die Gründung der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC), die eine Liberalisierung des Warenverkehrs und die Konvertibilität der Währungen zum Ziel hatte. Ein weiterer Integrationsschritt war der im September 1949 gegründete Europarat, der als Kooperationsforum konzipiert war, nicht aber als supranationale Organisation, der staatliche Souveränitätsrechte zu übertragen sind.¹¹

Letzteren Anspruch löste ein Konzept ein, das der französische Außenminister Robert Schumann im Verein mit dem Wirtschaftsberater Jean Monnet ausgearbeitet hatte. In einer Erklärung am 9. Mai 1950 schlug Schuman vor, die gesamte französisch-deutsche Stahlproduktion unter eine gemeinsame oberste Aufsichtsbehörde zu stellen, und begründete dies dezidiert mit dem Ziel der Friedenssicherung: „Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen. Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordert, dass der Jahrhunderte alte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird. (...) Die Solidarität der Produktion, die so geschaffen wird, wird bekunden, dass jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich ist.“ In dem Zusammenschluss sah Schuman bereits damals den „ersten Grundstein einer europäischen Föderation“, die folgerichtig nicht durch hehre Willenserklärungen, sondern durch gegenseitiges wirtschaftliches Interesse angetrieben werden sollte. Abgesehen von der Aussöhnung erhoffte sich Frankreich auch einen Schub für die eigene Stahlindustrie dank deutscher Kohle, Deutschland wiederum sah in der Integration einen Weg, möglichst rasch wieder zum gleich berechtigten Partner aufzusteigen. Großbritannien hingegen schlug die Einladung aus, da es den Verlust von Souveränitätsrechten scheute und sich im Commonwealth als Zentrum einer anderen Gemeinschaft sah.

Schumans Vorstoß mündete in die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EKGS). Der im April 1951 von Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg unterzeichnete Vertrag übertrug die gesamte Verwaltung und Kontrolle des Stahl- und Kohlesektors, der für Energieversorgung, Zivil- und Rüstungsindustrie eine Schlüsselfunktion hatte, einer

¹¹ *Neisser*, S. 33ff; *Pollak, Slominski*, S. 17ff

gemeinsamen, übergeordneten Behörde und schuf einen gemeinsamen Markt, in dem Diskriminierungsverbote herrschten. Sechs Nationalstaaten erklärten sich damit bereit, einen Teil ihrer Souveränität abzugeben. Die Konzeption aus einer hohen Behörde, einem Ministerrat mit Legislativ- und Richtlinienkompetenz, einer Art parlamentarischen Versammlung und einem Gerichtshof sollte sich als wegweisend für die Weiterentwicklung erweisen. Demokratische Beteiligung der Bürger war in den Augen der „Gründungsväter“ (vorerst) vernachlässigbar.¹²

Die neofunktionalistische Integrationsstrategie, gemäß der die sukzessive Vertiefung eine Staatenkooperation keine vorgefertigte Entwürfe benötigt, sondern sich in einer Eigendynamik aus den Sachzwängen des vorherigen Schrittes ergibt¹³, schien zu greifen: Die EGKS gab den Anstoß für weiterführende Zusammenarbeit, die allerdings nicht auf politischem, sondern „nur“ auf wirtschaftlichem Terrain Erfolg hatten. Während die Konzepte einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und einer damit gekoppelten politischen Föderation scheiterten, gelang mit der Gründung zweier ökonomisch orientierter Gemeinschaften in den „Römischen Verträgen“ vom 25. März 1957 ein neuerlicher Durchbruch. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sah einen einheitlichen Wirtschaftsraum vor, in dem vier Grundfreiheiten – Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr – garantiert sein sollten, die europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) Zusammenarbeit bei der Förderung und Nutzung atomarer Energie für friedliche Zwecke. Als übergeordnetes Ziel wiesen die Verträge einen „immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker“ aus. Die institutionelle Organisation orientierte sich am Vorbild der EGKS. Der Vorschlag, die parlamentarische Versammlung mit einem Veto gegen die behördlichen Entscheidungen der Kommission auszustatten, scheiterte am Einspruch der nationalen Regierungen; so blieb die Nebenrolle eines Beratungsorgans.

Als Reaktion auf den entstandenen Markt von 180 Millionen Konsumenten, der in den folgenden Jahren enorme Wirtschaftswachstumsraten verzeichnete, gründeten jene Staaten, die nicht teilnehmen konnten oder wollten (zu Österreichs Gründen siehe Kapitel 3), 1960 die Europäische Freihandelszone EFTA. Mitglieder erster Stunde waren neben Österreich auch Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Portugal, Schweden und die Schweiz. Im Gegensatz zur EWG verschrieb sich die EFTA intergouvernementaler Zusammenarbeit ohne Aufbau supranationaler Institutionen.¹⁴

¹² Anton *Pelinka*: Europa. Ein Plädoyer. Wien 2011, S. 16; *Neisser*, S. 45ff; *Pollak, Slominski*, S. 20ff

¹³ *Pelinka*, S. 62

¹⁴ *Neisser*, S. 49ff; *Pollak, Slominski*, S. 26ff

In den Sechzigerjahren bremste sich die Dynamik stark ein. Der 1958 gewählte französische Präsident Charles de Gaulle setzte auf eine nationaler orientierte Politik und begriff die Vision eine supranationalen Union als „Märchen aus Tausendundeiner Nacht“. Die daraus resultierenden Konflikte führten zu einer Stärkung des nationalen Vetos im Ministerrat. Es folgte eine bis Mitte der Achtziger Jahre dauernde Phase mehr oder minder ausgeprägter Stagnation, in der mehrere Konzepte für eine politische Union scheiterten. Fortschritte in dieser Zeit der „Eurosklrose“ waren die Fusion der Exekutivorgane der drei Gemeinschaften (1967), die Verwirklichung der Zollunion (1968), die Einführung des „europäischen Rates“ der Staats- und Regierungschefs (1974), der Direktwahl zum Europäischen Parlament (1976) und der Rechnungseinheit „European Currency Unit (ECU) im Rahmen eines europäischen Währungssystems (1979) sowie zwei Erweiterungen: Aus dem Norden stießen 1973 Großbritannien, Irland und Dänemark hinzu, aus dem Süden 1986 Spanien und Portugal.¹⁵

Eine neue Dynamik brachte die erste große Vertragsreform der Europäischen Gemeinschaften. Vorgegangen war das von Kommissionspräsident Jacques Delors 1985 veröffentlichte Weißbuch, das die Vollendung des Binnenmarktes durch den Abbau aller rechtlichen, steuerlichen und sonstigen Hindernissen bis zum Jahr 1992 als Ziel definierte. Um die Realisierung des Vorhabens voranzutreiben, unterzeichneten die Regierungsvertretern im Februar 1986 die Einheitliche Europäische Akte (EEA), die in Belangen des Binnenmarktes das Prinzip der Einstimmigkeit im Rat durch qualifizierte Mehrheitsabstimmungen ersetzte, was zu vielfältige Liberalisierungsschritten führte. Weiters brachte die EEA die rechtliche Institutionalisierung des Europäischen Rates, neue Kooperationsrechte für das Europäische Parlament, eine Ausweitung von Kompetenzen auf Bereiche wie Umwelt, Forschung oder Sozialpolitik sowie eine Verankerung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ). Nachdruck entwickelte die Kommission mit dem Cecchini-Bericht, der als Folge des Binnenmarktes 1,7 Millionen neue Arbeitsplätze und einen Wachstumsschub von 4,5 Prozent auf sechs Jahre versprach.¹⁶

Die voranschreitende wirtschaftliche Integration, die sich am Horizont abzeichnende Erweiterung durch mittel- und osteuropäische Staaten sowie das Motiv der festen Einbindung des durch die Wiedervereinigung von 1990 erstarkten Deutschlands in ein gemeinschaftliches System nährten den Bedarf an einer weiteren Reform, die

¹⁵ Pollak, Slominski, S. 30ff.

¹⁶ Neisser, S. 57ff, 67f; Pollak, Slominski, S. 35ff.

Schritte zu einer politischen Union bringen sollte. Am 7. Februar 1992 unterzeichneten die Vertreter der zwölf Mitgliedsstaaten in der niederländischen Stadt Maastricht den „Vertrag über eine Europäische Union“, der ein Drei-Säulen-Modell schuf: Säule eins bestand in den supranationalen Europäischen Gemeinschaften der EG (bisher EWG), EGKS und Euratom. Säule zwei verankerte das Ziel der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, Säule drei die Kooperation auf dem Gebiet Justiz und Inneres; für diese beiden Bereiche wurde das Prinzip der intergouvernementalen Zusammenarbeit fest geschrieben.

In Gang gesetzt wurde die Wirtschafts- und Währungsunion mit dem (2002 erreichten) Ziel einer gemeinsamen Währung. Als Bedingung führte der Vertrag Konvergenzkriterien – etwa ein Haushaltsdefizit von maximal drei Prozent und eine Schuldenquote von maximal 60 Prozent der Wirtschaftsleistung – ein, die als „Maastricht-Kriterien“ wegen ihrer laut Kritikern Konjunktur hemmenden Wirkung in der Folge politisch umstritten waren. Weiters stärkte der Maastricht-Vertrag die Rolle des Europäischen Parlaments durch ein Mitentscheidungsverfahren, das dieses in einzelnen Bereichen auf die Stufe des Rates stellte, führte die Unionsbürgerschaft (z.B. EU-weites Aufenthaltsrecht, kommunales Wahlrecht) ein, verankerte das Subsidiaritätsprinzip durch einen Ausschuss der Regionen und vertiefte die Integration in der Sozialpolitik.

Der Maastricht-Vertrag bot Angriffsflächen für Befürworter wie Gegner der Integration. Im von 50,7 Prozent getragenen Nein der dänischen Bevölkerung in einem Referendum über den Vertrag manifestierte sich weit verbreitetes Unbehagen gegen die vermeintlich bürokratische, zentralistische und antidemokratische EU. Dänemark bekam in der Folge Sonderrechte (opt-outs) eingeräumt, etwa über die Teilnahme an der Währungsunion später gesondert entscheiden zu können. Bei einem weiteren Referendum wurde somit ein Ja erreicht. Anhänger einer tieferen Integration waren hingegen von der Reform enttäuscht, weil sie das Parlament nur begrenzt aufwertete und in vielen Bereichen keine gemeinschaftliche Politik brachte. Zwar wurden Wirtschaft und Währung vergemeinschaftet, Außen- und Sicherheitspolitik sowie Innen- und Justizpolitik blieben aber auf der Ebene der gouvernementalen Zusammenarbeit und unterliegen damit nationalen Vetos.¹⁷

Die EU befand sich also in einer konflikträchtigen Phase, als neue Bewerber anklopften: Österreich und die beiden anderen Efta-Mitglieder Finnland und

¹⁷ Neisser, S.68f; Pollak, Slominski, S. 37ff.

Schweden verhandelten ab Februar 1993 konkret über den Beitritt, auch Norwegen hatte ein Gesuch gestellt. Im gleichen Jahr erging die Einladung an die mittel- und osteuropäischen Länder, sofern diese die so genannten Kopenhagener Kriterien – Demokratie, Marktwirtschaft und Übernahme des EU-Rechts – erfüllten.¹⁸

¹⁸ *Pelinka*, S. 37; *Pollak, Slominski*, S. 40.

3. Österreich und die europäische Integration

Österreichs Verhältnis zur europäischen Integration war durch die spezielle Situation des Landes nach dem zweiten Weltkrieg vorgezeichnet. Die Zweite Republik verdankte ihre Existenz und die 1955 erlangte Unabhängigkeit der Verpflichtung, eine Politik der „immerwährenden Neutralität“ zwischen Ost und West zu verfolgen, überdies untersagte der Staatsvertrag jede politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland. Dieser Status wurde zum über Jahrzehnte bestehenden Hindernis für eine Mitgliedschaft in der supranational organisierten EG. Als Signatar- und ehemalige Besatzungsmacht legte die Sowjetunion unter Hinweis auf die Neutralität wiederholt Einspruch gegen österreichische Integrationsbestrebungen ein.¹⁹ Überdies kristallisierte sich in Österreich – wie in der Folge detaillierter erläutert wird – eine herrschende völkerrechtliche Lehre heraus, laut der die Neutralität mit einer EG Mitgliedschaft unvereinbar sei.²⁰

Nichtsdestotrotz nützte Österreich den Spielraum für eine Politik der wirtschaftlichen Annäherung an das gemeinschaftliche Europa. Marshallplan und die Gründungsmitgliedschaft in der OEEC hatten die Basis für eine westeuropäische Bindung gelegt, im Mai 1956 erreichte die junge Republik ein Zoll- und Handelsabkommen mit der EGKS. Im Oktober desselben Jahres deponierte die von einer großen Koalition gebildete Bundesregierung unter ÖVP-Führung sogar die Absicht des Beitritts, setzte die Ankündigung aber nicht in die Tat um. Zu den Hinderungsgründen zählten innenpolitische Fragen wie die im Vergleich zum subventionierten Inlandsniveau deutlich höheren Stahlpreise in der EGKS, vor allem aber die zu erwartende negative Reaktion der Sowjetunion, deren Truppen am 4. November zur Niederschlagung des Volksaufstandes in Ungarn einmarschierten.²¹

Den Weg in die EFTA wählte Österreichs Regierung 1960 folglich auch aus Mangel an Alternativen. Politiker der Mehrheitspartei ÖVP, die Industriellenvereinigung und andere Wirtschaftsvertreter hielten die EFTA-Mitgliedschaft für eine unzureichende Zwischenlösung, zumal der Handel mit den EWG-Staaten eine weitaus größere Dimension hatte. In der SPÖ gab es zwar neutralitätspolitisch und ideologisch

¹⁹ Michael Gehler: Vom Marshall-Plan bis zur EU. Österreich und die europäische Integration von 1945 bis zur Gegenwart. Innsbruck, Wien, Bozen 2006, S. 357ff.

²⁰ Anton Pelinka: Europäische Integration und politische Kultur. In: Anton Pelinka: Ausweg EG? Innenpolitische Motive einer außenpolitischen Umorientierung. Wien, Graz 1994, S. 21.

²¹ Gehler, S. 359ff; Paul Luif: Der Weg zum 12. Juni: 1955, 1957, 1962, 1972/73. In: Anton Pelinka (Hrsg.): EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich. Wien 1994, S. 24ff.

begründete Vorbehalte gegen eine zu enge Anbindung an die EWG; Vizekanzler Bruno Pittermann etwa nannte selbige 1959 einen „reaktionären Bürgerblock“. Einer Assoziierung, zumindest im Verein mit anderen EFTA-Staaten, standen in der Folge aber auch die Sozialdemokraten durchaus aufgeschlossen gegenüber.

Nachdem die Bemühungen um eine gemeinsame Freihandelszone der EWG- und EFTA-Staaten gescheitert waren, versuchte Österreich in den Sechzigern auf ÖVP-Betreiben Alleingänge, die als geradezu typisch für die Politik des „sowohl, als auch“ – Neutralität bei gleichzeitiger Westbindung – erschienen. Die Sowjetunion lehnte die angestrebte EWG-Assoziierung jedoch ab, und auch in der Gemeinschaft wuchsen Widerstände. Frankreich wandte sich aus Rücksicht auf die UdSSR und Furcht vor einem deutschen Block ebenso gegen Österreichs Ambitionen wie Italien wegen des Konflikts in der Südtirolfrage. Der Alleingang scheiterte, erst 1973 kam ein EWG-Freihandelsabkommen mit Österreich und anderen EFTA-Staaten zustande.²²

Ungeachtet dieses Schritts brachte der 1970 erfolgte Wechsel zu einer von der SPÖ geführten Alleinregierung neue Akzente in der Außenpolitik. Kanzler Bruno Kreisky setzte stärker auf globales Engagement in OECD, KSZE, dem Nahost-Konflikt sowie dem Nord-Süd-Konflikt denn auf forcierte Annäherung an die EG, die im Zuge der „Eurosklrose“ an Attraktivität einbüßte. Diese selbstbewusste und internationale Aufmerksamkeit erregende Politik, die eine neutrale Vermittlerrolle betonte, förderte die zunehmende Identifikation der Bevölkerung mit dem Prinzip der Neutralität.²³

Unter „Neutralitätsvorbehalt“ (Gehler) standen denn auch die neuerlichen Annäherungsversuche, die mit der 1987 gebildeten großen Koalition unter Kanzler Franz Vranitzky (SPÖ) einsetzten. Mehr Faktoren förderten die Umorientierung: Mit der Einheitlichen Europäischen Akte und der absehbaren Vollendung des Binnenmarktes schien die EG ihre Lähmung überwunden zu haben. Der ausklingende Kalte Krieg und der Fall des Eisernen Vorhangs nahm dem anfangs noch vehementen Einspruch der – allmählich zerfallenden – Sowjetunion Kraft und Bedeutung, in der von der CDU und FDP geformten deutschen Regierung fand Österreich eine engagierte Fürsprecherin. Innenpolitisch offenbarten wachsende Budgetprobleme und die Krise der verstaatlichten Industrie Reformbedarf, den Beitrittsbefürworter mit der EG als Modernisierungsmotor zu bewältigen hofften.

Treibende Kräfte waren ÖVP-Politiker wie Alois Mock und Andreas Khol sowie die Industriellenvereinigung und andere Wirtschaftsvertreter, aber auch einzelne SPÖ-

²² Gehler, S. 363ff; Luif, S. 27ff; Neisser, S. 215 f.

²³ Gehler, S. 163; 366f.

Politiker wie Peter Jankowitsch, Staatssekretär im Außenministerium. Nachdem sich die Sozialpartner und im April 1989 trotz einiger innerparteilicher Widerstände auch der SPÖ-Vorstand auf einen Pro-Kurs festgelegt hatten, stellte die Regierung am 17. Juli im „Brief an Brüssel“ – genau genommen – drei Beitrittsansuchen für EWG, EGKS und Euratom. Wiewohl die handelnden Politiker in der Rhetorik auch europaidealistische Argumente betonten, gaben letztlich pragmatische und dabei vor allem ökonomische Gründe den Ausschlag (siehe dazu Kapitel 5.2.5.).²⁴ Die Hoffnung auf wirtschaftliche Vorteile sollte letztlich auch bei der Volksabstimmung 1994 zum mit Abstand wichtigsten Motiv hinter den Ja-Stimmen werden.²⁵

Mit der Mitgliedschaft im 1992 ausgehandelten und 1994 realisierten Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), einer vertieften Freihandelszone zwischen EG und EFTA, nahm Österreich die Übernahme eines Gutteils des Gemeinschaftsrechts vorweg. Die Beitrittsverhandlungen wurden dadurch abgekürzt und dauerten von Februar 1993 bis März 1994, was gemessen an früheren Erweiterungen Temporekord war.²⁶

Folgende Schlüsselfragen galt es vor und bei den Verhandlungen zu klären:

- **Neutralität:** Bereits 1987 war die herrschende Lehre, dass die Neutralität einem EG-Beitritt entgegenstehe, aufgebrochen: In einem von der Industriellenvereinigung in Auftrag gegebenen Gutachten behaupteten die Völkerrechtler Waldemar Hummer und Michael Schweitzer eine Vereinbarkeit, da Österreich im entscheidenden Fall nicht überstimmt werden könne (vergleiche Kapitel 5.3.)²⁷ Doch die im Vertrag von Maastricht festgeschriebene Integration der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) in die Europäische Union schaffte neue Fakten: Ein expliziter Neutralitätsvorbehalt war nun nicht mehr in der angepeilten Form möglich. Als Lösung fand die Bundesregierung zu einer Interpretation, welche die Neutralität auf ihren „Kernbereich“ reduzierte: Keine Teilnahme an Kriegen, keine Zugehörigkeit zu Militärbündnissen, keine fremde Militärbasen auf heimischem Territorium. In der Folge war die Neutralität bei den Beitrittsverhandlungen gar nicht als Verhandlungsgegenstand auf der offiziellen Tagesordnung gestanden. Die Regierung hatte den Standpunkt vertreten, dass der Beitritt zur EU – und damit die

²⁴ Gehler, S. 366ff; Christian Schaller: Innenpolitische EG-Diskussion seit den 80er Jahren. In: Anton Pelinka: Ausweg EG? Innenpolitische Motive einer außenpolitischen Umorientierung. Wien, Graz 1994, S. 151ff.

²⁵ Fritz Plasser, Peter Ulram: Meinungstrends, Mobilisierung und Motivlagen bei der Volksabstimmung über den EU-Beitritt. In: Anton Pelinka: EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich. Wien 1994, S. 111.

²⁶ Gehler, S. 207.

²⁷ Pelinka, Integration und Kultur, S. 22f.

Teilnahme an der GASP – diesen Kerngehalt der Neutralität nicht berühre und das Thema damit bewusst ausgeklammert beziehungsweise aufgeschoben.²⁸

- **Transitverkehr:** Mit dem Jahr 1993 war ein Transitvertrag zwischen der EU und Österreich in Kraft getreten, der binnen zwölf Jahren mittels eines Ökopunktesystems eine Umweltentlastung von 60 Prozent (gemessen an Stickoxyden) bringen sollte. Die Kommission schloss freilich eine Übernahme aus und drängte auf Abbau der Restriktionen im Verkehr. Als Kompromiss wurde ein Stufenplan ausgehandelt, der den Transitvertrag in drei Geltungsperioden von jeweils drei Jahren unterteilte, zwischen denen jeweils überprüft werden sollte, ob die Zielsetzungen bereits erreicht sind. Während Österreich nach den ersten drei Jahren quasi ein Veto gegen ein vorzeitiges Ende eingeräumt wurde, so lag die Überprüfung nach sechs Jahren in die Hand der EU-Kommission. Überdies wurde eine Überschreitung des 38-Tonnen-Limits für Lkws um fünf Prozent erlaubt; laut Regierung handelte es sich dabei lediglich um die Beibehaltung einer schon bisher eingeräumten Toleranzregelung.²⁹

- **Landwirtschaft:** Die Kommission setzte eine sofortige gegenseitige Marktöffnung durch, was die Absenkung der höheren heimischen Agrarpreise auf EU-Niveau implizierte. Zur Kompensation sollten die Bauern über vier Jahre direkte, sich aber schrittweise verringernde Ausgleichzahlungen erhalten, die von EU-Seite mitfinanziert wurden. Für besonders sensible Produkte gab es Schutzklauseln. Bei Bergbauern gelobte die EU die nationalen Förderbeträge immer dann zu akzeptieren, wenn die EU-Subventionen niedriger sein würden.³⁰

- **Grundverkehr:** Eine vor allem im Alpenraum emotional diskutierte Beitrittschürde war die Frage der Zweitwohnsitze; Länder wie Tirol und Salzburg fürchteten durch einen Abbau aller Beschränkungen einen „Ausverkauf“ von Grund und Boden. Letztlich wurde vereinbart, dass die regionalen Gesetze weitere fünf Jahre nach dem Beitritt in Kraft bleiben dürften. Bis dahin sollte die ansässige Bevölkerung ihren Bedarf zu angemessenen Preisen decken können.³¹

- **Umweltstandards:** Laut Vertrag durften Österreich und die anderen Beitrittskandidaten ihre strengeren Umweltnormen für vier Jahre aufrechterhalten. Die EU verpflichtete sich, in diesem Zeitraum ihre eigenen Standards einer Revision

²⁸ Gilbert *Scharsach*: EU-Handbuch. Das große Nachschlagewerk der österreichischen EU-Diskussion. Wien 1996, S. 181ff; *Gehler*, S. 212ff, 224.

²⁹ *Scharsach*, S. 242ff.

³⁰ *Gehler*, S. 217; *Scharsach*, S. 228f.

³¹ *Gehler*, S. 218; *Scharsach*, S. 255ff.

zu unterziehen, mit dem Ziel einer Anhebung auf ein möglichst hohes Niveau. Danach sollte Österreich das Gemeinschaftsrecht unter gleichen Bedingungen wie die „alten“ Mitgliedsstaaten übernehmen. Die Regierung verwies darauf, dass Schutzmechanismen unter bestimmten Bedingungen auch dann die Beibehaltung abweichender Normen ermöglichten. Allerdings stellte sich aus wirtschaftlichen Gründen die Frage, inwieweit strengere Regeln aufrecht zu erhalten sind, wenn diese nicht für konkurrenzierende Produkte aus anderen EU-Staaten gelten.³²

Die Knackpunkte machten die Schlussphase der Verhandlungen zu einem mühsamen Verhandlungsmarathon: Das offizielle Abschlussdatum 1. März wurde nur deshalb erreicht, weil die Uhren 20 Stunden lang angehalten wurden. Vor allem der gesundheitlich angeschlagene Mock ging an die Grenzen seiner körperlichen Leistungsfähigkeit; die Bilder des verausgabten Außenministers legten die Basis für seinen Ruf als „Held von Brüssel“ und „Mister Europe“. An Überhöhungen und Mythologisierungen mangelte es – wie in den folgenden Kapiteln zu zeigen ist – auch nicht in der öffentlichen Debatte, an deren Ende eine deutliche Entscheidung stand: Bei der Volksabstimmung am 12. Juni 1994 votierten 66,6 Prozent für den EU-Beitritt.³³

³² Regierungsbericht zu den EU-Verhandlungen, zitiert in *APA*, 17.3.1994; *Scharsach*; S. 264ff.

³³ *Gehler*, S. 221ff.

4. Vorgeschichte und Wurzeln der Grünen in Österreich

4.1. Rahmenbedingungen

Die grüne Partei, wie sie heute noch existiert, wurde erst 1986 gegründet, doch ihre Wurzeln reichen viel weiter zurück. Sie und ihre Vorläufer entstanden als Konsequenz einer Reihe von gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen, die sich ab den Sechzigerjahren abzeichneten und ineinander griffen.

4.1.1. Der ökologische Boom

Ökologische Probleme sind nicht erst Thema, seit der Begriff „Umwelt“ in den Siebzigerjahren in den Alltagswortschatz Einzug gehalten hat: Schon Ende des 18. Jahrhunderts ertönte in Europa ein Aufschrei über Holznot und Waldsterben, mit der Industrialisierung setzten Klagen über die „Rauchplage“ in den Städten ein. Doch erst ab Mitte der Sechzigerjahre des 20. Jahrhunderts griff Umweltbewusstsein in einem Ausmaß auf breite Massen über, das Historiker von einer „Wende“ sprechen lässt. Ausgelöst wurde diese „Kettenreaktion“ in den USA, um sich in Europa und auch Japan fortzusetzen.

Mit ihrer zunehmenden Dimension wurden Umweltprobleme sichtbarer. Wissenschaftler und Aktivisten rückten Themen wie das Ozonloch, sauren Regen, die Abholzung der Regenwälder, Pestizid-Exzesse oder die Müllberge in den Fokus der politischen Debatte. Umweltkatastrophen – von der Ölpest bis zur chemischen Verseuchung von Gewässern – ließen sich von den Autoritäten nicht mehr ohne weiteres unter den Teppich kehren, sondern wurden zum öffentlichen Skandal. Regionale Bürgerinitiativen organisierten sich im Widerstand gegen einzelne Großprojekte und erreichten immer mehr mediale Aufmerksamkeit.

Die Protagonisten begannen darüber hinaus, ökologische Fragen aus globaler Perspektive zu betrachten. Statt ausschließlich lokale Symptombekämpfung zu betreiben, wurde nun die herrschende Politik grundsätzlich infrage gestellt. Weltumspannende Organisationen wie „Greenpeace“ oder „Friends of Earth“ wurden gegründet, 1972 fand in Stockholm die erste UNO-Umweltkonferenz statt. Ein Jahr später gab der „Club of Rome“ die Studie „Die Grenzen des Wachstums“ heraus, die

anhand von computersimulierten Katastrophenszenarien vor den Folgen von Industrialisierung, Umweltverschmutzung, Übervölkerung und dem Raubbau an Ressourcen warnte. Durch den Ölpreisschock 1973 scheinbar bestätigt, avancierte das Werk zum globalen Bestseller, der den Glaube breiter Massen an den ewigen technisch-ökonomischen Fortschritt ins Wanken brachte.³⁴ Eine Basis für die Formierung grüner Parteien in Europa war gelegt, zumal die Vernachlässigung des Umweltthemas durch die eingesessenen Parteien eine politische Marktlücke offenbarte.³⁵

4.1.2. Wertewandel – eine „stille Revolution“

Der Umweltgedanken setzte sich vor dem Hintergrund eines umfassenden „Wertewandels“ durch, den Ronald Inglehart als „stille Revolution“ bezeichnete. Der amerikanische Politologe wies daraufhin, dass die entwickelten Industriestaaten des Westens inklusive Japan in den Siebzigerjahren ein in der Geschichte der Menschheit beispielloses Wohlstandsniveau erreicht hatten, in dem Grundbedürfnisse wie (materielle) Sicherheit in hohem Maße befriedigt waren. Diese Erfüllung förderte laut Inglehart eine Hinwendung zu „höheren Bedürfnissen“ – weg von materialistischen Ansprüchen, hin zu einem „neuen Idealismus“: Werte wie Selbstverwirklichung, Partizipation oder Freiheit drängten in den Köpfen der „Postmaterialisten“ Gebote wie Pflicht und Leistung zurück, um in einen Kanon neuer politischer Forderungen – von Minderheitenrechten über Gleichberechtigung bis eben zum Umweltschutz – umgemünzt zu werden. Der bisherige Common Sense geriet ins Wanken: Ruhe und Ordnung, Sicherheit und wirtschaftlicher Fortschritt galten nicht mehr als alleinige Maßstäbe für erfolgreiche Politik.³⁶

Je größer die persönliche Sicherheit, desto wahrscheinlicher ist es laut Ingleharts empirischer Studien, dass eine Person eine postmaterialistische Haltung entwickelt: Wer keine finanziellen Sorgen hat, kann sich Idealismus leichter leisten. Besonders anfällig für die beschriebene Einstellung waren in den Siebzigern junge Erwachsene, die damit ein wachsendes Potential für unkonventionelle politische Handlungen und

³⁴ Joachim Radkau: Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte. München 2011, S. 134ff.

Jürgen W. Falter, Markus Klein: Der lange Weg der Grünen. München 2003, S. 21.

³⁵ Harald C. Lindtner: „Die vierte Fraktion“ – die Grüne Alternative als neue politische Partei in Österreich. Diplomarbeit. Wien 1991, S. 24.

³⁶ Ronald Inglehart: Wertewandel in den westlichen Gesellschaften. Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten. In: Helmut Klages (Hrsg.): Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel. Frankfurt am Main/New York 1979, S. 279ff; Falter, Klein, S. 26.

auch Protest darstellten – und damit auch für die aufstrebenden grüne Gruppierungen, die sich auf die Vertretung der neuen Werte spezialisierten.³⁷

In Österreich erhobene Daten weisen darauf hin, dass die heimischen Grünen vom Wertewandel profitiert haben: Im Jahr 1984, als die Bewegung zum Sprung ins Parlament ansetzte, identifizierten Umfragen 43 Prozent der grünen Anhänger als Postmaterialisten, gegenüber 14 Prozent bei der SPÖ und 13 Prozent bei der ÖVP. Anliegen wie Emanzipation, persönliche Freiheit, Selbstverwirklichung, Toleranz und politische Mitbestimmung genossen in der grünen Wählergruppe überdurchschnittliche Bedeutung.³⁸

Allerdings entpuppte sich eine Annahme Ingleharts als trügerisch: Dass das postmaterialistische Wählerpotential automatisch weiter wachsen würde – und mit ihm die grünen Parteien. Laut den Eurobarometer-Umfragen der EU-Kommission haben Ende der Achtzigerjahre die reinen Materialisten die reinen Postmaterialisten nach deren kurzem Hoch wieder an Zahl überflügelt. Die große Mehrheit stellen Mischtypen, denen gleichfalls materialistische wie postmaterialistische Ziele wichtig sind.³⁹

4.1.3. Neue Soziale Bewegungen

Der oben beschriebene Wertewandel war Humus für das Gedeihen neuer Bewegungen, die außerhalb des politischen Establishments für ihre Anliegen mobilisierten. Mit dem Datum 1968 verbunden ist die Studentenbewegung, die sich gegen das ihrer Meinung nach autoritäre und pseudodemokratische „System“, den verlogenen Umgang mit der NS-Vergangenheit und gesellschaftliche Zwänge verschiedener Art wandte.⁴⁰ Allerdings blieb die österreichische Studentenbewegung, etwa im Vergleich zu Deutschland, schwach – und damit auch ihr Niederschlag in der Entwicklung der grünen Bewegung.⁴¹

Breitere Wirkung entfalteten die neuen sozialen Bewegungen, die wie zuvor die Studentenbewegung das Politikmonopol der etablierten Akteure und Institutionen in

³⁷ Inglehart, S. 281f; Wolfgang C. Müller: Das Parteiensystem. In: *Dachs, Gerlich* (u.a): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Wien 1992, S. 192.

³⁸ Fritz Plasser: Parteien unter Stress. Wien 1987, S. 204f.

³⁹ Falter, Klein, S. 27ff.

⁴⁰ Falter, Klein. S. 15f, 27.

⁴¹ Herbert Gottweis: Neue Soziale Bewegungen in Österreich. In: *Dachs, Gerlich* (u.a): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Wien 1992 S. 312; Gerhard Schattauer: Zur Rolle der Alternativen Liste Österreich (ALÖ) im grünalternativen Parteibildungsprozess. Wien 1988, S. 11.

Frage stellten.⁴² Der Einsatz für einen „grundlegenderen sozialen Wandel“, der über den Kampf gegen einzelne Projekte hinausgeht, ist laut der Definition Joachim Raschkes ein gemeinsames Merkmal der außerhalb des parlamentarischen Raumes in flexiblen Organisations- und Aktionsformen agierenden sozialen Bewegungen. Als Besonderheiten der ab den Sechzigerjahren aufkommenden Akteure nennt Raschke die Zusammensetzung aus „autonomen, aber stark vernetzten Teilbewegungen“, besonders „hohe Variabilität der Aktionsformen“, „thematische Vielfalt“, die „Abwesenheit einer einheitlichen, geschlossenen Ideologie“ sowie einen geringen Grad „organisatorischer Verfestigung“ gepaart mit Führerfeindlichkeit.⁴³

Wie „neu“ diese Phänomene sind, ist freilich umstritten: Franz Schandl und Gerhard Schattauer etwa halten den Begriff der „neuen sozialen Bewegungen“ mangels eines gemeinsamen Nenners für ein „Uding schlechthin“ und einen Sack, in dem die „Flöhe“ verschiedenster gesellschaftlicher Regungen eingefangen würden.⁴⁴

Ob neu oder nicht: Wiewohl sie in Österreichs ultrastabiler Politlandschaft vergleichsweise spät auftraten, wurden die Bewegungen der 70er Jahre, die sich um die Generalthemen Frieden (inklusive der damit verbundenen Dritte-Welt-Frage), Frauenrechte und eben Umwelt bzw. Atomkraft gruppierten, zu einer wichtigen Basis grüner Gruppierungen im alternativen Spektrum. Sie trugen zur Mobilisierung bei Wahlgängen bei, waren Personal- und Wählerreservoir. Auf Landes- und Gemeindeebene wuchsen grüne Listen zum Teil direkt aus den sozialen Bewegungen heraus. Die Alternative Liste bezog sich in ihrem Wahlprogramm dezidiert auf die sozialen Bewegungen, und zwar auf die Friedens- und Alternativbewegung. Die spätere Grüne Alternative, die ihre Wähler weniger im alternativen Milieu denn in den neuen Mittelschichten suchte, tat dies nicht mehr; erster parlamentarischer Ansprechpartner der sozialen Bewegungen blieb sie dennoch.⁴⁵

In der Tradition der sozialen Bewegungen stehen basisdemokratische Prinzipien wie Ämterrotation, Geschlechterparität, Regionalautonomie und das Verbot von Doppelfunktionen, mit denen sich grüne Gruppierungen links der Mitte bewusst von

⁴² Herbert *Dachs*: Grünalternative Parteien. In: *Dachs, Gerlich* (u.a): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Wien 1992 S. 263.

⁴³ Joachim *Raschke*: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss. Frankfurt/Main 1985, S. 77, 412.

⁴⁴ Franz *Schandl*, Gerhard *Schattauer*: Die Grünen in Österreich. Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft. Wien 1996. S. 70ff.

⁴⁵ *Dachs*, S. 264f; *Gottweis*, S. 321f; *Schandl, Schattauer*, S. 413.

den etablierten Parteien und Verbänden abheben wollten.⁴⁶ Auch wenn sich die heute hegemoniale Grüne Partei in ihrer Geschichte Schritt für Schritt dem Organisationsmuster traditioneller Parteien angenähert hat, blieb eine gewisse Vernetzung mit den Bewegungen bis heute bestehen: Immer wieder rekrutieren die Grünen Personal aus diesem Milieu, Parteiobfrau Eva Glawischnig ist als ehemalige Global 2000-Aktivistin das bekannteste Beispiel.

4.1.4. Gesellschaft und Politik im Strukturwandel

Der Aufstieg der grünen Parteien in Österreich fiel mit einem sozialen Strukturwandel zusammen. Die traditionelle Industriearbeiterschaft schrumpfte, der Dienstleistungssektor wuchs – und mit ihm eine neue Mittelschicht, die sich nicht in die historischen Lagerstrukturen einordnen ließ.⁴⁷ In Analogie zur ersten Republik hatte sich das Gros der Wählerschaft in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten entlang der klassischen Trennungslinien zwischen den beiden großen Lagern – dem sozialdemokratischen und dem christlich-konservativen – aufgeteilt: Arbeiterschaft gegen Bauern und Gewerbetreibende, Antiklerikale gegen Katholiken, Stadt gegen Land. Diese Grenzen begannen ab den späten Sechzigerjahren zu verschwimmen, die Ultrastabilität des österreichischen Parteiensystems brach auf.⁴⁸

Die Mobilität der Wähler nahm zu: Deklarierten sich Mitte der Fünfziger Jahre noch mehr als zwei Drittel der Wähler als so genannte Stammwähler, war dieser Prozentsatz Mitte der Achtziger auf unter die Hälfte gesunken. Die Zahl der Wechselwähler, die sich an keine Partei gebunden fühlt, nahm zu. Zu dieser Mobilität beigetragen hat das steigende Bildungsniveau – die sozialdemokratische Regierung Kreisky setzte in den Siebzigern etwa den freien Hochschulzugang durch.⁴⁹

Verstärkt wurde die Absetzbewegung von den Großparteien durch eine spätestens ab Beginn der Achtzigerjahre wachsende Protestkultur, die sich aus der schwindenden Zugkraft der Kreisky-Regierung, um sich greifenden Skandalen und wachsenden wirtschaftlichen Problemen nährte. Privilegienwirtschaft und Versagen wurde den etablierten Akteuren vorgeworfen, sie erschienen zunehmend als

⁴⁶ Schandl, Schattauer, S. 372.

⁴⁷ Plasser, Parteien unter Stress, S. 231f

⁴⁸ Müller, S. 191; Peter Ulram: Politische Kultur der Bevölkerung. In: Herbert Dachs, Peter Gerlich (u.a.): Handbuch des politischen Systems Österreich. Wien 1991, S. 466ff.

⁴⁹ Lindtner, S.12f.

abgehobene, isolierte Kaste, die Kontrolle und Mitsprache unterdrücke.⁵⁰ Die in Österreich besonders dominante Stellung der Großparteien und ihnen nahe stehenden Verbänden, die in nahezu allen Lebenslagen spürbar war, wurde nun als Ohnmacht empfunden. Das Unbehagen wuchs – und damit die Lust auf Alternativen, zumal SPÖ und ÖVP das Bedürfnis nach aktiver Teilnahme nur begrenzt erfüllten.⁵¹ Die beschriebenen Phänomene haben den Aufstieg der Grünen maßgeblich gefördert, worauf auch demoskopische Daten schließen lassen. Grüne Wähler stammten – und stammen – überdurchschnittlich oft aus der Bildungselite (1984 hatten 40 Prozent der Grün-Präferenten Matura), dem Dienstleistungsbereich sowie den städtischen Ballungsräumen – kurz, aus den neuen Mittelschichten. Zumindest in der Phase ihrer Etablierung haben die Grünen auch vom Protestpotential profitiert. 1984 war die Unzufriedenheit mit den anderen Parteien die wichtigste Triebfeder für die Wahl einer grün-alternativen Liste: 43 Prozent der grünen Wähler gaben dieses Motiv an.⁵²

4.1.5. Die These von der zweiten Moderne

Einige der oben genannten Aspekte verknüpft und ergänzt der deutsche Soziologe Ulrich Beck in seiner These von der „Risikogesellschaft“ beziehungsweise „anderen“ oder „zweiten Moderne“ (die Begriffe werden weitgehend synonym gebraucht). Er konstatiert darin einen Bruch innerhalb der Moderne, der die Determinanten der klassischen Industriegesellschaft aufhebe.

Als eine Dimension dieser Umwälzung diagnostiziert Beck, dass das zentrale Leitbild der Industriegesellschaft in Auflösung begriffen sei: Galt die wissenschaftliche- und technische Entwicklung als Universalschlüssel, um den Wohlstand der Gesellschaft zu mehren, so rückten die nun von der Modernisierung in ihrem „höchsten Entwicklungsstand“ selbst produzierten Risiken ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung – der traditionelle Verteilungskampf um die Erlöse der industriellen Produktion werde zunehmend von Konflikten verdrängt, die sich um die Schattenseiten des Fortschritts drehen. Da in der Risikogesellschaft das

⁵⁰ Plasser, Parteien unter Stress, S. 232.

⁵¹ Fritz Plasser: Die unsichtbare Fraktion. Struktur und Profil der Grün-Alternativen in Österreich. In: Khol, Stirnemann (Hrsg): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1987, S. 135f; Ulram, S 470ff.

⁵² Plasser, Parteien unter Stress, S. 202, 211.

Selbsterzeugte zum Thema und Problem werde, spricht Beck von einer „reflexiven“ Modernisierung.

Entgegen dem bis in die Siebzigerjahre hinein unerschütterlichen Fortschrittsglauben entpuppten sich die resultierenden Gefahren für Umwelt und Lebensraum auf diesem „zivilisatorischen Vulkan“ als zunehmend unkontrollierbar. Weder ließen sich die Risiken örtlich und zeitlich eingrenzen, noch seien sie nach den Regeln von Schuld und Haftung kausal zurechenbar, versicherungsfähig und finanziell kompensierbar.⁵³

Die heutigen Bedrohungen würden sich von Umweltproblemen früherer Zeit durch ihrer Globalität unterscheiden, schrieb Beck 1986 – und sah sich im selben Jahr auf dramatische Weise durch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl bestätigt. Die zeitgenössischen Risiken unterliefen das nationalstaatliche Kompetenzgefüge, sprengten das traditionelle Klassenschema und trafen in einem „Bumerang-Effekt“ früher oder später auch jene, die sie produzierten und von ihnen profitierten.⁵⁴ Vom Autor auf eine plakative Formel gebracht: „Not ist hierarchisch, Smog ist undemokratisch.“⁵⁵

Auf politischer Ebene sieht Beck in diesem Zusammenhang ein „Vakuum“. Globale, gemeinsam getragene Risiken kollidierten nicht nur mit nationalstaatlichen Egoismen, sondern stellten korporatistisch organisierte Systeme, in denen Parteien und Interessensvertreter entlang traditioneller Konfliktlinien ihre Kompromisse aushandelten, „vor schier unlösbare Probleme“.⁵⁶ Die Institutionen erhielten „ein Bild der gesellschaftlichen Wirklichkeit“ am Leben, dem die Realität immer weniger entspreche, ergänzte der Soziologe 1991 – politischen Auseinandersetzungen haften etwas Gespenstisches an.⁵⁷

Als zweite Dimension in Becks Entwurf gesellen sich zu den globalen Gefährdungen „gesellschaftliche, biografische und kulturelle Risiken und Unsicherheiten“, die aus dem bröckelnden sozialen Binnengefüge resultierten. Der entfachte Modernisierungsprozess habe demnach das „Koordinatensystem“, an dem sich die Gesellschaft orientiert hat, durcheinander gebracht: Die Grenzen zwischen den historisch formierten Klassen würden verschwimmen, soziale Schichten sich neu gruppieren, es entstünden alternative Berufs-, Lebens- und Beziehungsformen. Die

⁵³ Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main 1986. S. 12ff, 25ff; Matthias Euteneuer: Individualisierung, zweite Moderne und Soziale Arbeit. Zur Rezeption Ulrich Becks in der Theorie Sozialer Arbeit. Dortmund 2005. S. 31, 35.

⁵⁴ Beck, S. 29.

⁵⁵ Beck, S. 48.

⁵⁶ Beck, S. 64.

⁵⁷ Ulrich Beck: Politik in der Risikogesellschaft. Frankfurt am Main 1991. S. 62f.

alten Rollenzuschreibungen im Verhältnis von Mann und Frau gerieten ebenso ins Wanken wie das klassische Familienbild. Aus dieser „Enttraditionalisierung der industriegesellschaftlichen Lebensformen“ resultiere eine Individualisierung der Lebenswelten, die zu einem Verlust althergebrachter Sicherheiten führe.⁵⁸

Die vielfältigen (potenziellen) Konsequenzen dieser Entwicklungen können hier nicht ausführlicher diskutiert werden. Relevant für diese Arbeit erscheint mir aber Becks Hinweis, dass sich gerade in der Erkenntnis der Widersprüchlichkeit der individualisierten Existenzlagen „neue soziokulturelle Gemeinsamkeiten“ herausbilden könnten. Der Autor zieht eine direkte Verbindung zur Geschichte der neuen sozialen Bewegungen und deren Institutionalisierung in Gestalt der Grünen: „In diesem Sinne sind die neuen sozialen Bewegungen (Umwelt, Frieden, Frauen) einerseits Ausdruck der neuen Gefährdungslagen in der Risikogesellschaft und der aufbrechenden Widersprüche zwischen den Geschlechtern; andererseits ergeben sich ihre Politisierungsformen und Stabilitätsprobleme aus Prozessen der sozialen Identitätsbildung in enttraditionalisierten, individualisierten Lebenswelten.“⁵⁹

4.2. Die Vorläufer der Grünen Parteien

Die ersten ökologischen Manifestationen gehen in Österreich auf das Konto lokal und thematisch begrenzter Bürgerinitiativen, die im Kampf gegen geplante Großprojekte zusammenfanden: Einen Kraftwerksbau in der Wachau, eine Autobahn quer über den Neusiedler See oder die Verbauung des Sternwarteparks im 18. Wiener Bezirk. Der Protest gegen letzteres Projekt mündete am 26. Mai 1973 in eine Volksbefragung, die zum ersten Meilenstein der grünen Geschichte wurde: 57,4 Prozent stimmten gegen die Errichtung eines Universitätsinstituts auf der Grünfläche, Bürgermeister Felix Slavik (SPÖ) trat in der Folge zurück. Mitgeholfen hat schon damals – wie später auch beim Protest gegen das Kraftwerk Hainburg – eine Kampagne der „Kronen Zeitung“, die dabei das Schlagwort „Baummord“ prägte.

Aus der Protestbewegung entstand mit der Wahlgemeinschaft für Bürgerinitiativen und Umweltschutz (WBU) ein erster ernsthafter Versuch, eine bundesweit für ökologische Anliegen kämpfende Organisation zu schaffen. Bei der Wiener Gemeinderatswahl 1978 erreichte diese grob als bürgerlich-liberal-konservativ zu beschreibende Gruppierung 6086 Stimmen – mit einem Spitzenkandidaten aus dem

⁵⁸ Beck, S. 115f.

⁵⁹ Beck, S. 119f.

Kreis der rechtsextremen „Volkssozialistischen Arbeiterpartei“.⁶⁰ In den folgenden Jahren mobilisierten immer mehr Bürgerinitiativen, die – in der Regel zeitlich und inhaltlich eng begrenzt – gegen kleine oder große Projekte auftraten.⁶¹

Eine Keimzelle alternativer, gegenkultureller Initiativen war die im Sommer 1976 erfolgte Besetzung der „Arena“. Der Kampf um ein Kulturzentrum im vom Abriss bedrohten ehemaligen Schlachthof St. Marx in Wien wurde zum „Schlüsselereignis“ einer Bewegung, die ab den Siebzigerjahren den Anspruch auf selbst verwaltete Freiräume stellte. Die Aktivisten griffen die Machtstrukturen in Gestalt einer paternalistischen, auf Arbeitsdisziplin und Konsum basierten Wohlfahrtspolitik an und wandten sich gegen das „technokratische Vorwärtsbetonieren“ der Siebzigerjahre (Wolfgang Kos), das sich auf kommunaler Ebene in der Philosophie der funktionalistischen Stadtplanung manifestierte: Während die alte Bausubstanz der Gründerzeitviertel vielfach Verfall und Spekulation preisgegeben wurde, wuchsen an den Stadträndern uniforme Blocksiedlungen in die Höhe, die dem Prinzip der strikten Trennung von Wohnraum, Arbeitsplatz und Freizeiträumen folgten. Dass auch in der Hausbesetzerszene der Siebziger- und Achtzigerjahre, die sich leer stehender Objekte bemächtigte und dort alternative Lebensentwürfe probte, Wurzeln der grünen Bewegung liegen, zeigen nicht zuletzt personelle Kontinuitäten: Dieter Schrage, Sprecher der Arena-Besetzer, engagierte sich später ebenso bei den Grünen wie Michael Sburny, „Verwalter“ des 1975 besetzten und zum Kulturzentrum umfunktionierten Amerlinghauses am Spittelberg.⁶²

4.3. Sternstunde I: Zwentendorf und die Anti-AKW-Bewegung

Im Zeichen des Kampfes gegen Atomkraftwerke wuchs neben den oben angesprochenen isolierten Konfliktherden auch in Österreich eine landesweite Massenbewegung. In dieser kam es zur ersten Berührung, Kooperation und auch Konfrontation der verschiedenen Strömungen der grünen Bewegung. Schon in der Frühphase kristallisierte sich – grob betrachtet - eine Spaltung in zwei Blöcke heraus. Auf der einen Seite stand das „links-alternative“ Lager, das in den sozialen Bewegungen verwurzelt war und Parteibildung und Wahlbeteiligung vorerst nicht als

⁶⁰ Schandl, Schattauer, S. 125f.

⁶¹ Othmar Pruckner: Eine kurze Geschichte der Grünen. Wien 2005, S. 11f.

⁶² Martina Nussbaumer, Werner Michael Schwarz: „Für alle“. Eigenarten von Hausbesetzungen und Kämpfen um selbstverwaltete Kulturzentren in Wien. In: Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern. Katalog zur 381. Sonderausstellung des Wien Museums. Wien 2012. S. 16ff; Wolfgang Kos: Vorwort. In: Ebenda, S. 12ff.

Ziel begriff. Auf der anderen Seite formierte sich ein strukturkonservativ-bürgerlich-ökologisches Lager, das schon in den Siebzigern versuchte, Wahllisten zu bilden. Die Traditionen dieses Flügels reichen von der um die Jahrhundertwende entstandenen – und später vom Nationalsozialismus teilweise eingebundenen – Lebensreformbewegung (etwa die Vegetarier-, Freikörperkultur- oder Naturheilkundebewegung) über die vom „Club of Rome“ inspirierte Kritik aus Expertenperspektive bis zum Bürgerinitiativenprotest. Das bürgerliche Lager war es auch, das die ab Beginn der Siebzigerjahre keimende Anti-AKW-Bewegung anfangs hauptsächlich trug.⁶³

Ab etwa Mitte der Siebzigerjahre traten auch Gruppierungen aus dem linken sowie alternativen Spektrum auf den Plan, deren Kritik sich aus einer starken antikapitalistischen Anschauung nährte – so etwa der maoistisch orientierte „Kommunistischen Bund“, der die „Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner“ (IÖAG) dominierte und den Kampf gegen die Atomkraft als eine „Massenbewegung (...) gegen die herrschende Klasse und den Staat“ begriff. Die Atomkraft stand den Kritikern – um eine gemeinsame Grundanschauung der vielfältigen Gruppen zu nennen – stellvertretend für die zu überwindenden gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse.⁶⁴

Das Hereinwachsen der Linken in das ökologische Thema über den Kampf gegen Kernkraftwerke ist kein auf Österreich beschränktes Phänomen. Exemplarisch lässt sich diesbezüglich die Entwicklung in Frankreich hervorheben, wo sich die Erben der Protestgeneration von 1968 stärker als etwa in Deutschland in ökologisch geprägten Alternativprojekten sammelten. Die Kritik richtete sich gegen eine technikfixierte, zentralistische und autoritäre Konzeption der Gesellschaft, deren Kulmination die „Atomgesellschaft sei: Kernenergie sei keine „neutrale“ Errungenschaft, sondern befördere zwangsläufig einen bestimmten Gesellschaftstyp mit Wachstum und Konsum als den einzigen Maßstäben.

Mit Breitenwirkung verkörpert hat die Vision einer „linken Ökologie“ der in Frankreich bekannte Agronom René Dumont, der zu den Präsidentschaftswahlen 1974 als gemeinsamer Kandidat vieler Umweltgruppen antrat, wenn auch mit dem bescheidenen Erfolg von 1,3 Prozent der Stimmen. Ein echter Wandel beginne damit, postulierte Dumont, „dass die Interessierten selbst alle Probleme, die sie betreffen, in die Hand nehmen – auch den Kampf um Lebensqualität“. Ein anderer

⁶³ Gottweis S. 315; Schandl, Schattauer, S. 116ff.

⁶⁴ Gottweis, S. 315; Schandl, Schattauer, S. 123.

Vordenker der Szene war der Sozialphilosoph André Gorz, ehemaliger Anhänger der kommunistischen Partei Frankreichs und „Ökosozialist der ersten Stunde“ (Walther), der in den Siebzigerjahren als einer der ersten die drohende Umweltkrise als Folge der Konsumexzesse thematisierte und hinter der zivilen Atomindustrie „Versklavung durch Elektrizität“ sah.

Höhepunkt und zugleich Ende der französischen Protestwelle war „der Kreuzzug nach Malville“, wo die französische Regierung 1975 begonnen hatte, den schnellen Brüter „Superphénix“ zu errichten. Am 31. Juli 1977 waren rund 60.000 Atomkraftgegner, auch aus Deutschland und der Schweiz, in den Ort östlich von Lyon gepilgert, um gegen das Kraftwerk zu demonstrieren. Es kam zu gewalttätigen Zusammenstößen mit der Polizei, unter den Demonstranten gab es einen Toten und mehrere Schwerverletzte, auch Polizisten trugen Verletzungen davon. Der Protest entfaltete insofern Wirkung, als der Superphénix nach kurzer Betriebsdauer stillgelegt wurde; doch der Versuch, zu einer geeinigten politischen Kraft zu werden, scheiterte bei den Parlamentswahlen 1978.⁶⁵

Dass das linke Profil der heimischen Anti-AKW-Bewegung weit weniger ausgeprägt war als in Frankreich, lässt sich wohl mit dem bereits angesprochenen Umstand erklären, dass die 1968 verankerte Tradition einer studentischen Linken verhältnismäßig schwach war.⁶⁶ Die größte Zugkraft entwickelte die im Frühjahr 1978 gegründete „Arbeitsgemeinschaft gegen Zwentendorf“, die in Abgrenzung zu den „radikalen“ Kräften verschiedenste Strömungen beheimatete, von bürgerlichen und konservativen Aktivisten über Sozialdemokraten bis zur lebensreformerischen Rechte. Prominente Wissenschaftler, Künstler und Intellektuelle engagierten sich in der ARGE, wie etwa der mit dem Nobelpreis ausgezeichnete Verhaltensforscher Konrad Lorenz, dessen Schüler Irenäus Eibl-Eibesfeldt, die Biologen Rupert Riedl und Bernhard Löttsch, die Schauspielerinnen Erika Pluhar, der Kabarettist Werner Schneyder sowie Austropopper wie Wolfgang Ambros, Georg Danzer und Willi

⁶⁵ Alain Touraine: Die antinukleare Prophetie. Zukunftsentwürfe einer sozialen Bewegung. Frankfurt am Main / New York 1982, S. 33ff, 50ff;

Rudolf Walther: Utopie oder Tod. In: Der Freitag. Berlin, 3.4.2011. <http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/utopie-oder-tod> (Zugriff am 11.8.2012);

Rudolf Walther: Der Ökosozialist aus Frankreich. In: Taz, Berlin, 12.11.2011.

<http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=pb&dig=2011%2F11%2F12%2Fa0054&cHash=b1a6fa9bee> (Zugriff am 11.8.2012);

Interview mit Christophe Fourel: Andre Gorz: Vordenker der Sozialbewegungen. In: science.orf.at. 22.9.2009. <http://science.orf.at/stories/1627848/> (Zugriff am 11.8.2012).

⁶⁶ Gottweis, S. 312.

Resetarits. Leitfigur war der Geologe Alexander Tollmann, der Obmann des medial intensiv kampagnisierenden Verbandes wurde.

Für die Betriebnahme des Kraftwerks 30 Kilometer westlich von Wien sprachen sich hingegen sämtliche Sozialpartner, die Industriellenvereinigung, die Vertreter der E-Wirtschaft, das Gros der allein regierenden SPÖ sowie die FPÖ aus. Doch die am 5. November 1978 stattfindende Volksabstimmung endete mit einer Niederlage für das politische Establishment: Bei einer Beteiligung von 64,1 Prozent stimmten 50,47 Prozent gegen eine Inbetriebnahme, 49,53 Prozent dafür. Im Dezember beschloss der Nationalrat das Atomsperrgesetz.

Der von der Anti-AKW-Bewegung vereinnahmte Erfolg hatte aber noch einen anderen Vater: Die bis dahin keinesfalls einheitlich gegen Kernkraftwerke aufgetretene ÖVP beschloss, ein Nein bei der Volksabstimmung zu propagieren – in der Hoffnung, dem mit absoluter Mehrheit regierenden sozialdemokratischen Bundeskanzler Kreisky eine Niederlage zuzufügen. Obwohl das schwarze Manöver den Ausgang der Abstimmung zweifellos entscheidend beeinflusst hat, bedeutete Zwentendorf einen großen Motivations- und Mobilisierungsschub für die Umweltaktivisten: Der Beweis, dass politische Interessen gegen das Establishment durchsetzbar sind, war erbracht. Auf die Entstehung sozialer Bewegungen hatte Zwentendorf eine geradezu „katalytische“ Wirkung.⁶⁷

4.4. Zersplitterung: Alternative, Autonome und kommunalpolitische Pioniere

Die Spaltung des grünen Lagers blieb auch nach dem Triumph bestehen. Auf alternativer Seite zerfiel die Anti-Zwentendorf-Bewegung in zahlreiche Fraktionen. Die bedeutendste war das antiimperialistisch und sozialistisch, aber nicht marxistisch orientierte Wiener „Forum Alternativ“, das 1979 als Gegenveranstaltung zu einer entwicklungspolitischen UN-Tagung im Prater ein „Ökodorf“ nach ökologischen, sozialen und biologischen Prinzipien errichtete – quasi eine „Leistungsschau“ der heimischen Alternativbewegung. Praktische Demonstrationen von Sonnenkollektoren, Bio-Klos, einem Windrad und anderen alternativen Errungenschaften wurden – typischerweise für das Forum – mit theoretischen Debatten in Arbeitskreisen ergänzt.⁶⁸

⁶⁷ Judith Pfeifer: Die Entstehungsgeschichte und Entwicklung der Grünparteien Italiens und Österreichs von der Bewegung zur Partei. Ein Vergleich. Wien 2001, S. 99; Gottweis, S. 315; Schandl, Schattauer, S. 122ff.

⁶⁸ Schattauer, S. 59f.

Forum-Aktivist*innen knüpften an das Projekt mit der Gründung des Rotstilzchens im fünften Wiener Bezirk an, das sich als linkes, autonomes und selbstverwaltetes „Stadtteilzentrum“ verstand. Anders als das WUK oder das Amerlinghaus wollte sich dieses nicht von Subventionen der Gemeinde abhängig machen lassen und so dem vermeintlich „erpresserischen“ Einfluss der Politik ausliefern. Das von 1980 bis 1990 bestehende Rotstilzchen zog ein vielfältiges Publikum an – vom alternativen Öko bis zum Pazifisten, vom deklarierten Schwulen bis zum Punk und militanten Autonomen. Als gemeinsamen Nenner definierte das Kollektiv den „Versuch einer Wiederbelebung des Begriffs Heimat. Der Kampf gegen das Sterben der Rand-, Grenz- und Bergregionen, der Kampf gegen die Dominanz der Supermarkt- und TV-Kultur, der Kampf gegen die Zerstörung unserer Städte, Wohn- und Erholungsgebiete, der Häuserkampf der Jugendbewegung... all das sind unterschiedliche Schritte der Identitätssuche, einer Überwindung der Heimatlosigkeit.“ Im Rotstilzchen und anderen Projekten der Hausbesetzerbewegung sollte dieses autonome Prinzip gelebt werden.⁶⁹

Ein Einstieg in die etablierte Politik war im losen Netzwerk alternativer Basisinitiativen Ende der Siebzigerjahre vorerst freilich kein vorrangiges Ziel: Nur eine Minderheit der Gruppen befürwortete die Formierung einer Wahlpartei.⁷⁰

Auf lokaler Ebene wuchsen hingegen erfolgreiche kommunalpolitische Bewegungen, deren Frontfiguren in der Geschichte der Grünen eine tragende Rolle spielen sollten. Erste Bürgerinitiative, die es in einen Gemeinderat schaffte, war die unter anderem vom Schauspieler Herbert Fux getragene Bürgerliste, die sich in Salzburg gegen die Verkehrslawine und die Verschandelung der Stadt, gegen Politikerprivilegien und für Demokratisierung einsetzte. 1977 erreichte die Liste 5,6 Prozent und zwei Mandate, 1982 gar 17,7 Prozent und sieben Mandate. Johannes Voggenhuber wurde erster grüner Stadtrat Europas und war für Bau-, Planungs- und Verkehrsfragen zuständig. In der oberösterreichischen Gemeinde Steyregg zog 1979 der ehemalige Sozialdemokrat Josef Buchner mit seiner „Bürgerinitiative für Umweltschutz“ mit 18 Prozent der Stimmen in den Gemeinderat ein, ein Jahr später errang der in den Sechzigerjahren aus der KPÖ ausgetretene Fritz Zaun als erster deklariert alternativer Kandidat einen Gemeinderatsitz, und zwar in der Stadt Baden.⁷¹

⁶⁹ Hannes Hofbauer: Rotstilzchen. In: Besetzt!, S. 148f.

⁷⁰ Schandl, Schattauer, S. 128.

⁷¹ Pruckner, S. 17ff ; Schandl, Schattauer, S. 127ff.

Ein wichtiger Anstoß, den Einzug ins Parlament anzustreben, kam aus dem Ausland. 1979 entstanden aus den deutschen, belgischen, französischen, britischen, holländischen und italienischen Gruppierungen die „Europäischen Grünen“. 1981 erreichte die „Alternative Liste Berlin“ bei den Kommunalwahlen ungeahnte acht Prozent und gab in Österreich jenen – auch von Medien wie „Profil“ und „Falter“ vertretenen – Stimmen Auftrieb, die ein Antreten bei Wahlen befürworteten.⁷²

4.5. VGÖ und ALÖ: Zwei Parteien ringen um die Hegemonie

1982 bildeten sich zwei bundesweite Parteien heraus, die den in der Zwentendorf-Zeit angelegten Gegensatz fortschrieben. Auf der einen Seite gründeten Exponenten der Arge Zwentendorf im Sommer die „Vereinten Grünen Österreichs“ (VGÖ). Prominente potentielle Kandidaten wie Konrad Lorenz, der Maler Friedensreich Hundertwasser oder der Ökologe Bernhard Lötsch winkten allerdings ab. Bei der Gründungsversammlung wurde schließlich der Geologe Tollmann gewählt, dessen Führungsstil in der Folge als „autoritär“ umstritten war.

Die VGÖ bildeten ein Sammelbecken für bürgerliche und konservative Umweltschützer. Die erfolgreichen Kommunalpolitiker Fux und Buchner schlossen sich dem Kreis ebenso an wie Burgenlands FPÖ-Obmann Wolfgang Pelikan. Tollmann tolerierte sogar die Mitarbeit nahe am Rechtsextremismus angesiedelter Gruppen. Trotz der personellen Verankerung blieb der Einfluss der Rechtsextremen auf das gesellschaftspolitische Bild der VGÖ letztlich aber gering.

Die Gründungsdeklaration vom November beschwor nicht ohne Dramatik den Zusammenschluss der „verantwortungsbewussten Kräfte unserer Landes, um einen irreversiblen, zu bedeutenden Katastrophen führenden Prozess im letzten Moment abzuwenden“. Nichtsdestotrotz verstanden sich die VGÖ als Partei konventionellen Zuschnitts, die auf dem Boden herrschender demokratischer Spielregeln bleiben wollte – soweit die Theorie. Tatsächlich blieb die organisatorische Verfestigung in Form eines Parteigefüges aber gering, was die Gruppierung durch das Engagement bekannter Persönlichkeiten und der dementsprechenden medialen Resonanz zu übertünchen versuchte. Eine Kategorisierung als „Honoratiorenpartei“ erscheint vor diesem Hintergrund als treffend.⁷³

⁷² Schandl, Schattauer, S. 129.

⁷³ Dachs, 265f; Schandl, Schattauer, S. 118, S. 142f.

Grundlegende Veränderungen in Staat und Gesellschaft propagierte hingegen jene Gruppierung, die das zweite grüne Lager repräsentierte. Die am 5. November 1982 in Graz gegründete „Alternative Liste Österreichs“ (ALÖ) definierte sich als „Befreiungsbewegung“ sowie als „ökologisch“, „basisdemokratisch“, „solidarisch“ und „gewaltfrei“. In sich war die neue Partei allerdings selbst in zwei dominierende Flügel gespalten, die sich in Konflikte verstrickten. Stark ökologisch orientiert war die von Grazer Aktivisten dominierte Strömung, in der sich Protagonisten der Anti-AKW-Bewegung, der Dritten Welt-Bewegung, aus dem linkskatholischen Bereich sowie aus zusammengebrochenen maoistischen Gruppierungen wie dem Kommunistischen Bund scharten. Die Grazer, die beharrlich die Bundesparteigründung der ALÖ verfolgt hatte, setzten auf Reformen durch parlamentarisches Engagement einer Wahlpartei der ökologischen Mitte. Hierfür strebten sie gemeinsame Kandidaturen mit den VGÖ an.

Die Alternative Liste Wien (ALW), die sich anfangs gegen das Ziel einer Kandidatur bei den Nationalratswahlen gewehrt hatte, wurde hingegen von einer radikalen Linken dominiert, die marxistisch und primär nicht ökologisch orientiert war und eine Systemüberwindung propagierte. Statt Wahlbündnisse zu schließen, hatten die Wiener die Eliminierung der strukturkonservativen VGÖ aus dem grünalternativen Lager zum Ziel. Basisdemokratische Prinzipien spielten in ihrem organisatorischen Selbstverständnis eine bedeutendere Rolle als auf Grazer Seite. In der ALW fasste auch die Gewerkschaftliche Einheit Fuß, die als Gewerkschaftsfraktion zwar klein, dank der Zuwendungen von ÖGB und Arbeiterkammer aber finanziell und infrastrukturell stark war. Mit dem Anspruch der Versöhnung von Ökologie- und Gewerkschaftsbewegung versuchte diese im alternativen Milieu Terrain zu gewinnen und vertrat linkssozialdemokratische Forderungen wie betriebliche Demokratisierung und die 35 Stunden-Woche.

Den deutlich antikommunistisch auftretenden Grazern war die Ausrichtung der Wiener suspekt. Sie hielten marxistische Ansätze zur Erklärung der ökologischen Krise für unbrauchbar und fürchteten die Präsenz von „Extremisten“ und Randgruppenvertretern auf den Wahllisten. Im Konflikt zwischen den beiden Strömungen spiegelte sich aber auch der alte Konflikt zwischen maoistischen und trotzkistischen Zirkeln wieder – erstere fanden tendenziell bei den Grazer Alternativen eine neue Heimat, zweitere bei den Wienern. Das Gros der

studentischen Linken aus den ehemaligen K-Gruppen hielt sich dem alternativen Parteiprojekt jedoch fern.⁷⁴

Anlässlich der Nationalratswahlen 1983 setzte der die ALÖ dominierende Grazer Flügel ein vergleichsweise moderates Wahlprogramm durch, mit dem sich die rigoros basisdemokratischen Wiener nicht identifizierten. Zum Jahreswechsel 1982/1983 gestartete Einigungsversuche zwischen VGÖ und ALÖ zerbrachen jedoch an prinzipiellen Widersprüchen. Also traten die beiden Gruppierungen bei den Nationalratswahlen am 24. April 1983 getrennt auf – und scheiterten. Nach internen Querelen, die zu Fux' Ausschluss durch Tollmann führten, kamen die VGÖ auf 1,93 Prozent der Stimmen. Die ALÖ schaffte nur 1,36 Prozent. Rechnet man die Ausbeute zusammen, hätte eine vereinte Grünpartei in Oberösterreich und Wien je ein Grundmandat erreicht.⁷⁵

Sympathisanten und veröffentlichte Meinung riefen zwar nach einer grünen Einigung, unter den Funktionären beider Lager dominierten aber Zweifel, dass ein gleichberechtigter Zusammenschluss angesichts der Differenzen möglich sei. Strategisches Ziel war deshalb, die jeweils andere Seite zu schwächen oder auszuschalten. Kooperationen kamen nur auf regionaler Ebene in Form von Wahlplattformen zustande und waren erfolglos – mit einer Ausnahme: Bei den Vorarlberger Landtagswahlen 1984 schaffte der zum VGÖ tendierende Bauer Kaspanaze Simma als gemeinsame Frontfigur 13 Prozent der Stimmen. Aber auch dieses Bündnis zerbrach bald an den Gegensätzen.⁷⁶ Parallel dazu eskalierte innerhalb der ALÖ der Flügelstreit zwischen den bisher dominierenden Steirern und der aufkommenden Wiener Linken.⁷⁷

4.6. Sternstunde II: Hainburg

Und so spielten die miteinander und mit sich selbst beschäftigten Splitterparteien bei der Wiederbelebung der Grün-Bewegung – der Auseinandersetzung um das geplante Kraftwerk Hainburg – keine tragende Rolle.⁷⁸ Der Plan der Donaukraftwerke AG, sieben Quadratkilometer Fläche nördlich der Donau zu überfluten, stieß ab

⁷⁴ *Dachs*, S. 264ff; *Schattauer*, S. 450ff, zur gewerkschaftlichen Einheit: S. 301ff; *Schandl*, *Schattauer*, S. 133ff,

⁷⁵ *Schandl*, *Schattauer*, S. 148.

⁷⁶ *Pruckner*, S. 22ff; *Lindtner* S. 47.

⁷⁷ *Schattauer*, S. 298.

⁷⁸ *Schandl*, *Schattauer*, S. 167; Exponenten aus den Reihen beider Parteien engagierten sich zwar im Protest, als Organisationen blieb ALÖ und VGÖ aber die Rolle des Trittbrettfahrers.

1982 auf Widerstand. In der „Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Hainburg“ sammelten sich nicht nur Umweltgruppen, sondern auch teils prominente Mitstreiter aus verschiedenen Lagern: Sozialdemokraten wie Günther Nenning und Freda Meissner-Blau ebenso wie der Wiener Stadtrat Jörg Mauthe (ÖVP) und schwarze und blaue Jungfunktionäre. Künstler wie Peter Turrini, Friedensreich Hundertwasser oder Arik Brauer stellten sich gleichsam auf die Seite der Ausschützer, wie Teile der Kirche. Massenmediale Unterstützung durch den „Kurier“ und ab dem Frühjahr 1983 auch durch die „Kronen Zeitung“ trugen dazu bei, dass die Causa zu einem österreichweiten Politikum wurden. Für den Bau trat, getrieben vom mit Räumungskommandos drohenden Gewerkschaftsflügel, die regierende SPÖ ein. Die ÖVP war, wie noch weiter ausgeführt werden wird, gespalten.⁷⁹

Im Mai 1984 lancierten die Aktivisten das Konrad-Lorenz-Volksbegehren, das federführend von Gerhard Heilingbrunner, damals Alternativreferent der Österreichischen Hochschülerschaft, organisiert wurde. Zur Finanzierung vergab die „Kronen Zeitung“ Kredite, um hinterher auf die Rückzahlung zu verzichten.⁸⁰ Insgesamt soll die Zeitung 2.376.000 Schilling gezahlt haben.⁸¹

Als die Behörden Anfang Dezember dennoch den Rodungsbescheid erteilten, machten sich 5000 Menschen zu einer Sternwanderung nach Stopfenreuth im Augebiet auf, um „gewaltfreien Widerstand“ zu leisten, indem sie die ersten ins Gebiet fahrenden Baufahrzeuge stoppten. Die ÖH organisierte Zelte, Schlafsäcke, Decken und einen Shuttledienst von Wien in die Au. Am 19. Dezember unternahm die Polizei einen Räumungsversuch, wobei sie gegen die Besetzer auch Gewalt anwendete. Die Vorfälle provozierten in Wien eine spontane Demonstration mit geschätzten 30.000 bis 40.000 Teilnehmern. Am Tag danach verkündete Kanzler Fred Sinowatz einen Weihnachtsfrieden – und einen Rodungsstopp, der nie mehr aufgehoben werden sollte.⁸²

Das Lorenz-Volksbegehren brachte mit 354.000 Unterzeichnern (6,55 Prozent) letztlich ein mattes Ergebnis, laut Umfragen war nur eine Minderheit der Bevölkerung gegen den Bau.⁸³ Doch die mit einem patriotischen Anstrich versehene Anti-Hainburg-Bewegung – die Aubesetzer sangen etwa kamerawirksam die

⁷⁹ Pruckner, S. 28; Schandl, Schattauer, S. 166f.

⁸⁰ Schandl, Schattauer, S. 169.

⁸¹ Elisabeth Stenitzer: Der Konflikt um Hainburg. Eine Chronologie der Ereignisse und deren Auswirkungen auf das politische System Österreichs. Wien 1994. S. 64.

⁸² Pruckner, S. 30f, Schandl, Schattauer, S.172.

⁸³ Gottweis, S. 320.

Bundeshymne – hatte geschafft, woran ALÖ und VGÖ gescheitert waren: Ein breites Bündnis mit dem Umweltschutz als gemeinsamen Nenner, das auch einen Teil der bürgerlichen Medien im Boot hatte. Zum zweiten Mal nach Zwentendorf hatte die Ökologiebewegung bewiesen, dass sich Interessen gegen die etablierten Akteure, insbesondere gegen die an Widerspruch nicht gewöhnten Sozialpartner, durchsetzen lassen.⁸⁴ Die „traditionelle österreichische Untertanenseligkeit“ habe einen gewaltigen Schlag erhalten, bilanzierte Meissner-Blau und sah in der Au den „Nährboden einer grünen Partei“.⁸⁵

Die Erfolgchancen der Umweltbewegung, ein Projekt zu verhindern, hingen freilich auch davon ab, ob eine der Großparteien aus dem in Kapitel 4.1.4. beschriebenen rot-schwarzen Machtkartell ausscherte. Wie schon in der Auseinandersetzung um Zwentendorf tat dies auch bei Hainburg, zumindest teilweise, die ÖVP. Anders als 1978, als sich die innerlich zerrissene Partei aus Opposition gegen Kreisky zu einem Nein gegen das Kernkraftwerk durchrang, behielten diesmal die Interessen von Wirtschaftsflügel und ÖAAB-Betriebsräten Oberhand. Obmann Alois Mock setzte im November 1984 letztlich eine Pro-Hainburg-Linie im Parlamentsklub durch.

Allerdings genossen auch Hainburg-Gegner Bewegungsfreiheit. Politiker wie Erhard Busek, Marilies Flemming, Marga Hubinek oder Jörg Mauthe konnten gegen Hainburg auftreten, ohne damit ihre Karrieren zu gefährden. Soviel Toleranz ließ die Parteispitze wohl nicht nur wegen der zunehmenden Ausbreitung ökologischen Gedankenguts in den eigenen Reihen walten, sondern auch aus der Hoffnung heraus, die rot-blaue Koalition zu schwächen. Selbst nicht in Regierungsverantwortung, fiel es der ÖVP auch leichter, interne Widersprüche zu akzeptieren; die Verantwortung für die naturschutzrechtliche Genehmigung schob der Landtag des schwarz regierten Niederösterreichs bezeichnenderweise dem SP-Landesrat Ernst Brezovsky zu. Die Führungsriege der ebenso gespaltenen SPÖ fürchtete hingegen um das Image der durchsetzungskräftigen Kanzlerpartei und schloss mit Nenning den prominentesten Dissidenten aus. „Recht muss Recht bleiben“ argumentierten Sozialdemokraten immer wieder: Wenn ein legales Projekt auf diese Weise blockiert werde, dann könne die Republik gleich zusperren.⁸⁶

⁸⁴ Schandl, Schattauer, S. 174.

⁸⁵ Meissner-Blau, Freda: Hat Hainburg die Republik verändert? In: Ingrid Monjencs, Herbert Rainer (Hrsg.): Hainburg. Fünf Jahre danach. Wien 1989. S. 57.

⁸⁶ Lauber, Volkmar: Umweltpolitik. In: Dachs, Gerlich (u.a): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Wien 1992, S. 560f; Stenitzer, S. 19ff.

Tatsächlich waren die Folgen von Hainburg aber andere. Die Großparteien begannen in umweltrelevanten Fragen den Gleichschritt mit den Interessensvertretungen aufzugeben, die noch junge rot-blaue Regierung bemühte sich um einen ökologischen Anstrich. Von einer „Stunde Null“ der Umweltbewegung schreibt Pelinka: Der „zweite große, historische Erfolg“ über die durch die Sozialpartner repräsentierte Wachstumsphilosophie habe ökologische Themen auf die Tagesordnung gesetzt. Nicht immer blieb es dabei nur bei „Lippenbekenntnissen“ und einer „Inflation ökologischer Rhetorik“ (Pelinka). So verabschiedete die Regierung unmittelbar nach Hainburg neben einer (symbolisch bedeutsamen) Staatszielbestimmung für Umweltschutz in der Verfassung auch eine konkrete Katalysatorregelung für PKWs.⁸⁷

Aus wahltaktischen Gründen konnten es sich die etablierte Politik nicht mehr leisten, die „ökopolitische Wende“ in der Gesellschaft zu ignorieren: Bereits 1984 räumte die Bevölkerung dem Umweltschutz die größte Priorität unter den politischen Zielen ein.⁸⁸ Gewachsen war damit auch der Bedarf nach einer neuen Konkurrenz zu den traditionellen Parteien. Im Hainburgjahr standen bereits 39 Prozent der Wahlbevölkerung „einer Erweiterung des Parteienspektrums grundsätzlich positiv gegenüber“, 1981 waren es nur 17 Prozent gewesen. 1985 stieg die Zustimmungquote auf 47 Prozent an.⁸⁹

4.7. Einigungsprozess und Einzug in den Nationalrat

Während die von Flügelkämpfen und Auflösungstendenzen geplagten Parteien ALÖ und VGÖ weiter an Schlagkraft einbüßten, startete Hainburg-Wortführer Nening, 1985 wegen parteischädigenden Verhaltens von SPÖ und ÖGB ausgeschlossen, eine neue Mission: Den Sprung in den Nationalrat. In der Bürgerinitiative Parlament (BIP), in der auch der gemäßigte (Grazer) Teil der ALÖ aufging, sammelte er Persönlichkeiten, von denen viele in der späteren Grünenpartei eine tragende Rolle spielten: Etwa Freda Meissner-Blau, Pius Strobl, der aus dem VSStÖ und der Gruppe Revolutionärer Marxisten kommende Peter Pilz, Gerhard Heilingbrunner, Andreas Wabl, Doris Pollet-Kammerlander, Kaspanaze Simma, Christoph Chorgherr oder Johannes Voggenhuber. Ziel war vorerst keine echte Partei, sondern ein Klub

⁸⁷ Anton Pelinka: Hainburg als Stunde Null. In: *Monjencs, Rainer*, S. 61f; *Lauber* S. 561.

⁸⁸ *Plasser*, unsichtbare Fraktion, S. 137.

⁸⁹ *Plasser*, Parteien unter Stress, S. 213.

mehr oder minder prominenter Aktivisten im Nationalrat, in dem das freie Mandat statt der „alternativen“ basisdemokratischen Prinzipien gelten sollte. Die große Anziehungskraft des Projekts ließ Nennung das Konzept aber überdenken. Sein Ziel war fortan, die gesamte Grünbewegung vom rechten bis zum linken Rand unter einem Dach zu einen. Wörtlich strebte er ein „Programm mit Löchern“ an, das strittige Fragen möglichst ausblendete.

Nicht alle Grünen wollten bei soviel Kompromissbereitschaft mit, vor allem die Wiener Linken bekämpften die BIP. Dementsprechend zäh und konfrontativ verlief der versuchte Einigungsprozess, das Spektrum der Beteiligten reichte von basisdemokratischen Anarchisten bis zu konservativen Cartellverband-Mitgliedern. Auch ein Achtungserfolg brachte keinen Schub für die Übereinkunft: Trotz eines rudimentären Wahlkampfes und der Ablehnung durch große Teile des alternativen Flügels erzielte Meissner-Blau als Kandidatin bei der Präsidentschaftswahl im Mai 1986 immerhin 5,5 Prozent der Stimmen.⁹⁰

Unter der Federführung Nennings gelang im Juli ein Grundsatzvertrag, der – um alle Anliegen zu befriedigen – weit auslegbar und mitunter widersprüchlich war.⁹¹ Zum angestrebten Einigungskongress kam es nicht mehr, denn die politischen Ereignisse brachten die Grünen unter Zugzwang: Nachdem Jörg Haider Vizekanzler Norbert Steger als FPÖ-Chef abgelöst hatte, kündigte die SPÖ die rot-blaue Koalition auf. Die Folge waren Neuwahlen. Ohne einen formalen Beschluss der grünen Basis meldeten die BIP-Vertreter die „Die Grüne Alternative – Liste Freda Meissner-Blau“ für die Wahl an. Der auf einen prominenten Kopf zugeschnittene Ansatz stieß der Linken sauer auf, in Basisabstimmungen formierten sich Gegner der Galionsfigur. In Niederösterreich gewann Meissner-Blau noch ein Votum gegen einen Rivalen, nachdem ihr die Gegner „Autobusdemokratie“ vorwarfen - Sympathisanten seien herangekarrt und vor Ort als Mitglieder eingeschrieben worden. In Wien jedoch unterlag sie am 4. Oktober in einer turbulenten Sitzung der linksalternativen Historikerin Andrea Komlosy mit 155 zu 222 Stimmen. Nach gehässigen Wortgefechten erlitt Meissner-Blau einen Zusammenbruch. Aus dem Spital verkündete sie, mit „extremistischen Strömungen“, die „Österreich nicht zumutbar“ seien, nicht zusammenarbeiten zu können.

Bei der Nationalratswahl am 23. November 1986 kandidierten schließlich zwei grüne Parteien. Die linke Wiener Gruppe trat unter Komlosys Führung als die

⁹⁰ Pruckner, S. 31f; Schandl, Schattauer, S. 181ff.

⁹¹ Schandl, Schattauer, S. 201.

„Grünalternativen – demokratische Liste“ an, erreichte nach einem improvisierten Wahlkampf jedoch lediglich 6006 Stimmen.

Deutlich erfolgreicher, mit 234.028 Stimmen beziehungsweise 4,82 Prozent, schnitt die Liste Meissner-Blau, die von den VGÖ unterstützt wurde, ab: Mit der Spitzenkandidatin selbst, VGÖ-Chef Josef Buchner, Herbert Fux, Behindertensprecher Manfred Srb, Peter Pilz, Staatsanwalt Walter Geyer, dem Slowenenvertreter Karel Smolle und Andreas Wabl als einzigem auf einer Landesversammlung gewählten Kandidaten zogen acht grüne Mandatare in den Nationalrat ein. Nennung hatte im Vorfeld eine Kandidatur auf Meissner-Blaus Liste abgelehnt, weil er nicht mit Leuten im Parlament sitzen könne, die sein Projekt der Einigung hintertrieben hätten. Emotional erklärte sich Nennung mit den (linken) Gewählten vom 4. Oktober solidarisch, politisch unterstützte er trotz all seiner Kritik Meissner-Blaus Wahlkampf. Seine politische Karriere bei den Grünen fand allerdings ein Ende, als er im Februar für den Bundesvorstand der neu gegründeten Partei kandidierte und durchfiel.⁹²

4.8. Die Grüne Alternative: Ein turbulenter Einstieg ins Establishment

Der Einzug in den Nationalrat und die folgende Etablierung der Partei „Die Grüne Alternative“ stellt eine Zäsur da: Die Auseinandersetzung über den politischen Charakter der grünen Wahlpartei war entschieden. Die Überhand behielt jene Strömung, für die Schandls und Schattauers Kategorisierung „linksliberal“ treffend erscheint. Im Gegensatz zum linksalternativen Verständnis zielten die Linksliberalen nicht auf eine Überwindung des kapitalistischen Systems, sondern auf Reformen innerhalb des Systems ab. Sie machten den Kapitalismus zwar für die ökologische Krise verantwortlich, wollten diesen aber nicht beseitigen, sondern zur „ökosozialen Marktwirtschaft“ ummodellieren. Auch das demonstrative Bekenntnis zur Verfassung unterschied die moderaten Kräfte von den Alternativen.⁹³ Ein Unterschied zu Deutschland: Während sich die dortigen Grünen als Systemalternative links von der SPD begriffen, stufte sich die Mehrzahl der österreichischen Grünen in der Mitte ein. Das basisdemokratische Selbstverständnis beschränkte sich auf den alternativen Flügel, der 1986 lediglich etwa ein Drittel der Grün-Bewegung ausmachte.⁹⁴

⁹² Pruckner, S. 34f; Schandl, Schattauer, S. 207ff.

⁹³ Schandl, S. 174.

⁹⁴ Plasser, Parteien unter Stress, S. 203.

Die praktischen Folgen dieses Politikverständnisses zeigten sich bereits bei der Formierung des Grünen Klubs. Entgegen dem alternativen Prinzip verstanden sich die Abgeordneten nicht als kollektiven Ausdruck einer Basisbewegung, sondern als unabhängig von der Partei. Diese Frage war von Beginn an eine der Quellen interner Konflikte, zumal die Parteiorganisation im Gegensatz zum Klub von alternativen Kräften dominiert wurde, die im Zuge der Spaltung vor der Wahl 1986 nicht abgefallen waren. Es tat sich eine Kluft auf, die bis heute latent vorhanden ist: Während die Abgeordneten auf ihr „freies“ Mandat pochten (und sich letztlich durchsetzten), verlangten die Parteifunktionäre eine stärkere Verbindlichkeit, gemäß der die Mandatäre Entscheidungen vorab mit der Parteibasis abstimmen müssten. Auch andere Grundsätze wie das Rotationsprinzip und die Unvereinbarkeitsbestimmungen, die Machtkonzentration verhindern sollten, waren in den folgenden Jahren Konfliktstoff.⁹⁵ Hintergrund ist ein Dilemma, das die Grüne Alternative bis heute beschäftigt: Auf der einen Seite verstanden sich die Grünen von Anfang an als „andere“ Partei, die sich an soziale Bewegungen gekoppelt sah und im Gegensatz zu den autoritär strukturierten Konkurrenten nicht Opfer eines „kontinuierlichen Demokratieabbaus“ werden wollte. Auf der anderen Seite verlangten Gesetzesmäßigkeiten der politisch-medialen Auseinandersetzung schlagkräftige Strukturen mit kurzen Entscheidungswegen.⁹⁶

Im Februar 1987 begingen die Grünen in Klagenfurt ihren offiziellen Gründungskongress als Partei. Sie bestand, wie es im Parteijargon hieß, aus drei Kirchtürmen, die – zum Schaden der grünen Kampagnenfähigkeit – weitgehend isoliert für sich standen: Klub, Parteiorganisation und grüne Bildungswerkstatt, in der vielfältige, teils ausgefallene Strömungen eine Spielwiese fanden. Schandl nennt etwa die „anarchistischen Freiwirtschaftler“ in der Tradition Silvio Gesells, den spirituell angehauchten Arbeitskreis „Green Spirit“ oder die katholische Gruppe „Christen und Grüne“. In Wien, wo die Spaltung der Grün-Bewegung eine besonders dünne personelle Basis für die Partei zufolge hatte, übernahm die organisatorisch erfahrene Gewerkschaftliche Einheit die dominante Rolle. Ehemalige ALW-Aktivisten wurden nur sehr spärlich integriert. Teilweise wurden diese gezielt außerhalb der Partei gehalten, teilweise erlegten sich diese selbst einen Boykott auf.⁹⁷

⁹⁵ Pruckner, S. 40; Schandl, Schattauer, S. 223.

⁹⁶ Dachs, S. 264; Pfeifer, S. 42.

⁹⁷ Schandl, Schattauer, S. 224-238.

In der parlamentarischen Arbeit fielen die neuen Abgeordneten durch eine Vielzahl an Anträgen und Anfragen auf – der abgefallene Nenning sprach süffisant von „Antragsdurchfall“ – sowie durch Aktionismus, der von den Massenmedien vielfach kritisiert wurde: Peter Pilz rief zur militärischen Befehlsverweigerung auf, Andreas Wabl entrollte im Parlament eine Hakenkreuzfahne, um gegen den Umgang von Bundespräsident Kurt Waldheim mit der eigenen NS-Vergangenheit zu protestieren. Während der Parteivorstand Wabl verteidigte, übte die auf ein moderates Erscheinungsbild bedachte Meissner-Blau Kritik und bot nach Eigenaussage ihren Rücktritt an – ein symptomatischer Konflikt, in dem sich die Differenzen über die Frage offenbarten, wie radikal oder bürgerlich die Grünen auftreten sollten.⁹⁸

Eine andere Bruchlinie: Zwar waren nach 1986 nicht nur ein Teil der ALÖ, sondern auch viele VGÖ-Aktivisten der Grünen Alternative beigetreten,⁹⁹ doch die von Josef Buchner vertretenen Rest-VGÖ wehrten sich gegen die von der Grünen Alternative angestrebte Parteifusion. In den Medien distanzierte sich der Abgeordnete Buchner immer wieder von seinen Partnern, er verweigerte Initiativen, die über ökologische Anliegen hinausgingen.¹⁰⁰ Ab Herbst 1987 kandidierten die VGÖ bei verschiedenen Landtagswahlen gegen die Grüne Alternative.

Nirgends gelang einer Grünpartei der Sprung in die Volksvertretung, auch in der Stadt Salzburg setzte es eine Niederlage: Im Oktober 1987 büßte die Bürgerliste die Hälfte ihrer 1982 errungenen Stimmen ein – und Johannes Voggenhuber damit seinen Posten als Stadtrat. In Wien trug die VGÖ-Kandidatur, die unterschwellig von der SPÖ unterstützt wurde, entscheidend dazu bei, dass die Grünen Alternativen knapp den Einzug in den Gemeinderat verpassten. Wegen dieser Konflikte kam es zum endgültigen Bruch: Der isolierte Buchner wurde am 1. Dezember aus dem Klub ausgeschlossen, laut Antrag des Bundesparteivorstands wegen „schwerwiegender politischer Differenzen“, „ständiger Diffamierungen“ grünalternativer Inhalte und Mitarbeiter sowie „wiederholter Gegenkandidaturen der VGÖ“ und auch „zur Abgrenzung gegenüber rechtsnationalem Gedankengut innerhalb der VGÖ“.¹⁰¹

In der Aufarbeitung der Wien-Niederlage erkannten die Grünen allerdings auch einen dilettantischen Wahlkampf und eine voranschreitende Domestizierung, die nach der Kritik am anfänglichen Aktionismus eingesetzt hatte, als Gründe: „Wir sind immer

⁹⁸ Schandl, Schattauer, 243ff.

⁹⁹ Dachs, S. 268.

¹⁰⁰ Lindtner, S. 60.

¹⁰¹ Schandl, Schattauer, S. 255ff.

braver geworden – bis zu der betulichen Langeweile, die wir in der letzten Zeit verbreitet haben“, analysierten Pilz und andere.¹⁰²

Bei markanten politischen Auseinandersetzungen wie den Studentenstreiks und den Demonstrationen gegen Sozialabbau im Herbst 1987 spielten die Grünen keine nennenswerte Rolle. Im folgenden Frühjahr versuchten die Grünen eine erste Parteireform, die eine bessere Kooperation der Länderparteien bringen sollte, die bis dato kein Interesse an einer gemeinsamen Bundespolitik gezeigt hatten. Kernstück war die Aufwertung der Bundesgeschäftsführung, die mit Johannes Voggenhuber besetzt wurde. Die Medien werteten diese Personalwahl als Zurückdrängung des fundamentalistischen, ergo dogmatischen, wenig kompromissbereiten Flügels.¹⁰³

4.9. Neubeginn und Professionalisierung

Im Spätherbst 1988 erschütterte eine Reihe von Rücktritten die Fraktion. Als erste legte Klubobfrau Freda Meissner-Blau Mandat und Funktion zurück. Als Motiv nannte sie die Ohnmacht des Parlaments, das in der politischen Realität nicht der Ort der Entscheidung sei, sowie später den „rotzigen Stil“ mancher grüner Abgeordnetenkollegen. Allerdings hatte Meissner-Blau bereits selbst den Rückhalt in den eigenen Reihen verloren, wo ihr Kritiker Kritikunfähigkeit, mangelnde Führungsqualität und Überforderung in der parlamentarischen Arbeit vorwarfen.¹⁰⁴ Eine Rolle bei dem Konflikt dürfte auch die Frage gespielt haben, ob die Grünen sich eher als Kontroll- oder als Öko-Partei stilisieren sollten.¹⁰⁵

Auch Walter Geyer, von Meissner-Blau zum Nachfolger erkoren, zog sich zurück. Entgegen der Mehrheit der Fraktion hatte er eine Aussöhnung mit den VGÖ gefordert. Der dritte Abgänger war Herbert Fux, der sich ebenfalls für die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit den VGÖ (was diese selbst nicht wollte) stark machte. An die Stelle der prominenten Gesichter traten mehr oder weniger unbekanntere Personen.¹⁰⁶

¹⁰² Schandl, Schattauer, S. 258.

¹⁰³ Schandl, Schattauer, S. 262ff.

¹⁰⁴ Lindtner, S. 64f; Pruckner, S. 42f.

¹⁰⁵ Dachs, S. 273.

¹⁰⁶ Schandl, Schattauer, S. 270ff.

Geyers Abgang machte im parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Lucona-Affäre¹⁰⁷ den Platz für Peter Pilz frei, der in der Rolle des Aufdeckers zum Medienstar avancierte. Bei Landtagswahlen 1989 feierte die Grüne Alternative endlich wieder Erfolge – trotz Gegenkandidaturen der VGÖ. In den Tiroler Landtag zog die Partei mit drei Mandaten ein, wobei sie auf die Themen Transit, Zersiedelung und Grundstückspekulation im Kontext mit dem möglichen EG-Beitritt setzte. Auch in Salzburg und Vorarlberg errang die Partei Mandate.¹⁰⁸

Die Vorbereitung für die Nationalratswahlen 1990 war wieder von internen Konflikten geprägt: Es galt einen Kompromiss zwischen der Listenwahl an der Basis in den Ländern und der Absicherung so genannter „Bundesnotwendigkeiten“ zu finden. Letztlich trat in alternativer Tradition ein Kollektiv aus Monika Langthaler, Johannes Voggenhuber, Madeleine Petrovic und Severin Renoldner an. Nicht an vorderster Front war der eindeutig bekannteste Grün-Politiker Peter Pilz, der beim Bundeskongress im April 1990 nicht die notwendigen Stimmen der Basis erreichte.¹⁰⁹

1990 verpassten sich die Grünen ein Parteiprogramm, das die drei Teile Umwelt, Demokratie und Soziales umfasste. Trotz einiger Ziele, die – wie die völlige Verlagerung von Kurzstreckenflügen bis 500 Kilometer auf die Schiene – im Rückblick realitätsfern wirken, galt das 80 Seiten starke Konvolut als gewisse Abkehr vom Radikalismus. Autorin Sonja Puntscher-Riekmann „entschuldigte“ sich im Nachwort denn auch für zu wenig Utopie und zu viel Pragmatismus. Mit den kapitalistischen und marktwirtschaftlichen Prinzipien fanden sich die Grünen ab, wollten die industrielle Wachstumslogik als einziges Generalziel aber durchbrechen.¹¹⁰

Im Wahlkampf unterlief der Politologin Puntscher-Riekmann ein Fehler, der den Grünen geradezu traumatisch nachhängen sollte: Sie sprach davon, dass ein Benzinpreis in mehr als doppelter Höhe ökologisch sinnvoll sei – das volkswirtschaftliche „Aber“ ging unter.

Trotz später Zugeständnisse an modernen Politikampagnenstil – Pressechef Stefan Schennach setzte erstmals ein Plakat mit den Köpfen der Kandidaten durch – verloren die Grünen bei den Wahlen am 7. Oktober 1990 Stimmen. Der Prozentsatz

¹⁰⁷ Die Lucona war ein Schiff, das Udo Proksch samt Besatzung in die Luft sprengen ließ, wohl um die Versicherungssumme für eine nicht existente Uranerzanlage zu kassieren. Im Zuge der Affäre mussten Innenminister Karl Blecha und Nationalratspräsident Leopold Gratz – beide von der SPÖ und mit Proksch befreundet – zurücktreten.

¹⁰⁸ Schandl, Schattauer, S. 281.

¹⁰⁹ Schandl, Schattauer, S. 288.

¹¹⁰ Dachs, S. 272.

von 4,82 Prozent wurde aber gehalten, und dank der Wahlarithmetik kamen zu den acht Mandaten zwei dazu. In den Wahlergebnissen offenbarte sich ein deutlicher Trend: Die Grünen reüssierten in einem mittelständischen, urbanen Wählersegment, also in Wien und den westlichen Zentren, nicht aber in den ländlichen Gebieten des Ostens und Südens.¹¹¹

Der Parlamentsklub wurde runderneuert. Nur Wabl, Pilz und Srb blieben, neu hinzu kamen Voggenhuber (der zum Klubobmann gewählt wurde), Therezija Stoisits, Marijana Grandits, Madeleine Petrovic, Christine Heindl, Rudi Anschöber und Monika Langthaler. Die Partei blieb ohne Chef beziehungsweise Sprecher. Als Bundesgeschäftsführer wurden Franz Floss und Franz Renkin gewählt.¹¹²

Nachdem die Grünen in der Steiermark aus dem Landtag geflogen waren, trat Pilz – ein grünes Novum – als alleiniger Spitzenkandidat im Wiener Landtagswahlkampf 1991 an. Mit der Kampagne „Pilz gegen Filz“ verdoppelten die Grünen ihren Stimmenanteil auf 9,08 Prozent und zogen in den Gemeinderat ein. Die VGÖ erzielten 1,82 Stimmen.¹¹³

Im Parlament kam es hingegen zum Jahreswechsel 1991/1992 zu einem weiteren Umsturz: Beim „Putsch der Frauen“ – so die Bezeichnung in grünen Kreisen – löste Madeleine Petrovic Johannes Voggenhuber als Klubchefin ab. Dem Salzburger Bürgerlisten-Veteranen wurde mangelndes integratives Talent, fehlende Kommunikation und aggressiver Stil vorgeworfen, es ging aber auch um die strategische Ausrichtung. Voggenhuber und auch Floss sahen die Grüne Alternative als Widerstandspartei, die an Bürgerbewegungen anknüpfen und auf Polarisierung setzen sollte. Pilz hingegen wandte sich gegen eine „reine Verweigerungsstrategie“. Die Kampagne bei der Präsidentschaftswahl 1992 litt einmal mehr unter fehlendem Rückhalt in den eigenen Reihen, diesmal von Seiten des grünen Klubs. Der in der AKW-Bewegung geerdete Zukunftsforscher Robert Jungk erreichte 5,8 Prozent, die von den Medien als Achtungserfolg, von den Betreibern selbst aber als Enttäuschung gewertet wurden. Am Bundeskongress im Oktober desselben Jahres rangen sich die Grünen nach langwierigen Diskussionen zu einer Parteireform durch, die sich stark an die von Pilz geforderte „Neuorganisation“ anlehnte: Die Unvereinbarkeitsparagrafen, die mehrere Ämter in einer Hand verboten, wurden gestrichen, der Wiener Klubobmann Pilz konnte sich zum ersten Bundessprecher der

¹¹¹ Schandl, Schattauer, S. 294f.

¹¹² Pruckner, S. 45ff.

¹¹³ Schandl, Schattauer, S. 296.

Grünen wählen lassen. Klub und Partei wurden stärker aneinander gekoppelt, die Rivalität aber blieb. Im April 1993 wurde schließlich die Umbenennung auf „die Grünen“ beschlossen.¹¹⁴

Das innenpolitische Klima gab den Grünen neue Chancen zur Profilierung. Als Gegenpol zur vielfach als „ausländerfeindlich“ kritisierten Politik der FPÖ unter Jörg Haider engagierten sich die Grünen für die Plattform SOS Mitmensch und in der Folge für das Lichtermeer, das am 23. Jänner 1993 rund 200.000 Menschen am Heldenplatz und Umgebung versammelte, um gegen Haiders Ausländervolksbegehren zum demonstrieren. Eine Folge: Heide Schmidt spaltete sich mit dem Liberalen Forum von der FPÖ ab, um zu einer Konkurrenz der Grünen zu werden, die grüne Parteistrategen angesichts von Niederlagen wie bei der niederösterreichischen Landtagswahl als „Existenzbedrohung“ begriffen.¹¹⁵

Im Oktober 1993 scheiterte ein weiterer grüner Einigungsversuch. Ein gemeinsam mit den VGÖ präsentiertes Bündnis für die Nationalratswahlen zerbrach nach zwölf Tagen, weil Haider behauptete, dass die VGÖ auch mit ihm über eine Kooperation verhandelt habe – was Parteichef Buchner vehement bestritt. Er glaubt, dass Pilz Haiders Äußerungen bewusst genutzt habe, um die Einigung zu torpedieren.¹¹⁶

Nicht zuletzt wegen der moderner auftretenden Konkurrenz des Liberalen Forums versuchten die Grünen sich zu professionalisieren. Bundessprecher Pilz analysierte: „Das tolle grüne Angebot ist in der Schmuddelverpackung kaum verkäuflich.“¹¹⁷ Die Grünen beseitigten nicht nur basisdemokratische „Heiligtümer“ wie die Unvereinbarkeitsregelung, zumindest die Führungsriege im Parlament freundete sich auch mit gängigen Prinzipien politischer PR an: Die Pressearbeit wurde intensiviert, Petrovic als Galionsfigur aufgebaut.

Im Dezember 1993 traf der Bundeskongress die angesichts der eigenen Geschichte bahnbrechende Entscheidung, Petrovic als alleinige Spitzenkandidatin zu nominieren. Die Juristin, Betriebswirtin und geprüfte Gerichtsdolmetscherin trat als bürgerliche, moderate Figur auf, die im Gegensatz zu Pilz keinen linken Hintergrund

¹¹⁴ Schandl, Schattauer, S. 304ff.

¹¹⁵ Vergleiche: Protokoll des erweiterten Bundesvorstandes vom 6.6.1993. In: Archiv der Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte, OR Grüne -1, Mappe 116, Grüne Alternative, Protokolle Erweiterter Bundesvorstand (EBV) 1992, 1993.

¹¹⁶ Pruckner, S. 54.

¹¹⁷ Protokoll des erweiterten Bundesvorstandes vom 6.6.1993. In: Archiv der Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte, OR Grüne-1, Mappe 116, Grüne Alternative, Protokolle Erweiterter Bundesvorstand (EBV) 1992, 1993.

hat.¹¹⁸ Auch das bis Anfang der Neunzigerjahre unsichere Verhältnis zur Macht wurde geklärt: Die Grünen strebten nun offiziell eine Koalition an.¹¹⁹

Bevor Petrovic allerdings als schulmäßig gecoachte Kandidatin, die sogar Homestories mit Ehemann und Töchtern zuließ, in den Nationalratswahlkampf 1994 ging, zogen die Grünen in eine Kampagne, die dem neuen konstruktiven Real-Image zu widersprechen schien: Im politischen Kampf gegen den EU-Beitritt Österreich lebte der Widerstandsgeist aus den Zeiten von Zwentendorf und Hainburg auf – allerdings unter einigem Störfeuer aus den eigenen Reihen.

¹¹⁸ Pruckner, S. 51ff.

¹¹⁹ Sybille Straubinger: Professionalisierung und „Normalisierung“ der Grünen Alternative seit 1990. Diplomarbeit, Wien 1995, S. 63, 69.

5. Grüne EU-Skepsis – Traditionen, Bilder, Ideologien

Das Nein zu Österreichs EU-Beitritt im Jahr 1994 war trotz noch zu beleuchtender nationaler Besonderheiten kein singulärer „Ausreißer“ in der grünen Geschichte, sondern knüpft an eine tief greifende Tradition der Skepsis gegenüber diesem konkreten Einigungsprojekt an, die grüne Parteien in ganz Europa teilten. Die Kritik am „Europa der Bürokraten, Bomben und Butterberge“ (die deutschen Grünen 1984)¹²⁰ war in der Etablierungsphase der Achtzigerjahre grüner Mainstream – so auch im rhetorischen Repertoire der österreichischen Grünen, wo diese charakteristischen Bilder bis zur Abstimmung über den EU-Beitritt in immer neuen, mitunter noch dramatischeren Varianten auftauchen. Die überwiegend ablehnende Haltung beschränkte sich dabei nicht auf die Repräsentanten. Im Herbst 1988, als die politische Debatte über einen möglichen EG-Beitritt Österreichs in Gang kam, war die grüne Anhängerschaft neben jener der Kommunisten die einzige im Spektrum der etablierten Parteien, in der die Beitrittsgegner eine Mehrheit hatten. Laut einer Umfrage der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft, die sich den beiden traditionellen Lagern der Grünen getrennt widmete, lehnten 65 Prozent der ALÖ-Anhänger den Beitritt ab (gegenüber 28 Prozent Befürwortern) sowie 48 Prozent der VGÖ-Anhänger (gegenüber 28 Prozent).¹²¹

Als „ideologisch“ motiviert interpretiert Schaller diese Haltung, zumal die mit der EG/EU assoziierten Inhalte dem von den neuen sozialen Bewegungen geprägten grünen Weltbild widersprächen; die Ideologisierung erkläre, ähnlich wie beim Ja der Befürworter, auch die Vehemenz der Ablehnung.¹²² Oder, auf den Punkt gebracht in den Worten von Bomberg: Die EU hat viel an sich, was Grüne instinktiv ablehnen.¹²³ Im folgenden Kapitel sollen die Wurzeln dieser Skepsis frei gelegt werden.

5.1. „Small is beautiful“: Die EU als zentralistischer Moloch

Eine grundsätzliche Skepsis gegenüber großen Einheiten heben sämtliche im Rahmen dieser Diplomarbeit interviewten Akteure als grünes Charakteristikum hervor. Den Grünen sei dieses Misstrauen bei Geburt mitgegeben worden, sagt etwa

¹²⁰ Elizabeth Bomberg: *Green Parties and Politics in the European Union*. London, New York 1998, S. 67.

¹²¹ Schaller, EG-Diskussion, S. 171.

¹²² Schaller, EG-Diskussion, S. 92.

¹²³ Bomberg, S. 3.

Wabl und nennt als prägendes Vorbild den in Österreich geborenen Philosophen Leopold Kohr, der als früher Vordenker der Umweltbewegung gilt.¹²⁴ Der 1909 geborene Kohr behauptete, „dass alle Formen sozialen Elends nur eine Ursache haben: ihre Größe. (...) Es scheint das zentrale Problem der Schöpfung zu sein. Wo immer etwas fehlerhaft ist, ist es zu groß.“ Wann immer „der Organismus eines Staates am Fieber der Aggression, an Brutalität, an Kollektivismus oder einfach massiver Idiotie“ erkrankte, dann deshalb, weil die Menschen in „hochkonzentrierte soziale Einheiten zusammengefasst wurden, etwa in Horden, Gewerkschaften Kartelle oder Großmächte, die als solche in unkontrollierte Katastrophen hineinschlitterten“, schrieb Kohr 1957 und führte als Beispiel die drei Jahrzehnte später tatsächlich zerfallene Sowjetunion an. Seinen Ausführungen hatte er ein Zitat von Theophrastus Paracelsus vorangestellt: „Alles ist Gift. Ausschlaggebend ist nur die Dosis.“¹²⁵

Als „Lösung der Weltprobleme“ propagierte Kohr die Zerstörung der „nicht mehr lenkbaren“, „übermäßig angewachsenen Organismen, die man Großmächte nennt“. Als „einziges Serum gegen die krebstartige Wucherung der Übergröße“ sah er „die Idee und das Ideal der Kleinheit“. Als Beispiel nannte er die Schweiz, wo die verschiedenen Volksgruppen nur deshalb halbwegs friedlich miteinander lebten, weil es eine dezentralisierte Selbstverwaltung gebe. Das Konzept der EG/EU lehnte Kohr hingegen ab und forderte als Alternative unter dem Motto „Teilen, nicht Vereinigung“, Europa in viele kleine souveräne Kantone zu zerstückeln, die in einer Föderation miteinander verbunden sind.¹²⁶

Das Kohr'sche Prinzip des „Small is beautiful“ avancierte zu einem Leitsatz der Umweltbewegung, als der deutsch-britische Ökonom und Kohr-Schüler Ernst F. Schuhmacher 1973 ein Buch mit eben diesem Titel publizierte, das zum Bestseller wurde.¹²⁷ So fand der Slogan etwa Eingang in das Wahlprogramm der Alternativen Liste von 1983, das daraus Forderungen wie Dezentralisierung, Regionalförderung und Selbstverwaltung ableitete.¹²⁸ Das erste gesamtgrüne Parteiprogramm, das Mitte Juli 1990 in Telfs beschlossen wurde, erklärte „Demokratie von unten“ zu einem zentralen Grundsatz, der unter anderem in einer radikale Aufwertung von Gemeinden und Landtagen umgesetzt werden sollte. Menschen würden „Probleme

¹²⁴ Interview mit Andreas Wabl, geführt vom Autor am 12.9.2011 in Wien. S. 11.

¹²⁵ Leopold Kohr: *Das Ende der Großen. Zurück zum menschlichen Maß*. Salzburg/Wien 2002, S. 37f.

¹²⁶ Kohr, S. 39; *Salzburger Nachrichten*, 3.10.2009, Wochenend-Beilage, S. I+II.

¹²⁷ Radkau, S. 145.

¹²⁸ Schandl, Schattauer, S. 412.

dort am besten erkennen und lösen können, wo sie leben und arbeiten“, schrieben die Programmautoren. Zwar sei klar, dass Probleme überregionaler Natur einer zentral koordinierten Lösung bedürften, doch gelte es „die Verselbständigung von Zentralen und die damit verbundene Untertanenmentalität“ zu vermeiden. Die Grünen versuchten dabei, diesen Anspruch auch im eigenen Apparat zu leben, indem sie basisdemokratische Prinzipien wie Frauenparität, Regionalautonomie, Rotationsprinzip und Unvereinbarkeit von mehreren Funktionen verankerten.¹²⁹

Die theoretisch begründete Skepsis gegenüber großen, zentralen Einheiten bestätigte sich in den Erfahrungen der Bürgerinitiativen, die – wie in Kapitel 4 beschrieben – ein politisches Standbein der Grünen waren. Weil Bürgerinitiativen punkto finanzieller Mittel eingeschränkt seien, sagt Wabl, griffen sie zum Mittel des Aktionismus, um Aufmerksamkeit zu erregen. Dieser Aktionismus funktioniere am besten in kleinräumigen Strukturen – aus praktischen Gründen: So sei es logistisch schwieriger, vor den EU-Institutionen in Brüssel mit Traktoren vorzufahren, als vor einem nahen Rat- oder Landhaus. Überdies hätten Interessensgruppen die Erfahrung gemacht, dass große Organisationen zur Abgehobenheit neigten und angenommen, dass in Brüssel „kleine soziale Einheiten“ gegen finanziell potente Lobbyisten keine Chance hätten. Wabl sieht in der Sorge um die eigene Durchsetzungsfähigkeit deshalb eine ausschlaggebende Ursache für die Ablehnung der EU vonseiten der Grünen.¹³⁰

Aus der kritischen Haltung gegenüber großen Einheiten lässt sich nicht automatisch schließen, dass die Grünen per se die internationale Ebene negierten. In den Positionen der grünen Parteien Europas war und ist durchaus ein grundsätzliches Verständnis verankert, dass Umweltprobleme oder die Friedensfrage einer globalen Betrachtung bedürfen – die Grünen fürchten zwar die Omnipotenz des Staates, aber gleichzeitig auch seine Impotenz bei der Lösung weltweiter Probleme. Was sie aber unterscheidet von anderen linken Gruppen, ist der Link zur lokalen Ebene: Eine Globalisierung könne nicht „von oben“ verhängt werden, sondern müsse von unten kommen – ganz im Sinne des Slogans „Think globally, act locally“, einem alten Leitspruch der Umweltbewegung. Aus diesem Verständnis heraus entwickelte sich Dezentralisierung zu einer essenziellen Forderung aller Grünparteien Europas.¹³¹

¹²⁹ *Dachs*, S. 271; *Lindtner*, S. 83.

¹³⁰ Interview *Wabl*, S. 2ff.

¹³¹ *Bomberg*, S. 62f.

Einen Weg zu einem Gegenentwurf, der die genannten Ansprüche einlösen sollte, wies die Idee des Regionalismus, die in den Achtzigerjahren in Europa um sich griff und nicht nur bei grünen, sondern etwa auch bei rechtsextremen oder ethnisch motivierten Gruppen verding. Bekämpft wurden Vernachlässigung und Bevormundung von Regionen durch zentrale Bürokratien, sei es in wirtschaftlicher, kultureller oder sprachlicher Hinsicht. Interessensplattformen setzten sich auch auf EU-Ebene für das Anliegen ein – mit dem Erfolg, dass der Vertrag von Maastricht einen beratenden Ausschuss der Regionen schuf.¹³² Mancher Kritiker erkannte dahinter freilich bloß eine „Beschwichtigungsformel“, die gegen die Kritik am Zentralismus immun machen sollte.¹³³

In grünen Augen sollten regionale Autonomien, die den Nationalstaat als zentrale Quelle von Regierungsmacht zurückdrängen, zu basisdemokratischen Verhältnissen führen. Konkrete Entsprechung war das Konzept eines „Europas der Regionen“, in dem die Verwaltung nicht auf eine Zentrale konzentriert, sondern in einer Konföderation auf autonome, aber verflochtene Gebiete verteilt werden sollte. Nicht die „willkürlichen“ Grenzen der Nationalstaaten sollten mehr die Landkarte bestimmen, sondern historisch gewachsene, durch gemeinsame Kultur und Sprache definierte Regionen. Allerdings blieb die Idee in einem unscharfen Stadium stecken. In den gemeinsamen Plattformen kamen Europas Grüne nie zu einem konkreten Modell, das definierte, wie diese dezentralisierte Gesellschaft koordiniert werden sollte. „Wie in aller Welt schaut ein grün alternatives Europa der Regionen konkret aus?“, fragte sich die deutsche Grüne Brigitte Heinrich 1986: „Wir stecken immer noch in diesen vagen Konzeptionen.“¹³⁴ So wurde das Europa der Regionen kaum prominent propagiert, auch nicht von Österreichs Grünen, in deren Konzepten sich eher knappe Bekenntnisse zu einem „Europa der Regionen“ oder der „Autonomie der Regionen“ finden.¹³⁵

Deutlicher als die Alternative zeichnete sich das Feindbild ab: Im Gefüge der EG/EU sahen viele Grüne jene ferne, zentralisierte Macht verwirklicht, vor der sie stets gewarnt haben. Als „aufgeblasene, teure und undurchsichtige Bürokratie“, die jede demokratische Kontrolle vermissen lasse und „außer Reichweite des gewöhnlichen

¹³² *Bomberg* 15f; *Neisser*, S. 155ff.

¹³³ Anton *Pelinka*: Europa der Regionen – zur Unschärfe eines Begriffes. In: *Informationen zur politischen Bildung*, Nr. 5/1993, S. 43.

¹³⁴ *Bomberg*, S. 15f, 66ff.

¹³⁵ Vergleiche Madeleine *Petrovic*: *Das Grüne Projekt. Zwischen Ernüchterung und Hoffnung*. Wien 1994. S.307; Johannes *Voggenhuber*: *Die EU reformieren!* In: Andreas *Khol*, Günther *Ofner* und Alfred *Stirnemann* (Hrsg.): *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 1994. Wien, München 1995, S. 396.

Bürgers“ sei, klassifizierten die deutschen Grünen 1984 die EG – ein erstaunlicher Gleichklang zur heute (wieder) populären Kritik an der EU.¹³⁶ Es habe die Angst gegeben, dass nationale Parlamente und Landtage unnötig und die Strukturen bis hinunter zu den Gemeinden gekappt würden, knüpft Wabl für die Grünen Österreichs an: Das „Geschwätz“ von der Bürgernähe habe man für nichts anderes als einen „Werbegag“ gehalten.¹³⁷ Selbst Christoph Chorherr, der später als Beitrittsbefürworter auftreten sollte, zeichnete 1989 das Bild des neuen „Nationalstaates EG“, in dem die Interessensvertreter der Konzerne mehr zu reden hätten, als die Umweltbewegung. Anhand des Beispiels der seiner Meinung nach „extrem“ zentralisierten und von einigen wenigen Konzernen dominierten Forschungspolitik stellt er die rhetorische Frage: „Soll Österreich ein winziges Rädchen in diesem Monsterwerk sein?“¹³⁸

Im Zentrum der Kritik standen auch die „anti- und vordemokratischen“ Zustände. Gab es in den jungen Grünparteien Europas generell Vorbehalte, dass parlamentarische Beteiligung die Prinzipien der basisdemokratischen „Graswurzel“-Politik unterlaufe, so nährte das machtlose europäische „Schattenparlament“ diese Befürchtungen umso stärker.¹³⁹ Realer Angelpunkt der Kritik waren die im Vergleich zu nationalen Volksvertretungen unterentwickelten Kompetenzen des Europäischen Parlaments: Die Gesetzgebung in der EU fand über Jahrzehnte fast ausschließlich durch ein Zusammenwirken von Kommission und Rat statt, das Parlament hatte bescheidene Mitwirkungsrechte, die erst durch die Reformverträge ab jenem von Maastricht im Jahr 1993 zu Mitentscheidungskompetenzen aufgewertet wurden. Da der Rat sowohl Legislativ- als auch Exekutivfunktionen ausübt(e), bestand und besteht keine Gewaltentrennung im traditionellen, vom französischen Staatsphilosophen Montesquieu begründeten Sinn, der eine Trennung von Legislative, Exekutive und Judikative vorsieht. Zwar bleibt anzumerken, dass die im Rat repräsentierten Regierungsvertreter durch demokratische Wahlen in ihren Heimatländern legitimiert sind; den Standards, die für westeuropäische Demokratien maßgeblich sind, entsprach die EU zur Zeit der österreichischen Beitrittsdebatte aber keinesfalls.¹⁴⁰

Der Vertrag von Maastricht, der die Begründung einer Europäischen Union festschrieb, bestärkte die grünen Gegner in ihren Vorbehalten: Viele sahen darin die

¹³⁶ *Bomberg*, S. 68.

¹³⁷ Interview *Wabl*, S. 2f.

¹³⁸ Christoph *Chorherr*: Reform oder EG. In: *Impuls Grün* 1/89, S. 11.

¹³⁹ *Bomberg*, S. 91.

¹⁴⁰ *Neisser*, S. 79ff, 103f.

Schreckensvision des zentralistischen europäischen Superstaates verwirklicht, zumal die Realität der EU in grünen Augen weit weg von den eigenen Idealen blieb. Das Europäische Parlament – das einzige direkt gewählte Gremium – genoss trotz der Kompetenzausweitung nach wie vor weit weniger Macht als die Kommission und der Rat. Daraus resultiere – so die Kritik – ein „monopolisierter Legislativprozess“ unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit, der auf dem Input nicht gewählter Technokraten basiere. Der Vertrag von Maastricht ordne nicht nur ökologische Prinzipien anderen Politikfeldern unter, befanden die Grünen im europäischen Parlament, sondern verletze auch basisdemokratische Prinzipien, indem er nationale Parlamente entmächte, diese Macht aber nicht an das Europaparlament weitergebe.¹⁴¹

Die österreichischen Grünen urteilten nicht anders: Mit Maastricht sei die bloße Wirtschaftsgemeinschaft zu einer „hochzentralisierten politischen Gemeinschaft“ umgemodelt und der Grundstein für eine „europäische Supermacht“ gelegt worden, schrieben Johannes Voggenhuber und Franz Floss 1992.¹⁴² Ein Jahr später schärfte Voggenhuber in der Broschüre „Ja zu Europa, Nein zur EG“ seine Kritik nach, indem er die Qualifizierung der EG als „antidemokratische Verwaltungsdiktatur“ durch das deutsche Magazin „Der Spiegel“ übernahm. Parlamentarismus und Gewaltentrennung würden „durch faktische Regierungsgesetzgebung ausgehöhlt“, die Entwicklung der EG zu einem Bundesstaat sei offenes Ziel: „Sie weitet auch ohne Rechtsgrundlage ihre Kompetenzen ständig aus. (...) Zentralismus, Demokratieverweigerung, Einheitsrecht und die Abwertung der Regionen sind kein Gegenkonzept zum Nationalismus, sondern Öl in sein Feuer. In der Europäischen Union wird auch nicht der Nationalstaat überwunden, sondern ein neuer Super-Nationalstaat errichtet, der Europa nicht einigt, sondern spaltet.“¹⁴³

Der Salzburger Grüne Christian Burtscher kolportierte ein Szenario eines „reinen Wirtschaftsimperiums“, in der herkömmliche Staaten zu untergeordneten Administrationen degradiert und dem Einfluss der multinationalen Konzerne ausgeliefert würden. Mit „Landes-Blindheit“ seien die Gemeinschaftsverträge geschlagen, der Verzicht auf föderalistische Prinzipien „offensichtlich“. Bekenntnisse

¹⁴¹ Bomberg, S. 55ff, 76.

¹⁴² Johannes Voggenhuber, Franz Floss (Hrsg.): Österreichs Europa-Integration als Walze-Walzer? Linz 1992, S. 8.

¹⁴³ Johannes Voggenhuber: Nein zur EG – eine Chance für Europa. In: *Die Grüne Alternative: Ja zu Europa, Nein zur EG*. Wien 1993, S. 4f.

der „Zentralisten und Vereinheitlicher in Brüssel“, auf Subsidiarität setzen zu wollen, wischt er vom Tisch: „Der Wolf hat Kreide gefressen.“¹⁴⁴

Allerdings zeigte sich in der Kritik nach und nach eine Diskrepanz zwischen den grünen Parteien innerhalb und außerhalb der Union. In der Frühphase hatten die Grünen die europäische Ebene oft mit Ignoranz gestraft – die deutschen Grünen, bereits seit 1983 im Parlament, kümmerten sich kaum um die ein Jahr später stattfindenden Europawahlen. Die ersten Grünen im Europaparlament sahen dieses vor allem als Protestplattform an, frei nach einem von Claus Leggewie formulierten Einwand: „Warum europäische Institutionen legitimieren, die in einem skandalös vor-konstitutionellen, undemokratischem Zustand verharren?“ Danach setzte sich jedoch die Linie einer aktiv betriebenen Oppositionspolitik durch, die immer pragmatischere Formen annahm. Statt auf Fundamentalopposition setzten die Grünen innerhalb der EU auf die Idee der „Reform von Innen“, wobei die EU–Institutionen akzeptiert wurden; es wurde nun eben Herausforderung jedes grünen Abgeordneten, „alternative“ und „dezentrale“ Politik in einer bürokratisch, hierarchischen Struktur zu repräsentieren.¹⁴⁵

Im Abstimmungsjahr 1994 stimmten Österreichs Grüne mit ihrer Ablehnung der EU zwar mit den Schwesterparteien der anderen Efta-Staaten überein, nicht aber mit jenen in den EU-Mitgliedsstaaten.¹⁴⁶ Ihre düstere Vision der EG/EU als „Super-Nationalstaat“ stand im Gegensatz zu der Interpretation jener Grüne, die das Einigungsprojekt von Innen kennen gelernt hatten. „Die EG soll nicht ein Staat und erst recht nicht ein Volk werden“, schrieb der Südtiroler Europaabgeordnete Alexander Langer etwa im grünen Parteiorgan Impuls Grün und argumentierte, dass der Ansatz der EG zwar auf Vergemeinschaftung von Macht abzielen, aber auch auf den Erhalt sprachlicher und kultureller Identität.¹⁴⁷

Wie später dargestellt werden wird, hielten auch Repräsentanten der österreichischen Partei das vom grünen Mainstream gezeichnete EU-Bild für überzogen und problematisch – gegen „Kleinhäuslertum“ seien die Grünen nie immun gewesen, sagt etwa Schennach.¹⁴⁸ Inwieweit dabei patriotische oder sogar nationalistische Prägungen eine Rolle spielten, soll in Kapitel 7 beleuchtet werden.

¹⁴⁴ Christian *Burtscher*: Verdeckt von drei Zauberkostümen. Europäischer Zentralismus. Johannes *Voggenhuber*, Franz *Floss* (Hrsg.): Österreichs Europa-Integration als Walze-Walzer? Linz 1992, S. 13ff, 22f.

¹⁴⁵ *Bomberg*, S. 86ff, 124, 136.

¹⁴⁶ *Petrovic*, S. 96.

¹⁴⁷ Alexander *Langer*: Ein politisches Nein. In: Impuls Grün, 3/1993, S. 5.

¹⁴⁸ Interview im Stefan *Schennach*, geführt vom Autor am 30.3.2011, S. 14.

5.2. Kapitalismuskritik: Die EU als Wachstumsmonster

Kapitalismuskritik ist ein Common Sense aller grünen Parteien, die in Europa Fuß gefasst haben.¹⁴⁹ Exemplarisch zeigt diese Ausrichtung das erste Bundesprogramm der deutschen Grünen von 1980, das der Ökologiefrage einen deutlich antikapitalistischen Anstrich gibt. Den Raubbau an der Natur führt dieses Grundsatzpapier auf die „kurzfristigen Profitinteressen“ der Wirtschaft zurück: „Die Produktion richtet sich nicht nach den Bedürfnissen der Menschen, sondern nach den Interessen des Großkapitals. Das ökologische Gleichgewicht wird dem Wachstumsstreben der Wirtschaft und der Verbesserung ihrer Wettbewerbs- und Gewinnchancen geopfert. In deren Folge droht die völlige Verseuchung und Verwüstung der menschlichen Lebensbasis sowie steigende Arbeitslosigkeit und eine wachsende soziale und psychische Verelendung.“ Der grammatikalisch etwas holprige Nachsatz dieses Kompromisspapiers zwischen den verschiedenen grünen Strömungen Deutschlands bietet den Hinweis, dass sich diese Kapitalismuskritik aus zwei verschiedenen Stoßrichtungen speist: „Hier genau müssen sich ökologische und Arbeiterbewegung verbinden“.¹⁵⁰

Die beiden, im Folgenden beschriebenen Ansätze lassen sich nicht messerscharf voneinander abgrenzen und als Schablone eins zu eins über sämtliche europäischen Grünparteien legen, werden aber auch von vielen österreichischen Grünen selbst – und somit auch in dieser Arbeit – als grobe Kategorisierung verwendet.¹⁵¹

5.2.1. Linke und marxistisch orientierte Kritik

In der Grünen Bewegung gab es eine radikal linke und auch marxistisch geprägte Strömung, die während der 80er Jahre vor allem in Deutschland dominant war. Umweltprobleme waren in den Augen dieser „Ökosozialisten“ in erster Linie ein Nebenprodukt der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die es – so das klassische linke Ziel – zu überwinden galt. Grüne Themen wurden dabei adoptiert – wohl auch als Vehikel, um aus der politischen Isolation zu kommen und die Systemfrage unter zeitgemäßen Vorzeichen neu stellen zu können.¹⁵² Nicht selten

¹⁴⁹ Bomberg, S. 72.

¹⁵⁰ Falter, Klein, S. 73.

¹⁵¹ Vergleiche Impuls Grün 1/89, S. 14; Interviews mit Schennach et al.

¹⁵² Bomberg, S. 24; Falter, Klein, S. 53.

habe sich der Eindruck aufgedrängt, dass die Rhetorik ganz einfach das ausgebeutete Proletariat durch ausgebeutete Natur ersetze, schreibt Radkau und weist auf Kontinuitäten zur antikapitalistischen Kritik der 68er-Bewegung hin, die mit der späteren Umweltbewegung die Aversion gegen die technokratische Art des Fortschritts teilte.¹⁵³

In Österreich waren radikale, marxistische Gruppen, die eine Überwindung des kapitalistischen Systems ohne Wenn und Aber propagierten, vor allem im Wiener Teil der Alternativen Liste präsent. Wie in Kapitel 4 dargestellt spielte diese Stoßrichtung, auch weil es keine starke 68er-Bewegung als Vorläufer gegeben hatte, bei den Grünen letztlich jedoch nur eine Rolle von untergeordnetem Einfluss; beim Richtungsentscheid von 1986 setzte sich schließlich ein moderater, ökologisch orientierter Flügel durch. Vorhanden blieb die beschriebene Strömung in der neu geschaffenen grünen Partei aber allemal, zumal darin ein großer Teil der Alternativen Liste – so auch Wiener Funktionäre – aufgegangen waren.¹⁵⁴

5.2.2. Ökologisch orientierte Kritik

Die Perspektive dieser Stoßrichtung ist primär eine ökologische. In der Tradition der „Club of Rome“-Studie über die „Grenzen des Wachstums“, einer Bibel der Grünbewegung, richtete sich die Kritik gegen bedingungslose Wachstumsgläubigkeit, technischen Fortschrittsoptimismus, unbeirrbaren Machbarkeitswahn und die daraus resultierenden ökologischen und sozialen Folgen.¹⁵⁵ Als den Nukleus der grünen Weltanschauung bezeichnete Rudolf Bahro, Mitbegründer der deutschen Grünen, die Kritik an der „herrschenden Ideologie“, die auf unbegrenztem Wachstum und Dominierung der Natur aufbaue.¹⁵⁶ Peter Pritz, Vordenker der österreichischen Alternativen, wandte sich in einem ersten programmatischen Text aus dem Jahr 1980 gegen die „nekrophile Wachstumspartei“, die durch die „Triebkräfte“ Konkurrenz, Wachstumszwang und Profitlogik eine „globale Katastrophe“ heraufbeschwöre. Er bescheinigte der Ökologie- und Alternativbewegung deshalb eine objektiv

¹⁵³ Radkau, S. 156f.

¹⁵⁴ Plasser, Jahrbuch 1987, S. 134; Michael O'Neill: Green parties and political change in contemporary Europe. New politics, old predicaments. Aldershot, Brookfield 1997, S. 139.

¹⁵⁵ Bomberg, S. 1.

¹⁵⁶ Bomberg, S. 7.

antikapitalistische Dimension als „historische Antwort auf den opulenten Kapitalismus des ausklingenden 20. Jahrhunderts“.¹⁵⁷

Alle Kritik an den Auswüchsen bedeutete aber nicht, dass zwangsläufig das wirtschaftliche und gesellschaftliche Gefüge an sich zur Disposition gestellt wurde. Im Gegensatz zur links-marxistischen Strömung, die eine Überwindung des kapitalistischen Systems propagierte, setzte sich im ökologischen Lager ein Reformismus durch, der auf einen systemimmanenten Wandel und die Durchdringung der Gesellschaft mit ökologischem Gedankengut setzte.¹⁵⁸ In den Worten Wabls: Systemkritische Fragen seien den Grünen von Geburt mitgegeben – was aber nicht heiße, dass man alles zerschlagen wolle.¹⁵⁹ Da die Wurzeln der österreichischen Grünen, wie Schennach feststellt, „nicht so wahnsinnig bei den Linkslinken“ lagen, dominierte hier der ökologische Blickwinkel.¹⁶⁰

5.2.3. Europas Grüne im Richtungsstreit

Der Gegensatz zwischen den beiden beschriebenen Polen prägte die Evolution grüner Politik auf europäischer Ebene. Die ersten Versuche, eine gemeinsame Vision zu definieren, wurden im Anschluss an die Europawahlen 1979 von einer Koordinationsgruppe der „grünen und radikalen“ Parteien Europas gestartet. Doch eine offizielle paneuropäische Plattform kam mangels Einigung zwischen linksradikalen Kräften wie den deutschen Grünen und den primär ökologisch orientierten Gruppen – etwa aus Frankreich – nicht zustande.

In den folgenden Jahren stießen weiter grüne Parteien aus Schweden, Irland, abermals Frankreich und eben Österreich dazu, die auf der vordergründig ökologischen Schiene fuhren und zwei radikale Parteien aus den Niederlanden und Italien aus der Koordinationsgruppe drängten. Entsprechend dieser Stoßrichtung formulierte die neu formierte Grüne Gruppe im Jänner 1984 eine „Gemeinsame Erklärung der grünen Parteien Europas“, in der die „nicht-sozialistischen“ – ergo ökologischen – Ziele der Grünen Vorrang hatten: Forciert wurde eine „Regeneration“ der Wirtschaft von unten, um diese „human und nachhaltig zu machen“ und in eine „gemeinschaftsbasierte Autarkie“ zu führen. Es galt, mit dem „liberalen Kapitalismus

¹⁵⁷ Schandl, Schattauer, S. 130f.

¹⁵⁸ Falter, Klein, S. 56; Schandl, Schattauer, S. 130f.

¹⁵⁹ Interview Wabl, S. 6.

¹⁶⁰ Interview Schennach, S. 3f; Vergleiche Schaller, S. 156f.

des Westens“ ebenso zu brechen wie mit dem „Staatskapitalismus des Ostens“ und stattdessen einen dritten Weg zu beschreiten, „der mit einer ökologischen Gesellschaft kompatibel ist.“ Da diese „Brüsseler Deklaration“ in den Augen der linksorientierten Parteien aus Deutschland aber soziale Fragen vernachlässigte, gab es im selben Jahr einen neuen Versuch, auf einen gemeinsamen grünen Zweig zu kommen. Resultat war die „Pariser Deklaration“, in die neben grünen Standardhaltungen wie dem Kampf gegen Atomkraft und Umweltschmutzungen stärker linke und auch feministische Standpunkte einfließen. Letztlich fiel das Kompromisspapier aber zu vage aus um als konkrete Leitlinie für grüne Politik zu taugen.

Aus den Europawahlen 1984 resultierte eine Phase der Dominanz der von den deutschen Europaparlamentariern beförderten linksorientierten Stoßrichtung, ehe 1989 das Pendel in die Gegenrichtung ausschlug. Bei den Europawahlen in jenem Jahr stießen Parteien außerhalb des deutschen Sprachraums ins Parlament, die ökologisch orientierten Grünen aus Frankreich und Italien übernahmen eine führende Position.¹⁶¹ Am meisten hätten jene Parteien gewonnen, die Umweltschutz zu ihrem zentralen Thema gemacht hätten, wurde damals auch in den Reihen der noch außerhalb des europäischen Parlaments stehenden österreichischen Grünen konstatiert: Die als „links“ eingestuft bündesdeutschen Grünen hätten damit ihre „dominierende Machtstellung“ innerhalb der Europäischen Grünen eingebüßt.¹⁶² Überdies setzte sich in vielen grünen Gruppierungen ein Prozess der „De-Radikalisierung“ durch – besonders auch bei der deutschen Partei, die ab Mitte der 1990er Jahre im Wesentlichen in der Hand der undogmatischen „Realos“ war.¹⁶³

5.2.4. Die EU als Projektionsfläche für Kapitalismuskritik

Die oben beschriebene Haltung hat, wie sämtliche Interviewpartner konstatieren, in entscheidendem Maße zur EU-kritischen Stimmung bei den österreichischen Grünen beigetragen. Eine antikapitalistische Grundhaltung habe mitgespielt, sagt etwa Chorherr aus der Perspektive des EU-Befürworters.¹⁶⁴

¹⁶¹ *Bomberg*, S. 73ff.

¹⁶² *Gerhard Jordan*: Der Grüne Aufbruch. In: *Die Grüne Alternative: Impuls Grün* 1/89. S. 14.

¹⁶³ *Bomberg*, S. 26 ff.

¹⁶⁴ Interview mit *Christoph Chorherr*, geführt vom Autor am 3.3.2007, S. 5.

In den Augen der Grünen potenzierte die EG/EU geradezu jene Auswüchse, die sie am kapitalistischen Wirtschaftsgefüge kritisierten. Repräsentativ erscheint mir Wabls Sicht der EU als rein ökonomisches, von Kapitalinteressen dominiertes Projekt mit einem „verengten“ Blick, der „undifferenziertes“ Wachstum im Auge gehabt habe und folglich mit der grünen Grundüberzeugung kollidiert sei, dass Wachstum nur in bestimmten, ökologisch verträglichen Bereichen forciert werden soll.¹⁶⁵

Das Motiv des „entfesselten“ Marktes, der „auf quantitatives Wachstum“ setzt, avancierte zu einem Kernstück grüner Kritik – so etwa bei Voggenhuber: Die EG sei ein Beschleunigungszentrum der ökologischen, sozialen und kulturellen Fehlentwicklungen der heutigen Industriegesellschaft, die „mit ihrem Rückfall in die Wachstumsideologie der sechziger Jahre den fortschrittlichen Diskurs über die „Grenzen des Wachstums“ zerstört.“¹⁶⁶ Ähnlich Madeleine Petrovic, die eine „materielle Wohlstandsmaschinerie“ sah, die „immer mehr biologisch nicht verkraftbares Schmieröl“ benötige. Große Wirtschaftsbündnisse wie dieses setzten auf das „Prinzip der immer ungezügelteren Märkte“, in denen Ökologie bestenfalls „Verbrämung“ und soziale Gerechtigkeit „Utopie“ sei.¹⁶⁷

Bereits die in Kapitel 2 dargestellte Entstehungsgeschichte der Europäischen Gemeinschaft bietet Anknüpfungspunkte für diese Vorbehalte. Zwar stand hinter der Gründung von Anfang an die Idee einer politischen Union, um zwecks Friedensstiftung den Nationalismus und dabei vor allem den Jahrhunderte alten Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich zu überwinden, doch die reale Basis dieser Einigung war vorerst ein rein wirtschaftliche: Die 1952 in Kraft getretene Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl wurde 1958 durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) ergänzt; das Umweltthema fand in den Römischen Verträgen keine Berücksichtigung.¹⁶⁸ Dass die Euratom fixer Bestandteil des gemeinschaftlichen Gefüges war und blieb, ist trotz der geringen realen Bedeutung der Organisation¹⁶⁹ in grünen Augen ein doppeltes Übel: Die Nuklearindustrie gilt Grünen nicht nur als ökologisch inakzeptabel, sondern auch – um mit dem alternativen Vordenker Pritz zu sprechen – als „Flaggschiff des Megakapitalismus“.¹⁷⁰

¹⁶⁵ Interview *Wabl*, S. 4.

¹⁶⁶ *Voggenhuber*, Ja zu Europa, Nein zur EG, S. 6.

¹⁶⁷ *Petrovic*, Vorwort, S. XIff.

¹⁶⁸ *Bomberg*, S. 34.

¹⁶⁹ *Neisser*, S. 53.

¹⁷⁰ *Schandl, Schattauer*, S. 124.

Die 1987 in Kraft getretene Einheitliche Europäische Akte, die bis 1992 die schrittweise Vollendung des Binnenmarktes vorsah, nährte die grüne Auslegung der EG als „Wachstumsprojekt per se“ (Wabl)¹⁷¹, das immer größere Märkte benötige. Die Verfasser der Akte definierten dezidiert Wachstum als gemeinsames Ziel und somit, wenn man der Interpretation von Tony Judt folgt, als „verbindende Ideologie“ der künftigen europäischen Integration.¹⁷² Analog zum Siegeszug neoliberaler Inhalte in Europas Politik, die in Helmut Kohl (Deutschland) oder Margaret Thatcher (Großbritannien) ihre Fürsprecher fanden, setzte auch das EG-Konzept auf Deregulierung, Liberalisierung und den Rückbau des staatlichen Einflusses.¹⁷³

Laut einem viel zitierten, vom Kommissionsbeamten Paolo Cecchini 1988 verfassten Bericht sollte die Verwirklichung des EG-Binnenmarktes einen auf sechs Jahre gerechneten Wachstumsschub von rund 4,5 Prozent des BIP bringen. Diese Fokussierung stieß auf Kritik von Europas Grünen, die den solcherart entfesselten Wirtschafts- und Handelsschub für mit ökologischer Nachhaltigkeit unvereinbar hielten: Durch den Binnenmarkt erhalte Wachstum einmal mehr Vorrang gegenüber umweltpolitischen und sozialen Zielen.¹⁷⁴

Als „Ökonomen-Traum vom vollkommenen Markt“, der eine „gigantische Freisetzung von Marktkräften“ zum Ziel habe und dem „Fetisch Wirtschaftswachstum“ huldige, fand der gemeinsame Markt auch einen Dauerplatz im rhetorischen Repertoire der österreichischen Grünen.¹⁷⁵ Von einem „Angst- und Egoismusprojekt Binnenmarkt“ schrieb Burtscher 1992, von einem ausschließlich auf „quantitatives Wachstum“ und „eiskalte Kosten-Nutzen-Analyse“ ausgerichteten Projekt, das die Bevölkerung „hinter das Licht“ führe: Bauern seien in ihrer Existenz gefährdet, Anrainer von Transitwegen würden durch eine „alles zerstörende Arbeitsteilung“ überrollt, Handels- und Gewerbetreibende internationalen Handelsketten „zum Fraß vorgeworfen“, Konsumenten von „schleichende Vergiftung durch künstliche und bestrahlte Nahrungsmittel“ bedroht.¹⁷⁶ Es sei erwähnt, dass man von dieser martialischen Wortwahl nicht automatisch auf alle Grüne schließen kann. Im selben Sammelband warnt Schmidauer davor, Ängste zu schüren, indem mit

¹⁷¹ Interview Wabl, S. 8.

¹⁷² Tony Judt: Große Illusion Europa. Gefahren und Herausforderungen einer Idee. München/Wien 1996, S. 53.

¹⁷³ Pollak, Slominski, S. 36.

¹⁷⁴ Bomberg, S. 36.

¹⁷⁵ Doris Schmidauer: Österreich und die Europäische Integration. Zu den ökonomischen Auswirkungen eines EWR-Beitritts. In: Voggenhuber, Floss, S. 64ff.

¹⁷⁶ Burtscher, In: Voggenhuber, Floss, S. 12.

„Arbeitslosenraten, vergifteten Lebensmitteln und Bauernsterben Horrorszenarien entworfen werden“.¹⁷⁷

Als Zäsur sah Voggenhuber in diesem Zusammenhang den Zusammenbruch des kommunistischen Blocks im Osten, der in einen „Siegeslauf für den freien Markt“ gemündet habe, infolge dessen „soziale Ansätze“ und ökologisches Denken“ beiseite gedrängt worden seien. Die EG identifizierte er als reale Entsprechung dieses Trends: „30 Jahre hat man über die Grenzen des Wachstums gesprochen. Plötzlich ist das alles verfemt, und es gibt eine EG, einen Binnenmarkt, ein Wachstumsprojekt usw.“ Voggenhuber assoziierte die EG mit „gigantischen Prozessen der Organisation von Massengesellschaft, des absoluten Konsums“. Gegen all das werde es Widerstand geben, prophezeite der grüne Europasprecher – und die Grünen könnten Avantgarde, wenn nicht sogar politischer Kern werden.¹⁷⁸

5.2.5. Die wirtschaftspolitische Schlagseite der Beitrittsdebatte

Die spezifische Charakteristik der innenpolitischen Debatte über einen möglichen Beitritt zur EU/EG schien die grüne Sicht, dass es sich dabei um ein einseitiges Wirtschafts- und Wachstumsprojekt handle, zu bestätigen und verstärken: Idealistische Motive, die ein geeintes Europa beschworen, sind bei Österreichs Integrationsbemühungen zwar nicht gänzlich von der Hand zu weisen, die entscheidende Rolle spielten aber wirtschaftspolitische Anliegen. Demnach waren es auch ökonomische Argumente, welche die öffentliche Diskussion neben dem noch zu behandelnden Neutralitätsaspekt dominierten. „Österreichs Wirtschaft braucht einen EG-Beitritt“ identifizierte eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts OGM im März 1987 als das häufigste Pro-Argument.¹⁷⁹

Diese Schlagseite resultiert aus der Positionierung jener treibenden Kräfte, welche die EG-Debatte in Gang gebracht hatten. Es waren die ÖVP und die Wirtschaftsverbände, die Ende der Achtziger massiv auf ein Beitrittsansuchen drängten. Wirtschaftspolitische Anliegen standen dabei im Vordergrund: Die Befürworter erhofften sich einen ökonomischen Modernisierungs- und Liberalisierungsschub, mehr marktwirtschaftliche Konkurrenz und Entstaatlichung in einer als verkrustet wahrgenommenen Republik. Die Industriellenvereinigung etwa

¹⁷⁷ Schmidauer, S. 105.

¹⁷⁸ Lindtner, S. 172.

¹⁷⁹ Gehler, S. 372; Schaller, EG-Diskussion, S. 168.

sprach von einem „Überlebenstraining für die österreichische Wirtschaft in Richtung mehr Weltoffenheit und Wettbewerb“, und auch Andreas Khol, Außenpolitiker und treibende Pro-Beitritt-Kraft auf Seiten der ÖVP, führte vermeintliche ökonomische Sachzwänge an. Je später, desto kostspieliger werde der Beitritt, konstatierte Khol und erklärte selbigen zur Überlebensfrage: Im Falle eines Nein drohe Österreichs Wirtschaft eine „Albanisierung“. ¹⁸⁰ Die politischen Signale aus der EU nährten diese Liberalisierungshoffnungen. So mahnte die EU-Kommission in ihrem im Juli 1991 vorgelegte Gutachten zu Österreichs möglichem Beitritt, dem so genannten Avis, ein, geschützte Sektoren aufzubrechen, Sonderregelungen zu beseitigen und so die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. ¹⁸¹

Der ÖVP ging es bei Beitrittsdebatte durchaus auch darum, eine gesellschaftspolitische Wende zu forcieren. Mit ihrer Positionierung als Europapartei und dem Engagement im Dachverband konservativer und christlich-demokratischer Parteien habe die ÖVP – so Pelinka – ein Gegenkonzept zum sozialdemokratischen und wohlfahrtsstaatlichen Österreich-Modell verfolgt und dabei auch auf neokonservative und teilweise neoliberale Politikinhalt zurückgegriffen. Ein Umstand, der ebenfalls dazu geeignet war, bei einer links orientierten Gruppierung wie den Grünen einen Gegenreflex auszulösen. ¹⁸²

Generell rückte die Tatsache, dass die Gemeinschaft auch politische Strukturen herausgebildet hat, in den Hintergrund der europapolitischen Debatte. Auch in der SPÖ, die sich später als die ÖVP – per Vorstandsbeschluss im April 1989 – auf einen Pro-EG-Kurs verpflichtete, machte sich eine ökonomisch orientierte Sichtweise breit. Zwar gab es im Partei- und Gewerkschaftsapparat ähnliche Stimmen wie bei den Grünen, die den Binnenmarkt als unternehmerorientiertes, kapitalistisches Projekt begriffen. Doch die Beitrittsbefürworter, so etwa Staatssekretär Peter Jankowitsch als „Pionier“ innerhalb der Sozialdemokratie, betonten ähnlich wie die ÖVP und die Wirtschaftsverbände die Notwendigkeit einer Binnenmarkt-Teilnahme. ¹⁸³

Insgesamt bot die heimische Integrationsdebatte somit „logische“ Angriffspunkte für eine kapitalismus- und wachstumskritische Partei. Dass in den Neunzigerjahren ganz allgemein wieder materialistische Themen – Wachstum, Verteilungs- und

¹⁸⁰ Gehler, S. 371; Schaller, S. 83f, 131, 157.

¹⁸¹ Neisser, S. 225.

¹⁸² Schaller, EG-Diskussion, S. 66, 152.

¹⁸³ Schaller, EG-Diskussion, S. 64, 77.

Sicherheitsfragen – in den Vordergrund rückten, mag überdies atmosphärisch dazu beigetragen haben, dass sich die „postmaterialistischen“ Grünen auf ihr Widerstandspotenzial besannen.¹⁸⁴

5.3. Antimilitarismus und Neutralität: Die EU als neue Supermacht

Grundsätzliche „Vorbehalte gegen Blöcke mit militärischer Macht“ (Peter Pilz) waren ein gemeinsamer Nenner der Grünbewegung: Sie wurzeln ebenso in der Tradition klassisch linker Gruppierungen wie im Pazifismus der Friedensbewegung, der sich aus dem Unsicherheitsgefühl des nuklearen Zeitalters und des kalten Krieges nährte. Daraus habe eine diffuse Sicht der EU als neokoloniales und imperialistisches Projekt resultiert, sagt Pilz.¹⁸⁵ Beispielhaft eine Einordnung aus dem Jahr 1989: „Geht es nach den Staaten der EG, soll Europa zu einer Supermacht werden – mit allem, was dazugehört“, warnte das grünen Monatsmagazin „Impuls Grün“. Die drohende Rolle der Österreicher illustrierte ein Cartoon, der einen zum Putzen abkommandierten Soldaten zeigte, der bis zum Ellbogen in eine Kloschüssel langt: „Typisch! Die andern fahren im Panzer spazieren und wir Österreicher ham die Scheisshackn.“¹⁸⁶

Auch für diese Bedenken bot der Vertrag von Maastricht eine Protektionsfläche, zumal dieser das Ziel einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) implementierte.¹⁸⁷ Die Grünen im Europaparlament kritisierten, dass dieses Konzept stark an die Nato gebunden sei und primär die militärische Dimension im Auge habe, wobei es aber unterschiedliche Nuancen gab. Die deutschen Grünen, lehnten die GASP in Bausch und Bogen ab, weil diese die Tür für die „Militarisierung der EU“ öffne. Die französischen Grünen hingegen warnten zwar auch vor einem neuen Militärblock, befürworteten aber grundsätzlich die Idee einer GASP; noch positiver urteilten die italienischen und belgischen Grünen.¹⁸⁸

Die österreichischen Grünen reihten sich mit ihrer negativen Einschätzung in die Linie der Deutschen ein: Mit Maastricht sei der Umbau zu einem „neuen gewaltigen Militärpakt“ begonnen worden, mit dem Ziel, Zugang zu Rohstoffen zu garantieren,

¹⁸⁴ Pfeifer, S. 145

¹⁸⁵ Interview mit Peter Pilz, geführt vom Autor am 11.7.2011 in Wien, S. 7.

¹⁸⁶ Karl Staudinger: Neutralität und EG. Die Quadratur des Kreises. In: *Die Grüne Alternative: Impuls Grün* 1/89, S. 8.

¹⁸⁷ Gehler, S. 215.

¹⁸⁸ Bomberg, S. 76f.

die weltweiten Handelswege freizuhalten und in die Rolle der „Weltpolizistin“ zu wachsen. Längst werde dabei ein „Kalter Krieg“ gegen den Süden geführt. Eine ähnliche Stoßrichtung hatten die Warnungen, dass den Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa das Schicksal eines „Lateinamerika der EG“ blühe.¹⁸⁹

Das in der Kritik immer wieder auftauchende Argument, dass die EU-Politik zulasten des „Süden“ konzipiert sei, weist auf die Verwurzelung eines Teils der Grünen in der Dritte-Welt-Bewegung hin. Fokussierte sich diese in den Sechziger Jahren noch auf die Frage der Überbevölkerung in den betroffenen Regionen, so setzte in den 70er Jahren insofern eine Politisierung ein, als das vom Westen oktroyierte kapitalistisch-imperialistische Wirtschaftsgefüge zunehmend als Wurzel von Not und Elend der im Welthandel benachteiligten Entwicklungsländer begriffen wurden. Aktivisten der Alternativen Liste und der späteren grünen Partei engagierten sich in den Solidaritätsgruppen für Staaten wie das sandinistische Nicaragua und fanden in den Waffenlieferungen in die Dritte Welt einen spezifisch österreichischen Anknüpfungspunkt. Obwohl die Friedens- und Dritte-Welt-Bewegung angesichts der Neutralität keinen allzu fruchtbaren Nährboden vorfand und nach den Großdemonstrationen von 1983 ihren Höhepunkt überschritten hatte, scheint diese Prägung auch in der später gestellten Europafrage durchzuschlagen, indem sie jene Sicht der EU als „imperialistisches“ Gebilde beförderte, die unter Grünen in ganz Europa verbreitet war. So tauchte das Motiv der „neuen Supermacht“ der reichen Staaten, die Osteuropa aussperre und zu einer neuen Version der dritten Welt machen wolle, bereits in den grünen Europawahlkämpfen von 1989 auf.¹⁹⁰

In Österreich bestand überdies eine politische Besonderheit, die nach Meinung verschiedener interviewter Akteure entscheidend die Einstellung der Grünen beeinflusst hat: Die immerwährende Neutralität. Schennach führt das schlechte Image der EU nicht zuletzt auf den Umstand zurück, dass die Grünen immer „Topverteidiger“ der Neutralität gewesen seien, Voggenhuber nennt den „Neutralitätsmythos“ als entscheidenden Unterschied zu den Grünen in Deutschland, die eine EU-freundlichere Haltung an den Tag gelegt hätten.¹⁹¹

In Sachen Neutralität hatte sich nach 1955 in der politischen Debatte so etwas wie eine „herrschende Lehre“ herauskristallisiert, wonach die Mitgliedschaft in einer

¹⁸⁹ *Voggenhuber*, Ja zu Europa, Nein zur EG, S. 7.

¹⁹⁰ Werner *Balsen*, Karl *Rössel*: Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte Welt-Bewegung in der Bundesrepublik. Köln 1986, S. 290ff; *Gottweis*, S. 317f; *Bomberg*, S. 92.

¹⁹¹ Interview *Schennach* S. 5, Interview mit Johannes *Voggenhuber*, geführt vom Autor am 3.10.2009 in Wien, S. 9.

„supranationalen Staatengemeinschaft“ einen neutralen Staat im Kriegsfall in Konflikt mit seinen Neutralitätspflichten bringe. Weil ein demnach notwendiger Austritt aus der entsprechenden Gemeinschaft bei Kriegsbeginn aber wirtschaftlicher Selbstmord wäre, dürften bereits im Frieden keine völkerrechtlichen Bindungen eingegangen werden, die im Krieg die Anwendung der Neutralität unmöglich machten – was eine Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum, ganz zu schweigen in der EG, ausschließe. Konsequenz war eine bei allen in Kapitel 3 beschriebenen unterschiedlichen Akzentuierungen von SPÖ und ÖVP bis über die Siebzigerjahre hinweg gleichfalls getragene Politik, die auf Assoziierungsabkommen mit der EG setzte, nicht aber auf einen Beitritt.¹⁹²

In den Achtzigerjahren brach dieser Konsens auf. Die ÖVP versuchte – wie oben bereits dargestellt – sich mit einer eigenen (außen)politischen Linie zu profilieren, die als Gegenmodell zum sozialdemokratisch geprägten „österreichischen Weg“ auf eine „Verwestlichung“ im Sinne von marktwirtschaftlicher Liberalisierung und Entstaatlichung infolge eines EG-Beitrittes setzte. In die Hände spielte ihr eine Studie der Völkerrechts-Professoren Waldemar Hummer und Michael Schweitzer, die 1987 schließlich die skizzierte herrschende Lehre aufbrach: In ihrem wohl nicht zufällig von der Industriellenvereinigung in Auftrag gegebenen Gutachten kamen die beiden Experten zum Schluss, dass eine EG-Mitgliedschaft mit der Neutralität vereinbar sei. So könne Österreich laut der Luxemburger Vereinbarungen von 1966 bei Gefährdung sehr wichtiger Interessen auf Einstimmigkeit im EG-Ministerrat pochen und im Konfliktfall überdies auf im EWG-Vertrag verankerte „Schutzklauseln“. Die Beitrittsvariante war damit völkerrechtlich enttabuisiert, der Weg für Österreichs Beitrittsansuchen vom Juli 1989 geebnet.¹⁹³

Die Grünen hingegen klammerten sich hingegen an die traditionelle Leseart. Parteichefin Freda Meissner-Blau forderte Gegengutachten zur Hummer/Schweitzer-Expertise ein und warnte davor, die Glaubwürdigkeit der Neutralität zu untergraben; im selben Jahr verglich sie die EG mit einer Kolonialmacht.¹⁹⁴

Für die Grünen war die Neutralität, wie es in einem programmatischen Text im Parteimagazin Impuls hieß, ein Mittel, „sich aus Kriegen herauszuhalten“ und gleichzeitig eine „unverzichtbare Vermittlerrolle“ zu spielen. Schon durch das „Alltagsgeschäft“, abseits einer koordinierten Sicherheitspolitik, ergäben sich für

¹⁹² Pelinka, Integration und politische Kultur, S. 21.

¹⁹³ Pelinka, Integration und politische Kultur, S. 22f; Schaller, EG-Diskussion, S. 73.

¹⁹⁴ Schaller, EG-Diskussion, S. 88f.

Österreich Verwicklungen, die die Neutralität untergraben würden. So könnte Österreich im Gouverneursrat der Europäischen Investitionsbank gezwungen werden, für eine Krieg führende Partei eine Kriegsanleihe zu zeichnen oder gegen einen Kriegsgegner eines EG-Staates ein Embargo zu befolgen.¹⁹⁵

Bereits das Stellen eines Beitrittsansuchens komme einem Neutralitätsbruch gleich, konstatierte Klubobmann Wabl 1989.¹⁹⁶ Voggenhuber hob die Neutralität als einzigen glaubwürdigen Beitrag Österreichs zum Frieden hervor.¹⁹⁷ Die Grünen trafen damit zweifellos einen Nerv der Bevölkerung, hatte die zunehmend mythologisierte „immerwährende Neutralität“ doch im Prozess der Nationsbildung nach 1955 und da speziell in den von Kreiskys selbstbewusster Außenpolitik geprägten Siebzigerjahren in hohem Maße zur Identifikation der Bürger mit ihrem Staatswesen beigetragen.¹⁹⁸ Dementsprechend groß war der Rückhalt für dieses Prinzip: Laut einer Umfrage von Jänner 1989 würden 74 Prozent der Österreicher lieber auf einen Beitritt zur EG als auf die Neutralität verzichten.¹⁹⁹ Kein Wunder, dass die Grünen und andere Kritiker versuchten, die Neutralität zu einer der Kernfragen zu machen, die bezüglich eines möglichen EG-Beitritts diskutiert wurden.²⁰⁰

5.4. Die Tradition des anderen Standpunktes: Die EU als Elitenprojekt

Wie in Kapitel 4 dargestellt, liegen die Wurzeln der Grünen in politischen Manifestationen, die sich abseits der traditionellen Bühnen der Politik gegen „herrschende Zustände“ (Schennach) wandten²⁰¹ – von lokalen Bürgerinitiativen, die gegen einzelne Bauprojekte mobilisierten, bis zu den neuen sozialen Bewegungen, die einen umfassenden gesellschaftlichen Wandel anstrebten. Aus dieser Erfahrung resultiert eine bei den Grünen ausgeprägte Skepsis gegenüber Eliten, Autoritäten und etablierten Organisationen. In ihren Anfangsjahren führten die Grünen intensive Diskussionen, wie weit sie sich überhaupt in das parteipolitisch dominierte System der repräsentativen Demokratie einlassen sollten; ein Teil der Sympathisanten in den

¹⁹⁵ *Staudinger*, Impuls Grün 1/89, S. 8.

¹⁹⁶ *Schaller*, EG-Diskussion, S. 126.

¹⁹⁷ *Voggenhuber*, Ja zu Europa, Nein zur EG, S. 8.

¹⁹⁸ *Gehler*, S. 163.

¹⁹⁹ *Staudinger*, Impuls Grün 1/89, S. 10.

²⁰⁰ *Schaller*, EG-Diskussion, S. 61.

²⁰¹ Interview *Schennach*, S. 3.

Anfangsjahren sah in den Sozialen Bewegungen die eigentliche Verankerung der Grünen, während das Parlament nur eine Art PR-Bühne sein sollte.²⁰²

Nach der in Österreich 1986 endgültig erfolgten Richtungsentscheidung für Parteiwerdung und Parlamentarismus blieb die Prinzipienfrage präsent: Wie sehr dürfen die Grünen zur schlagkräftigen Partei werden, ohne basisdemokratische Grundsätze zu verraten? Wie kann es gelingen, die hehren Grundsätze zu bewahren, und sich trotzdem nicht im politischen Spiel durch Kompromisslosigkeit ins Abseits zu manövrieren?²⁰³ Und so war dieses Dilemma auch Anfang der Neunzigerjahre, im Vorfeld der EU-Abstimmung, Gegenstand innergrüner Debatten. Voggenhuber und auch Bundesgeschäftsführer Floss sahen die Grüne Alternative als Widerstandspartei, die an die Bürgerbewegungen anknüpfen und auf Polarisierung setzen sollte. Pilz hingegen wandte sich gegen eine „reine Verweigerungsstrategie“ und setzte auf das Konzept einer „ökologisch-sozialen Volkspartei“, Chorherr forderte „Problemlösungskapazität“ und die Überwindung „gewisser grüner Reflexe“.²⁰⁴

Dieser Geist des Ungehorsams kristallisiert sich aus den für diese Arbeit geführten Interviews als maßgeblicher Faktor für die grüne EU-Skepsis heraus. Pilz etwa führt „die Tradition eines anderen Standpunktes“ ins Treffen, die sich mit dem oben beschriebenen Misstrauen gegenüber großen Blöcken und einem idealistischen Anspruch, die Welt zu verändern statt sich mit Reformen abspesen zu lassen, gepaart habe.²⁰⁵ Beitrittsbefürworter Schennach spricht von einem „Reflex der Non-Voter“ und bemüht einen drastischen, nicht schmeichelhaft gemeinten Vergleich: Es sei gut, dass die Wiener Donauinsel zu einem Zeitpunkt gebaut wurde, als es noch keine Grünen gab – sie wären dagegen gewesen. „Die Grünen mussten und müssen erst lernen, was die Deutschen und Franzosen bereits wissen: dass es eine Courage zu großen, zukunftsweisenden Projekten braucht und nicht immer das Klein-Klein-Beharrende der Gegenwart“, befindet Schennach.²⁰⁶

Dieser „Reflex“ mag umso stärker ausgeprägt sein, als die österreichischen Grünen Identifikation aus zwei spektakulären Erfolgen von Protestbewegungen schöpfen: Gegen das AKW Zwentendorf und das Wasserkraftwerk Hainburg. Immer wieder beschworen die Grünen in der Europadebatte ein „zweites Zwentendorf“ – von der

²⁰² Falter, Klein, S. 52.

²⁰³ Bomberg, S. 25.

²⁰⁴ Schandl, Schattauer, S. 308ff.

²⁰⁵ Interview Pilz, S. 3.

²⁰⁶ Interview Schennach, S. 2f

ersten Anti-EG-Kampagne 1989 bis hin zum Vorabend der Abstimmung im Juni 1994, als Voggenhuber verheißungsvoll suggerierte: Es rieche nach Zwentendorf.²⁰⁷ Auch der Prozess der österreichischen Annäherung an die EG war in seiner Ausprägung dazu geeignet, die Grünen zum Schwimmen gegen den Strom anzustacheln. Die im Vergleich zu den skandinavischen Kandidatenländern überaus geschlossenen Phalanx der Befürworter wurde, wie Schaller und Pelinka attestieren, von einem Konsens der Eliten getragen: Seit dem im Juli 1989 an die EG gestellten Beitrittsansuchen trat die große Koalition aus SPÖ und ÖVP offiziell und geschlossen für die Mitgliedschaft ein, die Verbände der Sozialpartnerschaft schlossen sich ebenso an wie der Großteil der Medien; für ein Nein warb unter den reichweitenrelevanten Blättern lediglich die Boulevardzeitung „Täglich Alles“. Sogar zahlreiche Bischöfe wie etwa der populäre Kardinal Franz König sprachen sich öffentlich für einen Beitritt aus. In Österreich setzte sich somit eine breitere Pro-Stimmung durch als in den anderen Anwärterstaaten Finnland, Norwegen und Schweden. Immer wieder haben die Grünen die mediale Übermacht der Befürworterseite beklagt, durchaus auch mit Erfolg: Anlässlich der EG-Debatte des Nationalrates im Juni 1989 setzten sie die erste TV-Liveübertragung der Geschichte aus dem Hohen Haus durch.²⁰⁸ Die Repräsentanten der sozialen Bewegungen (Anti-AKW, Umwelt, Frieden) waren hingegen mehrheitlich bei den Gegnern zu finden – was folglich auf die Haltung der mit ihnen vernetzten Grünen abfärbte.²⁰⁹ Pelinka weist in diesem Zusammenhang auf einen paradoxen Umstand hin: Das Ziel der „Verwestlichung“ schwäche eigentlich jene Eliten, die sie befördern wollen, indem der wirtschaftliche Wettbewerb soziale Kosten verursacht, die den Regierenden auf den Kopf fallen. Überdies nehme der Einfluss der Verbände ab und somit auch die Wählerbindung an die Großparteien, woraus zu schließen sei: Für den EU-Beitritt sei die große Koalition bereit gewesen, die Grundlagen ebendieser zu zerstören, was wiederum den Aufstieg dritter oder vierter Parteien fördere.²¹⁰ Aus dieser Logik lässt sich folgern: Hätten rein strategische Überlegungen den Ausschlag gegeben, hätten die Grünen für einen Beitritt zur EU plädieren müssen.

²⁰⁷ Schaller, EG-Diskussion, S. 111.

²⁰⁸ Schaller, EG-Diskussion, S. 123; Christian Schaller: „Ja“ oder „Nein“ zu „Europa“? In: Pelinka, EU-Referendum, S. 73.

²⁰⁹ Schaller, EG-Diskussion, S. 149.

²¹⁰ Pelinka, Integration und politische Kultur, Seite 19ff.

6. Das grüne Nein zum EU-Beitritt: Die Chronologie der Ereignisse

6.1. Vorgeschichte: Erste Beschlüsse und Einsprüche

Im Februar 1989 erhoben die Grünen einen ersten konzertierten Einspruch gegen eine mögliche EG-Integration Österreichs: Bei einem Europa-Kongress in Innsbruck verabschiedete die Partei ein Manifest, das sich an den traditionellen Vorbehalten orientierte. In einer „aus heiterem Himmel“ vom Zaun gebrochenen Debatte, schrieben die Verfasser, habe „lautes, unsachliches und undifferenziertes EG-Geschwätz“ eingesetzt, das einen Beitritt als ökonomisch unausweichlich darstelle und in einer „naiven“ Strategie die entscheidenden Widersprüche verdränge: dass die Neutralität mit den „politisch-militärischen Zielen“ der EG unvereinbar sei; dass die durch den EG-Binnenmarkt betriebene „ökonomisch-industrielle Expansion aufgrund von marktwirtschaftlicher Liberalisierung an allen Fronten“ umweltpolitische und soziale Aspekte ausschließe; und dass die Handlungsmöglichkeiten eines Kleinstaates innerhalb einer „undemokratischen“ EG beschränkt seien. Viel spreche dafür, dass Österreich die EG als Nicht-Mitglied eher beeinflussen könne, denn als „kleines Anhängsel“, hieß es im Manifest.²¹¹

1991 startete der damalige Bundesgeschäftsführer Franz Floss ein Volksbegehren, das bereits für einen EWR-Beitritt eine Volksabstimmung forderte, aber mit 127.043 Unterschriften nur 2,25 Prozent der Stimmberechtigten erreichte. Als Ursache für das magere Ergebnis identifizierte Floss nicht nur die fehlende Kampagnenfähigkeit der Partei, sondern auch Uneinigkeit: Mit Ausnahme von Voggenhuber habe der grüne Parlamentsklub die Kampagne nicht mitgetragen.²¹² Bei den Nationalratswahlen 1990 schafften es die Grünen entgegen ihren Ankündigungen ebenfalls nicht, den möglichen EG-Beitritt zum prominenten Kampagnenthema zu machen.²¹³

Auch eine Klubklausur im Herbst 1992 förderte Differenzen zu Tage. Europasprecher Voggenhuber plädierte für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen, um darin konkrete Veränderungen auf europäischer Ebene zu erwirken, während Klubobfrau Madeleine Petrovic hierfür „größere Chancen von außen“ sah. Diese Haltung ist

²¹¹ Europamanifest der österreichischen Grünen Alternative. Februar 1989. In: Impuls. Das Grüne Monatsmagazin. 2/1989. S. 2. http://www.cvce.eu/content/publication/2006/1/4/9ad04f3d-2c40-44c1-bb83-944a04e6e5ac/publishable_de.pdf (Zugriff am 24.10.2012).

²¹² Schandl, Schattauer, S. 312.

²¹³ Schaller, EG-Diskussion, S. 179.

insofern interessant, als sich Voggenhuber in der Folge bis zu seiner vermeintlichen „Wende“ nach der Volksabstimmung im Juni 1994 vonseiten seiner Kritiker und der Medien dem Verdacht ausgesetzt sah, ein fundamentaler EU-Gegner zu sein.

Bei der Bundestagung im Februar 1993 legte sich die Partei schließlich mehrheitlich auf eine Anti-EG-Linie fest, wobei abermals das Bild der EU als undemokratisches „Wachstums- und Deregulierungsprojekt“ bemüht wurde, das „die Spaltung Europas in Arm und Reich“ vertiefe und „einen neuen kalten Krieg, und zwar gegen den Süden“, heraufbeschwöre. Allerdings wurden auch Einwände laut. Umweltsprecherin Monika Langthaler trug die Linie nicht mit und deklarierte sich als Vertreterin jener 50 Prozent der Grünwähler, die laut einer Umfrage, die wegen der geringen Stichprobe von ihren parteiinternen Gegnern angezweifelt wurde,²¹⁴ nicht strikt gegen einen EG-Beitritt seien. Die Grünen sollten keine Wahlempfehlung für das anstehende Referendum abgeben, forderte Langthaler.²¹⁵ Die grünen Argumente gegen die „undemokratische, unsoziale und unökologische“ EG qualifizierte sie als Slogans, die keine „Handlungsmöglichkeiten“ bieten würden, einmal postulierte Glaubenssätze würden kaum hinterfragt.²¹⁶

Diese Kritik blieb nicht unwidersprochen. An der Basis herrsche große Unruhe „über sich luxuriös gebärdende Funktionäre, die in der Scheinwelt der Politik den Kontakt mit den Sorgen derer, die sie eigentlich vertreten sollen, zu verlieren drohen“, sagte Voggenhuber und beklagte, dass die Medien den Kritikern, die innerhalb der Grünen nur „eine ganz, ganz kleine Minderheit“ darstellten, „sämtliche Roten Teppiche“ ausrollten und damit eine Öffentlichkeit gäben, „die ich mir für ihre Sachgebiete wünsche. Sie werden für ihre Position hoch belohnt.“²¹⁷ Bei einer Sitzung des Bundesvorstandes sagte Voggenhuber laut Protokoll: Er wolle nicht zulassen, dass durch Chorherr und Langthaler „der Mehrheitsbeschluss der Gremien konterkariert“ werde, was ihnen durch ihre Medienauftritte gelungen sei. Sie hätten zum Preis der Medienpräsenz dem politischen Gegner in die Hände gespielt.²¹⁸

In den internen Sitzungen wurde die EU-Frage regelmäßig zum Thema von Auseinandersetzungen. Kritik gab es dabei nicht nur an Langthalers Medienauftritten.

²¹⁴ Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes vom 22.2.1993. In: Archiv der Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte, OR Grüne-1, Mappe 110, Grüne Alternative, Protokolle Bundesvorstand 1992, 1993.

²¹⁵ Franz Heschl: Drinnen oder draußen? Die öffentliche österreichische EU-Debatte vor der Volksabstimmung 1994. Wien 2002, S. 53f.

²¹⁶ Interview mit Monika Langthaler. In: Impuls Grün, 3/93, S. 19.

²¹⁷ Interview mit Johannes Voggenhuber. In: Impuls Grün 3/93, S. 18.

²¹⁸ Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes vom 22.2.1993. In: Archiv der Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte, OR Grüne-1, Mappe 110, Grüne Alternative, Protokolle Bundesvorstand 1992, 1993.

Vorstandsmitglied Pius Strobl kritisierte Voggenhubers Argumentation als nicht greifbar und verständlich für die Wähler, Chorherr als religiös überhöht. Wabl wunderte sich über die „verbissene Einstellung“: Eine konstruktive Diskussion mit Chorherr und Langthaler müsse doch möglich sein. Pilz zeigte sich über die innerparteiliche Entwicklung der EG-Haltung „nicht unglücklich“, zumal die öffentliche Resonanz auf Langthaler und Chorherr eher positiv gewesen sei. Deren Haltung sei in eine Strategie integrierbar, die eine Mehrheit an skeptischen Europäern ansprechen solle, die nicht ausschließlich Grünwähler und EG-Nein-Sager seien.²¹⁹

Im Mai des selben Jahres fühlte sich freilich Voggenhuber bestätigt: Das schlechte Ergebnis bei den Landtagswahlen in Niederösterreich führte er auf die „halbherzige“ EU-Kritik seiner Partei zurück: „Wenn es im Land 50 Prozent EG-Gegner gibt und wir nicht einmal vier Prozent erreichen, dann haben wir versäumt, unser eigentliches Unterscheidungsmerkmal zu anderen Parteien klar zu machen.“ Die von Voggenhuber geforderte „Verschärfung der harten Oppositionspolitik“ im Sinne eines „Nein ohne Wenn und Aber“ stieß auf Widerspruch von Pilz. Die Grünen müssten zwar EG-kritische Bündnispartner suchen, aber mit dem „EG-Kannibalismus“ aufhören: „Dieser Exorzismus ist dem Wähler nicht zuzumuten.“²²⁰

Zuspruch für die Kritiker der Linie kam von einer wichtigen Basis der Grünen. Vertreter der Umweltorganisationen (Greenpeace, Global 2000, WWF), die zu einer Sitzung des Bundesvorstandes geladen worden waren, deponierten Einwände gegen ein Nein ohne Wenn und Aber: Obwohl die aktuelle Umweltpolitik der EG abzulehnen sei, dürfe nicht übersehen werden, dass eine Weiterentwicklung in Gang sei, die sich zum Positiven beeinflussen lasse. Die Umweltbewegung müsse verstärkt auf internationaler Ebene kooperieren, wobei die EG nun einmal ein wichtiger Faktor sei – und überdies ein Gegenkonzept zum Nationalismus. Voggenhuber hielt entgegen, dass es in der EG durch verschärften Wettbewerb und Rationalisierung „zu Schüben von Wachstums- und Zerstörungsprozessen“ komme und die „Spaltung in Zentrum und Peripherie“ die Hauptsache für Nationalismus sei.²²¹

Auch Floss forderte ein „eindeutiges Nein“ zur EG, das sowohl grundsätzlich („schrankenloses Wachstum“) als auch taktisch (Druck auf die EU, ihre Politik zu

²¹⁹ Protokolle der Sitzungen des Bundesvorstandes vom 22.2. und 1.3.1993. In: Archiv der Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte, OR Grüne-1, Mappe 110, Grüne Alternative, Protokolle Bundesvorstand 1992, 1993.

²²⁰ Heschl, S. 54f.

²²¹ Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes vom 8.3.1993. In: Archiv der Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte, OR Grüne-1, Mappe 110, Grüne Alternative, Protokolle Bundesvorstand 1992, 1993.

ändern) begründet sei: „Jede Spekulation um einen ‚Nein-Aber‘ Kurs der Grünen kann uns nur schaden“; das gleiche nahm Floss von Debatten an, ob das Nein nun „EG-Kannibalismus“ bedeute oder nicht. Angesichts der Widersprüche mahnten die Parteistrategen Schennach und Strobl in einer Analyse vor dem erweiterten Bundesvorstand, dass die „Zerreifrage EG“ auf eine „haltbare Konsensebene“ gebracht werden müsse – wie sich herausstellen sollte, vergeblich.²²²

6.2. Mobilisierung: Plädoyers, Provokationen und politischer „Ausverkauf“

Der grüne Bundeskongress in Klagenfurt vom Dezember 1993 brachte eine weitere Festlegung auf die offizielle Linie: 92 Prozent der Delegierten erhoben „ein Nein zur EU zu einem zentralen Anliegen grüner Politik“, nur sieben Grüne stimmten dagegen.²²³ Die Befürworter waren in der Partei also in der Minderheit, erreichten aber weiterhin viel Resonanz in der Öffentlichkeit. Namhafte Kommentatoren in den Zeitungen zeigten Sympathien für die Abweichler und warfen den EU-Gegnern ein „Spiel mit der Angst“ aus taktischem Kalkül vor. So etwa „Profil“-Herausgeber Hubertus Czernin: Während „Anti-EU-Sprecher“ Johannes Voggenhuber die EU aus Überzeugung „mit Rücksichtslosigkeit“ bekämpfe, suche Parteisprecher Pilz bloß nach einem Thema, das die schwächelnden Grünen vereinnahmen konnten.²²⁴

Zu diesem Zeitpunkt schien bei einem Plebiszit jeder Ausgang möglich: Zum Jahresende 1993 konstatierte die Meinungsforschung eine „Pattstellung zwischen Pro- und Kontrastimmen.“²²⁵ Die grüne Klientel stand dabei nicht so deutlich auf der Seite der Gegner wie die Funktionäre. Umfragen belegten, dass zumindest ein Drittel der Grünwähler für einen Beitritt zur EU plädierte.²²⁶ Pilz versuchte, politische Signale an beide Seiten auszusenden: Als Parteisprecher repräsentierte er die Mehrheit, setzte aber beim Bundeskongress mit dem späteren Parteichef Alexander Van der Bellen einen deklarierten EU-Befürworter als Kandidaten auf Listenplatz 5 durch.²²⁷

²²² Protokoll des erweiterten Bundesvorstandes vom 6.6.1993. In: Archiv der sterreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte, OR Grüne-1, Mappe 116, Grüne Alternative, Protokolle Erweiterter Bundesvorstand (EBV) 1992, 1993.

²²³ *Apa*, 13.12.1993; *Die Presse*, 14.12.1993, S.5.

²²⁴ *Profil* 10/94 vom 7.3.1994, S. 14.

²²⁵ *Plasser, Ulram*, Meinungstrends, S. 90.

²²⁶ Vergleiche: *Impuls Grün* 3/93, S. 18; *Profil* 3/94 vom 17.1.1994, S. 26; *Die Presse*, 22.3.1994; *Apa*, 7.4.1994.

²²⁷ *Standard*, 13.12.1993, S.6.

Für neue Debatten bei den Grünen sorgte Langthalers Plädoyer für eine „neue Europapolitik der Grünen“, das zum Jahresbeginn 1994 ausgerechnet im vom konservativen ÖVP-Politiker Andreas Khol herausgegebenen „Jahrbuch für Politik“ erschien. Als „schlicht unbegreiflich“ bezeichnete Langthaler die Tatsache, dass just die Grünen „als größter EU-Gegner“ auftraten: „Eine Partei, die sich humanistischen, antifaschistischen und antinationalistischen Traditionen verpflichtet fühlt, darf gerade in der derzeitigen, durch nationalistische Polarisierung geprägten Situation kein ‚Nein zu dieser EG‘ verbunden mit einem ‚Schluss der innerparteilichen Debatte‘ verlangen.“ Zentrales Argument: Es sei politisch sinnlos, ein System einfach nur abzulehnen, ohne realistische Alternativen anzubieten („Don Quichotte Politik“). Stattdessen plädierte die Abgeordnete dafür, in der EU Verbündete zu suchen, um diese von Innen heraus zu verändern: „Das Argument, dass mehr ökologisch bewusste Länder deshalb eher den Erfolg einer gemeinsamen EU-Umweltpolitik gewährleisten, hat sicherlich seine Berechtigung.“ Blieben die Grünen bei ihrem Nein zur EU, warnte Langthaler, würden sie zur „trostlosen, kleinkarierten Partei“ verkommen, die „bestehende Realitäten“ übersehe: „Auf die Internationalisierung der Politik mit einer konservativen Politik zu antworten, kann nur in eine provinzielle Sackgasse führen.“²²⁸

Der Text provozierte wütende Reaktionen. Als „illoyal und sinnlos“ bezeichnete der Bundesgeschäftsführer Peter Altendorfer ihre Stellungnahme. Auch Voggenhuber protestierte. Er halte es nicht „für fair“, eine „Dissidentenrolle“ zu spielen, und für „schlicht unbegreiflich“, dass die Kollegin „einem gegen die Grünen und alle EU-Gegner gerichteten Meinungskartell“ in die Hände arbeite. Seine Gegenargumente: Die EU baue die Demokratie ab, spalte Europa, industrialisiere die Landwirtschaft und betrachte quantitatives Wachstum als einziges Ziel.²²⁹ Bei anderer Gelegenheit ergänzte Voggenhuber: „Ich träume den Traum von Europa auch, verwechsle ihn aber nicht mit der EU.“²³⁰

Verkörperte Langthaler die EU-freundliche Seite im grünen Spektrum, so repräsentierte die Anti-EU-Initiative „Zukunft Österreich“, für die sich die grüne Parteigründerin Freda Meissner-Blau engagierte, das andere Extrem. Meissner-Blau hatte bereits 1987 in ihrer Zeit als Klubobfrau gegen einen möglichen Beitritt

²²⁸ Monika Langthaler: „Grüne und Europa. Plädoyer für eine neue Europapolitik der Grünen“. In: Andreas Khol, Günther Ofner, Alfred Stirnemann: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1993, S. 687-706.

²²⁹ *Apa*, 19.1.1994.

²³⁰ *Standard*, 19.2.1994, S.6.

angeredet, unter anderem mit Argumenten, wie sie in der Folge eher für die FPÖ typisch waren: So hatte die grüne Parteimitbegründerin vor dem „Ausverkauf unserer Industrie und unseres Handels an das Ausland“ gewarnt und davor, dass „eine Reihe von Arbeitsplätzen (...) von Ausländern eingenommen“ würden.²³¹

Im Vorfeld der Volksabstimmung versuchte sich Meissner-Blau von der FPÖ, die aus den falschen, weil „nationalistischen“ Gründen gegen die EU sei, abzugrenzen²³², formulierte aber nicht minder markig: Die EU sei zu einer „Wirtschafts- und Wachstumsmaschine“ und einem „Beschleunigungszentrum der Zerstörung der Biosphäre“ geworden. Freien, unkontrollierten Handel mit Umweltschutz unter einen Hut bringen zu wollen, sei so ähnlich, wie „einen Tiger zum Vegetarier zu machen.“ Die grüne „Grande Dame“ bestritt, dass die EU, die sie mit dem zentralistischen Frankreich des 19. Jahrhunderts verglich, jemals demokratisch werden könne: „Demokratie funktioniert nur in relativ überschaubaren Räumen.“²³³ Ein sofortiger EU-Beitritt wäre die Selbstaufgabe Österreich im Interesse des internationalen Großkapitals.²³⁴

Die offizielle Kritik der Grünen konzentrierte sich bis zum Abschluss der Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und Österreich hingegen weniger auf die EU an sich, als auf die „unglaublich fahrlässige“ Verhandlungsführung der großen Koalition, die alles abnicke, was die EU-Vertreter diktierten. „Bloße Scheinverhandlungen“ führe die Regierung, kritisierte Voggenhuber und forderte den „Abbruch“, weil die Neutralität, die in Österreich höheren Umweltstandards, die Qualitätsnormen für Lebensmittel und der Transitvertrag (teilweise) aufgegeben würden.²³⁵ Ebenso beklagte der Europaspriecher die Informationspolitik der Regierung: Unterlagen bekämen die Grünen nur über vertrauliche Kanäle in einer „Tiefgarage bei ausgeschaltetem Licht“.²³⁶

Parteisprecher Pilz betonte, kein grundsätzlicher Gegner der EU zu sein, aber die Verhandlungen der Regierung würden auch die letzten Befürworter bei den Grünen zwingen, gegen den Beitritt zu votieren. Wenn die Regierung die Beibehaltung der

²³¹ Scharsach, S. 61.

²³² Scharsach, S. 69.

²³³ *Apa*, 16.1.1994.

²³⁴ *Falter* 7/94, S. 9.

²³⁵ *Apa*, 4.1.1994.

²³⁶ *Apa*, 9.2.1994.

Neutralität, der heimischen Umweltstandards, des Transitvertrages und des Schillings garantiere, dann sei das nichts anderes als ein „Märchen“.²³⁷

Unmittelbar vor Abschluss der Verhandlungen sprach Voggenhuber vom „Wochenende des Ausverkaufs“ und einem „Unterwerfungsvertrag“, den Österreich unterzeichnen werde. Alle Ziele seien in „glanzvoller Weise“ verfehlt worden.²³⁸

Wären die Auftritte der österreichischen Delegation nicht so „kläglich und traurig“, könnte er sich eigentlich freuen, die Mehrheit der Österreicher „auf meiner Seite zu haben“. Persönlich griff er EU-Staatssekretärin Brigitte Ederer, die er als „beste Verhandlerin der EU gegen Österreich“ bezeichnete, an: Ihr Rücktritt sei „im eigenen Interesse“, um sich nicht „dem Hohn und Spott der Bevölkerung auszusetzen“.²³⁹

6.3. Eskalation: Verhandlungsabschluss und grüner Glaubenskampf

Erwartungsgemäß schlossen die EU und die österreichische Delegation die Verhandlungen am 1. März 1994 ab. „Österreich ist im Finale in die Knie gegangen und hat vor der EU kapituliert“, kommentierte Pilz, „eine Gegendelegation zu den Staatsvertragsverhandlern von 1955“ sei da nach Brüssel gereist. Der grüne Abgeordnete Severin Renoldner warf der Bundesregierung gar „Verrat“ vor. Voggenhuber bezichtigte die Regierung, nach dem Motto „Verkauft's mei Gwand, i fahr in Himmel“ verhandelt zu haben und prophezeite fatale Entwicklungen: Die Bauern würden zum Sozialfall mit Sterbehilfe für vier Jahre“, in Sachen Transit blühe in sechs Jahren das „schmutzige Wachstum“, die Info-Kampagne der Regierung kritisierte er als „infantilen Schwachsinn“.²⁴⁰ Petrovic meinte, die EU hätte das österreichische Landwirtschaftssystem übernehmen sollen – und nicht umgekehrt.²⁴¹ Mit einer gegenteiligen Meinung trat bloß Chorherr an die Öffentlichkeit. Er erhoffe sich vom EU-Beitritt eine Öffnung des Landes: „Wenn im Happel-Stadion die Fans einen schwarzen Fußballer mit Uhuhuh-Rufen bedenken, sei das jedenfalls nicht die Identität einer österreichischen Kulturnation, die er zu bewahren gedenke.“²⁴²

Die führenden Medien reagierten mit Unverständnis auf die Haltung der Grünen. Voggenhuber & Co entwickelten denselben Eifer wie der rechtskonservative Bischof

²³⁷ *Apa*, 18.1.1994; 1.2.1994.

²³⁸ *Apa*, 13.2.1994.

²³⁹ *Apa*, 24.2.1994.

²⁴⁰ *Apa*, 2.3.1994; *Profil* 10/94 vom 7.3.1994, S. 13.

²⁴¹ *Apa*, 21.3.1994.

²⁴² *Standard*, 8.3.1994, S.6.

Kurt Krenn, den sie so gerne kritisierten, kommentierte etwa Gerfried Sperl im „Standard“: „Übertriebene Frömmigkeit macht blind für die Wahrheit. Übertriebene Polemik verzerrt sie.“²⁴³

In den Augen der Medien begaben sich die Grünen in fragwürdige Gesellschaft. FPÖ-Chef Jörg Haider mobilisierte mit einer immer rabiateren Kampagne ebenfalls gegen den EU-Beitritt. Karikaturisten setzten die grünen Spitzenpolitiker in ein Boot mit Haider, „Profil“ kommentierte: „Die Grünen sind auf der politischen Bühne Haiders einzige Verbündete. Allein diese Koalition sollte bei Pilz & Petrovic eine gewisse Nachdenklichkeit erzeugen.“²⁴⁴ Selbst Werner Vogt im linksliberalen „Falter“ zerpflückte die grünen „Angstargumente“: „Es wird für Peter Pilz schwer werden, sich gegen den Europa-Verweigerer Jörg Haider und die fremdenfeindliche Nestwärme von „Täglich Alles“ abzugrenzen.“²⁴⁵ Nicht nur einmal erschienen in den folgenden Wochen Überschriften wie „blaugrüner Veitstanz“ oder „Grüne einig mit der FPÖ“ – etwa, als der Nationalrat über die ausgehandelte Transitregelung debattierte.²⁴⁶

Die grüne Parteigründerin Meissner-Blau wiederum kämpfte an der Seite des Künstlers Friedensreich Hundertwasser, der nach dem Verhandlungsabschluss feststellte: „An dem Tag, als Hitler in Österreich einmarschierte, war die gleiche Euphorie zu spüren, wie sie jetzt unter den Politikern herrscht.“ Österreich falle Deutschland „wie ein reifer Apfel“ zu und werde künftig ein Dasein als Provinz „wie Pommern oder Preußen“ fristen. Im Zuge der EU-Kampagne, urteilte Hundertwasser, sei das Volk „einer einseitigen, fanatischen Gehirnwäsche ausgesetzt.“ Des Malers düstere Vision: „Es werden neue rassische Eliten geschaffen. (...) Es beginnt mit den Äpfeln, die alle gleich groß sein müssen, mit gleicher Rasse und gleichem Geschmack.“ Schon jetzt, meinte Hundertwasser, müssten die EU-Beamten in „konzentrationslagerähnlichen Gebäuden arbeiten“. Der Künstler produzierte Aufkleber mit dem Slogan: „Anschluss II – Verrat an Österreich.“²⁴⁷

Die Landtagswahlen in Tirol und Salzburg am 13. März brachten ambivalente Ergebnisse: Während die Grünen in den transitgeplagten Tiroler Inntalgemeinden gut abschnitten, blieben sie in städtischen Gebieten unter den Erwartungen. Die innergrüne Debatte brach damit von neuem aus. Im Bundesvorstand am Tag nach der Wahl stellte Pilz die aggressive Anti-EU-Linie in Frage, weil sich viele urbane

²⁴³ *Standard*, 3.3.1994, S.34.

²⁴⁴ *Profil* 10/94, S. 14.

²⁴⁵ *Falter* 10/94, S. 6.

²⁴⁶ Vergleiche *Standard*, 3.3.1994, S.2; 4.3.1994, S.5; 22.3.1994, S.27.

²⁴⁷ *Standard*, 5.3..1994, S.5.

Sympathisanten davon abgestoßen gefühlt hätten, und gab „ein moderates Nein zur EU“ als Parteilinie aus. Er wolle auch den Befürwortern „eine Plattform“ bieten und damit zeigen, dass beide Haltungen „mit grünen Grundsätzen vereinbar“ seien. Eine von Voggenhuber im „Kurier“ platzierte Annonce mit dem Titel „Österreich verjubelt!“ kritisierte Pilz als zu reißerisch: „Das ist eine Anzeige, wie ich sie in der Art nicht noch einmal möchte.“²⁴⁸

Langthaler kündigte prompt an, bei der Abstimmung mit „Ja“ zu votieren.²⁴⁹ Weiters warnte sie die Partei davor, eine Nein-Empfehlung abzugeben. Gerade die Grünen sollten „die Leute nicht für so dumm halten, dass sie nicht selbst entscheiden können.“²⁵⁰ Öffentliche „Sympathie“ für diese Haltung bekundete Chorherr, der sein Abstimmungsverhalten aber selbst noch nicht festlegte und am Ende April angesetzten Bundeskongress eine offene Diskussion forderte.²⁵¹ Auch der Parteiveteran und Salzburger Gemeinderat Herbert Fux schlug sich auf Langthalers Seite und kündigte ein Ja an, etwa weil Österreich innerhalb der EU bessere Chancen habe, dem Umweltgedanken Gehör zu verschaffen.²⁵²

Barbara Stangel, Sprecherin der steirischen Grünen, forderte daraufhin Langthalers Abberufung, weil diese die grüne Umweltpolitik verhöhne.²⁵³ Europasprecher Voggenhuber sah die „Schmerzgrenze“ längst erreicht – aus Achtung vor dem freien Mandat wünsche er sich aber erst nach den nächsten Wahlen eine neue Umweltsprecherin. Langthaler warf er vor, so „pragmatisch wie eine Umweltministerin der ÖVP“ zu agieren und sprach ihr indirekt ab, eine „wahre Grüne“ zu sein.²⁵⁴ Moderater argumentierte Klubchefin Petrovic, laut der es innerhalb der Partei auch einen Dialog mit jenen geben müsse, die eine andere Meinung hätten.²⁵⁵ Letztere Haltung erklärte der Bundesvorstand der Partei zur offiziellen Linie: Die „EU-freundliche Minderheit“ dürfe ihr „kritisches Ja zum Beitritt öffentlich begründen“, das offizielle Nein der Partei bleibe aber unangetastet.²⁵⁶

Meissner-Blau hingegen kündigte an, landesweit gegen Langthaler zu mobilisieren. „Sie scheint wenig Ahnung von den ökologischen Gefahren der EU zu haben“, urteilte sie: Es zeuge von „ungeheurer Naivität zu glauben, dass wir als dreizehnter

²⁴⁸ *Profil*, 12/94, S. 26; *Kurier* 16.3.1994.

²⁴⁹ *Apa*, 17.3.1994.

²⁵⁰ *Profil* 12/94, S. 27.

²⁵¹ *Apa*, 17.3.1994.

²⁵² *Apa*, 18.3.1994.

²⁵³ *Apa*, 17.3.1994.

²⁵⁴ *Apa*, 18.3.1994.

²⁵⁵ *Apa*, 17.3.1994.

²⁵⁶ *Heschl*, S. 56.

Zwerg in der EU etwas bewegen könnten. Sie glaubt, wenn sie mit ihrem lieben, herzigen Mäderllachen in Brüssel auftritt, werden die alle zu Öko-Engerln.“²⁵⁷

Die Medien stilisierten den Konflikt zum Glaubenskampf, personifiziert durch die beiden Hauptkontrahenten – so etwa im „Standard“: „Hie Johannes Voggenhuber, bärtig, dunkel, ernst, fast düster, die Stimme getragen von heiligem Zorn. Dort Monika Langthaler, sonnig, lächelnd, stimmlich angenehm – und zusätzlich jung und hübsch.“²⁵⁸ Langthalers prominente und positive Resonanz in Zeitungen und Fernsehen sorgte für weiteren Argwohn. Die EU-Befürworter hätten sich „bereits in einem Ausmaß artikuliert, dass damit die kritischen grünen Stimmen zur EU in den Hintergrund gedrängt wurden“, klagte die frisch gebackene Tiroler Landesrätin Eva Lichtenberger: „Die Monika Langthaler lässt uns ja über die Medien mitteilen, dass wir provinziell und bissl deppert seien.“²⁵⁹

6.4. Festlegung: Ein Nein in fünf Punkten und die Alternativen

Die grüne Mehrheit gegen den Beitritt blieb unangefochten. Am 10. April sprach sich der erweiterte Bundesvorstand für ein „Nein“ zum EU-Beitritt Österreichs aus, über das die Parteidelegierten am 1. Mai bei einem Europakongress abstimmen sollten. Um nicht im Eck kleinkarierter Nationalisten zu stehen, betonten die Grünen, eine europäische Einigung grundsätzlich für eine „faszinierende Idee“ zu halten, die aber nur bei gravierenden Änderungen der Konzeption realistisch sei. Im Antrag für den Bundeskongress begründete der Vorstand das Nein in fünf Punkten:²⁶⁰

1. Der Vertrag von Maastricht stärke „das Europa der industriellen Verödung auf Kosten von Umwelt und Vielfalt“ und spalte den Kontinent „in einen Block des reichen Westens und einen Vorhof verarmter osteuropäischer Nationalstaaten“, weil Osteuropa nicht als gleichberechtigter Partner betrachtet würde, sondern als „Bittsteller“ lediglich Rohstoffe und Arbeitskräfte zu „Dumpingpreisen“ anbieten dürfe. Statt die historische Chance auf Abrüstung zu nutzen, würden die „Grundsteine für die Festung Europa“ gelegt – „mit allen polizeilichen und militärischen Konsequenzen.“ Conclusio: „Mit der Arroganz des Siegers im Kalten Krieg riskiert die Europäische Union die neuerliche Spaltung Europas.“

²⁵⁷ *Standard*, 19.3.1994, S. 1, S.6.

²⁵⁸ *Standard*, 19.3.1994, S.30.

²⁵⁹ *Profil* 12/94, S. 26.

²⁶⁰ *Apa*, 10.4.1994.

2. Österreich habe die Chance „verspielt“, in einer Allianz mit den Efta-Staaten und Reformkräften im Europaparlament Druck für mehr Demokratie und eine neue Umweltpolitik zu erzeugen. Schon mit Abschluss des EWR-Vertrages am 1.1.1994 habe die Regierung ohne Abstimmung der Bevölkerung das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung – „was einer zulässt, müssen alle zulassen“ – akzeptiert, wodurch die Umweltstandards von Produkten nach unten nivelliert würden.

3. Das Ergebnis der Beitrittsverhandlungen habe „die schlimmsten Erwartungen erfüllt“:

- Die Neutralität sei aufgegeben worden. Österreich habe sich bereit erklärt, dem militärischen Block „Westeuropa“ einzugliedern – und mutiere damit vom unabhängigen Vermittler zwischen Blöcken zum Außenposten von Nato und WEU.

- Der Transitvertrag sei in seiner Substanz beschädigt, weil die Laufzeit de facto auf sechs Jahre verkürzt worden sei. Danach liefere sich Österreich „auf Verderb und Gedeih“ dem Willen der EU-Kommission aus. Die Grünen sprachen damit den im Kompromiss ausgehandelten Stufenplan an und interpretierten auch die Möglichkeit, das 38-Tonnen-Limits für Lkws um fünf Prozent zu überschreiten, als Aushöhlung des Vertrages.

- Für die Umweltnormen in den Bereichen „Chemie“ und „Abfall“ habe Österreichs Regierung lediglich eine Übergangsfrist von vier Jahren durchgesetzt. Danach könne die EU die Standards herabsetzen – womit der „ökologische Absturz“ drohe.

- Die Bauern seien gegenüber der „europäischen Agrarindustrie“ auf der Strecke geblieben. Die EU bedeute Industrialisierung um jeden Preis – und den Abschied von der verbrauchernahen, ökologischen Bauernwirtschaft.

- Bei den Regelungen für Grund und Boden sei nicht einmal das dänische Modell, das für den Erwerb von Zweitwohnsitzen einen mindestens fünf Jahre bestehenden Hauptwohnsitz verlangt, erreicht worden.

- Mit dem Beitritt zur Euratom finanziere Österreich die „mächtigen Kernindustrien“ mit. Grenznahe AKWs würden mit heimischen Steuergeldern „scharf“ gemacht.

Dass die Verhandler Österreichs „Gunstlage“ als reiches Land „an der Schnittstelle der wichtigsten Verkehrswege“ nicht als Druckmittel genutzt hätten, qualifizierten die Grünen als „eines der Hauptversäumnisse“.

4. Im Zuge des Schengener Abkommens müsse Österreich seine Ostgrenze dichtmachen – was die Bundesregierung verschweige. Österreich übernehme damit eine „Schlüsselrolle“ beim „westeuropäischen Festungsbau“. Andere

Schlüsselbereiche seien nicht verhandelt worden, so etwa die Sozialpolitik, wo eine „Nivellierung nach unten“ drohe, mit Lohndumping und Druck auf die Arbeitslosen.

5. Zum Argument der Befürworter, dass die Alternative zur EU ein „in Nationalstaaten zerrissenes Europa“ sein würde, hält der Vorstandsbeschluss fest, dass die Alternative nicht „Verzicht“ oder ein „Beitritt ohne Wenn und Aber“ laute. Ein Land könne gerade Verhandlungen und eine Volksabstimmung nützen, um Europa zu verändern. Außerdem könne ein kleines, neutrales Land in einem „in zwei Blöcke gespaltenen Kontinent“ gute Dienste als Vermittler leisten.²⁶¹

In der Folge bemühten sich die Grünen sichtlich, nicht als unkonstruktive Verweigerer dazustehen und das von der Regierung verbreitete Bild des alternativlosen Beitritts zu widerlegen. Eine „strategische Antwort auf die Reformverweigerung der EU“ stelle das Nein zum Beitritt dar: Wenn alle Efta-Staaten gegen den Beitritt votierten, sei „der daraus folgende politische Schock (...) die letzte realistische Chance, den Maastrichter Vertrag neu aufzurollen und die EU zu jenen Reformen zu zwingen, vor denen sie gerade durch die Erweiterung flüchten will“.²⁶²

Als Antwort auf die Kampagne der Regierung, die sie als Propaganda abtat, richteten die Grünen eine „EU-Kummernummer“ ein. Der zentrale Slogan „EU – So nicht!“ zierte nicht nur die Plakatsujets, sondern auch eine Broschüre, in der die Ergebnisse der Beitrittsverhandlungen zerpfückt wurden. Eine ausführlichere Erläuterung der grünen Argumente gegen die EU bot das 74 Seiten starke und bereits 1993 aufgelegte Heft „Ja zu Europa, Nein zur EG“.²⁶³

6.5. Schlussphase: Gegen Mehrheit und Medienmacht

Im Parteiorgan „Impuls Grün“ lieferten sich Voggenhuber und Langthaler einen weiteren Schlagabtausch. Letztere beklagte die „unglaubliche Intoleranz“, mit der bei den Grünen mit anderen Meinungen umgegangen werde: „Grünintern sind diejenigen, die für einen Beitritt sind, die Naiven, Dummen, Uninformierten, die Gegner sind die Intelligenten, Vernünftigen, den Grundsätzen Treuen.“ Langthaler stelle sich „als bedrängte Minderheit“ dar, während sie „mit großer Brutalität“ versuche, die Mehrheit der Partei in die Minderheitenposition zu drängen, befand hingegen Voggenhuber: Ihr „Heldentum“ bestehe darin, „sich der Meinung der

²⁶¹ *Apa*, 10.4.1994.

²⁶² *Grüne Bildungswerkstatt*: EU – So nicht. Wien 1994, S. 13.

²⁶³ *Apa*, 22.4.1994.

politischen Klasse anzuschließen“. Langthaler sei „hochbegabt, intelligent, öffentlichwirksam“, aber eben auch der beispielhafte Fall einer Quereinsteigerin, durch die das grüne Projekt „enorm entpolitisiert“ werde.²⁶⁴

Beim grünen EU-Kongress am 30. April hielten dennoch auch EU-Befürworter Referate: Neben den Parteimitgliedern Langthaler und Chorherr auch Außenminister Alois Mock (ÖVP) und Staatssekretärin Brigitte Ederer (SPÖ). Die Parteidelegierten zollten den Gastrednern zwar Beifall, überzeugen ließen sie sich erwartungsgemäß nicht. Letztlich stimmten 87,3 Prozent der 168 Delegierten (144) für den Antrag „Nein zum Beitritt“, 20 dagegen. Wieder stellte die Partei – ähnlich wie die FPÖ – dem Beschluss ein positives Bekenntnis („Die Grünen wollen die europäische Einigung“) voran, dem ein ausführliches „Aber“ folgte. Zusätzlich zu den vom Bundesvorstand formulierten Kritikpunkten beschlossen die Delegierten einen Zusatzantrag, in dem sich grundsätzliche Einwände manifestierten: Die EU setze „auf quantitatives Wirtschaftswachstum durch Konzentrationsprozesse, durch Verschärfen der Arbeitsteilung und zentrale Regulierung zugunsten des Großkapitals“, errichte neue Mauern und stärke das Nord-Süd-Gefälle, was zu rücksichtsloser Ausbeutung natürlicher Ressourcen, sprunghaftem Anstieg der Mobilität und der Zerstörung „kleinräumiger Wirtschaftskreisläufe“ führe. Voggenhuber wandte sich in seiner Rede gegen die „Unterwerfung“ unter die Vorgaben der EU und bot als Alternative nichts Geringeres an, als die „Freiheit als Ausweg aus einem System von Zwängen.“²⁶⁵

Bei der Abstimmung im Nationalrat über das notwendige Verfassungsgesetz zum EU-Beitritt stimmte Langthaler jedoch als einzige grüne Abgeordnete für den Beitritt. Insgesamt votierten 140 Mandatare dafür, 35 dagegen – die notwendige Zweidrittelmehrheit wurde locker erreicht.²⁶⁶

Immer wieder versuchten die Grünen, die geballte Meinungsmacht hinter dem EU-Beitritt zu thematisieren – Mitte Mai mit einem Boykott. Am ersten von fünf Europaforen im ORF, bei denen Für und Wider des Beitritts diskutiert werden sollten, verweigerten sie wie die „Plattform für Objektiv in der EU-Berichterstattung“, in der sich unter anderem EU-kritische Wissenschaftler organisiert hatten, die Teilnahme, weil es sich um „EU-Werbefernsehen“ handle, bei dem die EU-Gegner unterrepräsentiert seien. Von „ORF-interner Zensur“ sprach Pilz, der Historiker

²⁶⁴ *Impuls Grün*, April 1994, S. 5, 30f.

²⁶⁵ *Apa*, 30.4.1994; *Heschl*, S. 56.

²⁶⁶ *Standard*, 6.5.1994, S. 1.

Gerhard Jagschitz fühlte sich an eine „stalinistische Vorgangsweise erinnert“. Für die folgenden Sendungen änderte der ORF seine Einladungspolitik und ließ Auftritte organisierter EU-Gegner statt nur einzelner Fragen aus dem Publikum zu.²⁶⁷

Weil die Regierung die Bürger für „Analphabeten“ halte und wie ein Vermieter vorgehe, der seinem Mieter den Vertrag erst nach Einzug vorlegen wolle, weil dieser nicht „reif und intelligent“ genug sei, präsentierte Voggenhuber die ab Mai 1994 in großer Auflage verschickte „Maastricht“-Zeitung, in der seine ausführliche Analyse des Vertragstextes in Form eines „Pro & Contra“ mit dem Kommentar von Außenminister Alois Mock kontrastiert wurde. Dabei verschärfte der grüne Wortführer seine Rhetorik noch einmal. Er kritisierte den Weg zu einem „westeuropäischen Gesamtstaat in den Dimensionen einer neuen Weltmacht“ und einem neuen „gewaltigen Militärpakt“ sowie die „undemokratische, zentralistische Konzeption der EU“, die dem Prinzip der „stillen Aushöhlung nationaler Souveränität“ folge. Dem Argument, die EU könne am ehesten von Innen heraus verändert werden, widerspricht Voggenhuber: „Selbst wenn es möglich wäre, (...) müssten wir bis dahin in zahlreichen Bereichen irreparable Schäden hinnehmen.“ Andere Kritikpunkte: Ein „neuer Wirtschaftsliberalismus“, „Beschleunigung der Umweltzerstörung“, die EU verfolge nur ökonomische Interessen.²⁶⁸ Nach einem Auftritt von Bundeskanzler Franz Vranitzky in der „Pressestunde“ des ORF bezichtigte Voggenhuber diesen der „Kostenlüge, Soziallüge, Umweltlüge, Neutralitätslüge und Atomlüge.“²⁶⁹

Nicht nur in Voggenhubers Wortwahl lässt sich in den letzten Tagen vor der Abstimmung eine steigende Dramatisierung ausmachen. „Ich möchte nicht, dass Österreich wieder zur Ostmark wird“, erklärte Meissner-Blau,²⁷⁰ Vorarlbergs grüner Spitzenkandidat Ekkehard Muther schrieb in einem Gastkommentar im „Standard“: Die EU verkörpere den „amerikanischen Traum“, den vom „individuellen Erfolg, dem Sieg des Individuums über die anderen, den Traum vom Superjackpot“ und zerstöre den „europäischen Traum einer demokratischen, sozialen und menschlichen Ordnung, die die Ideale der Französischen Revolution verwirklicht: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.“ Als kurios wurde aufgenommen, wie der grüne Bundesgeschäftsführer Franz Floss bei Parteikollegen im Europäischen Parlament um Unterstützung warb: Die Neutralität solle nicht nur Österreich erhalten bleiben,

²⁶⁷ Schaller, Ja oder Nein zu Europa, S. 65; *Apa*, 13.5.1994.

²⁶⁸ *Apa*, 18.5.1994.

²⁶⁹ *Apa*, 29.5.1994.

²⁷⁰ *Standard*, 9.6.1994, S.5.

sondern sich künftig über ganz Europa erstrecken. Mit dieser unausgegorenen Melange aus Sentiment und Größenwahn habe Floss selbst hart gesottene Europaparlamentarier verblüfft, kommentierte der „Standard“.²⁷¹

Unmittelbar vor dem Stichtag kolportierte Voggenhuber, dass eine Sensation in Reichweite sei: „Es riecht nach Zwentendorf.“ Pilz beschwor ein „konstruktives, europaorientiertes Nein“, mit dem er sich von allen „Blutschokoladeessern, Goldschatzräubern und Albanisierern“ – also von Jörg Haider auf der einen und der Regierungspropaganda auf der anderen Seite – abzugrenzen versuchte.²⁷²

6.6. Entscheidung: Volksabstimmung und grüne „Wende“

Bei der Volksabstimmung am 12. Juni entschieden sich die Österreicher mit deutlicher Mehrheit für den Beitritt zur EU: 66,6 Prozent der Stimmen entfielen auf das Ja. In offiziellen Statements schoben die Grünen die Schuld auf Haiders „inferiore“ Politik (Bundesgeschäftsführer Peter Altendorfer). In den Kommentaren mancher Repräsentanten schien aber auch Erleichterung mitzuschwingen. „Es ist besser für Österreich, dass es einen klaren Auftrag gibt“, meinte etwa Petrovic.²⁷³

Vor allem die Qualitätsmedien interpretierten das Ergebnis als Sieg über die Kleingeistigkeit – und als „Waterloo“ für die Grünen: „Die Grünen haben (...) just auf jene Provinzialität gesetzt, die sie ansonsten bekämpfen, und stehen deshalb vor den Trümmern ihrer Politik“, urteilte „Profil“.²⁷⁴

EU-Sprecher Voggenhuber versuchte das Ergebnis – ähnlich wie Haider – vorerst als Erfolg zu interpretieren: Ein Drittel „Nein“-Stimmen könne man auch als „Triumph“ sehen, „immerhin sind wir als Fünf-Prozent-Partei gegen den Rest angerannt“ – und das trotz „Ostblockpropaganda der Presse“, die das Volk in ein „demokratiepolitisches Desaster“ geführt habe.²⁷⁵ Am Tag nach der Abstimmung folgte dann ein von den Medien als „Wende“ interpretiertes Manöver: Voggenhuber kündigte an, im Nationalrat für den Beitritt zur EU zu stimmen. „Als persönliches Zeichen des Respekts für diese Entscheidung einer überwältigenden Mehrheit“, argumentierte Voggenhuber seine Haltung und kündigte an, dieselbe Linie seinen

²⁷¹ *Standard*, 4.6.1994, S. 23f.

²⁷² *Standard*, 07.06.1994, S.5.

²⁷³ *Apa*, 12.6.1994.

²⁷⁴ *Profil* 24/94, S. 15.

²⁷⁵ *Profil* 24/94, S. 26.

Klubkollegen zu empfehlen.²⁷⁶ In der Folge bot er der Regierung „jede Mitarbeit und Mithilfe an, ihr Versprechen, die EU von Innen zu verändern, auch wahrzumachen.“ Ein Rubikon sei überschritten worden: Nun gelte es nicht mehr gegen den Strom zu schwimmen, sondern „auf dem Strom vernünftig und intelligent zu navigieren.“²⁷⁷

Von den grünen Spitzenpolitikern Pilz und Petrovic erhielt Voggenhuber Rückendeckung: die Grünen hätten jetzt den „Auftrag“, die EU von Innen zu verändern.²⁷⁸ Doch nicht allen Grünen leuchtete diese Argumentation ein. Der Nationalratsabgeordnete Andreas Wabl meinte, dass „niemand in der Öffentlichkeit einen 180-Grad-Schwenk der Grünen verstehen“ würde und sprach von einer „merkwürdigen Empfehlung“ und einem „Kniefall gegenüber der Regierung“.²⁷⁹ Als „glatten Opportunismus“, qualifizierte Fux, Ehrenobmann des grünen Parlamentsklubs und eigentlich EU-Befürworter, die „Kehrtwende“: „Es zeigt auch, dass das Nein zur EU nur geführt wurde, um in Opposition zur Regierung zu stehen.“ Fux vertrat die Meinung, dass sich Pilz und Voggenhuber, der einst selbst noch eine viel liberalere EU-Position vertreten habe, von der „verbohrten Basis“ zur Fundamentalopposition drängen ließen.²⁸⁰

Am 14. Juni entschied der Grüne Bundesvorstand, der Ratifizierung des Beitrittsvertrages zuzustimmen. „Der Souverän hat klar entschieden“, hieß es im einstimmig gefassten Beschluss: „Wir haben für die Veränderung der EU von außen plädiert. Wir nehmen zur Kenntnis, dass zwei Drittel der BürgerInnen einer Veränderung von innen die Stimme gegeben haben. (...) Mit einer Zustimmung zur Ratifizierung drücken grüne Abgeordnete ihren Respekt vor dem Volksentscheid aus.“ Die Auseinandersetzung um den Beitritt sei damit beendet, auf die Grünen warteten nun drei Aufgaben: Die Kontrolle, ob die Regierung ihre Versprechen einhalte, die Stärkung der „Reformkräfte“ in der EU sowie der Einsatz für eine Öffnung gegenüber Osteuropa.²⁸¹ Es handle sich um keine „Wende“, erklärte Pilz, sondern um „Respekt vor einer überwältigenden Mehrheit.“ Da es keine Alternative gebe, stünden die Grünen vor einem Weg, den sie nicht für den besten hielten, der aber „der einzige“ sei.²⁸²

²⁷⁶ *Apa*, 13.6.1994.

²⁷⁷ *Standard*, 14.6.1994, S.5.

²⁷⁸ *Apa*, 13.6.1994.

²⁷⁹ *Apa*, 14.6.1994.

²⁸⁰ *Profil* 25/94, 20.6.1994, S. 30.

²⁸¹ Beschluss des Bundesvorstandes der Grünen vom 14. Juni 1994, aus dem Privatarchiv von Gerhard Jordan.

²⁸² *Apa*, 14.6.1994.

Die Parteibasis war damit keinesfalls restlos überzeugt. So verfasste eine Reihe grüner Lokalpolitiker unter der Überschrift „Grüne Wende(hals)-Splitter“ eine Liste an Vorwürfen gegen die Parteivorderen. Die EU-Linie sei symptomatisch für die Grüne Politik, die sich nur mehr für die von „EUphorikern“ durchgesetzten Eliten, aber nicht mehr für die unteren Schichten – „die politischen Parias“ – interessiere. An der Basis würden die Grünen nun als „zersplitterte und anpassungswillige Partei“ gesehen. Voggenhuber nehme Positionen ein, wegen derer er noch den Ausschluss Langthaler gefordert habe, und schädige damit die Glaubwürdigkeit der Partei, schrieb der Salzburger Grüne Burtscher in einem Brief an selbigen: „Die abrupte Änderung der Haltung der Grünen, für die Du als Europasprecher gewählt bist, hat viele, viele Engagierte in den Initiativen vor den Kopf gestoßen.“ In der Folge ebnete die öffentliche Resonanz mit Ausnahme der Berichterstattung von „Täglich Alles“ allerdings stark ab.²⁸³

Bei der Ratifizierung des Beitrittsvertrages am 11. November stimmten 141 von 181 anwesenden Nationalratsabgeordneten für die Ratifizierung. Aus der grünen Riege votierten neun der elf anwesenden grünen Nationalratsabgeordneten dafür, zwei (Andreas Wabl und Gabriela Moser) dagegen. Der Oberösterreicher Rudi Anschöber, der ein Nein angekündigt hatte, fehlte aus Krankheitsgründen.²⁸⁴ Er handle „gegen seine politische Überzeugung, aber nicht gegen sein politisches Gewissen“, argumentierte Europasprecher Voggenhuber, „sondern aus Respekt vor dem Souverän dieser parlamentarischen Demokratie, dem Wahlvolk, das seinen überwältigenden Willen zum EU-Beitritt in der Volksabstimmung ausgedrückt hat“ – wiewohl sich an seiner Kritik an der EU nichts geändert habe.²⁸⁵

Nach der Volksabstimmung vom Juni setzte sich eine generelle Kurskorrektur bei den Grünen fort: Die Partei schien allgemein auf einen pragmatischeren Stil zu setzen, verkörpert von der im Vergleich zu Pilz und Voggenhuber moderaten und durchgestylten Spitzenkandidatin Madeleine Petrovic, die gleichzeitig – in einem Bruch des traditionellen basisdemokratischen Prinzips der Unvereinbarkeit – Bundessprecherin und Klubobfrau wurde und offen den Machtanspruch stellte.²⁸⁶ Eine „Professionalisierung“ stellte nicht nur Petrovic selbst fest, sondern auch

²⁸³ *Standard*, 9.7.1994, S. 5; Interview *Schennach*, S. 4.

²⁸⁴ *Apa*, 11.11.1994.

²⁸⁵ *Apa*, 11.11.1994.

²⁸⁶ *Profil*, 24/94, S. 26; *Standard*, 19.11.1994, S.4.

(mediale) Beobachter außerhalb der Partei. So konstatierte der Politologe Anton Pelinka: Die Grünen seien nun von einer Bewegung zur Partei geworden.²⁸⁷

²⁸⁷ *Standard*, 6.8.1994, S. 7.

7. Grüne Motive bei der Volksabstimmung 1994

In Kapitel IV wurde bereits versucht, die historischen Wurzeln grüner EU-Skepsis frei zu legen. Im Folgenden soll auf Basis der geführten Interviews nun analysiert werden, welche Motive – ob traditionell oder kurzfristig, ob inhaltlich oder taktisch – letztlich für die Entscheidung grüner Beitrittsgegner und Beitrittsbefürworter und im speziellen der interviewten Spitzenrepräsentanten den Ausschlag gegeben haben.

7.1. Persönliche Motive aus subjektiver Perspektive der Interviewten

7.1.1. Johannes Voggenhuber: Ein Nein aus verletzter Liebe

Johannes Voggenhuber war seit 1991 Europaspreeher seiner Partei und somit – wie auch die anderen Interviewpartner unterstreichen – federführend an der Formulierung der europapolitischen Linie der Grünen beteiligt. Es überrascht deshalb nicht, dass er seine eigene Position weitgehend mit den offiziellen, bereits im Vorkapitel skizzierten Argumenten identifiziert, auf die später noch genauer eingegangen wird. Als „Hauptgrund“ hebt der damalige Europaspreeher die Kritik an der fehlenden „inneren Demokratie“ der Europäischen Gemeinschaft hervor: Der Ministerrat der EU berate und beschlieÙe Gesetze „unter Ausschluss der Öffentlichkeit“, das Initiativrecht liege bei der Kommission und damit bei der Verwaltung. Dass Voggenhuber die nicht unbedingt breitenwirksame Frage nach Demokratie und Gewaltentrennung in seiner Einleitung zum grünen Argumentarium „Ja zu Europa – Nein zur EG“ stellte, weist darauf hin, dass diese Problematik für seine persönliche Haltung zum EU-Beitritt in der Tat von zentraler Bedeutung war.²⁸⁸ Als verstärkendes Moment für seine Ablehnung des Beitritts nennt Voggenhuber den 1992 beschlossenen Vertrag von Maastricht, „wo die politische Integration völlig anders – nämlich intergouvernemental – organisiert wurde als die wirtschaftliche“: Statt politische Entscheidungen auf die gemeinschaftliche europäische Ebene zu verlagern, blieb die Kompetenz bei den durch den Rat repräsentierten Nationalstaaten. Es sei ihm um eine „Waffengleichheit“ der politischen Union mit der durch den Binnenmarkt realisierten wirtschaftlichen Integration gegangen, sagt Voggenhuber im Rückblick und betont, dass er trotz der Kritik ein Anhänger der

²⁸⁸ Interview *Voggenhuber*, Seite 1; Ja zur Europa, Nein zur EG, S. 5.

europäischen Einigung gewesen sei: „Das Wichtigste war, die Balance zu halten zwischen der pro-europäischen Grundüberzeugung, der Bejahung der europäischen Integration auf der einen Seite und der Kritik am tatsächlichen Zustand der Union, am realen Integrationsprozess und vor allem an dessen Ergebnissen nach dem Vertrag von Maastricht.“ Daraus habe er eine „strategische“ Überlegung abgeleitet, die ebenfalls für ein Nein gesprochen habe. Den Umstand, dass der Maastrichtvertrag in Dänemark abgelehnt und von den Franzosen nur mit der hauchdünnen Mehrheit von 51 Prozent akzeptiert wurde, interpretierte Voggenhuber als „Legitimationskrise“ der EU, die selbige mit einer Flucht nach vorne – der Erweiterung – zu überwinden versuchte. Voggenhuber ging davon aus, „dass die kleinen aber wohlhabenden und wirtschaftlich potenten Efta-Staaten die letzten in diesem Integrationsprozess sind, die als Bedingung ihres Beitritts eine Reform erzwingen könnten“. Ein Alleingang in die EU sei demnach abzulehnen, damit sich die Bewerber zu einer Allianz zusammenschließen könnten, um bei gemeinsamen Beitrittsverhandlungen aus einer Position der Stärke heraus Forderungen durchsetzen zu können.²⁸⁹

Seine grundsätzlich pro-europäische Haltung untermauert Voggenhuber mit einem Hinweis auf seine Wurzeln: Zumal er als Sohn eines Österreicherers und eine von spanischen Juden abstammenden Antwerpenerin aus einer multinationalen Familie stamme und in der Grenzstadt Salzburg, die den eisernen Vorhang immer als den größten Horror angesehen habe, aufgewachsen ist, sei Europa während der gesamten Kindheit „immer die Benchmark aller Dinge, die Realität“ gewesen. Biografische Gründe für sein Nein zum Beitritt gäbe es also nur insofern, als „diese Vision von Europa so stark in meiner Biografie verankert war, dass mich das reale Europa nach Maastricht, das doch nicht dieser Traum sein konnte, sozusagen wie einen verletzten Liebhaber getroffen hat.“ Diese „verletzte Liebe“ könne ein „psychologisches Motiv“ gewesen sein.²⁹⁰

Taktische oder andere unausgesprochene Gründe für das Nein zum Beitritt hätten von seiner Seite aus kein Gewicht gehabt, sagt Voggenhuber: „Es gab sie nicht. (...) Es war eine große inhaltliche Auseinandersetzung, die Grünen hatten damals noch die Kraft dazu, wir hatten keine Spindoktoren, keine Analysen, wir waren noch ganz in der heroischen Phase... aber ich will das nicht verklären.“²⁹¹

²⁸⁹ Interview *Voggenhuber*, S. 1, 22; *Grüne Bildungswerkstatt* (Hrsg.): EU. So nicht. S.12.

²⁹⁰ Interview *Voggenhuber*, S. 4.

²⁹¹ Interview *Voggenhuber*, S. 5.

7.1.2. Peter Pilz: Ein Nein aus Parteiräson

Auch Peter Pilz hat laut eigener Aussage gegen den Beitritt gestimmt. Anders als Voggenhuber nennt der damalige Bundessprecher der Grünen aber keine inhaltliche Überzeugung als entscheidend. Die Debatte über die Sinnhaftigkeit des Beitritts sei für ihn nicht abgeschlossen gewesen, sagt Pilz. Er habe für beide Positionen damals ein ziemlich großes Verständnis gehabt und die Haltungen der Befürworter Langthaler und Chorherr für genauso wichtig gehalten wie die Mehrheitsmeinung: „Ich habe mir damals ausnehmend schwer getan.“

Warum er sich letztlich für das Nein entschieden hat, beantwortet Pilz wie folgt: „In erster Linie, ehrlich gesagt, weil ich Bundessprecher war.“ Als solcher habe er eine „besondere Verpflichtung“ gehabt. Hätte er sich als Parteichef in einer solchen Schlüsselfrage – was er durchaus überlegt habe – gegen die Meinung einer überwältigenden Mehrheit gestellt, „wäre das automatisch der Rücktritt gewesen. (...) Bei mir war es also nicht nur eine Entscheidung Ja oder Nein, sondern auch, ob ich rund um die Volksabstimmung eine Führungskrise der Grünen auslöse.“

Für Ja hätte er in diesem Fall nur dann gestimmt, wenn das Nein nicht inhaltlich gut begründet gewesen wäre – aber das sah Pilz in der grünen Position für eingelöst. Als Argumente gegen den Beitritt erwähnt er „jene, die heute wieder immer wichtiger werden: Wir wollen kein Europa des Raubkapitalismus und kein Europa der nationalen Regierungen, sondern ein soziales und demokratisches Europa.“ Als Aspekt, der für ihn letztlich den Ausschlag gegeben habe, nennt Pilz aber die Sorge um die Neutralität. Er sei überzeugt gewesen, dass diese akut gefährdet sei und auf Betreiben der ÖVP ein Nato-Beitritt bevorstehe: „Hätte es das nicht gegeben, hätten für mich die Pro-Argumente wahrscheinlich überwogen.“

Analog zu Voggenhuber betont Pilz, damals schon Verfechter des europäischen Gedankens gewesen zu sein. Nur sei Europa „uns damals wichtiger gewesen, als der Beitritt zu dieser EU“. Die Frage nach biografischen, taktischen und anderen unausgesprochenen Motiven für seine Haltung verneint Pilz: „Das war eine offene politische Frage.“²⁹²

²⁹² Interview *Pilz*, S. 1f, 9, 13.

7.1.3. Andreas Wabl: Ein Nein aus Ideologie und Erfahrung

Andreas Wabl, damals Abgeordneter, Landwirtschaftssprecher und stellvertretender Klubchef im Parlament, hat ebenfalls gegen den EU-Beitritt votiert. Wiewohl er die EU nicht als unsittliches und verführerisches Anliegen per se gesehen und auch den Argumenten der anderen Seite einiges abgewonnen habe, nennt er für das Nein eine Reihe von sachlichen Gründen, die sich an den in Kapitel 6 angeführten offiziellen Argumenten der Grünen orientieren: verkehrspolitische und umweltpolitische Einwände, das drohende Bauernsterben. Anhand der Verkehrspolitik lehnt er sich an Voggenhubers Vorschlag einer strategischen Allianz zur Durchsetzung von Reformen in der EU an. Slowenien, Österreich und die Schweiz hätten gemeinsam einen Verkehrsriegel bilden können, sodass die EU Österreich nicht „aufs Aug drücken“ hätte können, „dass der gesamte Verkehr einfach durchfahren kann“. Er habe bei einem Treffen der Integrationsbefürworter Andreas Khol (ÖVP) und Peter Jankowitsch (SPÖ) mit Schweizer Politikern mitgekriegt, dass Österreichs Alleingang in die EU die Schweizer ziemlich getroffen habe, erzählt Wabl.

Darüber hinaus führt Wabl philosophisch fundierte Überzeugungen an. Er bekennt sich zur bereits in Kapitel 5 zitierten Lehre Leopold Kohrs, der in der Übergröße von Organisationen die Wurzel allen sozialen Übels sah und folgerichtig auch der EU das „Ideal der Kleinheit“ entgegenhielt. Wabl verknüpft diesen ideologischen Überbau mit persönlichen Erfahrungen. Unter dem Schlagwort Graswurzelbewegung versteht der von der Alternativen Liste zu den Grünen gestoßene Steirer, dass jeder in seinem unmittelbaren Bereich beginnen müsse, gegen Missstände anzukämpfen. In seinem Heimatdorf Großklein habe er versucht, dieses Prinzip zu leben, erzählt Wabl, etwa indem er von Kaufhaus zu Kaufhaus gepilgert sei, um gegen die Verdrängung von Bierflaschen durch Dosen anzukämpfen. Wer bei solchem Engagement nicht locker lasse, müsse aber auf die nächste höhere Ebene nachstoßen – und gelange dabei relativ bald in Institutionen, „die überhaupt nicht mehr wissen, wovon du redest“. Aus diesen Erfahrungen leitet Wabl die Ansicht ab, dass große, zentrale Organisationen zur Verselbständigung, Abgehobenheit und Saturiertheit neigten und es Bürgerinitiativen und andere kleine soziale Einheiten umso schwieriger machten, Interessen durchzusetzen. Für Brüssel gelte das umso mehr, als dort bereits die potenten Lobbyisten gesessen seien.

Wabl nennt die befürchteten Effekte der Zentralisierung als ausschlaggebenden Grund für das eigene Nein, zumal die EU damals wie heute zu keiner klugen Differenzierung gefunden habe, auf welcher Ebene welche Materien zu entscheiden seien. Dort wo – wie beim Eisenbahnbau – eine zentrale, großräumige Organisation sinnvoll wäre, „nimmt sie ihren überregionalen Vorteil nicht wahr“.²⁹³

Auch ein „hobbypsychologischer Befund“ habe bei seiner Entscheidung gegen den Beitritt „mitgeschwungen“, sagt Wabl: Einige Minister schienen ihm angesichts der Perspektive, dass sie im Falle eines EU-Beitritts mit den Politikern aus Deutschland, Frankreich und Italien „über die große Welt“ reden konnten, anfällig für eine an Großmannsucht grenzende Eitelkeit. Die „fehlende Bescheidenheit, sich mit der historischen Rollen zufrieden zu geben, auf die man aufgrund der historischen Fehler vom Habsburgerreich runterdimensioniert wurde“, habe ihn stutzig gemacht, sagt Wabl und fühlt sich nachträglich bestätigt: Plötzlich hätten österreichische Politiker begonnen, weltpolitisch-militärstrategische Überlegungen anzustellen – „man hat das Gefühl, die handelnden Personen sind unterwegs, die ganze Welt zu retten.“²⁹⁴

Für eine plausible Alternative habe er eine schrittweise Annäherung, wie sie Bruno Kreisky als Bundeskanzler verfolgt habe, gehalten: Durch Kooperation in möglichst vielen Bereichen, auch in Freihandelszonen ohne Beschränkungen, aber mit Unnachgiebigkeit auf problematischen Feldern wie der Verkehrspolitik. Die Achse Schweiz-Österreich-Slowenien hielt Wabl für „ideal“, um „gleichzeitig eine EU-Annäherung zu vollziehen und kritische Elemente einzubringen“ – auch wenn es bis zur Vollmitgliedschaft 15 oder 20 Jahre gedauert hätte. Letztlich sei es wie bei den einstigen Debatten unter den grünen Vorläuferorganisationen um die Kernfrage gegangen, ob sich die eigenen Ziele innerhalb oder außerhalb der etablierten Institutionen umsetzen ließen.²⁹⁵

7.1.4. Stefan Schennach: Ein Ja gegen Nationalisten und Nein-Sager

Stefan Schennach hatte als Kommunikationschef, dessen reale Bedeutung bei den Grünen über jene eines simplen Pressesprechers hinausging, zwar offiziell für die Nein-Kampagne zu werben, stimmte selbst aber für den Beitritt. Er habe aus seiner persönlichen Position nie ein Hehl gemacht und diese als grüner

²⁹³ Interview *Wabl*, S. 1ff.

²⁹⁴ Interview *Wabl*, S. 5.

²⁹⁵ Interview *Wabl*, S. 4.

Fraktionsvorsitzender im Wiener Bezirk Döbling auch öffentlich vertreten, sagt Schennach, gleichzeitig aber auch Voggenhubers Kontra-Pressekonferenzen organisiert. Obwohl er viele der Kritikpunkte geteilt habe, hätten für ihn die Pro-Argumente in der Sache überwogen.

Als zentrales Motiv nennt Schennach eine tiefe Abneigung gegen Nationalismus. Seine Sozialisation in diesem Sinne geprägt habe Stefan Zweigs autobiografisches Buch „Die Welt von Gestern“ (Bezeichnender Untertitel: „Erinnerungen eines Europäers“), in dem der Autor, der selbst „für die geistige Einheit Europas“ eintrat, anhand seiner Lebensgeschichte den Untergang der scheinbaren „Welt der Sicherheit“ des alten Europas in jenem nationalistischen Wahn beschreibt, der sich in und zwischen den beiden Weltkriegen entfesselte²⁹⁶. Schennach hebt die Funktion der EU als „Friedensprojekt“ hervor, dem seine Generation die bisher längste Periode ohne Krieg verdanke. Dieses Argument sei umso wichtiger für ihn gewesen, da er bereits als junger Mann von Tirol nach Wien gezogen sei, um dem Wehrdienst zu entgehen und den Zivildienst zu absolvieren, was damals in Tirol nicht möglich gewesen sei.

Als letzte Konsequenz habe er damals bereits das Ziel eines europäischen Bundesstaates ohne Grenzen und mit gemeinsamer Währung gesehen, aber in der Debatte nicht offen artikuliert. „Da wäre man auf völliges Unverständnis gestoßen, auch im eigenen Lager“, sagt Schennach. Die Leute hätten diese Entwicklung gefürchtet „wie der Teufel das Weihwasser“; die Stimmung sei – überspitzt formuliert – gerade so gewesen, „dass man am Weg von Wien nach Innsbruck bei jeder größeren Stadt stehen bleiben, die Hymne singen und die Fahne hochziehen muss, ehe man weiter fahren darf“. Als weiteres Motiv nennt Schennach ein „Europa der grenzenlosen Mobilität“.²⁹⁷

Schennach führt für seine Haltung auch taktische Überlegungen ins Treffen. Es sei sein Ziel als Kommunikationschef gewesen, aus der grünen Wählerschaft, die damals eine Sammlung von „Non-Voter“ gewesen sei, „Yes-Voter“ zu machen, sagt Schennach. Eine politische Gruppierung dürfe nicht ewig Protestpartei bleiben und so das Gesamtziel – nämlich zu gestalten – übersehen, so die These. Die FPÖ sei bei ihrer zweiten Regierungsbeteiligung ab 2000 genau deshalb gescheitert, weil sie

²⁹⁶ Vergleiche: Die Welt von Gestern. In: Literaturplattform Xlibris, <http://www.xlibris.de/Autoren/Zweig/Kurzinhalt/Die+Welt+von+Gestern?page=0%2C1> (Zugriff am 28.10.2012).

²⁹⁷ Interview *Schennach*, S. 1f.

nie den Wechsel von „Non-“ zu „Yes-Votern“ geschafft habe. Um diesem Ziel im Rahmen der grünen Kampagne gegen den Beitritt gerecht zu werden, sei es ihm darum gegangen zu zeigen, dass bei den 66 Prozent, die letztlich für den Beitritt gestimmt hatten, auch ein „nicht kleiner Teil“ an grünen Stimmen dabei war.²⁹⁸

7.1.5. Christoph Chorherr: Ein Ja für Chancen und gegenseitige Einflussnahme

Christoph Chorherr war neben Langthaler der prominenteste Grünpolitiker, der für den Beitritt gestimmt und das auch offen artikuliert hat. Sein Ja begründet der damalige nicht amtsführende Stadtrat in Wien mit dem enormen Potenzial, dass in der „Vielfalt“ der EU stecke. Dass die Mitgliedsstaaten trotz aller Differenzen etwas Gemeinsames im Auge hätten und sich zusammenraufen, sei ein fundamentaler Fortschritt: „Da ist es sozusagen nicht wurscht, wer Präsident von Frankreich wird oder sogar Landeshauptmann von Kärnten. (...) Ja, die reden uns aus Brüssel was drein. Ganz wesentlich. Und das find ich auch gar nicht schlecht.“

Chorherr argumentiert auch auf einer atmosphärischen Ebene: „Es klingt (...) vielleicht affig: Aber ich fühle mich echt als Europäer. (...) Die Differenz zu erleben, die Relativierung des eigenen Standpunktes, die Kultur, die Landschaft, die unterschiedliche Politik – ja, das halte ich für eine echte Errungenschaft.“

Zwar habe er zentrale Einwände der grünen Beitrittsgegner nachvollziehen können, zumal die EU tatsächlich kein Modell des ökologischen Umbaus gewesen sei und einen Rückschritt hinter die demokratische Gewaltenteilung dargestellt habe. Wer aber aus dieser Logik das Projekt der europäischen Einigung ablehne, müsse sich „irgendwo im Waldviertel einen Hof kaufen, eine große Mauer rundherum bauen und eine eigene Republik ausrufen“. Auch Österreich sei nicht „der Hort der Ökologie und Demokratie“, sagt Chorherr: Wie in den einzelnen Staaten gebe es eben auch in der EU Diskussionen über ausstehende Reformen. Die entscheidende Frage, an der sich die Lager der Grünen teilten, sei: „Sehe ich eine Veränderung primär als Chance oder als Bedrohung?“

Biografisch sei seine Haltung insofern grundiert, als er in seiner Sozialisation mitbekommen habe, „dass der Widerspruch zulässig ist. Und deshalb war ich nicht so ängstlich und habe mir erlaubt, für den EU-Beitritt zu sein, obwohl 90 Prozent der grünen Funktionäre dagegen waren.“ Unausgesprochene Gründe habe es

²⁹⁸ Interview *Schennach*, S. 2.

seinerseits deshalb nicht gegeben: „Ich habe mein Ja geäußert – was schon mit einem Preis verbunden war.“

Als bestärkend nennt Chorherr den Umstand, dass die grüne Wählerschaft keinesfalls so geschlossen gegen den EU-Beitritt war wie die Partei. Er hätte es deshalb „verheerend“ gefunden, wenn diese Befürworter niemand vertreten hätte: „Da war schon auch wichtig, dass sich da einige bekannte Exponenten – es waren eh reichlich wenige – eindeutig für den Beitritt geäußert haben.“²⁹⁹

7.1.6. Monika Langthaler: Ein Ja gegen die Provinzialisierung

Monika Langthaler, damals Nationalratsabgeordnete und Umweltsprecherin, war jene Beitrittsbefürworterin, die in den Medien die größte Resonanz fand. Als entscheidend hob sie die Vision der „Überwindung von Nationalismus, Völkermord und kriegerischen Auseinandersetzungen“ hervor, an die ausschließlich in der Europäischen Union mit konkreten Ansätzen angeknüpft werde. Gerade die Situation Europas nach dem Fall des Eisernen Vorhanges spreche dafür, dieses Projekt zu stärken, argumentierte sie und verwies auf eine Renaissance des Nationalismus, der in der ersten Hälfte der Neunzigerjahre in den Kriegen des ehemaligen Jugoslawiens seine extremste Form annahm. Die Idee eines vereinten Europas als friedensstiftende und friedenserhaltende politische Institution hielt Langthaler in Anlehnung an Daniel Cohn-Bendit für „eine der letzten Utopien, für die es sich zu kämpfen lohnt.“ Eine Partei, die sich humanistischen und friedlichen, antifaschistischen und antinationalistischen Traditionen verpflichtet fühlt, dürfe in der durch „Verunsicherung und nationalistische Polarisierung geprägten“ Situation kein Nein zu „dieser“ EU verhängen. Außerdem verwies Langthaler darauf, dass politische Herausforderungen in einer globalisierten Welt vielfach nicht mehr innerhalb der nationalen Grenzen, sondern „nur noch durch übergreifende Strategien in supranationalen Strukturen“ bewältigt werden könnten. Besonders die Grünen hätten unter dem Hinweis, dass es nur eine gemeinsame Welt gibt, immer die Notwendigkeit einer globalen Politik betont – das Nein zur EU war Langthaler deshalb „unbegreiflich“.³⁰⁰

Zwar teilte Langthaler die Kritik an den ökologischen und demokratischen Defiziten der EU, plädierte aber dafür, dass die Grünen ähnlich wie bei ihrem einst ebenfalls

²⁹⁹ Interview Chorherr, S.1ff; *Standard*, 8.3.1994, S.6.

³⁰⁰ Langthaler, *Grüne und Europa*, 688, 705f.

kontrovers diskutierten Schritt in die nationalen Parlamente auch nun den Weg in die Institutionen wagen sollten: Es bestehe die Möglichkeit, die EU-Institutionen im Verein mit verbündeten Staaten von Innen zu reformieren – eine Mitsprache von Außen sei hingegen unmöglich.³⁰¹ Überdies glaubte sie aus dem Parlament zu wissen, „dass wir jetzt schon von allem, was in Brüssel geschieht, massiv betroffen sind. Da ist mir lieber, wir sitzen dabei und reden mit, als bloß nachzuvollziehen.“³⁰²

7.2. Die Motive der grünen Beitrittsgegner

7.2.1. Inhaltliche Motive

Der Einspruch gegen den EU-Beitritt von 1994 war keine Premiere: Ihre Vorbehalte hatten die Grünen bereits in den Jahren zuvor in Beschlüsse, Kampagnen und andere Aktionen gepackt – teils in sehr apodiktischer Form: So begründeten sie ihre Ablehnung in einem Brief an Kommissionspräsident Jacques Delors mit nichts geringerem als dem Ozonloch, Waldsterben, Ausländerhass und dem ökologischen Kippen des Mittelmeeres. Im Gegensatz zu SPÖ, ÖVP und FPÖ haben die Grünen ihre Haltung zum EU-Beitritt bis zum Jahr 1994 im Kern nie geändert.³⁰³

Es ist also schlüssig, wenn Voggenhuber das Bild einer evolutionären, sachlich motivierten Diskussion, in der sich die Partei ihre Positionen erarbeitet habe, zeichnet: „Nichts wurde von der Spitze verordnet. (...) Die Beschlusslage war mit überwältigender Mehrheit für diese Politik.“ Aus dieser seien demnach die Hauptgründe für die grüne Ablehnung heraus zu lesen.³⁰⁴

Dass folglich inhaltliche Überzeugungen für das grüne Nein zum Beitritt die entscheidende Rolle gespielt haben, darüber herrscht unter den befragten Repräsentanten weitgehend Konsens. Von einer „Rubikon-Frage“, bei der es um „grundsätzliche Einwände gegen die Realität der EU“ gegangen sei, spricht der Beitrittsbefürworter Chorherr.³⁰⁵ Auch EU-Gegner Wabl sieht vorwiegend inhaltliche

³⁰¹ Langthaler, *Grüne und Europa*, S. 696ff; Johannes *Straubinger*: *Naturkatastrophe Mensch. Ende oder Wende*. Norderstedt 2009. S. 90.

³⁰² *Kurier*, 8.6.1994, zitiert in: *Heschl*, S. 203.

³⁰³ Scharsach, S. 60ff.

³⁰⁴ Interview *Voggenhuber*, S. 5.

³⁰⁵ Interview *Chorherr*, S. 2f.

Gründe: „Abgesehen vom großen Bogen der Freiheit und Demokratie, den alle auf den Lippen tragen, waren die Schwerpunkte innerhalb der EU nicht die unsrigen.“³⁰⁶

Hinter dem weitgehend einhelligen Nein habe sich allerdings eine vielfältige Motivlage verborgen, ergänzt Voggenhuber. Während der damalige Wortführer der Kampagne für sich in Anspruch nimmt, auf dem Boden rational begründeter Kritik am realen Zustand der EU geblieben zu sein (was in der Folge noch diskutiert wird), konstatiert er, dass sich auch auf grüner Seite „viel Glaubenskampf und ideologische Altlasten“ gemischt hätten. Die EU sei dabei, „zum Teil mit größter Unkenntnis“, als Feindbild aufgeladen worden.³⁰⁷

Wertfrei ausgedrückt lässt sich somit die in Kapitel 5 zitierte These Schallers untermauern, dass die ablehnende Haltung der Grünen nicht zuletzt „ideologisch“ begründet war, weil die mit der EU assoziierten Inhalte dem grünen Weltbild widersprächen. Diese traditionellen Vorbehalte, die in dieser Arbeit bereits ausführlich beschrieben wurden, haben in der österreichischen Gruppierung nicht nur bis an den Vorabend des EU-Beitritts überlebt, sie spiegelten sich auch mehrfach in der von Sachargumenten dominierten Anti-Beitritts-Kampagne wieder.³⁰⁸

7.2.1.1. Ökologisches Paradigma

Direkt angeknüpft hat die grüne Argumentation an die Identität stiftende Urkritik der Umweltbewegung: Voggenhuber bezieht sich in seiner Einleitung zum offiziellen Argumentarium „Ja zu Europa, Nein zur EU“ wörtlich auf den „fortschrittliche Diskurs“ über die „Grenzen des Wachstums“, den die EU mit ihrem Rückfall in die Wachstumsideologie der Sechziger zunichte mache.³⁰⁹ Das Bild der EU als Inkarnation des Ressourcen vergeudenden „schmutzigen“ Wachstums blieb bis zum Tag der Volksabstimmung zentraler Bestandteil des grünen rhetorischen Arsenal: Es findet sich in der Nein-Empfehlung des Bundesvorstandes ebenso wieder („Europa der industriellen Verödung auf Kosten von Umwelt und Vielfalt“) wie in den Resolutionen des Europakongresses Ende April und zahlreichen Wortmeldungen Voggenhubers.³¹⁰

³⁰⁶ Interview *Wabl*, S. 6.

³⁰⁷ Interview *Voggenhuber*, S. 3, 5.

³⁰⁸ *Schaller*, EG-Diskussion, S. 92; *Schaller*, Ja oder Nein zu Europa, S. 82.

³⁰⁹ *Voggenhuber*, Ja zu Europa, Nein zur EG, S. 6.

³¹⁰ *Apa* 10.4.1994, 30.4.1994; siehe auch Kapitel 6.

7.2.1.2 Antikapitalistisches Paradigma

In die vornehmlich ökologisch orientierte Kritik mischte sich eine grundsätzlich antikapitalistische Haltung, die primär in (nicht allzu dominanten) linksradikalen Strömungen innerhalb der Grünen tradiert ist; eine weitere Wurzel sieht Wabl in der Kapitalismuskritik des katholischen Bereichs. Es ist weitgehender Common Sense unter den Interviewten, dass diese Prägung beim grünen Kampf gegen den Beitritt zur EU des „Großkapitals“ (Resolution beim Europakongress) eine Rolle gespielt hat. So urteilt Chorherr: „Die Grünen haben bis heute augenzwinkernd verabsäumt, ihr Verhältnis zum Kapitalismus zu klären.“³¹¹ Der bereits angesprochene Umstand, dass die Argumente der Beitrittsbefürworter von „technokratisch-ökonomischer Rationalität“ (Schaller) durchdrungen waren und Vertreter von ÖVP und Wirtschaft sich von der EU nicht zuletzt einen Schub in Richtung Liberalisierung und Entstaatlichung erhofften, bot nicht nur den oben genannten ökologischen, sondern auch kapitalismuskritischen Einwänden reichlich Angriffsfläche.³¹²

Voggenhuber sieht auch im historischen Kontext einen Impuls, der antikapitalistische Vorbehalte angefacht habe. Man dürfe nicht vergessen, dass die EU-Abstimmung unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Kommunismus stattgefunden habe: „Es war erkennbar, dass plötzlich eine kritische Gegenwelt wegfällt, Märkte und Kapitalismus entfesselt werden und eine Dynamik des 19. Jahrhunderts entsteht.“ Dieser „Triumph des Kapitalismus“ habe auf Seiten der Linken „das ideologische Gegenbild“ zur vermeintlich turbokapitalistischen EU genährt, sagt Voggenhuber, der sich als erklärter Anhänger einer sozialen Marktwirtschaft von diesem Phänomen abgrenzt. Er habe stets gerätselt, wie der Kollaps des Kommunismus viele Linke überrascht habe, als hätten sie vorher keine Informationen gehabt: „Ich hatte in meiner Jugend viele Gründe, nicht extrem links oder revolutionärer Maoist zu sein, aber vor allem habe ich mich gefragt, wie man angesichts der Realität in China, Albanien, Rumänen oder unter Stalin in dieses Lager geraten konnte.“³¹³

7.2.1.3. Antimilitaristisches Paradigma

Als weitere „ideologische Altlast“, die bei der Kampagne mitgeschleppt worden sei, nennt Voggenhuber die Sicht der EU als „industriell-militaristischer Komplex“, die bei

³¹¹ Interview *Chorherr*, S. 5.

³¹² *Schaller*, Ja oder Nein zu Europa, S. 84.

³¹³ Interview *Voggenhuber*, S. 6.

orthodoxen Linken innerhalb der Grünen verbreitet gewesen sei.³¹⁴ Ähnlich Pilz: Es habe eine Gruppe prinzipieller EU-Gegner gegeben, die eher in Ostösterreich – vor allem in Wien – konzentriert gewesen seien und die EU als „spätkapitalistisches, imperialistisches Irgendwasprojekt“ abgelehnt hätten – „das habe ich damals schon für einen ziemlichen Unsinn gehalten“. Durch diese linke Brille sei „alles, wo Soldaten herumstehen, per se schon militaristisch“, sagt Pilz und verweist süffisant auf das (später beschlossene) Konzept der EU-Battlegroups, die aus dieser Perspektive als „Vorboten einer imperialistischen Konkurrenz zu den USA“ gesehen würden: „Ich glaube nicht, dass der Kern einer neoimperialistischen Weltherrschaftsstrategie mit einem Instrument in der Größe des österreichischen Bundesheeres anfängt.“³¹⁵

Bei aller Abgrenzung der beiden gewichtigsten Wortführer der offiziellen grünen Linie, beschränkte sich diese allerdings keineswegs auf die in der gesamten Wählerschaft mehrheitsfähige Verteidigung der Neutralität als „einzig glaubwürdigen Beitrag Österreichs zum Frieden“, die nicht nur für Beitrittsgegner, sondern auch für prinzipiell EU-freundliche Grüne ein entscheidendes Argument darstellte. Die Kampagne lieferte selbst Stichworte, die geeignet waren, die beschriebenen Ressentiments zu nähren: Voggenhuber selbst zeichnete die bedrohliche Vision eines „neuen gewaltigen Militärpakts“, der entgegen den „propagandistischen“ Behauptungen vom „kollektiven Sicherheitssystem“ geschaffen werde, um in einem „kalten Krieg“ gegen den Süden den „Zugang zu den Rohstoffen und die Freihaltung der weltweiten Handelswege“ zu erkämpfen.³¹⁶

7.2.1.4. Dezentralistisches Paradigma

Ein weitere Konstante grüner EU-Skepsis, die in der grünen Kampagne aufgegriffen wurde, ist die miteinander verwandte Kritik an den undemokratischen Zuständen und dem „unübersehbaren Zentralismus“ (Voggenhuber) der EU, der auf eine „Abwertung der Regionen“ und eine Entwicklung zu einem Bundesstaat hinaus laufe.³¹⁷ Auch hinter diesem gemeinsamen Nenner verbergen sich unterschiedliche Interpretationen und Motive. So existierte innerhalb der Grünen grundsätzliches Misstrauen gegen große Einheiten, wie es etwa Wabl in der Tradition der Philosophie Kohrs artikuliert. Apodiktisch formulierte die Vorbehalte Freda Meissner-Blau, die nach ihrem Rücktritt

³¹⁴ Interview *Voggenhuber*, S. 3.

³¹⁵ Interview *Pilz*, S. 5.

³¹⁶ Ja zu Europa, Nein zur EU, S. 7f, Interview *Voggenhuber*, S. 9.

³¹⁷ Ja zu Europa, Nein zur EU, S. 5.

1987 zwar keine formale Funktion mehr innehatte und in einer konfliktbeladenen Beziehung zu grünen Spitzenrepräsentanten stand, in ihrer Haltung wohl aber repräsentativ für Teile der Partei war: „Demokratie funktioniert nur in relativ überschaubaren Räumen.“³¹⁸

Voggenhuber nimmt für sich und die offizielle Linie in Anspruch, dass sich die Kritik nicht grundsätzlich gegen große internationale Organismen richte, sondern die konkrete Ausformung der EU, die nationale Volksvertretungen entmachte, aber keine demokratischen Institutionen als Ersatz anbiete. Der Europasprecher geht davon aus, „dass die Führungsspitze weitgehend das von mir skizzierte Programm teilte, aber darunter die Atmosphäre mindestens gesättigt war von (...) Emotionen, tiefenpsychologischen Gründen, Traumatisierungen, ideologischen Nostalgien“. Voggenhuber sieht dahinter einen „zweiten Schock“, den der Zusammenbruch des Kommunismus ausgelöst habe: Mit dem Eisernen Vorhang sei die „mythische Scheingeborgenheit“ des „kleinbürgerlichen Österreichs“ gefallen, die Reflex auf diese „wichtigen Erlebnisse“ habe von einem harmlosen „Small is beautiful“ bis zu einem „echten verbrämten Nationalismus“ gereicht. Nicht nur Jörg Haider habe seinen Aufstieg auf dieser Stimmungslage aufgebaut, auch Teile der Grünen seien von diesem „Drall in den nationalen Rückzug“ erfasst worden – „wir waren eben alle Kinder unseres Landes“. Als anfällig für diese Tendenzen nennt Voggenhuber „starre“ Bürgerinitiativen abseits des linken Spektrums und „Biobewegungen, die sich verweigern wollten angesichts der großen Giganten, die auf der Bühne standen und einfach die Rettung der Natur im Schrebergarten versuchen wollten.“³¹⁹

Parallelen dazu weist die Analyse von Beitrittsbefürworter Chorherr auf: Bei den Grünen gäbe es „eine Form eines kleinbürgerlichen Provinzialismus, der die große weite Welt eher als Bedrohung, denn als eine Chance begreift und große Einheiten per se für böse hält“ – und genau der habe in manchen Argumenten gegen den EU-Beitritt mitgeschwungen.³²⁰

7.2.1.5. Exkurs: Die rechtsnationalen Wurzeln der Grünen

Voggenhubers Hinweis auf „ideologische Altlasten“, die nicht nur am linken, sondern auch am entgegen gesetzten Rand der Partei in „Grundströmungen“ übrig geblieben

³¹⁸ *Apa*, 16.1.1994.

³¹⁹ Interview *Voggenhuber*, S. 6f.

³²⁰ Interview *Chorherr*, S. 5.

sein³²¹, wirft die Frage auf, inwieweit die EU-Gegnerschaft mit einer grünen Verwurzelung im rechten Lager zu erklären ist, das durch seine nationalistische Grundprägung ein natürlicher Feind supranationaler Organisationskonzepte ist.³²² Wie in Kapitel 4 bereits dargelegt, wurde die grüne Bewegung Österreich von Beginn an auch von rechtskonservativen Aktivisten getragen. Die Traditionen ihrer kultur- und zivilisationskritischen sowie teils antikapitalistischen Weltanschauung reichen unter anderem bis in die Lebensreformbewegung der vorletzten Jahrhundertwende zurück, die sich in der Folge auf gemeinsamer Basis einer biologistisch-sozialdarwinistischen Ideologie teilweise in den Nationalsozialismus integriert hatte.³²³

In der Anti-AKW-Bewegung erlebten Gruppen dieser Prägung eine gewisse Renaissance. Rechte Zirkel „mit restaurativen bis reaktionären Vorstellungen“ (Schattauer) zählten zu den ersten Akteuren, die bereits in den ausgehenden Sechzigerjahren, lange bevor das Thema Atomenergie eine breite öffentliche und politische Debatte entflammt hatte, gegen den geplanten Bau des Kraftwerks von Zwentendorf opponierten. Bedeutendste Organisation war der „Weltbund zum Schutz des Lebens“ (WSL), der lebensreformerische und zivilisationskritische Anliegen transportierte und „im Fließbereich zwischen Rechtsextremismus und (reaktionärem) Rechtskonservatismus“ angesiedelt war. Vor allem im Oberösterreichischen und Vorarlberger Atomprotest entfaltete der WSL eine tragende Rolle.³²⁴

Die ökologische Rechte habe die Anfänge der Anti-AKW-Bewegung in Österreich „maßgeblich“ mitgeprägt, analysieren Schandl und Schattauer und verweisen auf eine „kontinuierliche Präsenz rechtsextremer Strömungen im grünen Parteibereich“, die bis in einzelne Landesorganisationen der VGÖ reichte. Dennoch dürfe die Bedeutung nicht überschätzt werden: Letztlich sei der Einfluss dieser Strömungen auf den „gesellschaftlichen Charakter“ der grünalternativen Wahlbewegung gering gewesen. Auch die VGÖ ließen sich trotz einzelner Exponenten nicht im rechtsextremen Fahrwasser ansiedeln.³²⁵

Umso weiter hergeholt scheint es, die seit 1986 hegemoniale Grünpartei auf diesem Terrain zu verorten. Obwohl Parteichef Josef Bucher ein Nationalratsmandat eingeräumt bekam, standen die VGÖ als Sammelbecken konservativer, bürgerlicher

³²¹ Interview *Voggenhuber*, S. 3.

³²² *Pelinka*, Europa. Ein Plädoyer, S. 130.

³²³ *Schandl, Schattauer*, S. 117; *Schattauer*, S. 5.

³²⁴ *Schattauer*, 6ff.

³²⁵ *Schandl, Schattauer*, S. 118.

und rechter Kräfte in einem tiefen Konflikt mit der dominanten Grünen Alternative; letztere vollzog ein Jahr nach dem Parlamentseinzug einen endgültigen Bruch, den sie unter anderem mit „Abgrenzung gegenüber rechtsnationalem Gedankengut innerhalb der VGÖ“ begründete.³²⁶ In Folge der Auseinandersetzungen sei eine „ganz klare Trennlinie“ zu jenen Gruppen aus der Gründungsphase gezogen worden, die „dieses Heimattümmelnde“ an sich gehabt hätten, sagt Wabl und qualifiziert die These, dass die Grünen von einer rechtsnational fundierten Liebe zur „Scholle“ geprägt seien, als „Propaganda von den linken Feinden“. Nicht einmal Patriotismus sein ein typisches Grünphänomen, das jemals einen „Machtfaktor“ dargestellt habe³²⁷

Man mag der Ökologiebewegung nach Hainburg im Vergleich zu den Vorläuferfraktionen der Alternativen Liste eine „politische Rechtsverschiebung“ inklusive „Verpflichtung auf prinzipielle Staatstreue“ (Schattauer) nachsagen – wofür das Singen der Bundeshymne bei der Aubesetzung als Symbol gesehen werden kann.³²⁸ Letztlich ist aber der Einschätzung Peter Pilz’ zuzustimmen, dass die Grünen innerhalb des Koordinatensystems der heimischen politischen Landschaft ein vorwiegend „linkes Projekt“ darstellen.³²⁹ Zwar gibt es Parallelen wie Gemeinschaftssinn, Zivilisations- und Kapitalismuskritik, doch sind im grünalternativen Selbstverständnis Prinzipien verankert, die sie gegen rechte Konzepte resistent machen: Antiautoritäre und basisdemokratische Ansprüche sind mit Werten wie Hierarchie, Unterordnung, Führertum unvereinbar.³³⁰

Demnach liegt der Schluss nahe, dass in der Debatte um den EU-Beitritt rechtsnationale Ideologien innerhalb der Grünen eine vernachlässigbare Rolle gespielt haben. Schennach erinnert sich zwar an „Ökonationalisten“, die der Partei wegen der nun EU-freundlicheren Haltung nach der Volksabstimmung den Rücken gekehrt haben, siedelt dieses Phänomen aber auch nur am Rand der Grünen an.³³¹ Eine ungleich stärkere Bedeutung hatten zweifellos die bereits beschriebenen links und anderweitig tradierten Vorbehalte gegen die EU.

³²⁶ Vergleiche Kapitel 4.

³²⁷ Interview *Wabl*, S. 6; als eine damals nicht allzu bedeutende, aber später zu (zweifelhafter) Prominenz gekommene Repräsentantin dieses Lagers nennt Wabl Elisabeth Sickl, die im Jahr 2000 für knapp neun Monate auf Betreiben der FPÖ Sozialministerin war.

³²⁸ *Schattauer*, S. 449.

³²⁹ Interview *Pilz*, S. 8.

³³⁰ *Bomberg*, S. 62; *Schattauer*, S. 10.

³³¹ Interview *Schennach*, S. 20.

7.2.2. Taktische und sonstige Motive

Die Dominanz inhaltlicher Beweggründe schließt den Einfluss parteitaktischer Überlegungen nicht aus. Natürlich hätten die Grünen mit ihrer Agitation gegen den EU-Beitritt auch „deutliche Eigeninteressen“ verfolgt, konstatiert etwa Schaller: „Das EG-kritische Wählerpotential sollte parteipolitisch instrumentalisiert werden.“³³² Ähnlich Schennach, der bei den Grünen – wie in Kapitel 5 erläutert – einen in der Tradition der Protestbewegungen verwurzelten „Reflex der Non-Voter“ erkennt. Die „konstruktive Sammlung“ dieses Non-Voter-Lagers, um es nicht der Rechten zu überlassen, hält Schennach für ein wichtiges Motiv bei der Formulierung des grünen Neins und sieht Bundessprecher Peter Pilz als diesbezüglich treibende Kraft. Die Erfahrung „wilder Flügelkämpfe“ in den Achtzigerjahren habe den Willen, sich einmal in einem Lager zu versammeln, zusätzlich befördert.³³³

Voggenhuber glaubt ebenfalls, dass für Pilz innenpolitische, parteistrategische Überlegungen „gewiss eine größere Rolle“ gespielt hätten: „Eine Kritik am Gesellschaftssystem quasi aus einer thematischen Monopolstellung zu formulieren, das große Potential, die Oppositionsrolle, den Bewegungskarakter ausspielen zu können, die Grünen in einer linken Kritik zu versammeln.“ Voggenhuber räumt ein, dass eine solche Motivation auch für ihn eine unterschwellige Bedeutung gehabt habe: „Vielleicht eine nachwirkende Rolle mag die Frage des Zusammenführens der verschiedenen grünen Lager in meiner politischen Zeit gespielt haben. (...) Die Kritik an der Union mag da ein einigendes Momentum gebildet haben.“³³⁴

Pilz hingegen dementiert, die Einigung der Grünen im Hinterkopf gehabt zu haben, zumal er selbst, wie eingangs dieses Kapitels angesprochen, offen für eine andere Position gewesen sei. Er sei kein Meinungsführer des Nein gewesen, sondern habe eher als „unsicherer Kantonist“ gegolten, weshalb ihn Funktionäre bereits bei seiner Wahl zum Bundessprecher im 1992 gefragt hätten, ob man sich auf sein Nein zum EU-Beitritt eh verlassen könne: „Da haben mir einige vom – wenn man so will – linken Flügel durchaus misstraut. Nicht ganz zu Unrecht.“³³⁵ Tatsächlich hatte Pilz seine Zweifel an einem apodiktischen Nein im Prozess der grünen Meinungsbildung

³³² Schaller, EG-Diskussion, S. 150.

³³³ Interview Schennach, S. 3, 7.

³³⁴ Interview Voggenhuber, S. 4, 11.

³³⁵ Interview Pilz, S. 6.

auch öffentlich deponiert: „Wir müssen damit aufhören, die EG zu dämonisieren“, mahnte er etwa im Dezember 1991.³³⁶

Über andere parteitaktische Erwägungen sei er sich in der Erinnerung nicht mehr ganz im Klaren, sagt Pilz. Möglicherweise habe man kalkuliert, dass die beitragskritische Position prinzipieller EU-Befürworter ein „Alleinstellungsmerkmal“ sei: „Was hätten wir – ich sehe es aus der heutigen Sicht – davon gehabt, wenn wir die Position von SPÖ und ÖVP vertreten hätten, nach dem Motto „ein bissl mehr hättet ihr schon tun können, aber wir sind eh dabei?“ Diese Haltung hätte nicht zum damaligen Selbstverständnis gepasst, sondern erst zu einer späteren Phase, als sich die Grünen vorübergehend zu „einer sehr zarten Partei, einer Streichelpartei“ entwickelt hätten.

Ein deutlich größere Rolle als gezieltes taktisches Kalkül habe laut Pilz auf grüner Seite ein Reflex auf die offizielle Regierungslinie gespielt: Ausgelöst habe diesen nicht nur die in grünen Augen bedingungslose Anbiederung an die EU, deren Perspektive nicht weit über billigeres Schlagobers hinaus gereicht habe, sondern auch die ideologische Färbung mancher Motive auf Seiten der Koalition. In den Bestrebungen von Außenminister Alois Mock habe sich etwa die Vision eines geeinten christlichen Abendlandes abgebildet: „Das hat etwas Kreuzzugartiges an sich gehabt und bei uns natürlich auch Ressentiments geweckt.“³³⁷

7.3. Die Motive der grünen Beitrittsbefürworter

7.3.1. Inhaltliche Motive

Blieben die Beitrittsbefürworter schon bei diversen Parteibeschlüssen in einer kleinen Minderheit, so beschränkte sich die Zahl ihrer öffentlichen Fürsprecher überhaupt nur auf einige wenige Personen.³³⁸ Die in den Medien und anderen Quellen registrierbaren Aussagen decken sich deshalb weitgehend mit den bereits oben angeführten Argumenten von Langthaler und Chorherr. Beide bekennen zwar, manche Kritik an der EU zu teilen, lenken aber den Blick von den Details auf das große Ganze. So wies ein zentrales Argument der Beitrittsbefürworter – auch jener außerhalb der Grünen – auf die Bedeutung der EU als Friedensprojekt hin, das

³³⁶ Scharsach, S. 65.

³³⁷ Interview Pilz, S. 3f.

³³⁸ Vergleiche Kapitel 6.

nationalistischer Polarisierung zuwider laufe. Aus diesem Verständnis heraus ist die EU vor allem anderen die „Antithese zu den europäischen Nationalismen“, die „Überwindung der Spirale von Niederlagen und Vergeltung“ und somit die Lehre aus den beiden Weltkriegen, die als europäische Konflikte begonnen hatten.³³⁹

Ein weiteres Argument, das die übergeordnete Bedeutung der EU stärker betonte als die konkreten Auswirkungen auf Österreich, war der Verweis auf die Notwendigkeit globalen Handelns in Zeiten globaler Probleme. Die grünen Beitrittsbefürworter schließen sich damit einer zentralen Begründung von Integrationsprozessen an. Demnach habe die zunehmende Verflechtung nationaler Volkswirtschaften und die Herausbildung weltweiter Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalmärkte die Souveränität und politische Autonomie von Nationalstaaten untergraben. Als Antwort bieten sich den Staaten einerseits protektionistische Maßnahmen an, die sich allerdings immer schwieriger etablieren lassen, oder eben die Suche nach supranationalen Problemlösungsstrategien, wie sie in der EU eine Entsprechung finden.³⁴⁰ Auf die Sphäre der Umweltpolitik umgelegt hat dieses Argument etwa der deutsche „Realo“ Joschka Fischer: Die Ökologiebewegung könne sich nicht mehr mit dem Motto „Global denken und lokal handeln“ bescheiden, sondern müsse angesichts einer „durch einen kaum gebändigten Raubindustrialismus“ verursachten weltweiten Umweltkrise auch das Handeln auf die globale Ebene verlagern.³⁴¹

Im Widerspruch zu den Gegnern gingen die grünen Befürworter hierbei davon aus, dass (nur) die Integration in die EU die Chance zur Mitbestimmung biete. Wabl, der an diesen Einflussmöglichkeiten bis heute zweifelt, sieht hinter dieser Einstellung eine „extrem liberale“ Haltung, „nämlich liberal in einem eher englischen Sinn“, bei der die grüntypische „grundkritische“ Einstellung gegenüber Machtapparaten schwach ausgebildet sei. Dass Langthaler „berauscht von den großen Möglichkeiten“ gewesen sei, erklärt er mit ihrer Sozialisation: „Die kommt aus einem anderen ‚Stall‘, das ist eher diese bürgerliche ÖVP-Linie. Das war nicht wirklich die grüne Tradition.“³⁴²

Voggenhuber fügt dem Etikett des Bürgerlichen noch jenes des Pragmatismus hinzu und lässt diese Prägung für beide prominente Befürworter gelten: „Die Basis dahinter war eine gemeinsame bürgerlich-pragmatische Haltung ohne großen theoretischen

³³⁹ *Pelinka*, Europa. Ein Plädoyer, S. 16ff.

³⁴⁰ *Heschl*, S. 17f.

³⁴¹ *Joschka Fischer*: Die Krise der Umweltpolitik. In: Beck: Politik in der Risikogesellschaft, S. 326.

³⁴² Interview *Wabl*, S. 6, 9.

oder strategischen Anspruch zweier durchaus weltoffener Menschen.“ Aus einem solchen Blickwinkel sei eine Strategie wie die seine – Ja zu Europa, Nein zur EU – nicht überzeugend gewesen: „Diese Gruppierung war immer eine, die programmatisch-ideologische Streitigkeiten nicht allzu gewichtig genommen hat.“³⁴³

Eine Rolle auf atmosphärischer Ebene hat wohl die Hoffnung auf eine Neudefinition der österreichischen Identität im Sinne einer geistigen Öffnung gespielt. Dieses Motiv klingt etwa in der Kritik durch, die Chorherr in einer EU-Debatte im Wiener Gemeinderat im März 1994 anbrachte, nachdem tausende Salzburg-Fans den dunkelhäutigen Stürmer Antony Yeboah von Eintracht Frankfurt bei einem Fußball-Europacupmatch mit „Urwaldgeschrei“ rassistisch geschmäht hatten, ohne dass dies dem ORF-Reporter vor Millionenpublikum ein Kommentar wert war.³⁴⁴ Wenn im Happel-Stadion die Fans einen schwarzen Fußballer mit Uhuhuh-Rufen bedenken, sei das jedenfalls nicht die Identität einer österreichischen Kulturnation, die er zu bewahren gedenke, sagte der grüne Stadtrat.³⁴⁵

Die von Chorherr angesprochene und von der FPÖ des aufstrebenden Jörg Haider instrumentalisierte Fremdenfeindlichkeit war nur eine der Schattenseiten, die das von Beitrittsgegnern beschworene Idealbild der Insel der Seligen in ein düsteres Licht tauchten. Korruptions- und Weinskandale, die Verstaatlichtenkrise und die Affäre um die Kriegsvergangenheit des Präsidenten Kurt Waldheim, die Österreichs Mythos als erstes Opfer des Nationalsozialismus ins Wanken gebracht und in eine partielle außenpolitische Isolation geführt hatte, hatten in den Achtzigerjahren die Identifikation mit dem „österreichischen Weg“, wie ihn die von Kreiskys SPÖ geführte Regierung in den Siebzigerjahren auch gegenüber der EU selbstbewusst formuliert hatte, untergraben.³⁴⁶ Gehler attestiert der nationalen Psyche im Vorfeld der EU-Entscheidung folglich ein verletztes nationales „Selbstverständnis“ und „sich verstärkendes Minderwertigkeitsgefühl“, das insofern die Pro-EU-Stimmung verstärkt habe, als auf diese Weise zu „historischer Größe“ im Kreis illustrier Mächte Europas zurückgefunden werden sollte.³⁴⁷

Zu einer ähnlichen Interpretation kamen die Grünen bereits in ihrem Europa-Manifest aus dem Jahr 1989, als sie hinter dem „EG-Geschwätz“ der Beitrittsbefürworter unter

³⁴³ Interview *Voggenhuber*, S. 10.

³⁴⁴ Reinhard *Krammer*: „You’ll never walk alone“ – die Welt der Austria-Salzburg-Fans. In: Hanns Haas, Robert Hoffmann, Kriechbaumer (Hrsg.): Salzburg. Städtische Lebenswelt(en) seit 1945. Wien, Köln, Weimar 2000. S. 387f.

³⁴⁵ *Standard*, 8.3.1994, S.6.

³⁴⁶ *Schaller*, EG-Diskussion, S. 152.

³⁴⁷ *Gehler*, S. 236.

anderem „das traditionelle und oft lächerliche mangelnde Selbstvertrauen Österreichs gegenüber dem westlichen Ausland und das offene oder heimliche Unbehagen angesichts einer grotesken Waldheim-Debatte“ vermuteten.³⁴⁸ Allerdings lässt sich der Anspruch auf eine Revision der österreichischen Identität auch offensiv und positiv formulieren, wie das Kommentator Werner Vogt im grünaffinen „Falter“ getan hat: „Ich hoffe mir durch den Beitritt eine kräftigere Durchlüftung des Krähwinkels, ich wünsche mir die Entmachtung der hauseigenen Dilettanten und Ignoranten durch Brüssel. (...) Wer auf Identität, Heimatgefühle und der österreichischen Seele besteht, möge die Republik Villach, die 3. Republik also, gründen und sein Leben mit der Narrenkappe verbringen.“³⁴⁹

7.3.2. Taktische und sonstige Motive

„Fest diskutiert“ (Pilz) haben die Grünen über eine inhaltliche Allianz, die sich wider ihren Willen ergeben hatte: Seit die FPÖ, nachdem sie den Beitrittsantrag der Regierung im Juli 1989 noch unterstützt hatte, ab 1991 in mehreren Etappen auf eine Anti-EG-Linie eingeschwenkt war, saßen die Grünen – wie ihr die Medien genüsslich vorhielten – in einem Boot mit dem Rechtspopulisten Jörg Haider. Dieser griff im Verlauf der Debatte zu immer schrilleren Argumenten, für die Kategorisierungen von „absurd“ bis „lächerlich“ (Plasser, Ulram) höchst angemessen erscheinen: Haider warnte etwa vor einer „Freimaurer-Verschwörung“, dem „Ausverkauf von Wasser- und Goldreserven“ oder den berühmt gewordenen „Schildläusen“ in der Joghurt.³⁵⁰ Nach Voggenhubers Einschätzung spielte das Motiv der Abgrenzung zur Haider'schen Propaganda auf Seite der Beitrittsbefürworter „eine entscheidende Rolle“. Parteiinterner Widerstand gegen seine Linie sei erst mit dem vollzogenen Schwenk der FPÖ entstanden, „weil einfach der schlimmstmögliche Gegner eine thematische Allianz gebildet hat. Nachdem er viel destruktiver, demagogischer, besinnungsloser war, hat er natürlich eine gewisse Hegemonie über die Kampagnen bekommen, die auf Teile der Grünen rückgewirkt hat. Sei es in Form einer abstoßenden, allergischen Reaktion, sei es in Form einer Affirmation.“ So geht Voggenhuber davon aus, dass Haiders Kampagne in den letzten Wochen vor der

³⁴⁸ Europamanifest der österreichischen Grünen Alternative. 1989, S. 2. <http://www.cvce.eu/viewer/-/content/9ad04f3d-2c40-44c1-bb83-944a04e6e5ac/de> (Zugriff am 8.10.2012).

³⁴⁹ *Falter* 8/94, S. 5.

³⁵⁰ *Plasser, Ulram*, Meinungstrends, S. 91; *Schaller*, Ja oder Nein zu Europa, S. 54; Vergl. Kapitel 6.

Abstimmung auch einstige Beitrittsgegner bei den Grünen ins Lager der Befürworter getrieben habe.³⁵¹ Laut Plasser und Ulram hat die radikale Tonalität von Gegnern wie Haider in den letzten Tagen vor dem Votum tatsächlich die Pro-Stimmung einer „schweigenden Mehrheit“ verstärkt; dass dies speziell auch auf die grüne Klientel zutraf, lässt sich aus den vorliegenden Daten allerdings nicht belegen.³⁵²

Dass das Argument der Abgrenzung zu Haider die grüne Mehrheit offensichtlich nicht so weit beeindruckte, als damit die Parteilinie infrage gestellt worden wäre, erklärt Pilz mit einer Analogie zur Anti-AKW-Politik. Man könne nicht jedes Boot fluchtartig verlassen, wenn sich „die extreme Rechte“ dort reinsetze, sondern müsse eher versuchen, das Kommando zu behalten: „Das ist bei den AKW's bis heute gelungen – bei der EU-Geschichte würde ich sehr daran zweifeln.“³⁵³

Voggenhuber sieht im „ganz massiven Instrumentalisierungsdruck“ der Medien – ihre Rolle wird in der Folge noch ausführlicher diskutiert – eine weitere Triebfeder für Dissidenz in den grünen Reihen: „Jeder Grüne, der damals auch nur einen Halbsatz für Europa gesagt hat, wurde zum Star. Es war der wohlfeilste Weg, auf der Stelle jede Art von Berichterstattung zu bekommen, die man sich nur vorstellen kann.“ Er wolle damit nicht die Motive einzelner diskreditieren, sagt Voggenhuber, merkt jedoch an: „Das entfaltet natürlich auch eine Wirkung“.³⁵⁴

Keine besondere Bedeutung hatten nach Aussagen der Interviewten Überlegungen, sich mit einem Ja zur EU als regierungsfähig zu empfehlen. Chorherr stellt ein solches Kalkül gänzlich in Abrede: „Das Koalitionsspiel spielte keine Rolle, dazu war das Thema zu wichtig.“³⁵⁵ Lediglich Voggenhuber vermutet auf Wiener Ebene eine mögliche Koalition mit der SPÖ als „gewisses Motiv“: Die Gruppe der Befürworter sei „tendenziell stark regierungsorientiert“ und habe „atmosphärisch sicher eine Annäherung an die großen Parteien gesehen“.³⁵⁶

³⁵¹ Interview *Voggenhuber*, S. 5, 8f.

³⁵² *Plasser, Ulram*, Meinungstrends, S. 91.

³⁵³ Interview *Pilz*, S. 3.

³⁵⁴ Interview *Voggenhuber*, S. 9.

³⁵⁵ Interview *Chorherr*, S. 2.

³⁵⁶ Interview *Voggenhuber*, S. 12.

8. Die Kräfteverhältnisse in der grünen Partei

Die Geschlossenheit war angesichts der konfliktreichen grünen Vorgeschichte untypisch: Wie in Kapitel 6 dargelegt, sprachen sich die Parteidelegierten in Abstimmungen regelmäßig mit Mehrheiten um die 90 Prozent und mehr gegen den EU-Beitritt aus. Voggenhuber spricht deshalb von einem „sehr kontinuierlichen Prozess an der bestehenden, realen Integration Europas“, dem trotz des breiten Konsens allerdings eine „elitäre Dimension“ angehaftet habe. Seinem Eindruck nach „in aller Befangenheit“ sei das Interesse an der Meinungsbildung vor dem Beitrittsjahr „sehr dünn gewesen“.³⁵⁷ Die Einschätzung, dass die Spitzenrepräsentanten großen Spielraum genossen hätten, teilen auch andere Interviewte: Schennach spricht von einer „sehr stark von oben“ geführten Debatte³⁵⁸, Wabl unterstreicht die „mächtige“ Position Voggenhubers.³⁵⁹

Der Spielraum für die Führungspersonen resultierte nach Meinung Voggenhubers auch aus der „diversifizierten“ Haltung der Basis. Obwohl alle Beschlüsse von Mehrheiten um die 90 Prozent und mehr getragen worden seien, sieht er keine „homogene Bewegung“ hinter dem von ihm unter dem Titel „Ja zu Europa, Nein zur EU“ skizzierten Programm: „Dafür war es viel zu visionär und – man könnte auch sagen – verstiegen.“ Während die führenden Funktionäre die offizielle Linie wohl weitgehend geteilt hätten, seien in den Kadern darunter die bereits beschriebenen Emotionen und ideologischen Nostalgien ins Spiel gekommen.³⁶⁰

Pilz teilt die Grünen diesbezüglich in drei Gruppen ein: Erstens die kleine Minderheit der Befürworter um Langthaler und Chorherr. Zweitens jene, die nicht gegen die EU an sich, aber gegen den Beitritt unter den gegebenen Bedingungen waren – laut Pilz die Mehrheitsposition im Parlamentsklub. Drittens grundsätzliche EU-Gegner wie etwa die Parteimitbegründerin Meissner-Blau. Nach Einschätzung Pilz' habe diese „fundamentalistische Haltung“ innerhalb der grünen Partei aber keine Mehrheit gehabt, sondern sei eher auf Bundesländer im Osten konzentriert gewesen, relativ stark auf Wien.³⁶¹

„Von den Nein-Leuten war ein ordentlicher Schippel beseelt“, sagt Schennach. Er spricht von einer Gruppe von „verbissenen Ökofundamentalisten“, die sich zur

³⁵⁷ Interview *Voggenhuber*, S. 2, 7f.

³⁵⁸ Interview *Schennach*, S. 17.

³⁵⁹ Interview *Wabl*, S. 11.

³⁶⁰ Interview *Voggenhuber*, S. 7-12.

³⁶¹ Interview *Pilz*, S. 5f.

Mission erkoren hatten, „dass nur das freie Österreich allein die Insel der Glückseligen sein kann (...) Für die war die EU das böse Atom-Europa.“ Schennach schätzt die Quote der grundsätzlichen EU-Gegner unter den grünen Nein-Stimmen auf 50 Prozent. Eine geographische Eingrenzung sei dabei schwer möglich: „Das ist eine Gemeinderätin von da, ein Funktionär von dort.“ Die Charakteristik des Personals habe sich aus der lokal spezifischen Vorgeschichte ergeben. Dort wo bereits „der fünfte verzweifelte Anmarsch“ unternommen wurde, doch noch in den Landtag vorzustößen, hätten sich zum Teil „obskure“ Gruppen gesammelt.³⁶²

Widersprüche im Lager der Nein-Sager haben bis zur vermeintlichen Wende nach der Volksabstimmung allerdings kaum Debatten provoziert, zumal das gemeinsame Generalziel unumstritten war, wie Voggenhuber feststellt: „Viele von meiner Linie abweichende Meinungen sind deshalb nicht laut geworden, weil Sie sich ja in dem Nein gefunden haben.“³⁶³

Die markante Konfliktlinie verlief deshalb zwischen zwei ungleichen Gruppen: Der großen Mehrheit der Gegner und der Minorität der Befürworter. Letztere kamen bei grüninternen Abstimmungen maximal knapp über zehn Prozent hinaus: Jene 20 von 168 Delegierten, die beim grünen EU-Kongress Ende April 1994 gegen den Nein-Antrag stimmten, stellten die zahlenmäßig stärkste Manifestation von Widerspruch dar.³⁶⁴ Allerdings rechnet Voggenhuber damit, dass die Front der Beitrittsgegner in den letzten Wochen vor der Abstimmung, als das Ja der Österreicher absehbar war, auf etwa zwei Drittel geschrumpft sei. Nicht nur Haiders „demagogische“ Kampagne habe seiner Meinung nach diesen Abfall befördert, sondern auch der öffentlich ausgetragene Konflikt mit Langthaler.³⁶⁵

³⁶² Interview *Schennach*, S. 4f, 9.

³⁶³ Interview *Voggenhuber*, S. 9.

³⁶⁴ Vergleiche Kapitel 6.

³⁶⁵ Interview *Voggenhuber*, S. 5.

9. Die europapolitischen Alternativen der Grünen

9.1. Reformallianz der EFTA-Staaten

Ja zu Europa, aber Nein zu „dieser“ EU: Es war ein politischer Spagat, den die grüne Kampagne versuchte. Diese Linie sollte signalisieren, dass die Grünen „immer eine europäische Partei“ (Pilz) gewesen seien und ergo prinzipiell für eine Einigung eintraten, aber eben das konkrete undemokratische und wirtschaftsbeschleunigte Projekt der EU ablehnten. In den Worten des Bundessprechers: „Europa ist uns damals wichtiger gewesen, als der Beitritt zu dieser EU.“³⁶⁶ Diese Position war keine originär österreichische Kopfgeburt: Schwesternparteien aus anderen Staaten sowie die Grünen im Europaparlament hatten ebenfalls auf Slogans wie „die EU ist nicht Europa“ zurückgegriffen.³⁶⁷

Als Alternative skizzierten Österreichs Grüne eine Allianz der Efta-Staaten, die – statt einzeln zu verhandeln – aus der Position der gemeinsamen Stärke heraus Reformen in der EU erzwingen sollten. Die politischen Zeichen seien dafür günstig gestanden, urteilt Voggenhuber bis heute und verweist darauf, dass der Maastrichtvertrag nur „haarscharf“ unter breiter öffentlicher Kritik durchgesetzt werden konnte.³⁶⁸ Das unerwartete Nein der Dänen im ersten Maastricht-Referendum 1992 wies ebenso auf massive Gegenströmungen hin wie das hauchdünne Ja in Frankreich im selben Jahr. EU-Skepsis manifestierte sich auch im Nein der Schweizer zum EWR-Beitritt und in der Stimmungslage in den vorseiten der Regierungen beitrittswilligen skandinavischen Staaten.³⁶⁹

In einer solchen Situation hätten „außerordentlich reiche und potente Beitrittskandidaten“, die anders als später die Reformstaaten aus dem Osten nicht „wie beim Auszug aus Ägypten“ zur EU gestoßen wären, schon Bedingungen stellen können. Erstmals wäre dabei „beidseitig“ verhandelt worden: Auf der einen Seite um die Übernahme des EU-Rechts, auf der anderen um Reformbestrebungen. „In einem solchen Ringen“, glaubt Voggenhuber, hätten unter damals noch breiter

³⁶⁶ Interview *Pilz*, S. 2.

³⁶⁷ *Bomberg*, S. 75.

³⁶⁸ Interview *Voggenhuber*, S. 2.

³⁶⁹ *Plasser, Ulram*, Meinungstrends, S. 87.

Unterstützung in den Unionsstaaten Neuerungen durchgesetzt werden können, wie sie erst 15 Jahre später der Vertrag von Lissabon gebracht habe.³⁷⁰

Voggenhuber spricht damit ein Ungleichgewicht im Kräfteverhältnis an, das auch Gehler feststellt: Unter den gegebenen Verhandlungsbedingungen habe die EU das „Gesetz des Handelns“ bestimmt: „Die Beitrittsbewerber mussten die Spielregeln der Gemeinschaft, vor allem den gemeinsamen Rechtsbestand, übernehmen, nicht die EU die Grundsätze der Antragssteller.“³⁷¹

Auch Wabl hielt die grüne Alternative für realistisch, zumal es in der EU angesichts einer Stagnation ein „riesiges Bedürfnis“ gegeben habe, die Märkte zu erweitern. Ein Ausfall Österreichs allein hätte niemanden beeindruckt, wohl aber, wenn sich gleichzeitig auch die Schweiz, Schweden, Slowenien gesträubt hätten, glaubt Wabl: Man dürfe „den Zwang, in diesem großen System noch größer zu werden“, nicht unterschätzen. Außerdem gäbe es auch Sachzwänge, die kleinen Staaten Bedeutung verliehen: „Wie soll ein freier Warenaustausch funktionieren, wenn du drei, vier Länder hast, die LKW's nicht unbeschränkt durchfahren lassen?“³⁷²

Wie sich an der medialen Resonanz ablesen lässt, litt das angebotene Gegenkonzept unter mangelnder Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit. Stellvertretend ein Leitartikel des damaligen „Profil“-Herausgebers Czernin, der den „Mangel an Alternativen“ als wesentliche Schwäche in der Argumentation der Gegner identifiziert: „Voggenhubers ‚neue europäische Solidarität für eine soziale und ökologische Allianz‘? Ein Wortungetüm, aber nicht mehr.“³⁷³

Dass sich ein derartiges Bündnis nie formiert hatte, identifiziert Schennach als „die Schwachstelle in Voggenhubers Konzept“. Im Prinzip sei es zwar ein sinnvoller Gedanke, in einer Allianz „Verhandlungen auf Augenhöhe“ durchzusetzen, sagt Schennach – gerade am schlechten Verhandlungsergebnis Österreichs habe sich ja gezeigt, dass die Flucht einzelner Efta-Staaten in die EU aus Angst vor einem Beitrittsstopp in eine „Unterwerfung unter eine dominante Größe“ münden könne. Allerdings habe Voggenhuber „geflissentlich übersehen“, dass die erträumte Allianz gescheitert wäre, weil die Efta-Staaten keine einheitliche politische Linie gehabt hätten – die Schweizer etwa hätten nie beitreten wollen: „Man kann nicht von einer

³⁷⁰ Interview *Voggenhuber*, S. 2f; der im Dezember 2009 in Kraft getretene Vertrag drängte unter anderem die Vetomöglichkeiten der einzelnen Mitgliedsstaaten zurück, brachte dem EU-Parlament mehr Mitentscheidungsrechte, schuf einen Hohen Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik, führte ein EU-Volksbegehren ein und machte die EU-Grundrechtecharta rechtsverbindlich. (*Apa* 6.5.2009).

³⁷¹ *Gehler*, S. 225.

³⁷² Interview *Wabl*, S. 10.

³⁷³ *Profil*, 7.3.1994, S. 13.

starken Efta träumen, wenn die Spielmacher nicht mitspielen.“ Für einen Einzelstaat aber sei eine solche Strategie ein „Käse“ gewesen: Das gehe höchstens in rudimentären Bereichen wie dem Transit, aber nicht auf Dauer. Auch die außerhalb der EU gebliebene Schweiz habe in gemeinsamen Verträgen schon vielfach nachgeben müssen.³⁷⁴

In diesem Zusammenhang ist zu ergänzen, dass vor dem Hintergrund einer 1989 einsetzenden schweren Wirtschaftskrise auch die potentiellen Bündnispartner in Skandinavien auf eine rasche Anbindung an den westeuropäischen Markt drängten: Nachdem die schwedische Regierung den EU-Beitritt angestrebt hatte, schlossen sich die Regierungen von Finnland und Norwegen diesem Kurs an.³⁷⁵

Die Argumentation der Grünen habe letztlich ihre „innere Zerrissenheit“ zwischen internationalem Anspruch und EU-Gegnerschaft offenbart, sagt Schennach, der diese Linie aus der Perspektive des damaligen Kommunikationschefs für weitgehend unverkaufbar hält: „Das war ein Quargel. Ich kann nicht sagen, ja zur Nacht, nein zur Dämmerung. (...) Das sind so Rösselsprünge im Kopf, die von der Bevölkerung nicht nachvollzogen werden. Bei der Kommunikation muss ich mich wirklich auf etwas einschließen. (...) Aber das war nicht Fisch und nicht Fleisch.“³⁷⁶

Als „nicht überzeugend“ und „etwas kompliziert“ qualifiziert auch Pilz die Argumentation und sieht darin den Grund, warum sich diese in den Köpfen der Bürger nicht durchgesetzt habe: „Unsere Schwäche war, dass wir nicht wirklich Alternativen präsentieren konnten.“³⁷⁷ Ähnlich äußerte sich schon im Vorfeld zur Abstimmung Langthaler: Sie könne nirgends einen Bündnispartner für dieses andere Europa erkennen.³⁷⁸

Den Slogan „Ja zu Europa, Nein zur EU“ habe niemand geglaubt, weil ihn die grünen Beitrittsgegner selber nicht geglaubt hätten, urteilt Chorgherr und wirft ebenfalls die Frage auf, wer in welchem Bündnis denn dieses andere Europa umsetzen hätte sollen: „Man muss einer unglaublichen Selbstüberschätzung erliegen, zu glauben, man könnte mit einem Nein bewirken, dass die ganze EU plötzlich die Augen öffnet und sagt: ‚So, jetzt werden wir ökologisch!‘“ Aus seiner Sicht hinkt der Vergleich mit der Schweiz, deren „ins Schrullige“ hineinreichende Eigenständigkeit eine

³⁷⁴ Interview *Schennach*, S. 8, 11ff.

³⁷⁵ Wolfram *Kaiser*: Die EU-Volksabstimmungen in Österreich, Finnland, Schweden und Norwegen: Verlauf, Ergebnisse, Motive und Folgen. Wien 1995.

³⁷⁶ Interview *Schennach*, S. 8, 11ff.

³⁷⁷ Interview *Pilz*, S. 4.

³⁷⁸ *Standard*, 9.2.1993, S. 5.

traditionelle Basis habe. Als mit Deutschland eng verflochtener Staat hätte das EWR-Mitglied Österreich auch bei einem Nein die gesamte Politik nachvollzogen - nur eben ohne Mitsprachemöglichkeit: „Im Grunde hätten wir auch ohne EU-Beitritt das wirtschaftsbeschleunigte Österreich in forcierter Form bekommen, aber an der EU überhaupt nichts verändert.“³⁷⁹ Chorherr, der nach Eigeneinschätzung Anfang der Neunzigerjahre noch „weit auf der skeptischen Seite“ stand³⁸⁰, hat folglich im Laufe der anschwellenden EU-Debatte seine Meinung geändert: In einem Artikel von 1989 vertrat er noch die These, dass der Einfluss „als innovativer und selbständiger Kleinstaat neben der EG weitaus größer ist, als – zerquetscht zwischen den Großen – ein marginalisiertes Randdasein zu fristen.“³⁸¹

Auch Voggenhuber räumt ein, dass seine „Vision“ an kein real existierendes Bündnis angeknüpft habe: „Diese Initiative hätte man erst ergreifen müssen. Das war eine an die Regierung gerichtete Forderung, eine solche Allianz zu bilden.“ Da es in den anderen Efta-Staaten aber „auch hochkritische Diskussionen über einen EU-Beitritt“ gegeben habe, glaubt Voggenhuber nicht, die europäischen Möglichkeiten falsch eingeschätzt zu haben. Was die österreichische Realität betrifft, seien die Grünen und er hingegen strategischen Fehleinschätzungen unterlegen: Erstens habe sich eine „Gratwanderung zwischen Ja und Nein“ in einem Land, in dem sich die Lager zwischen Angst vor der Blutschokolade und ersehnte „Erlösung“ durch die Union aufgeteilt hätten, als unvermittelbar herausgestellt. Zweitens sei die Hoffnung auf eine „aufgeklärte Politik“, die grundlegend Ja zu Europa sage, aber in einer Efta-Allianz notwendige Reformen erzwingen, „offenkundig eine Don Quichoterie“ gewesen. Schwarz-Blau habe sich damals noch nicht am Horizont abgezeichnet, führt Voggenhuber ins Treffen: Von solch einer Regierung hätte er von vorneherein nicht angenommen, dass sie eine reformerische Europapolitik verfolge.³⁸² Auch Pilz argumentiert, dass es die Schwäche der Regierungen der großen Koalition gewesen sei, die den grünen Anspruch unrealistisch gemacht hätten: „Der bedingungslose Beitritt und das Nicht-Nutzen von Verhandlungsmöglichkeiten waren dumm.“³⁸³

Chorherr's Hinweis, dass die Beitrittsgegner an den Realismus ihrer Alternative zum Beitritt selbst nicht geglaubt hätten, nährt freilich eine andere Vermutung: Demnach wäre die beschworene Reformallianz ein kosmetischer Kunstgriff der Grünen, um

³⁷⁹ Interview *Chorherr*, S. 1ff.

³⁸⁰ Interview *Chorherr*, S. 3.

³⁸¹ *Impuls Grün* 1/89, S. 12.

³⁸² Interview *Voggenhuber*, S. 2f, 8.

³⁸³ Interview *Pilz*, S. 4.

trotz der Gegnerschaft zur EU das ihrem historischen „Think globally“-Anspruch entsprechende Image einer weltläufigen Partei zu retten und nicht in den Geruch zu geraten, die höchst positiv besetzte und von EU-Befürwortern mit Pathos transportierte Idee einer friedlichen Vereinigung Europas zu negieren. „Aus dieser Notlage“ hätten sowohl FPÖ als auch Grüne die Argumentation „Ja zu Europa, Nein zur EU“ geboren, urteilt Scharsach: „In Österreich, also mitten in Europa, gegen Europa zu sein, konnte sich nicht einmal eine Oppositionspartei leisten“.³⁸⁴

9.2. Das Europa der Regionen und der konföderalen Zusammenarbeit

Bei ihren Entwürfen für ein „anderes Europa“ bewegte sich die österreichische Partei in doppelter Hinsicht in der Tradition der europäischen Grünen. Erstens knüpfte sie an die bereits in Kapitel 5 vorgestellte Idee des Regionalismus an, die ab den Achtzigerjahren grüne Anhänger fand. Das Konzept eines „Europa der Regionen, von dem sich Grüne Dezentralisierung, starke Bürgerbeteiligung und Schutz von Vielfalt erhofften, wurde von den Österreichern in der Kampagne gegen den Beitritt zwar nicht dezidiert propagiert, sehr wohl aber finden sich in den Argumenten vielfache Hinweise auf die Bedeutung der Regionen, die durch Autonomie gestärkt statt vom Zentralismus der EU beschnitten werden sollten.“³⁸⁵

Zweitens folgten die Grünen insofern der Tradition, als die präsentierten Vorstellungen eines alternativen Europas unscharf blieben. Die Vision eines Europas der Regionen litt, wie Bomberg hinweist, stets unter der Schwäche, dass es die europäischen Grünen nie schafften, ein gemeinsames, konkretes Konzept zu entwerfen – weshalb die Idee auch nicht prominent vermarktet wurde. Bei den Europawahlen 1994 opferten ihr die deutschen Grünen, die an sich zu den Urhebern zählen, gerade eine halbe von insgesamt 48 Seiten ihres Wahlprogramms.³⁸⁶

Selbsterklärend ist die Idee dabei keinesfalls. „Europa der Regionen“ könne alles heißen, stellte Pelinka anlässlich der Verankerung des Begriffs im Maastricht-Vertrag fest und wies auf potenziell problematische Interpretationen hin: Im Falle einer Region wie dem Baskenland könne die Konsequenz sein, dass staatliche durch ethnische Grenzen ersetzt würden – womit „altbekannte Formeln des Nationalismus“

³⁸⁴ Scharsach, S. 293.

³⁸⁵ Bomberg, S. 67; Vergleiche: Petrovic, S. 307; Voggenhuber, EU reformieren, S. 396.

³⁸⁶ Bomberg, S. 69ff.

in der europäischen Integration aufleben würden, nur eben unter „völkischen“ statt staatsbezogenen Vorzeichen.³⁸⁷

Die zentralen Dokumente der Anti-Beitrittskampagne der österreichischen Grünen geben weder genauen Aufschluss, wie ein Europa der autonomen Regionen noch das als Überbau vorgeschlagene „gesamteuropäische System konföderaler Zusammenarbeit“ konkret organisiert werden könnten. Das entsprechende Kapitel der Broschüre „EU – so nicht!“ ist reich an Konjunktiven und spricht vage von „supranationalen Institutionen und Entscheidungsgewalten“. Ein Detail unterstreicht die gewisse Oberflächlichkeit: Als Basis für das Konzept geben die Grünen einen so genannten „Hentsch-Bericht“ an³⁸⁸; gemeint ist als Ideengeber aber offensichtlich der drei Jahrzehnte lang amtierende Europarlamentarier Klaus Hänsch. Der sozialdemokratische Mandatar hatte ein Modell skizziert, in dem die Zusammenarbeit sektoraler und/oder regionaler Aufgabenkonföderationen flexibel gestaltet werden sollte. Auf dieser Ebene sollten auch Drittstaaten mit der EU zusammenarbeiten, die bereit sind, zur Lösung gemeinsamer Probleme einzelne Souveränitätsrechte gemeinsam auszuüben.³⁸⁹

³⁸⁷ *Pelinka*, Europa der Regionen, S. 43.

³⁸⁸ *Grüne Bildungswerkstatt*, EU- so nicht, S. 13.

³⁸⁹ *Neisser*, S. 74.

10. Die grüne Kampagne zwischen Ressentiment und EUphorie

Nimmt man die veröffentlichte Meinung als Maßstab, dann litt mit der angebotenen Alternative eines „anderen“ Europas auch die grüne Haltung an sich an Glaubwürdigkeit. Wie Voggenhuber selbst feststellt, schafften die Grünen nicht, die angepeilte differenzierte Position aus grundsätzlicher Europafreundlichkeit und EU-Gegnerschaft zu vermitteln. Doch lässt sich dieses Scheitern ausschließlich mit der vom grünen Wortführer ins Treffen geführten Polarisierung in der EU-Debatte, in der Differenzierungen untergegangen seien, erklären?³⁹⁰ In der Folge soll diskutiert werden, ob und wie weit die von Voggenhuber verkörperte grüne Kampagne selbst jene antieuropäische Ressentiments und integrationsfeindliche Inhalte transportiert hat, gegen die sie sich offiziell wenden wollte.

10.1. Die Diskrepanz zwischen grünem Selbst- und Fremdbild

Voggenhuber nimmt für sich und das von ihm maßgeblich verkörperte grüne Programm in Anspruch, eine aufgeklärte, rationale und visionäre Haltung transportiert zu haben. Es habe in der Kampagne zwar „Zuspitzungen“, aber „keine antieuropäische Haltung“ gegeben: „Ich habe damals im Abstimmungsjahr, glaube ich, nie den Eindruck der Aburteilung oder eines Feindbildes entstehen lassen.“ Die Grünen hätten ihrer Kritik „so klar und scharf“ formuliert, dass sie mit der Demagogie Haiders, der die EU als „Gottseibeius“ dargestellt habe, „nicht wirklich in Berührung gekommen“ seien.³⁹¹

Das von den Medien entworfene Fremdbild widersprach dieser Selbsteinschätzung diametral. Vielfach wurde den Grünen vorgehalten, mit ihrer Kampagne Ängste zu schüren, auf populistische Weise zu simplifizieren und dem gezeichneten „Zerrbild“ der EU platte Loblieder auf Österreich entgegen zu halten.³⁹² Gerade in Wortführer Voggenhuber sahen Kommentatoren einen prinzipiellen, missionarisch eifernden EU-Gegner. Stellvertretend und durchaus repräsentativ ist hierfür ein Leitartikel im „Profil“, der Voggenhuber als „Fundamentalist inquisitorischen Zuschnitts, für den die EU tatsächlich das Reich des Bösen bedeutet“, einschätzte.³⁹³ Selbst von

³⁹⁰ Interview *Voggenhuber*, S. 2; vergleiche Kapitel 13.

³⁹¹ Interview *Voggenhuber*, S. 3, 7, 20.

³⁹² Vergl.: *Standard* 16.11.1993, S. 24; *Standard* 2.5.1994, S. 24; *Profil* 3/94 vom 17.1.1994, S.26.

³⁹³ *Profil* 12/94 vom 21.3.1994, S. 13.

grundsätzlich wohl gesonnenen Medien sahen sich die Grünen in die Nähe zu Haider'schem Gedankengut gerückt. So stellte Werner Vogt im „Falter“ die rhetorische Frage: „Warum sollen grüne Angstargumente besser sein als das rechte Heimatscheinmodell?“³⁹⁴ „Kurier“-Karikaturist Dieter Zehentmayr bildete Voggenhuber wiederholt als Haiders Kompagnon in einem Gartenzwerg-Duo ab, das um den Ehrentitel des größeren EU-Gegners ritterte.³⁹⁵

Der Kategorisierung Voggenhubers als „Anti-EU-Fundi“ schließt sich keiner der Interviewten an. Anders als etwa die Gruppe um Meissner-Blau habe Voggenhuber nie eine „fundamentalistische Haltung“ demonstriert, urteilt Pilz.³⁹⁶ Chorgherr charakterisiert den damaligen Europasprecher „als extremen Humanisten und definitiv nicht provinziell“³⁹⁷, und auch Schennach reiht ihn nicht unter die „Hardliner“ ein: „Voggenhuber ist ein absoluter Anti-Nationalist und hat überhaupt keine Angst vor einem geeinten Europa gehabt, im Gegenteil, das war sein Ziel.“³⁹⁸

10.2. Bedrohliche Weltmacht, armes Österreich: Grüne Zuspitzungen

Nichtsdestotrotz blieb Langthaler, die das proklamierte Nein als Wegweiser in eine „provinzielle Sackgasse“ empfand, nicht die einzige Grüne, die der von Voggenhuber orchestrierten Kampagne eine problematische Schlagseite attestierte. Öffentlich artikulierte Kritik provozierte etwa die von Voggenhuber geschaltete Annonce unter dem Titel „Österreich verjubelt“. Zum Haider-Slogan „Österreich zuerst“ sei ihm der Weg da zu kurz, bekräftigte Chorgherr. Parteisprecher Pilz urteilte: „Das ist eine Anzeige, wie ich sie in der Art nicht noch einmal möchte.“³⁹⁹

Er wolle keine Zensuren verteilen, sagt Pilz im Rückblick, merkt aber an, dass ihn Punzierungen wie der „westeuropäische Gesamtstaat in den Dimensionen einer neuen Weltmacht“ und der „gewaltige Militärpakt“ schon damals „nicht begeistert“ hätten. Voggenhuber habe „zum Teil übertrieben“, was sich Pilz als „einer seiner besten Freunde in der Partei“ mit dessen Selbstverständnis erklärt. Voggenhuber lebe nach einem Wahlspruch des Liedermachers Wolf Biermann: „Wenn andere immer zu kurz gehen, gehe ich eben entschieden zu weit.“ Neben einer

³⁹⁴ *Falter* 10/94, S. 5.

³⁹⁵ *Scharsach*, S. 70ff.

³⁹⁶ Interview *Pilz*, S. 6.

³⁹⁷ Interview *Chorgherr*, S. 7.

³⁹⁸ Interview *Schennach*, S. 8.

³⁹⁹ *Profil* 12/94 vom 21.3.1994, S. 26.

charakterlichen Prägung sieht Pilz aber auch eine kalkulierte „Methode der Zuspitzung“, die Voggenhuber bei anderen Gelegenheiten oft Erfolg gebracht habe: „Wenn du in einer Minderheitenposition bist, musst du lauter, spitzer und schärfer sein, um überhaupt gehört zu werden.“ Er selbst erschrecke mitunter über die „unglaubliche Schärfe“ eigener Aussagen aus Zeiten, als die Grünen noch nicht als Kontrollpartei ernst genommen worden seien; aber aus der damaligen Position sei dies absolut verständlich gewesen.⁴⁰⁰

Chorherr befindet, dass die grüne Kampagne antieuropäische Ressentiments zumindest instrumentalisiert habe. „Zur Raserei“ gebracht hätten ihn Diktionen wie Hundertwassers Slogan vom „Anschluss“ an die EU, aus seiner Sicht eine „verabscheuungswürdige Dummheit“, die „das Selbstbild der armen hilflosen Österreicher, die jetzt wieder vom Moloch geschluckt werden“, transportiere. Zwar hätten sich grüne Funktionäre derartiger Rhetorik zwar „fast nie“ bemächtigt, „aber man hat schon auf diese Gruppen geschielt und sich mit Ihnen verbündet“. Entgegen ihrem internationalen Grundverständnis, das immer den Globus im Auge gehabt habe, seien die Grünen „groteskerweise“ in eine Haltung verfallen, die auf „Schützen wir unser armes Österreich!“ hinausgelaufen sei.⁴⁰¹

Tatsächlich konnte einen angesichts grüner Klagen über die drohenden Folgen eines EU-Beitritts mitunter das Gefühl beschleichen, es habe in Österreich bis 1994 kein Bauernsterben, keine ökologischen Sünden und keine demokratisch schlampigen Verhältnisse gegeben, die Parlamentarier via Klubzwang nach der Pfeife der Regierung tanzen ließen – wie die Grünen über Jahre selbst immer wieder thematisierten, trifft jeweils das Gegenteil zu.⁴⁰² Voggenhuber räumt selbst ein, EU-Standards einseitiger- und fälschlicherweise ausschließlich als „Dumping“ interpretiert zu haben.⁴⁰³ Für eine gewisse Hemmschwelle, nicht in jeden Chor zur Rettung Österreichs einzustimmen, spricht hingegen der Umstand, dass die Grünen Anfang Juni darauf verzichteten, einen scheinbar „aufgelegten Elfmeter“ zu verwerten: Als der Salzburger Völkerrechtler Michael Geistlinger behauptete, der EU-Beitritt ermögliche den Bau von Atomkraftwerken in Österreich, distanzieren sich nicht nur dessen wissenschaftliche Vorgesetzten, sondern auch die Grünen.⁴⁰⁴

⁴⁰⁰ Interview *Pilz*, S. 10f.

⁴⁰¹ Interview *Chorherr*, S. 6f, 13.

⁴⁰² Vergleiche Kapitel 6; *Falter* 25/05, S. 8; Interview *Voggenhuber*, S. 19.

⁴⁰³ Interview *Voggenhuber*, S. 18.

⁴⁰⁴ *Schaller*, Ja oder Nein zu Europa, S. 69f.

Voggenhuber sei zwar persönlich antiprovinziell geprägt, aber als „Galionsfigur (...) in seiner eigenen maximalistischen Rhetorik“ gefangen gewesen, glaubt Chorgherr und sieht dahinter eine „Form der Autosuggestion“, die in einer Partei typischerweise dann einsetze, wenn sich diese in einer Frage unsicher sei: Mantraartig würden sich Funktionäre auf eine Position ein schwören und ständig alte Beschlüsse erneuern, um sich selbst zu bestätigen, dass man eh richtig liege. Die kritischen Gegenstimmen mögen Voggenhuber schon zu denken gegeben haben, vermutet Chorgherr: „Aber je lauter er sie gehört hat, desto stärker musste er sie wohl niederquetschen, um den Glauben an seine eigenen Argumente nicht ins Wanken zu bringen.“⁴⁰⁵

Positiver reflektiert Wabl die grüne Kampagne. Voggenhuber sei zwar „eine unglaubliche Schärfe in der Argumentation“ eigen, die fälschlicherweise ein Schwarz-Weiß-Denken vermuten lasse, habe aber in der EU-Debatte in Summe „nicht übers Ziel geschossen“, sagt Wabl. Zwar sei die Realität nicht so einseitig, wie sie da mitunter gezeichnet worden sei – „aber als politisches Kampfmittel musst du natürlich scharf formulieren“.⁴⁰⁶

Auch Schennach verweist auf den Umstand, dass eine Kampagne Zuspitzungen bedinge. Überdies erklärt sich Schennach die von Voggenhuber etablierte Schärfe aus dem Selbstverständnis eines „Radikaldemokraten“, der für Grundrechte und Bürgerstaat „das letzte Hemd“ hergeben würde: „Voggenhuber ist ein extrem prinzipientreuer Mensch, kein Augenzwinkerer. Aus dieser absoluten Überzeugung heraus fand er dieses Gebilde der EU so schrecklich, weil die demokratische Legitimation gefehlt hat – diese Frage steht bei ihm immer im Zentrum.“⁴⁰⁷

Voggenhuber argumentiert ebenfalls mit der einer politischen Auseinandersetzungen immanenten Notwendigkeit der Zuspitzung: „Selbst mit einer sehr aufgeklärten Haltung, die sich an Prinzipien hält, weiß man schon, dass man mit einer derartigen Kampagne in einer historischen Situation Emotionen und Tiefenschichten mobilisieren muss, sonst braucht man nicht in die Politik gehen, sonst schreibt man Artikel und Bücher. Da nimmt man die Schuld oder Unschuld auf sich, etwas zu bewegen, worüber man nicht hundert Prozent Kontrolle hat.“ Schließlich habe die „Regierungspropaganda“ ja „massive, große, mächtige Bildern“ ins Spiel gebracht: Emphatische Verklärungsversuche der EU als „Paradies“, die „Angstmache“ des

⁴⁰⁵ Interview *Chorgherr*, S. 7.

⁴⁰⁶ Interview *Wabl*, S. 14.

⁴⁰⁷ Interview *Schennach*, S. 8f.

Ausgestoßenwerdens und Zurückbleibens als Letzter in einer Karawane, der den Weg zur rettenden Oase nicht mehr schaffe. Um alldem etwas entgegenzusetzen, müsse eine Kampagne auch auf Zuspitzung und Emotion setzen.⁴⁰⁸

10.3. Regierung, Eliten, Massenmedien: Die geballte Macht hinter dem Ja

Es würde zu kurz greife, Voggenhubers Klage auf einen oppositionellen Reflex zu reduzieren. Die Regierung trieb großen Aufwand, um zu inszenieren, was Gehler „eine nahezu perfekte Beitrittsstimmung“ nennt. Zu den tatsächlichen Werbekosten gibt es nur Schätzungen; wer aber die mutmaßlichen Ausgaben von Regierung, Kammern, Verbänden einzelner Ministerien, der Großparteien inklusive ihrer Vorfeldorganisationen sowie anderer EU-Befürworter zusammenrechnet, kommt in die Größenordnung von damals einer Milliarde Schilling (72,7 Millionen Euro).⁴⁰⁹ Die solcherart entfachte Werbeschlacht provozierte nicht nur Protest von EU-Gegnern. Auch Beitrittsbefürworter wie Wiens Bürgermeister Helmut Zilk (SPÖ) und der Wiener ÖVP-Chef Bernhard Görg kritisierten die ihrer Meinung nach platte und einseitige Kampagne der Regierung, die – so Görg – den Eindruck erwecke, den Leuten solle etwas eingeredet werden.⁴¹⁰

Systematisch verweigerten politische Wortführer des Beitrittsprojekts die sachliche Diskussion, wenn es um heikle Themen ging, die der Bevölkerung das Ja zur EU verleiden könnten: Die Möglichkeit der Abschaffung des Schillings zugunsten einer Einheitswährung wurde mehrfach und – wie sich wenige Jahre später herausstellen sollte – fälschlicherweise als ferne Vision abgetan, die Frage nach den finanziellen Kosten des Beitritts konsequent erstickt. Als etwa der Wirtschaftsexperte (und Beitrittsbefürworter) Fritz Breuss eine Budgetbelastung von 45 bis 50 Milliarden Schilling prognostizierte, erntete er von politischer Seite erregte Distanzierungen – um nach dem Beitritt inhaltlich recht zu bekommen.⁴¹¹ Dafür sparten Koalitionspolitiker und ihre Verbündeten nicht mit Details, was die drohenden Folgen eines Neins betraf, wobei sich so manche Schilderung die Punzierung „Horrorszenario“ verdient hatte: Die Rede war von Kosten in dreistelliger Milliardenhöhe, massiven Einbrüche bei der Beschäftigung, höheren Steuern und

⁴⁰⁸ Interview *Voggenhuber*, S. 7f.

⁴⁰⁹ *Gehler*, S. 235; *Scharsach*, S. 309ff.

⁴¹⁰ *Schaller*, Ja oder Nein zu Europa, S. 66; *Scharsach*, S. 315.

⁴¹¹ *Heschl*, S. 179ff.

sinkenden Sozialleistungen bis hin zur politischen Isolation.⁴¹² Führt man die österreichische Tradition eines von Autoritätsglauben und paternalistischen Politikmustern geprägten Etatismus gegenüber einer schwach entwickelten Zivil- und Bürgergesellschaft ins Treffen, dann liegt der Gedanke nahe, dass die mehr oder minder deutlichen Aufrufe zur nationalen Rettung auf fruchtbaren Boden fielen.⁴¹³

„Sobald in Österreich das Wort von der Staatsnotwendigkeit fällt, gibt es eine Elitensolidarisierung per Reflex, da bleiben nicht einmal liberale Freiräume rationaler Kritik oder Meinungsfreiheit“, konstatiert Voggenhuber in Analogie zu Pelinkas und Schallers These vom Elitenkartell und verweist auf die Rolle der Massenmedien, die mit Ausnahme von „Täglich Alles“ allesamt prinzipiell für den Beitritt eintraten.⁴¹⁴ Ohne alle Medien über einen Kamm zu scheren, lässt sich im Rückblick feststellen, dass kritische Berichterstattung wiederholt der Affirmation an die von der Regierung ausgegebenen Losungen wich – etwa indem Zeitungen unreflektiert Behauptungen („Der Schilling bleibt“) und kolportierte Schreckensvisionen transportierten. Dieses Phänomen zeigte sich auch in Qualitätsmedien, in weitaus zügellosem Ausmaß aber in den hierzulande überdominanten Boulevardmedien. „EU-Nein bedroht Urlaubs- und Weihnachtsgeld der Österreicher“, warnte etwa die „Kronen Zeitung“, die nach einer einst EU-kritischen Haltung umso massiver für den Beitritt Stimmung machte, je näher der Entscheidungstag rückte.⁴¹⁵ Herausgeber Hans Dichand selbst hat nach der Abstimmung bestätigt, dass sein Blatt eine sich dramaturgisch zuspitzende Kampagne lanciert hatte, deren Wirkung ob der Reichweite der meist gelesenen Zeitung Österreichs wohl kaum unterschätzt werden kann.⁴¹⁶

10.4. Emotionen und Mythenbildung

Voggenhubers Empfinden, man sei vor einem „übermächtigen Gegner“ gestanden, erscheint vor diesem Hintergrund nachvollziehbar. Um sich in so einer Situation Mut zu machen, spiele in jeder Gemeinschaft zweifellos auch Autosuggestion eine Rolle, bekennt der damalige Europasprecher: „Und ja, das führt zu einer Überhöhung (...) der Kritik, der Zuspitzung, der Rhetorik – im Kampf um die Überzeugung weniger als im Kampf um die Emotion.“ Man könne nicht für eine Überzeugung eintreten ohne

⁴¹² Heschl, S. 232ff; Scharsach, S. 408ff.

⁴¹³ Gehler, S. 235.

⁴¹⁴ Interview Voggenhuber, S. 11.

⁴¹⁵ Scharsach, 408ff.

⁴¹⁶ Heschl, S. 144.

Momente „des partiellen Mangels der Wahrnehmung von Kritik. (...) Das gehört zur *Conditio humana*. So sind wir, bei aller Anstrengung.“⁴¹⁷

Heschl hält grobe Vereinfachungen und Emotionalisierungen, wie sie Voggenhuber anspricht, geradezu für ein Charakteristikum der Beitrittsdebatte. Seiner These zufolge waren die Chancen „auf eine einigermaßen rationale Diskussion (...) von vorneherein relativ gering“. Heschl weist darauf hin, dass Integrationsprozesse, die in Machtverschiebungen zu übergeordneten Zentren bestehen, für die betroffenen Menschen den „Verlust an realen Machtchancen im Sinne von politischen Mitbestimmungsmöglichkeiten“ bedeuten, eine „Verlängerung von Handlungs- und Wirkungsketten“ mit sich bringen und somit erst einmal Komplexität und Unsicherheit steigern. Die entstandenen übernationalen Gebilde schaffen es dabei zunächst nicht, die Identität stiftende Funktion des Nationalstaates als Überlebens-, Schutz- und Trutzeinheit zu übernehmen: „Angstgefühle und Unsicherheiten sind aus dieser Perspektive also zwingende Begleiterscheinungen von Integrationsprozessen.“ Dies lässt sich für den Fall der Beitrittsdebatte umso stärker annehmen, als die EU aus verschiedenen Gründen bei ihren Bürgern bislang wenig Identifikation stiften konnte: Plausible Erklärungen reichen vom Fehlen einer massenmedialen „europäischen“ Öffentlichkeit über das nicht nur von den Grünen, sondern laut Eurobarometer-Umfragen Anfang der Neunzigerjahre auch von vielen anderen Bürgern empfundene „Demokratiedefizit“ bis zur historisch bedingten sprachlichen und kulturellen Vielfalt, die eine gemeinsame Identitätsbildung unterminiere.⁴¹⁸

Auf diese Undurchschaubarkeit und Unsicherheit hätten die Protagonisten der Beitrittsdebatte mit dem Versuch reagiert, eine Politik der bloßen „Stimmungsmache“ im Dienste von Gruppeninteressen zu betreiben, folgert Heschl: „Die ungeheure Komplexität der Beitrittsfrage in dieser für alle Akteure zu kompliziert gewordenen Welt“ sei letztlich „in wenigen simplifizierenden Mythen kanalisiert“ worden.⁴¹⁹ Folgende Mythen haben demnach Rationalität und Differenzierung weitgehend aus der Auseinandersetzung verdrängt. Auf Seite der Befürworter der Zukunftsmythos, der den Beitritt als Chance für die Jugend und die Fleißigen beschwor; der Mitbestimmungsmythos, der Gestaltungsmöglichkeiten nur innerhalb der EU behauptete; der Unabwendbarkeitsmythos, der den Beitritt als alternativlos darstellte; der Europa-Mythos, der in mystischer und mitunter euphorischer Weise die EU mit

⁴¹⁷ Interview *Voggenhuber*, S. 15.

⁴¹⁸ *Heschl*, S. 27-34; zum Demokratiedefizit: *Neisser*, S. 135f.

⁴¹⁹ *Heschl*, S. 13.

Europa gleichsetzte; sowie der Untergangsmythos, der einem Nein die schlimmsten Konsequenzen zuschrieb. Einen Untergangsmythos etablierten auch die Beitrittsgegner für den Fall einer Zustimmung. Als weitere Mythen der Gegenseite nennt Heschl den Anschlussmythos, der die Aufgabe von Österreichs Souveränität behauptete, sowie den Gelassenheitsmythos: „I brauch ka EU.“⁴²⁰

10.5. Ja zu Europa, Nein zur EU: Widersprüche in der grünen Argumentation

Unterm Strich nimmt Voggenhuber für die von ihm geführte Kampagne in Anspruch, nicht ins Fahrwasser einer Dämonisierung der EU geraten zu sein. „Ein paar Schritte im Eifer des Gefechts bin ich vielleicht zu weit gegangen – mag sein“, bilanziert er, sieht aber keine substanzielle Grenzüberschreitung: „Ich glaube (...), dass wir immer im Rahmen der Diagnose der bestehenden Union einerseits und der Vision andererseits geblieben sind.“⁴²¹ Haben die Grünen also trotz rhetorischer Überzeichnungen in der Substanz nie das Terrain einer europäisch orientierten, integrationsfreundlichen Politik verlassen? Um sich einer Antwort anzunähern, lohnt es sich, tiefer in die inhaltliche Argumentation der Grünen vorzustoßen.

10.5.1. Fallbeispiel 1: Nationaler Souveränitätsverlust

Ein zentraler Parameter ist in diesem Zusammenhang die Frage der Souveränität. Die EU hat sich als supranationale Organisation entwickelt: Schritt für Schritt wurden Entscheidungskompetenzen von nationaler Ebene auf die gemeinschaftlichen Organe der Union übertragen. Die Abgabe nationalstaatlicher Souveränität ist in diesem Prozess somit eine zwingende Grundbedingung für eine tiefer greifende Integration Europas.⁴²² Als „Kronzeuge“ lässt sich in diesem Zusammenhang der spätere Voggenhuber zitieren, der die „nationale Eigenbrötelei“ und die Egoismen der sich wie „Kurfürsten“ gebärdenden Staatenlenker im EU-Rat ins Zentrum seiner Kritik am mangelnden Fortschritt der europäischen Einigung rückte.⁴²³

In der Kampagne gegen den EU-Beitritt thematisierten die Grünen den Verlust von nationaler Souveränität hingegen fast ausschließlich unter negativen Vorzeichen.

⁴²⁰ Heschl, S.13; 193-267.

⁴²¹ Interview Voggenhuber, S. 7f.

⁴²² Vergleiche Neisser, S. 15ff; Pelinka, Europa. Ein Plädoyer, S. 29, 77.

⁴²³ Johannes Voggenhuber: Wie einst Ikarus. In: Zeit Online, 6.5.2010. <http://www.zeit.de/2010/19/A-Voggenhuber-Europa-Verantwortung> (Zugriff am 25.5.2012); *Apa* 27.5.2010.

Voggenhuber malte das Bild eines neuen „Super-Nationalstaates“ an die Wand, der das Prinzip der „stillen Aushöhlung nationaler Rechte“ und „Souveränität“ verfolge: „Die Entwicklung der EG zu einem Bundesstaat ist offenes Ziel, ihr Zentralismus unübersehbar. Sie weitet auch ohne Rechtsgrundlage ihre Kompetenzen ständig aus.“ Warnungen vor drohendem Verlust von Rechten für Bundesstaat, Länder und Gemeinden, der „Abwertung der Regionen“, der Entmachtung der nationalen Parlamente und dem dräuenden „Einheitsrecht“ waren Konstanten der grünen Kampagne.⁴²⁴ Zwar verknüpfte Voggenhuber diese Vorbehalte mit dem Hinweis auf die demokratische Unterentwicklung der EU und die fehlende Legitimation des Integrationsprozesses, doch auch im am Reißbrett entworfenen Wunschszenario der Grünen, das dem Schreckenszenario eines europäischen Bundesstaates „ein gesamteuropäisches System konföderaler Zusammenarbeit“ entgegen stellte, war der Gedanke der Souveränitätsverlagerung auf eine gemeinschaftliche Ebene so gut wie nicht verankert. Einziger Anknüpfungspunkt im grünen „Leitbild zu einer alternativen Europapolitik“ ist eine vage Erwägung: „Die Abgabe von Souveränität könnte punktuell und auch zeitlich beschränkt geschehen.“⁴²⁵

Den Begriff des „Bundesstaates“ mied Voggenhuber auch nach dem EU-Beitritt; in jüngster Vergangenheit sprach er von einer „Republik Europa“, die den Nationalismus überwinden solle.⁴²⁶ Dass in dieser Haltung nichtsdestotrotz ein inhaltlicher Unterschied zur Position der Antibeitrittskampagne besteht, bestätigt er: „Ich bin heute dafür, viel an nationaler Souveränität auf europäische Ebene zu verlagern. Da gehe ich viel weiter als früher.“ Angesprochen auf sein Zitat von der „stillen Aushöhlung nationaler Souveränität“ sagt Voggenhuber, er würde deshalb nun „eine andere Tonlage wählen – der damalige Satz ist rein negativ.“ Als „polemische“, aber im Kern argumentierbare Formulierung bewertet er in diesem Zusammenhang seine damalige Warnung vor einem westeuropäischen „Gesamtstaat in den Dimensionen einer neuen Weltmacht“: „Ich bin immer noch dagegen, in der EU bloß den Nationalstaat zu spiegeln, sondern trete für eine weiche Staatlichkeit im Sinne einer voll entfalteten Demokratie ein.“⁴²⁷

Pelinka sieht im seinerzeit von den österreichischen Grünen und bis heute von EU-Gegnern in einem Atemzug artikulierten Vorwurf des Demokratiedefizits und des

⁴²⁴ *Voggenhuber, Ja zu Europa, Nein zur EG, S.5; Apa 18.5.1994.*

⁴²⁵ *Grüne Bildungswerkstatt: EU – so nicht, S. 12.*

⁴²⁶ *Die Presse, 28.12.2011, S. 4.*

⁴²⁷ *Interview Voggenhuber, S. 21.*

Zentralismus („Superstaat EU“) einen Widerspruch in sich, der „die Grenzen intellektueller Redlichkeit“ sprengt. Die Unterentwicklung der bundesstaatlichen Demokratie, die im Kern in der Legislativfunktion des Rates bestehe, sei eine Konsequenz des Umstandes, dass die Union eben kein fertiger Bundesstaat ist. Wer das kritisiere, könne sich seriöser Weise nicht gleichzeitig über wachsenden Zentralismus beklagen, der ja logische Folge einer Verlagerung der Souveränität der Mitgliedstaaten zu bundesstaatlichen EU-Organen sei: „Wird die EU demokratischer, dann bestätigt sie den Zentralismusvorwurf; will sie aber diesem entgehen, dann trifft sie die Verurteilung wegen mangelnder Demokratie.“ Pelinka erinnert den Diskurs an die Fabel vom Hasen, den die Igel zu Tode hetzen: „Die Union kann es ihren Kritikern ganz einfach nicht recht machen. Und damit erfüllt die Union bestmöglich die Aufgabe, als Sündenbock (...) herzuhalten.“⁴²⁸

10.5.2. Fallbeispiel 2: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Ebenfalls ausschließlich negativ bewerteten die Grünen das EU-Projekt der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, das einen konkreten Schritt einer europäischen Einigung mit zwangsläufigem Verlust nationaler Souveränität darstellen würde. Im Vertrag von Maastricht habe die EU beschlossen, über die Westeuropäische Union einen „neuen gewaltigen Militärpakt“ aufzubauen, der zum europäischen Pfeiler der Nato werden solle, schrieb Voggenhuber. Das offiziell proklamierte Ziel der Errichtung eines „kollektiven Sicherheitssystems“ qualifizierte er als Propaganda ab: Das wirkliche Ziel der Militärallianz sei „Zugang zu den Rohstoffen und Freihaltung der weltweiten Handelswege“, überdies wolle die EU „Weltpolizistin“ spielen. Als Alternative propagierten die Grünen ein Festhalten an der Neutralität, die Österreich die Möglichkeit einer Vermittlerrolle biete.⁴²⁹

Heute qualifiziert Voggenhuber eine gemeinsame Verteidigungspolitik als geradezu logische Konsequenz des Integrationsprozesses: „Wenn man die europäische Einigung ernst nimmt, kann niemand behaupten, dass damit keine Solidarität bei der Verteidigung dieses Kontinents verbunden ist.“ Diesbezüglich hätten sich in der grünen Haltung die „Horizonte“ verschoben: Zu Recht habe man damals befürchtet, dass die Neutralität scheinbar entsorgt wird – „aber heute würde ich die Dinge

⁴²⁸ Pelinka, Europa. Ein Plädoyer, S. 90; zum Zusammenhang zwischen Supranationalität und Zentralismus vergleiche auch Neisser, S. 82.

⁴²⁹ Voggenhuber, Ja zu Europa, Nein zur EU, S. 7f.

anders darstellen, was ihre künftige Perspektive betrifft.“ Hätten die Grünen vor dem EU-Beitritt die Neutralität „aus friedenspolitischen und pazifistischen Gründen“ hochgehalten und als Teil der Identität begriffen, so sehe er diese heute „nicht mehr als Ewigkeitskonzept. Die Neutralität sollte ein rationales politisches Instrument sein und kein nationaler Mythos, der reaktionäre Inhalte, den Rückzug auf eine irrealer Insel der Seligen verbirgt.“ Einsetzen lasse sich dieses Instrument laut Voggenhuber als „Asskarte“ bei der Gestaltung der europäischen Sicherheitspolitik. Weil diese einer Einstimmigkeit der Mitgliedsstaaten bedarf, biete die Neutralität eine „ungeheure Machtstellung“, für eine Aufgabe derselben Bedingungen stellen zu können: Eine demokratische Außenpolitik, Emanzipation von der Nato, strenge Bindung einer Beistandsverpflichtung an die UNO. Diese Ziele habe er damals wie heute verfochten, betont Voggenhuber, weshalb er an der vor dem EU-Beitritt formulierten Kritik am „Militärpakt“ solange festhalte, als es keine autonome EU-Sicherheitspolitik ohne Nato-Dominanz gebe.⁴³⁰

Wieweit die Neutralität nach dem EU-Beitritt und den weiterführenden Integrationsschritten noch besteht, ist politisch und rechtlich umstritten und kann hier nicht ausführlich diskutiert werden; die Grünen teilen heute die von der Regierung vertretene Interpretation, dass eine auf ihren Kern reduzierte Neutralität – keine Teilnahme an Kriegen, Zugehörigkeit zu Militärbündnissen und Stationierung fremder Truppen auf österreichischem Territorium – weiterhin existiere.⁴³¹ Die Präsenz Österreichs und anderer neutraler oder bündnisfreier Staaten in der EU wird somit zur Hürde für eine sich aus Kostengründen anbietende Bindung der GASP an die Nato und damit an die Interessen der USA.⁴³² Nimmt man hingegen die grüne Diktion von 1994 wörtlich, dann dürfte diese „Asskarte“, auf die sich Voggenhuber nun beruft, allerdings längst nicht mehr in der Hand der Republik sein. Schließlich behaupteten die Grünen nach dem Abschluss der Beitrittsverhandlungen: „Die Neutralität wurde aufgegeben.“⁴³³

⁴³⁰ Interview *Voggenhuber*, S. 21f.

⁴³¹ *Gehler*, S. 251f; Interview *Pilz*, S. 12f.

⁴³² *Pelinka*, Europa. Ein Plädoyer, S. 39.

⁴³³ *Apa* 10.4.1994.

10.5.3. Fallbeispiel 3: Die irreparablen Schäden des Beitritts

Als Ausdruck einer antieuropäischen Haltung will Voggenhuber auch nicht damals ausgesprochene Warnungen wie jene vor den „irreparablen Schäden“ im Falle eines EU-Beitritts verstanden wissen. Angesichts dieses Zitates komme er geradezu in Verlegenheit, als Prophet dazustehen, denn dass der Euro ohne echte Abstimmung der Wirtschaftspolitik eingeführt wurde, habe tatsächlich zu irreparablen Schäden geführt und seiner „zentralen Kritik an der Dysbalance von politischer und wirtschaftlicher Integration“ Recht gegeben: „Es ging mir stets um die Waffengleichheit für die politische Union im Verhältnis zum Binnenmarkt.“⁴³⁴ Den Euro hatte Voggenhuber im Juni 1994 allerdings nicht als Beispiel für seine pessimistische Erwartung genannt, sondern „massive Marktanteilsverluste“ für die Landwirtschaft und „Einschränkung der Handlungsspielräume“ in der Sozialpolitik.⁴³⁵

⁴³⁴ Interview *Voggenhuber*, S. 22.

⁴³⁵ *Apa* 7.6.1994.

11. Dynamik und Antrieb der grünen Debatte

11.1. „Glaubenskrieg“ zweier Symbolfiguren

Im Zentrum der grünen Kontroverse standen die Antipoden Voggenhuber und Langthaler. Erstmals hatte die Umweltsprecherin, soweit aus den Archiven hervorgeht, ihren Widerspruch zur offiziellen Linie im Februar 1993 öffentlich deponiert und postwendend Kritik geerntet.⁴³⁶ In der Folge entwickelte sich eine Diskussion, der die Interviewten durchaus inhaltlichen Tiefgang bescheinigen, die aber nicht nur vonseiten der Medien auch als streckenweise untergriffig und sogar brutal wahrgenommen wurde. So ist Pilz ein „tiefer Streit“ in Erinnerung, der „oft wirklich unnötig hart“ ausgefochten worden sei. Er selbst habe dabei als seine wichtigste Aufgabe gesehen, als Bundessprecher sicher zu stellen, dass Langthaler und auch Chorherr ihre Meinung äußern konnten, ohne parteiinterne Nachteile fürchten zu müssen – denn einige hätten schon „Verrat“ und „anderen Quatsch“ gerufen. Dabei sei es darum gegangen, dass die Grünen nicht als fundamentaler EU-Gegner dastünden und es in der Partei nach einem EU-Beitritt noch „ein Morgen“ gebe, an dem die Kontrahenten miteinander existieren konnten. Pilz glaubt, diese Mission im Großen und Ganzen erfüllt zu haben, was zeitweise allerdings „wirklich schwierig“ gewesen sei – „und zwar nicht wegen Monika und Christoph“. Voggenhuber sei „total“ auf Langthaler „losgegangen“, erinnert sich Pilz: „Er ist wie ein Tsunami über die Monika hereingebrochen. Ich hab’ versuchen müssen, da geschwind einen Damm aufzubauen.“ Langthaler habe zwar auch ausgeteilt, sei aber nie ausfällig geworden: „Ich würde schon sagen, dass das von der Lautstärke und der Vehemenz her eine einseitige Sache war.“⁴³⁷

Schennach erinnert sich an Anklagen Voggenhubers, die in ihrer Dramatik an den für seine Wortgewalt berühmten Prediger Abraham a Sancta Clara gemahnt hätten: „Wie kannst du es wagen....“ Hätte man sich die damaligen Sitzungen als Unbeteiligter „fußfrei“ anschauen können, wäre das „Zucker“ gewesen, sagt Schennach: „Ich aber bin damals mit Krämpfen durch die Landschaft gegangen, weil ich Vertrauter in beiden Lagern war und die Arbeit von beiden sehr gefördert habe.“⁴³⁸

⁴³⁶ Vergleiche Kapitel 6.

⁴³⁷ Interview *Pilz*, S. 2, 9f, 15f.

⁴³⁸ Interview *Schennach*, S. 16.

Langthaler selbst fühlte sich in einen „Glaubenskrieg“ verstrickt, der nach folgendem Prinzip geführt werde: „Bist du ein guter Grüner, bist du gegen die EG.“⁴³⁹ Sie beklagte schon während der Debatte, die „unglaubliche Intoleranz, wie mit anderen Meinungen umgegangen wird“. Die Grünen würden Andersdenkende unter umgekehrten Vorzeichen genauso abstempeln wie die in den Augen der Beitrittsgegner gleichgeschalteten Medien: „Grünintern sind diejenigen, die für einen Beitritt sind, die Naiven, Dummen, Uninformierten.“⁴⁴⁰ Wiewohl Langthaler dabei keinen konkreten Namen nannte, ist es kein Geheimnis, dass mit der Kritik nicht zuletzt Voggenhuber gemeint war. Dies lässt sich etwa aus in den Medien getätigten Aussagen nach der Debatte ableiten: Langthaler bezeichnete Voggenhuber als „Grün-Sektierer“, „Fanatiker“ und „Fundamentalist“⁴⁴¹ ebenso wie als „in Worten gewalttätigsten Menschen gegenüber innerparteilichen Gegnern (...) Voggenhuber ist der gelebte Fundamentalismus, die gelebte Intoleranz“.⁴⁴² Als „absolut sexistisch“ habe sie empfunden, wie Voggenhuber zu ihren Zeiten Politikerinnen wie sie selbst angegriffen habe, ergänzte sie Jahre später: „Er ist einer, der Menschen immer verletzt, beleidigt, denunziert - besonders arg, wenn es gegen Frauen geht.“⁴⁴³ Auch Voggenhuber sieht die unfairen Handlungen naturgemäß auf der Gegenseite. „Fuchtig“ habe ihn die „sehr populistische Vorgangsweise“ Langthalers gemacht, die sich im gesamten Meinungsbildungsprozess, aus dem die Beschlüsse mit großer Mehrheit gegen den Beitritt resultierten, nie eingebracht habe, aber während der anlaufenden Kampagne als zentrale Sprecherin unter medialem Getöse plötzlich abgesprungen sei: „Monika Langthaler hat vor ihren öffentlichen Auftritten nie mit Änderungsanträgen oder im Bundeskongress oder bei Programmdebatten irgendeine Kritik geäußert (...) Dass es keine Artikulation des Widerstandes, geschweige denn einen anderen Politikentwurf gab, fand ich politisch schwer erträglich.“⁴⁴⁴ Langthaler hat diese Darstellung stets bestritten: Sie habe bereits an der Diskussion um das EWR-Volksbegehren 1992 teilgenommen, sei aber wegen ihrer ungeliebten Position damals zu keinen einschlägigen Sitzungen mehr

⁴³⁹ *Impuls Grün*, März 1993, S. 19.

⁴⁴⁰ *Impuls Grün*, April 1994, S. 5.

⁴⁴¹ *Profil*, 23.12.1995, S. 22.

⁴⁴² *Apa*, 23.10.1997.

⁴⁴³ *Standard*, 3.2.2009, S. 8.

⁴⁴⁴ Interview *Voggenhuber*, S. 10.

eingeladen worden. Bei hochhoffiziellen Treffen wie Bundeskongressen oder Bundestagungen habe sie sich sehr wohl zu Wort gemeldet.⁴⁴⁵

Voggenhuber fühlte sich von seinen innerparteilichen Gegner medial unter Druck gesetzt. Die „Dissidenten“ hätten für die „Dämonisierung“ der Beitrittsgegner gesorgt, glaubt er; Schmäh Titel wie „Ayatollah“ seien keine Erfindung der Medien, sondern kämen allesamt „aus den eigenen Reihen“. Während er dies aber als „fundamentalistischer Grundrechtsanwalt“ noch für legitim halte („das fällt bei mir unter: Wer die Hitze nicht verträgt, soll nicht in die Küche gehen“), registrierte Voggenhuber auch eine als untergriffig empfundene „Tendenz, persönlich zu werden, wo die politischen Argumente versagen – und zwar in einem Ausmaß, das den anderen wehrlos macht“. So habe man ihm „mit Schwurhand“ öffentlich Sätze unterstellt, die niemals gefallen seien: Er habe Langthaler beispielsweise nie, wie medial kolportiert wurde, als „ökologische Null“ bezeichnet. Den Vorwurf der Frauenfeindlichkeit reiht Voggenhuber ebenfalls in die Kategorie „unlautere Kampfmittel“ ein, gegen die sich ein Mann nicht wehren könne.⁴⁴⁶

11.2. Frauenputsch, Hierarchien, Naturgewalt: Persönliche Konfliktlinien

Aus den geführten Interviews mit den anderen Beteiligten kristallisieren sich verschiedene Erklärungen für die Dynamik der Debatte heraus. Sämtliche Befragte weisen in diesem Zusammenhang auf die besondere Charakteristik des damaligen Europasprechers hin. Pilz beschreibt seinen erklärten Freund als „Naturgewalt“: Voggenhuber habe stets scharf angegriffen, „wenn er davon überzeugt war“ – ob Freundschaft oder Feindschaft, Mann oder Frau sei für ihn nebensächlich.⁴⁴⁷ „Wenn Voggenhuber wie eine Kampfmaschine losgelegt hat, ist kein Auge trocken geblieben“, sagt Wabl, wobei er diesen zwar als „scharfzüngig und hart“, aber nie als „untergriffig“ empfunden habe.⁴⁴⁸ Auch Chorherr verweist auf Voggenhubers „politische Grundstruktur“: „Beim Voggenhuber gibt’s nur On und Off, es gibt kein Grau, sondern entweder totale Zustimmung oder totalen Verrat.“⁴⁴⁹

Schennach hebt ebenfalls Voggenhubers Rolle als „Kampfhirsch der Grünen“ hervor, sieht darüber hinaus aber auch unterschwellige Konfliktlinien. Eine „tiefe Kränkung“

⁴⁴⁵ *Impuls Grün*, März 1993, S. 19.

⁴⁴⁶ Interview *Voggenhuber*, S. 14f.

⁴⁴⁷ Interview *Pilz*, S. 10f.

⁴⁴⁸ Interview *Wabl*, S. 15.

⁴⁴⁹ Interview *Chorherr*, S. 7.

habe bei Voggenhuber etwa jener „Frauenputsch“ hinterlassen, der ihn bei einer Klubklausur im Jänner 1992 den Posten des Klubobmannes im Parlament gekostet und Madeleine Petrovic zur Nachfolgerin gemacht hatte; laut Schennach war Langthaler nicht Speerspitze, aber zumindest Beteiligte gewesen. Dazu habe sich die Hierarchiefrage gesellt: Der Veteran Voggenhuber, als einstiger Salzburger Stadtrat erster und – in eigenen Augen – erfolgreichster grüner Regierungspolitiker, habe sich vom jungen Medienliebling Langthaler, der das Publikum nicht nur Hirn, sondern auch Herz abgekauft habe, herausgefordert gefühlt. Ebenso wie Pilz und Wabl verteidigt Schennach Voggenhuber gegen den Vorwurf, frauenfeindlich zu agieren – aber eine Frau könne „sein mächtiges Auftreten als Diskutant“ durchaus so begreifen.⁴⁵⁰

11.3. Schreiduelle, Beleidigungen, Verrätersuche: Grüne Streit(un)kultur

Eine weitere Begründung für die Eskalation liegt in einer grünen Tradition. Pilz spricht von einer tief verwurzelten „Streithanselkultur“, die wohl mit basisdemokratischen Vorstellungen – „jeder rechnet mit jedem ab“ – zu tun habe. In linken Uni-Gruppen sei es das „normalste der Welt“ gewesen, sich gegenseitig Verräter zu nennen, und auch an den Diskussionsstil in der Alternativen Liste Wien erinnert sich Pilz „mit Grausen“. Der Umgang in der neu geschaffenen grünen Partei sei zwar bereits „ein großer kultureller Fortschritt“ gewesen, „aber aus heutiger Sicht war das immer noch unerträglich. (...) Wir haben schon Respekt, Menschlichkeit und Friedlichkeit gepredigt, aber intern war davon nicht so viel zu spüren.“ Wenn ihn heute jemand mit eigenen Auftritten bei Streitereien konfrontiere, greife er sich an den Kopf: „Wir haben ja alle einen Vogel gehabt, waren völlig unmöglich.“⁴⁵¹

An gegenseitigen Grobheiten und Untergriffen habe es nicht gemangelt, berichten auch Schandl und Schattauer aus den grünen Pioniertagen: Die Sitzungen der grünen und alternativen Gruppen seien von Überemotionalisierung und einer Bauchlastigkeit geprägt gewesen, die auch als Reaktion auf Kopflastigkeit der Neuen Linken der Siebzigerjahre zu verstehen sei. Schreiduelle, Beleidigungen, Zusammenbrüche und Verdächtigungen hätten zum Alltag gezählt, weshalb als Gegenmodell zu inszenierten Parteikongressen im ersten grünalternativen Jahrzehnt bloß „das permanente Chaos“ herausgekommen sei: „Nicht verstanden wurde, dass

⁴⁵⁰ Interview *Schennach*, S. 15f.

⁴⁵¹ Interview *Pilz*, S. 15f.

eine gepflegte Sitzungskultur sowohl Momente des Auslebens als auch der Zurückhaltung kennen muss.“ Abgesehen von der Anziehungskraft der jungen Bewegung auf Obskuranten und Querulanten, die ihre Spleens ungezügelt auslebten, erkennen Schandl und Schattauer die Ursache für dieses Phänomen im Umstand, dass in den alternativen Listen für viele Aktivisten erstmals die autoritäre Sozialisation – „sei es nun in Familie oder Schule, Kirche oder K-Gruppe“ – durchbrochen worden sei: „Der antiautoritäre Reflex war so gewaltig, dass er in ungezügelter Disziplinlosigkeit ausartete. Niemand ließ sich mehr etwas gefallen, bis schlussendlich niemandem mehr etwas gefiel.“⁴⁵²

Viele talentierte, engagierte Leute hätten es bei den Grünen deshalb nicht ausgehalten, sagt Pilz; auch den späteren Parteichef Alexander van der Bellen habe bei einer seiner ersten Sitzungen angesichts des – in diesem Fall von Voggenhuber – angeschlagenen Tons „fast der Schlag getroffen“, worauf er gedroht habe, aufzustehen und zu gehen. Langthaler, die nicht im grünen Milieu sozialisiert wurde, sondern erst 1988 als Quereinsteigerin zur Partei stieß, müsse diesen Stil ebenfalls als abstoßend empfunden haben, sagt Pilz. Eine „halbwegs erträgliche politische Kultur“ habe sich bei den Grünen erst in den letzten 15 Jahren entwickelt.⁴⁵³

Auch Voggenhuber sieht punkto Diskussionsstil einen Wandel: „Was damals eine normale Debatte war, würde heute bereits einen Exzess darstellen.“⁴⁵⁴ Einen Eindruck von der Grundstimmung innerhalb der Grünen jener Zeit gibt etwa ein internes Protokoll aus dem Frühsommer 1993. Die Funktionäre selbst kamen nicht an kriegerisch gefärbten Metaphern vorbei, um die Funktion des eigenen Bundesvorstandes zu beschreiben: Demnach sei dieser „Ort der permanenten Waffenstillstandsverhandlungen“, ein „Befriedungsinstrument“ sowie „Boxring“ interner Auseinandersetzungen.⁴⁵⁵

11.4. Die Medien als Anheizer und Arena

Einen beeinflussenden Faktor stellte auch die Berichterstattung der Medien dar, deren Mehrheit für den EU Beitritt eintrat und sich somit in den Augen Voggenhubers

⁴⁵² Schandl, Schattauer, S. 95ff.

⁴⁵³ Interview Pilz, S. 16.

⁴⁵⁴ Interview Voggenhuber, S. 15.

⁴⁵⁵ Bericht von der Arbeitsgruppe B am 12.6.1993 bei der grünen Bundestagung in Wien Neuwaldegg, 12./13.6.1993. In: Archiv der Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte, OR Grüne-1, Mappe 117, Grüne Alternative, Protokolle Bundestagung.

reflexartig dem Elitenkonsens über die „Staatsnotwendigkeit“ des EU-Beitritts angeschlossen hatte. Seiner Meinung nach spielten die Journalisten insofern eine anheizende Rolle, als sie „mehr als in Österreich ohnehin schon üblich“ Partei ergriffen und die grüne Kontroverse zu einem emotional aufgeladenen Kampf stilisiert hätten, in dem – wie in einer Zehentmayr-Karikatur im „Kurier“ bildlich dargestellt – ein düsterer Inquisitor über eine schöne unschuldige Jungfrau hergefallen sei. Alle Register seien gezogen worden, um Kritik zu stigmatisieren, erinnert sich Voggenhuber: „Sie konnten kein kritisches Wort sagen, ohne dass Attribute wie ‚zornig‘ oder ‚tobend‘ angefügt wurden.“ Wer gegen den EU-Beitritt argumentierte, sei prompt in die Nähe Haiders gerückt worden. Letzterem habe dies genützt – den Grünen hingegen geschadet und „innere Belastungen“ beschert.⁴⁵⁶

Klagen über die „im Sinne der Regierung gleichgeschalteten Medien“ (Schennach) waren in der grünen Kampagne Allgemeingut, das Beitrittsbefürworter mit den Gegnern teilten.⁴⁵⁷ Laut demoskopischer Daten war die Angst vor der in Schlagzeilen und Kommentaren entfesselten Meinungsmacht wohl begründet: Das Abstimmungsverhalten von Zeitungslesern richtete sich deutlich nach der redaktionellen Linie ihres jeweiligen Leibblattes.⁴⁵⁸ Wie bereits oben angesprochen, spiegelte sich in der Berichterstattung der EU-freundlichen Zeitungen dabei mitunter eine starke Identifikation mit der Mission des Beitritts wider. Scharsach hat exemplarisch Schlagzeilen und Kommentare zum Thema Transitvertrag dokumentiert: Der „Kurier“ etwa hatte weitgehend die (fälschliche) Behauptung der Regierung übernommen, dass der Transitvertrag „unantastbar“ sei, und Einsprüche als „Provokation“ und Schwächung „unserer EG-Position“ dargestellt.⁴⁵⁹

Die besondere Fixierung der Grünen auf die mediale Resonanz erklärt sich überdies aus einem historischen Naheverhältnis. Grüne Exponenten räumen illusionslos eine besondere Bindung ihrer Partei an die Medien ein. „Die Grünen sind mehr als jede andere Partei abhängig von den Medien“, sagt beispielsweise Wabl: „Medien sind für sie nicht nur ein kritisches Element, das man in seine Gedankenwelt integriert, sondern sie hängen richtig dran.“ Oder, in den Worten von Chorherr: „Wir sind groß geworden als eine von Medien gemachte Partei und von den Medien unterstützte Partei“. Der Wiener Kommunalpolitiker spielt damit auf den Umstand an, dass zu den

⁴⁵⁶ Interview *Voggenhuber*, S. 10f.

⁴⁵⁷ Interview *Schennach*, S. 17; vergleiche auch Kapitel 6.

⁴⁵⁸ *Plasser, Ulram: Meinungstrends*, S. 116.

⁴⁵⁹ *Scharsach*, S. 234.

für die Ökologiebewegung Bahn brechenden Erfolgen vom Wiener Sternwartepark bis Hainburg medialer Rückenwind entscheidend beigetragen hatte. Tragfähige Alternativen, politische Inhalte zu transportieren, hatte auch die in Folge entstandene Grünpartei nicht: Weder verfügte sie über eine etablierte eigene Parteizeitung, die über Kernschichten hinausstrahlte, noch über finanzielle und personelle Ressourcen, groß angelegte Werbekampagnen zu fahren; seit den grünen Frühzeiten haben derartige Mittel freilich auch für die traditionellen Großparteien gegenüber den Massenmedien an Bedeutung als Informationsträger verloren.⁴⁶⁰

Als bezeichnend für diese von ihm kritisch betrachtete Medienaffinität nennt Wabl die 1997 erfolgte Wahl von Alexander Van der Bellen zum Parteichef. Bei einer Umfrage habe sich herausgestellt, dass die Funktionäre Van der Bellen punkto Programmatik eigentlich weit weg von ihren eigenen Positionen eingeschätzt hatten; doch dass dieser „von den Medien massiv hoch geschrieben worden“ sei, habe die Grünen „schwer beeindruckt“.⁴⁶¹

Da diese Fixierung ein traditioneller Quell von Eifersüchteleien zwischen mehr und weniger medientauglichen Grünpolitikern war und ist, verwundert es nicht, dass die Grünen auch in der EU-Debatte nicht nur *in* den Medien, sondern auch *um* die Medien stritten. Voggenhuber argwöhnte, dass sich grüne EU-Befürworter aus Begierde nach Publicity von den Medien bereitwillig instrumentalisieren ließen („es lockt die Versuchung, dass jeder, der für die EU ist, sämtliche Mikrofone des Landes Tag und Nacht zur Verfügung hat“), stieß dabei aber auch abseits seiner Hauptkontrahentin auf Widerspruch.⁴⁶² Die Parteizeitung „Impuls Grün“ empfahl im Editorial, von einer „Mitleidsmasche“ und „Verschwörungstheorien, (...) dass wir umzingelt seien von einer undemokratischen Gesinnungsallianz aus Medien, Parteien und Institutionen“, Abstand zu nehmen und warnte davor, Langthaler an den Pranger zu stellen: Dies würde „die Grünen viel Sympathien kosten: ein monolithischer Meinungsblock (...) passt nicht zum Selbstverständnis.“⁴⁶³ Langthaler selbst beteuerte wiederholt, in Sachen EU nie offensiv Medienpolitik betrieben zu haben.⁴⁶⁴

Nach Wabls Beobachtung hingegen sind die Medien sehr wohl angespitzt worden, und zwar von Kommunikationschef Schennach. Er erzählt von einem „inszenierten

⁴⁶⁰ Interview Wabl, S. 19; Schandl, Schattauer, S. 432ff.

⁴⁶¹ Interview Wabl, S.19.

⁴⁶² *Impuls Grün* 4/94, S. 5.

⁴⁶³ *Impuls Grün*, 4/94, S. 4.

⁴⁶⁴ *Impuls Grün*, 3/93, S. 19.

Auftritt“ nach einer grünen Tagung, wo Schennach den „mit gespitztem Bleistift“ warteten Journalisten den Tipp geben habe, „ruft’s die Langthaler an“. Diese sei dann zur großen Heldin geworden, weil sie sich innerhalb der Grünen aufgelehnt habe – obwohl sie, wie Wabl anmerkt, die landesweite Mehrheit vertrat.

Wabl hält Schennach „für einen der besten Verkäufer der Nation“, dessen damaliges Vorgehen aber für „unredlich“. Dieser habe Langthalers politisches Gewicht massiv erhöht, indem er ihre Meinung intensiver verkauft habe als jene der Mehrheit, was die „Kampfstärke“ der Grünen entsprechend geschwächt habe: „Ich glaube nicht, dass Langthaler, die immer den liberalen Part gespielt hat, so groß raus gekommen wäre, wenn er das nicht getan hätte.“⁴⁶⁵

Welche Tagung Wabl als Stätte von Langthalers „inszeniertem“ Auftritt meint, ließ sich nicht zweifelsfrei klären. Er selbst nennt eine Klubklausur im Hotel Panhans, wie sie im Jänner 1992 stattfand; die ersten öffentlichen Wortmeldungen Langthalers gegen ein Nein zum EU-Beitritt wurden jedoch bei der Bundestagung im Februar 1993 in Wien registriert.⁴⁶⁶ Schennach selbst nennt keinen konkreten Ort, bestätigt den Sachverhalt aber im Wesentlichen und bejaht, Langthalers ersten Auftritt als Beitrittsbefürworterin eingefädelt zu haben. Mit Illoyalität habe dies aber nichts zu tun, argumentiert Schennach. Vielmehr habe er als Kommunikationschef „über den Dingen stehen“ und erkennen müssen, dass gerade im städtischen Bereich ein großer Teil der Grünsympathisanten – Schennach rechnet mit etwa der Hälfte – für den EU-Beitritt eingetreten seien; in seinem Heimatbezirk Döbling sei das „Parteivolk“ sogar zu 90 Prozent pro EU gepolt gewesen. Dieser „intellektuellen, urbanen“ Schicht habe er Identifikation bieten wollen, um sie für künftige Wahlen nicht zu verlieren, sagt Schennach, weshalb er Medien Interviews mit Langthaler, Chorherr und Van der Bellen angeboten habe: „Eine fünf Prozent-Partei kann sich noch als monolithischer Block präsentieren. Aber je größer, umso weniger trägt jeder alles mit.“ Eigentlich hätten die Grünen diese „janusköpfige“ Strategie erfinden müssen, glaubt der damalige Kommunikationschef, doch tatsächlich habe sich diese „zufällig“ ergeben. Dabei habe er „sehr im Verborgenen“ arbeiten müssen, „denn offen hätte das meine Entlassung bedeutet. Aber im Rückblick werden die handelnden Personen zugeben müssen, dass ich Recht gehabt habe.“⁴⁶⁷

⁴⁶⁵ Interview *Wabl*, S. 16f.

⁴⁶⁶ *Apa*, 6.2.1993.

⁴⁶⁷ Interview *Schennach*, S. 13ff.

Wabl tut dies nur bedingt. Er habe zwar selbst für positiv gehalten, dass auch Ja-Stimmen artikuliert würden, um nicht jene Grünsympathisanten zu verschrecken, die für den Beitritt sind. Allerdings hätte sich diese Meinung „eleganter“, nämlich nicht ausschließlich über die Medien einbringen lassen können, in dem man gesagt hätte: „Monika, mach endlich die Papp'n auf in der Klubsitzung und vertritt deine Meinung ordentlich.“ Voggenhubers Ärger habe sich ja gerade am Umstand entzündet, dass Langthaler ihre Position in den Parteigremien nicht verfochten habe; dass er sich dabei so „exalziert“ habe, sei politisch aber natürlich unklug gewesen.⁴⁶⁸

11.5. Autosuggestion und Gruppendruck: Die Kluft zur eigenen Wählerschaft

Wie Schennach argumentiert auch Chorherr seinen Einsatz für ein Ja mit Rücksicht auf jene Wähler der Grünen, die sich vom Nein zum Beitritt nicht vertreten fühlten.⁴⁶⁹ Ohne damals erhobene Daten bei der Hand zu haben, überschätzen beide Politiker im Rückblick zwar das Ausmaß der Befürworter, wenn sie unter Hinweis auf ihre vergleichsweise gebildete Anhängerschaft sogar eine grüne Mehrheit für den Beitritt vermuten, eine gewisse Diskrepanz zwischen Partei- und Wählermeinung belegen demoskopische Untersuchungen aber allemal. Demnach lag der Anteil der Beitrittsbefürworter im Kreis der Grünsympathisanten bei etwa einem Drittel, mitunter auch höher. Laut einer Gallup-Umfrage vom Jahresende 1993 etwa war das Nein zum Beitritt für 34 Prozent der Grün-Sympathisanten analog zu den Befürchtungen Schennachs „ein Grund, die Grünen eher nicht zu wählen“.⁴⁷⁰ Für den Beitritt gestimmt haben laut einer Exit Poll-Befragung des Instituts Fessel+GfK letztlich 38 Prozent der grünen „Präferenten“.⁴⁷¹

Wie erklärt sich diese Diskrepanz? Für Pilz ist es weder etwas Ungewöhnliches noch Beunruhigendes, dass die Grüne Parteimeinung zu jener ihrer Wähler verschoben ist, und nennt als Beispiel das Ausländerthema: „Wir trösten uns immer damit, dass wir unserer Zeit voraus seien – manchmal kann es natürlich auch das Gegenteil bedeuten, nämlich dass wir hinten nach sind.“ Parteien, die einer Achse mit ihren Wählern seien, würden sich hauptsächlich an Umfragen und

⁴⁶⁸ Interview *Wabl*, S. 17.

⁴⁶⁹ Interview *Chorherr*, S. 2.

⁴⁷⁰ *Profil* 3/94 vom 17.1.1994, S. 26; Vergleiche Kapitel 6.

⁴⁷¹ *Plasser, Ulram: Meinungstrends*, S. 97ff; wie Schennach und Chorherr vermuten, votierten in erster Linie tatsächlich besser gebildete, höher qualifizierte, mobilere und urbane Wählergruppen für den Beitritt, dabei allerdings eher ältere Generationen. Bei Wählern unter 30 Jahren lagen die Pro-Stimmen unter dem Durchschnitt, was sich wohl im „grünen“ Ergebnis niedergeschlagen hat.

Stimmungsschwankungen orientieren, sagt er: Zur Gestaltungsrolle gehöre dazu, auch einmal die eigenen Leute von einer Minderheitenmeinung zu überzeugen.⁴⁷²

Auch Chorherr hält die Kluft zwischen Partei- und Wählermeinung für nicht außergewöhnlich, bietet aber eine weniger schmeichelhafte Erklärung an. Er sieht darin eine Konsequenz des von ihm beobachteten Phänomens der „Autosuggestion“, im Zuge dessen Parteien die eigenen Zweifel unterdrückten, indem ständig althergebrachte Positionen von Neuem einzementiert würden: „Irgendwann hat man dann die Tür zugemacht, ohne den eigenen Standpunkt zu hinterfragen. Abweichende Meinungen sind dann nicht mehr erwünscht und werden als Superverrat ausgelegt. Da entsteht eine Gruppendynamik, von der es kein Zurück mehr gibt.“ So sei es zu erklären, dass in einer sonst nicht für disziplinierte Geschlossenheit bekannten Partei in der EU-Frage nur eine Handvoll Repräsentanten wagte, öffentlich gegen den Strom zu schwimmen.⁴⁷³

Sein öffentlicher Einspruch gegen die grüne Mehrheit habe folglich einen „Preis“ gehabt, sagt Chorherr und spricht von einem „heftig“ erlebten Druck durch die grundsätzlich auf das EU-Nein eingeschworene Parteibasis. Man dürfe bei „Watschen“ nicht empfindlich sein, wenn man sich gegen eine „wirkliche fundamentale Parteilinie“ stelle, sagt Chorherr, und er habe ja auch sein Mandat behalten und bei Kongressen Rederecht eingeräumt bekommen – „trotzdem merkst du, dass du als Verräter giltst.“ Chorherr findet, dass die Partei die Linie hätte lockern sollen, indem sie kritische Argumente bringe, aber keine Empfehlung vorgebe. Dies hätte sich auch „positiv“ begründen lassen: „Eine grüne Wählerschaft lässt sich eben nichts aufs Aug' drücken.“

Dass ihm die damalige Haltung innerhalb der Partei geschadet hat, könne man an seinen schlechten Ergebnissen bei Wahlen auf Parteitagen ablesen – was laut Chorherr auf das Innenleben der Partei, in dem Mandatäre nur begrenzt frei seien, schließen lässt: Wenn man als Spitzenrepräsentant den Parteifunktionären das Gefühl gebe, im Zweifelsfall die eigene Meinung statt die Vorgaben der Parteigremien zu vertreten, „dann bist du bei den Grünen auf der falschen Seite“.

Chorherr sieht darin kein Alleinstellungsmerkmal der Grünen („der SPÖ Wien etwa ist dieses Prinzip in Fleisch und Blut übergegangen“), attestiert aber, dass diese Unkultur mit dem Hineinwachsen in konventionelle Parteistrukturen zugenommen habe. „Parteien ziehen als Funktionäre einen typischen Menschenschlag an:

⁴⁷² Interview *Pilz*, S. 14.

⁴⁷³ Interview *Chorherr*, S. 6.

Heerscharen von braven, grauen Mäusen in Gestalt des Mittelklassefunktionärs“, urteilt Chorherr, während sich viele selbstständig denkende Grünsympathisanten zwar an Projekten beteiligten, aber nicht die unbedankten Parteifunktionen in den unteren Hierarchien antäten, „wo man stundenlang über kotzblöde Sachen diskutieren muss“. Dadurch habe sich, gerade in Wien, auch abseits der EU-Frage eine „riesige Kluft“ zwischen Funktionären und Wählerklientel aufgetan. Als symptomatisch erwähnt Chorherr die ebenfalls im Jahr 1994 erfolgte Nominierung Van der Bellens für ein Nationalratsmandat. Dieser habe seine Bewerbungsrede mit den Worten „ich muss mich heut entschuldigen, aber ich bin halt für die EU, was soll ich tun?“ eröffnet und damit gleich „ein dickes Minus“ (Chorherr) eingefangen. Reüssiert habe er letztlich nur aus dem „glücklichen Zufall“, dass seine damalige Rivalin um das letzte Kampfmandat mit vielen eine Rechnung offen gehabt habe, sagt Chorherr: „Sonst wäre Van der Bellen nie ins Parlament gekommen und die Geschichte der Grünen wohl anders gelaufen.“⁴⁷⁴

Auch Wabl führt die Diskrepanz zwischen Wähler- und Parteimeinung auf gruppendynamische Prozesse zurück: Bei den grünen Kongressen habe sich auch deshalb eine „so satte Mehrheit gegen den EU-Beitritt herauskristallisiert, weil Funktionäre in Zukunft weiterkommen wollten und deshalb ungern der vermeintlichen Mehrheit widersprechen. Das ist immer ein Problem bei solchen Entscheidungen.“ Wabl hält Gruppendruck für ein charakteristisches Phänomen politischer Organisationen, wobei die Sanktionen umso deutlicher ausfielen, je bedrängter sich die Partei fühle. In der Regel würden Abweichler von der Parteispitze ordentlich „massiert“, worauf diese bei der entscheidenden Abstimmung „letztlich doch nur aufs Klo“ gehen statt dagegen zu stimmen, weil sie bei der nächsten Kandidatenwahl um die Stimmen der Delegierten fürchten müssten. Ob sich ein Mandatar in der EU-Frage gegen die Mehrheitsmeinung gestellt habe, sei demnach auch von der persönlichen Machtposition im Herkunftsbundesland abhängig gewesen: „Ich habe in der Steiermark kein Problem gehabt und keine Bocksprünge machen müssen.“ Obwohl auf Seite der Beitrittsgegner, habe aber auch er im Laufe der EU-Debatte Druck zu spüren bekommen, berichtet Wabl. Auslöser sei ein Interview im „Kurier“ gewesen, in dem er die Feststellung gewagt habe, dass die Grünen mit ihrer EU-Kritik nun wider Willen im Gleichschritt mit Haider seien und die Positionen nicht so verhärten sollten – schließlich müsse man politisch-taktisch vorsichtiger agieren,

⁴⁷⁴ Interview *Chorherr*, S. 8ff.

wenn man plötzlich in einer Reihe mit „Ausländerfeinden“ und anderen Kräften stehe, „die mit einer weltoffenen, österreichischen Kultur nichts am Stecken haben“. Daraufhin habe ihn die Parteispitze, weil er nicht mehr als zu hundert Prozent verlässlich gegolten habe, mit einem „Bannfluch“ belegt und von den zentralen Auftritten der EU-Debatte ausgeschlossen. Er habe nur mehr lokale Debatten in Kleinstädten und Dörfern führen dürfen, für die große Diskussionsrunde im ORF zu seinem Leibthema Landwirtschaft sei hingegen extra der Landtagsabgeordnete Kaspanaze Simma aus Vorarlberg geholt worden. Namentlich will Wabl die oder den Urheber nicht nennen; er spricht von einer Entscheidung innerhalb des „strategischen Zentrums“ im Parlamentsklub. Als umso absurder empfand Wabl, dass sich die Episode nach der EU-Abstimmung unter umgekehrten Vorzeichen wiederholt habe: „Da wurde ich plötzlich angegriffen, weil ich dem Beitrittsvertrag im Parlament nicht zustimmen wollte. Es gab sogar einen Antrag, dass ich aus der Partei austreten solle“, erzählt Wabl und sieht dahinter eine Beispiel für die „Verselbständigung von bösem Gruppendruck.“⁴⁷⁵

⁴⁷⁵ Interview *Wabl*, S. 12f.

12. Volksabstimmung und „Wende“

12.1. Vom Nein zum Ja: Motive und Deutung der „Wende“

Auch am Abend der Abstimmung am 12. Juni 1994 war das grüne Lager geteilt. Die Beitrittsbefürworter Langthaler und Schennach besuchten (auch) die Feier im von der Regierung aufgestellten Festzelt am Wiener Ballhausplatz; letzterer erinnert sich, zu seinem Leidwesen den berühmt gewordenen Auftritt verpasst zu haben, als ÖVP-Chef und Vizekanzler Erhard Busek im Chor mit Kanzler Franz Vranitzky von der SPÖ die Internationale sang. Mit einem Nein habe er ohnehin nicht gerechnet gehabt; dies geben entgegen der am Vorabend der Abstimmung von grüner Seite ausgegebenen Durchhalteparolen auch Pilz und Chorgherr zu Protokoll.⁴⁷⁶

Voggenhuber erinnert sich an „sehr gemischte“ Gefühle am Abstimmungsabend. An ein Nein habe angesichts des „Konsenses der Unabwendbarkeit“ auch er vor dem Plebiszit nicht mehr geglaubt, sehr wohl aber an ein knapperes Ergebnis; die gut 33 Prozent an Gegenstimmen würdigte er dennoch als Erfolg der Grünen, die gegen eine Übermacht angerannt seien. „Tiefen Eindruck“ habe aber die Kampagne Haiders hinterlassen, die gezeigt habe, „dass die Dämonen dieses Landes mobilisierbar sind, dass sich die Flaschen, aus denen die bösen Geister kommen, öffnen lassen.“ Ihm sei deutlich geworden, dass durch ein Nein zum EU-Beitritt „das Wasser auch auf die falschen Mühlen gelenkt werden kann“. Diese Erkenntnis habe seine Entschlossenheit gestärkt, eine Entscheidung zu treffen, die Medien und Parteikollegen damals vielfach als Wende aufgefasst haben⁴⁷⁷ und auch im historischen Rückblick noch als „Positionswechsel um 180 Grad“ interpretiert wurde.⁴⁷⁸

Die Erinnerungen an die konkreten Ereignisse fallen zum Teil widersprüchlich aus. Die detaillierteste Beschreibung bietet der damalige Kommunikationschef Schennach an. Im kleinen Kreis habe das „Parteiestablishment“ in der Parteizentrale über die Konsequenzen aus dem Volksentscheid beraten; mit Sicherheit dabei gewesen seien außer ihm und Voggenhuber noch Pilz, Petrovic und Floss. „Zum Entsetzen des Establishments, das damals eher auf Eiertanz gesetzt hat“, habe Voggenhuber

⁴⁷⁶ Interview *Schennach*, S. 18; Interview *Pilz*, S. 2; Interview *Chorgherr*, S. 12.

⁴⁷⁷ Interview *Voggenhuber*, S. 16; vergleiche auch Kapitel 6.

⁴⁷⁸ Franz *Schandl*: Die vierte Kraft. Zur Herausbildung der Grünen. In: Stefan *Eminger*, Ernst *Langthaler* (Hrsg.): Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Band 1, Politik. Wien, Köln, Weimar 2008. S. 612.

argumentiert, dass die Grünen die Entscheidung des Souveräns für den Beitritt zu akzeptieren und sich im Parlament anzuschließen hätten, erzählt Schennach: „Es gab breite Ablehnung, wie ich mich erinnern kann: ‚Wir haben doch die ganze Partei auf Nein geschworen, da kannst du nicht sagen, morgen ist es Ja!‘ Voggenhuber hat erwidert: ‚Oh ja, denn die Bürger und Bürgerinnen haben entschieden.‘“ Es seien „harte Stunden“ gefolgt, in denen Voggenhuber zu „argumentativer, animatorischer und motivatorischer Hochleistung“ aufgelaufen sei. Schließlich sei die Diskussion ohne Ergebnis abgebrochen worden. Voggenhuber habe ihm daraufhin den Auftrag gegeben, die geplante Pressekonferenz für den nächsten Morgen zu organisieren. Die Vorbereitung sei dann zu zweit erfolgt.⁴⁷⁹

Weniger genau fallen die Erinnerungen des damaligen Bundessprechers Pilz, der laut Schennach vorerst „entsetzt“ reagiert habe, aus. Er könne nur mit Sicherheit sagen, mit Voggenhuber am Vorabend über die Entscheidung des nächsten Tages gesprochen zu haben: „Aber er hätte es sonst auch gemacht. Wenn der Johannes meint, er muss uns etwas mitteilen, dann tut er das auch.“⁴⁸⁰

„Sie hätten mich nur köpfen können, um mich von meinem Vorhaben abzubringen“, pflichtet Voggenhuber bei – was realpolitisch darauf hinausgelaufen wäre, ihm im Bundesvorstand das Misstrauen auszusprechen. Er selbst spricht von einer „nächtlichen Entscheidung“, die ihn bei der Pressekonferenz am Morgen des 13. Juni zur Ankündigung bewogen habe, aus Respekt für die Mehrheitsentscheidung bei der Volksabstimmung der Ratifizierung des Beitrittsvertrages im Parlament zuzustimmen. Entgegen der weit verbreiteten Interpretation wehre er sich aber „mit Händen und Füßen“ gegen den Begriff der Wende, weil die Anerkennung einer „Entscheidung des Souveräns“ in einer Demokratie keine Wende für einen Demokraten sei, solange es sich um keine Gewissensentscheidung wie etwa ein Ja oder Nein zur Todesstrafe handle. Eine direktdemokratisch gesinnte Partei wie die Grünen dürfe das plebiszitäre Prinzip nicht nur bei eigenen Volksbegehren hochhalten, direkte Demokratie sei nun einmal kein Garant für Fortschritt und Wahrheit, argumentiert Voggenhuber. Für ihn sei dieser „Demokratieakt“ eine Selbstverständlichkeit gewesen: „Genauso, wie wir nach der Abstimmung über Zwentendorf von den Atomgegnern verlangt haben, das Atomsperrgesetz zu unterschreiben, genauso legitim war es, jetzt von uns zu verlangen, das Ergebnis als Auftrag zu nehmen und dem EU-Vertrag zuzustimmen.“

⁴⁷⁹ Interview *Schennach*, S. 18.

⁴⁸⁰ Interview *Pilz*, S. 17.

Voggenhuber sieht mit dieser Haltung auch „Integrität und Glaubwürdigkeit“ der grünen Argumentation gewahrt. Mit der Akzeptanz des Volksentscheides habe er klargestellt, dass es aus grüner Sicht eben nicht um die Glaubensfrage Ja oder Nein zur europäischen Integration gegangen sei, sondern um die „strategische Entscheidung“, ob die Veränderung der EU von Außen oder Innen versucht werden soll. Da der Souverän für Letzteres votierte, habe er eben dieser Aufgabe die folgenden 15 Jahre als Abgeordneter des Europäischen Parlaments gewidmet: „Es gab nie eine Wende, weil die Grundvision, die Union zu verändern (...) meine ganze politische Arbeit nahtlos ausgemacht hat.“⁴⁸¹

Dass diese Argumentation innerhalb der Partei auf Widerspruch und Unverständnis gestoßen ist, wurde bereits angemerkt.⁴⁸² Beitrittsgegner Wabl zählt zu jenen, denen Voggenhubers Entscheidung nicht oder zumindest nicht zur Gänze einleuchtete. Das Argument, dass das „Volk“ entschieden habe, habe er „merkwürdig und nicht ganz nachvollziehbar gefunden“, als dieses ja kein monolithischer Block sei, sondern zu einem Drittel gegen den Beitritt gestimmt habe. Wenn man schon langfristig strategische Überlegungen anstellen wolle, dann wäre ein Nein zur Ratifizierung „ein guter Schritt“ gewesen, um dieses Drittel nicht allein „den Blaubraunen“ zu überlassen. Doch eine Diskussion darüber sei nicht möglich gewesen: „Voggenhuber hat eine einsame oder zweiseame Entscheidung getroffen, und die anderen sind mitgegangen, aus mehr oder weniger guten oder schlechten Gründen.“ Mit dem Wort „zweisam“ spielt Wabl auf seinen ursprünglichen Verdacht an, dass es Schennach gewesen sei, der den „Knüller“ erfunden habe, um aus der Ecke des Verlierers raus zu kommen; die Aussagen der anderen Beteiligten bestätigen diese Vermutung nicht.

Wabls Eindruck nach hatte die Grüne Führung fest an das Nein geglaubt und deshalb auch keine strategischen Überlegungen für den Fall einer Ja-Entscheidung angestellt, was ihm angesichts der schon damals weit vorangeschrittenen „Professionalisierung“ geradezu „absurd“ erscheine. Voggenhuber habe dann mit seinem „Schwenk“ einen für Parteien typischen Mechanismus ausgenützt: „Wenn einer, der ein wichtiges Wort in der Frage hat, vortprescht, nötigt er mehr oder weniger die anderen zum Nachziehen (...), weil du sonst in einem schweren Konflikt deine Gruppe köpfen müsstest.“ Als Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit führt Wabl die Wehrpflichtdebatte in der SPÖ an: Als der politisch gewichtige Wiener

⁴⁸¹ Interview *Voggenhuber*, S. 16f, 20.

⁴⁸² Vergleiche Kapitel 6.

Bürgermeister Michael Häupl plötzlich für die Abschaffung der Wehrpflicht plädiert hatte, sind ihm die Sozialdemokraten trotz ihrer historisch begründeten Vorbehalte gegen ein Berufsheer gefolgt.

Im Fall des Beitrittsvertrages tat Wabl dies nicht und stimmte im Nationalrat gegen den Beitrittsvertrag: Er sei ja nicht der Bundeskanzler, sondern ein Abgeordneter, „der weiterhin das kritische Element vertritt und damit die gleiche Meinung wie vor der Abstimmung“. Voggenhuber habe mit seinem Nein kein Problem gehabt, erzählt Wabl, sehr wohl aber andere Grüne in der oberen Ebene: Es habe Stimmen gegeben, die ihm den Listenplatz für die nächsten Wahlen streitig machen wollten, er sei bei der Besetzung von Positionen benachteiligt und an öffentlichen Auftritten mit Regierungspolitikern gehindert worden. Urheber nennt Wabl auch hier keine.⁴⁸³

Pilz hingegen bewertet Voggenhubers Argumentation ebenso wie die Ratifizierung selbst für schlüssig und letztlich „alternativlos“: „Wir hätten sowieso ratifiziert, da hätten wir nicht den Johannes dafür gebraucht.“ Wie Voggenhuber argumentiert auch er, dass die Grünen ja nicht prinzipiell gegen den EU-Beitritt eingetreten seien, sondern nur den Zeitpunkt und die gegebenen Bedingungen für falsch gehalten hätten; wenn dann der Souverän den Beitritt beschließe, könne man sich nicht der Ratifizierung verweigern: „Das war keine politische Wende, sondern Ausdruck eines Grundsatzes.“ Seiner Erinnerung war es folglich „relativ einfach, diese Ratifizierung mit einer großen grünen Mehrheit durchzusetzen“.⁴⁸⁴

Schennach bezeichnet die Pressekonferenz am Morgen nach der Abstimmung gar als „Glanzstück“ Voggenhubers. Dieser sei ein „durch und durch dem Souverän verpflichteter Mensch im Sinne eine radikaldemokratischen Verfassung“: „Und wenn der Souverän sagt, es ist Nacht, obwohl es Tag ist, dann hat der Souverän entschieden.“ Insofern sei es schlüssig gewesen, dass Voggenhuber auch den bei der Volksabstimmung erteilten „Auftrag des Handelns“ angenommen habe: „Jeder, der da von einem Wendehals spricht, kennt den Voggenhuber nicht.“⁴⁸⁵

Zugunsten der These von der „Wende“ fällt hingegen die Interpretation Chorherrs aus. Er habe das „Manöver“, von dem er mit Verwunderung über die rasche Reaktion aus den Medien erfahren habe, dahingehend gedeutet, „dass sich die von ihm in seinem Kopf unterdrückten Argumente für die EU am Ende doch durchgesetzt haben.“ Nach Chorherrs Einschätzung habe Voggenhuber schon länger gespürt,

⁴⁸³ Interview *Wabl*, S. 19.

⁴⁸⁴ Interview *Pilz*, S. 2, 18.

⁴⁸⁵ Interview *Schennach*, S. 18f.

dass seine Position nicht mehr haltbar sei, aber keinen Ausweg gefunden und die eigenen Zweifel deshalb mit politischer Rhetorik nieder geredet - nach der Abstimmung habe er dann den richtigen Moment „instinktsicher genutzt und diese 180-Grad-Wende vollzogen.“ Die Argumentation mit dem Souverän sei aus seiner Sicht nicht selbstverständlich, sagt Chorherr und stellt die Frage, wie die Grünen gehandelt hätten, wenn eine ähnliche Abstimmung pro Atomkraft ausgeht: „Auch das kann man zur Kenntnis nehmen, muss deswegen aber nicht dafür sein.“⁴⁸⁶

Voggenhuber räumt ein, dass ihm diese „Grenzfrage“ ein paar schlaflose Nächte kosten würde. Er könne nicht beantworten, ob er mit seiner Stimme „die Verantwortung für eine so gefährliche Entwicklung“ tragen könne. Zugestimmt hätte er – um ein anderes Beispiel zu nennen – aber der von den Grünen scharf kritisierten Anschaffung der Eurofighter, wenn sich das Volk dafür ausgesprochen hätte: Diese sei zwar eine Geldverschwendung und realpolitische Fehlentscheidung, aber keine Gewissensfrage und deshalb „kein Grund sich über die Meinung des Souveräns hinwegzusetzen“.⁴⁸⁷

12.2. Die Folgen der grünen Zustimmung zum Beitritt

Ob die Grünen den Volksentscheid per Ratifizierung anerkennen sollten oder nicht, war keine „akademische“ Frage ohne realpolitische Konsequenzen. Folgt man der Einschätzung der Interviewten, dann hat der damals gefasste Beschluss die zukünftige Haltung und Entwicklung der Grünen maßgeblich beeinflusst. Trotz seiner Zweifel an den offiziell genannten Motiven, hält Chorherr die von Voggenhuber „selbstbewusst“ getroffene Entscheidung für letztlich „genial und völlig richtig“. Diese sei die einzige Möglichkeit gewesen, zu verhindern, dass sich die Partei „in mühsame Abstimmungen und zerfleischende Streitereien“ darüber verwickle, ob sie das Ja zur Kenntnis nehmen solle. „So aber war diese Frage begraben“, sagt Chorherr: „Voggenhubers Lösung war politisch elegant. Ein Ende mit Schrecken sozusagen: Was scheren mich meine Worte von gestern! Die Alternative wäre aus meiner Sicht auch Mist gewesen: Sollten wir ‚pfui‘ schreien, ‚wir wollen wieder raus!‘“⁴⁸⁸

⁴⁸⁶ Interview *Chorherr*, S. 12.

⁴⁸⁷ Interview *Voggenhuber*, S. 17.

⁴⁸⁸ Interview *Chorherr*, S. 12.

Auch Voggenhuber weist in der ihm eigenen, nicht durch mangelndes Selbstbewusstsein charakterisierten Art darauf hin, dass sein Akt von mancher Seite als „genialer Schachzug“ gesehen worden sei, weil damit gelungen sei, „die Partei aus einer sofort einsetzenden Dynamik der Bedeutungslosigkeit, Marginalisierung und Ausgrenzung herauszuholen, bevor diese noch beginnen konnte“. Analog zu Chorherr glaubt Voggenhuber, dass die Grünen andernfalls in „politische Paralyse“, Lagerkämpfe und Personaldebatten verfallen wären, wobei die Konkurrenzparteien versucht hätten, aus der Niederlage bei der Volksabstimmung „ein finales historisches Versagen zu konstruieren“. Er habe die Situation quasi umgedreht, sagt Voggenhuber: „Der politische Gegner, der die Serviette umgebunden hatte, um die Grünen zu verspeisen, war so vollkommen baff, er hat länger gebraucht als wir.“

Erspart blieben der Partei neuerliche Kontroversen dennoch nicht. Bei vielen Beteiligten der Anti-Beitritts-Kampagne sei seine Erklärung erst einmal auf Empörung und Entrüstung gestoßen, erzählt Voggenhuber: „Die Bude hat gezittert bis in die Grundfesten!“⁴⁸⁹ Auch Schennach erinnert sich an „enorme“ Proteste aus den Reihen der Partei in Form von Anrufen, Briefen, E-Mails, an eine Serie von Sitzungen, in denen die neue Linie durchgefochten werden musste, und an eine Reihe von Austritten; dabei habe sich vor allem um „ökonomisch“ angehauchte Leute gehandelt, die am Rand der Grünen gestanden waren.

In einer lebhaften Form habe die Debatte maximal ein dreiviertel Jahr gedauert, unterschwellig etwa zwei, drei Jahre, sagt Schennach. Gleichzeitig aber hätten bereits Anstrengungen – etwa Bewusstsein bildende Programme der Bildungswerkstatt – eingesetzt, um die Grünen auf die Pro-Europa-Linie zu bringen. Dass dies langfristig gesehen „beispielhaft“ gelungen sei, lasse sich am Ergebnis einer Umfrage 15 Jahre nach dem Volksentscheid ablesen, die den Grünen die europafreundlichste Wählerschaft aller Parteien attestiert.⁴⁹⁰ Solange er dies bis zu seinem Übertritt in die SPÖ im September 2010 überblicken haben könne, bestehe im Gegensatz zur Phase vor dem EU-Beitritt nun auch keine Diskrepanz mehr zu den mittlerweile ebenso EU-freundlichen Funktionären, sagt Schennach.⁴⁹¹ Die Grünen positionieren sich in ihrer offiziellen Linie denn auch dezidiert als „Pro-Europa-Partei“: Sowohl der im Jahr 2009 abgelöste Europasprecher Johannes Voggenhuber, als auch seine Nachfolgerin Ulrike Lunacek dräng(t)en auf

⁴⁸⁹ Interview *Voggenhuber*, S. 22f.

⁴⁹⁰ *Apa*, 9.5.2009.

⁴⁹¹ Interview *Schennach*, 21f.

weitgehende Integrationsschritte.⁴⁹² Das Wahlprogramm der Grünen zur letzten Wahl des Europäischen Parlaments im Jahr 2009 wies unter allen bislang dort vertretenen österreichischen Parteien die meisten Pro-EU-Haltungen auf.⁴⁹³

Ein Teil dieser „historischen Leistung“, so Schennach, falle Voggenhuber zu, da dieser nach der Volksabstimmung entschlossen den „Paradigmenwechsel von einem kritischen Nein zu einem kritischen Ja“ vollzogen und von diesem Tag an daran gearbeitet habe, die Partei auf eine positive Haltung innerhalb der EU einzuschwören. Zum anderen sei dies aber auch ein Verdienst jener, die schon vor dem EU-Beitritt öffentlich dafür geworben haben und damit schon damals europafreundliche Wähler bei der Stange hielten, sagt Schennach.⁴⁹⁴ Ähnlich Plasser und Ulram, die in der „relevanten Minderheit“ von einem guten Drittel, die der Nein-Empfehlung „ihrer“ Partei nicht gefolgt war, ebenso wie in der Anerkennung des Beitrittsvotums Faktoren sehen, die zur Revision der grünen Linie geführt haben.⁴⁹⁵

Es wäre nicht Voggenhuber, würde er den grünen „Weg zu einer pragmatischen, klaren, konstruktiv-kritischen Pro-Europäischen Haltung“ nicht ebenfalls als politischen Verdienst für sich reklamieren.⁴⁹⁶ Letztlich seien es aber die Wähler gewesen, die dieser Gesinnung in der Partei zum Durchbruch geholfen hätten. Bis ins Jahr 1996 sei noch vieles in der Waagschale gelegen, sein dann erfolgter Gang ins Europaparlament habe der von ihm propagierten Haltung einen „Schub an Glaubwürdigkeit“ verliehen. In den folgenden Jahren habe sich gezeigt, dass ein einzelner Grüner auf der europäischen Ebene nicht verschwinden müsse. Bei den Europawahlen 1999 legte die Partei um 2,5 Prozentpunkte auf 9,3 Prozent zu und errang damit ein zweites Mandat, fünf Jahre später gelang mit 12,9 Prozent das bislang beste Ergebnis der Grünen bei einer bundesweiten Wahl. „Dass die Frage der Haltung zu Europa zur eigenen Überraschung vieler Grüner von ihren Wählern beantwortet wurde“, sagt Voggenhuber, habe Widerhall bis an die Basis der Partei gefunden: „Der Erfolg verändert eine Partei auch.“⁴⁹⁷

Das für grüne Verhältnisse sehr gute Abschneiden bei Europawahlen, habe den Kritikern des Kurses Wasser abgegraben, ergänzt Wabl: Man müsse aber auch

⁴⁹² Vergl.: *Apa*, 6.12.2004; *Format*, 5.7.2012, S. 12; *Die Presse*, 25.9.2012, S. 6.

⁴⁹³ Anton *Pelinka*, Christian *Seiser*: Europa – ade? Zum Wandel der Einstellungen österreichischer Eliten zur Europäischen Union und mögliche Implikationen für staatliche Akteure. Wien 2010, S. 23f.

⁴⁹⁴ Interview *Schennach*, S. 22.

⁴⁹⁵ *Plasser, Ulram*: Meinungstrends, S. 99.

⁴⁹⁶ Interview *Voggenhuber*, S. 8.

⁴⁹⁷ Interview *Voggenhuber*, S. 24ff.

zugestehen, dass Voggenhuber wieder „die Kurve gekriegt hat und zum kritischen Element innerhalb der EU wurde. (...) Das hat auch viele wieder versöhnt.“⁴⁹⁸

Auch Chorherr betont die vonseiten der Wählerschaft entfaltete Dynamik: „Um eine einst so EU-feindliche Partei dahin zu bringen, musste man einen großen Teil der Wähler hinter sich haben.“ In diesem Zusammenhang reklamiere er eine „Großtat“ aus seinem kurzen Intermezzo als Bundessprecher der Grünen vom Frühjahr 1996 bis Ende Dezember 1997 für sich: Damals habe er dafür gesorgt, dass sich die Grünen nicht gegen den Euro stellten, indem er mit einer öffentlichen Erklärung Tatsachen schaffte. „Jede Abstimmung in der Partei wäre damals dagegen ausgegangen“, sagt Chorherr: „Das hat mir fürchterliche Fotzen eingebracht – übrigens auch vom Voggenhuber.“⁴⁹⁹ Öffentlich hatte sich Chorherr gegen die Idee gewandt, eine Volksabstimmung über die Einführung der Einheitswährung abzuhalten, und in der Folge Kritik von Voggenhuber geerntet.⁵⁰⁰

⁴⁹⁸ Interview *Wabl*, S. 21.

⁴⁹⁹ Interview *Chorherr*, S. 13.

⁵⁰⁰ *Apa*, 18.,19.8.1997.

13. Prophezeiungen, Irrtümer, Erkenntnisse: Persönliche Resümees

Johannes Voggenhuber zählt auch laut Selbsteinschätzung nicht zu jenen (in der Politik seltenen) Menschen, die sich Selbstzweifel anmerken lassen; das heiße aber nicht, dass er seine Positionen nicht hinterfrage. Insofern müsste er „dement und schwachsinnig“ sein, sagt Voggenhuber, wenn er nicht wüsste, dass er mit seinen damaligen Standpunkten nicht auch Irrtümern unterlegen sei.

Als „grobe Fehleinschätzung“ qualifiziert Voggenhuber etwa die damalige Ansicht, dass kleine Staaten in der EU keinen Einfluss ausüben könnten: Diese stimme höchstens nur teilweise im intergouvernementalen Bereich, aber überhaupt nicht im gemeinschaftlichen Bereich. Sämtliche Verträge von Amsterdam bis Lissabon sähen keine Möglichkeit der „Großen“ vor, die „Kleinen“ zu bestimmen, die politische Kultur der Union laufe auf das Gegenteil hinaus: „Wenn ein kleines Land etwas vorbringt, gibt es Aufmerksamkeit, wenn ein großes Land etwas vorbringt, gibt es zuerst einmal eine Aversion als Reflex. Die geradezu hypersensible Beachtung der Interessen kleiner Staaten ermöglicht einen überproportionalen Einfluss.“ Er habe völlig unerwartet erfahren, dass kleine Staaten – „wenn sie sich europäisch und nicht national engagieren“ – Ungeheures bewegen könnten, sagt Voggenhuber und nennt ein Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit: Alfred Gusenbauer hätte, wäre er nicht an SPÖ-internen Intrigen gescheitert, als ehemaliger Kanzler eines kleinen Nicht-Nato-Landes hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik werden können.

Als weiteren Irrtum nennt Voggenhuber die Behauptung, dass die europäische Harmonisierung in allen Bereichen generell Dumping bedeute. Als Beispiel nennt er das Umweltrecht, wo sich das Bild „völlig gewandelt“ habe: Habe in den Neunzigerjahren die Angst um die österreichischen Standards grassiert, so bekomme er nun Anfragen per E-Mail, wie man hierzulande die modernen Umweltrichtlinien und Umweltschutzprüfungen der EU durchsetzen könne. „Die Harmonisierung auf Gemeinschaftsebene hat sich nicht durchwegs a priori als Spirale nach unten herausgestellt“, urteilt Voggenhuber.

Eine dritte Fehleinschätzung sei die angeprangerte Ohnmacht des Europäischen Parlaments gewesen. Die formal korrekte Kritik an den „konstitutiven Handicaps“ habe übersehen, dass die dort geübte reale Praxis dem Ideal eines Parlaments „um vieles, vieles“ näher komme als jene der nationalen Parlamente. Statt des auf nationaler Ebene üblichen Fraktionszwangs, der in der von ihm in Österreich

„hundertmal“ gehörten Parole „Ja, Herr Kollege, Sie haben Recht, aber wir haben die Mehrheit“ gipfle, herrsche im Europaparlament eine Kultur, in der man mit Reden und Argumenten Meinungsumschwünge herbeiführen könne. Voggenhuber, der im EU-„Verfassungskonvent“ maßgeblich am Entwurf des Verfassungsvertrages der EU mitgearbeitet und als Ko-Berichterstatter des Parlaments für die Grundrechtecharta fungiert hat, sieht sich selbst als Beispiel dafür, dass auch ein Repräsentant einer Minderheitenfraktion eines kleinen Landes beträchtlichen Einfluss entfalten könne. „Das ist Parlamentarismus“, so seine Erfahrung, „wie wir ihn nicht mehr für möglich gehalten haben“.

In Summe sei die Realität eine viel differenziertere, als von den Grünen damals dargestellt, resümiert Voggenhuber: „Gut und Böse mischen sich ganz anders, als man gedacht hat.“ Im Kern aber, glaubt der einstige Europasprecher, sei die damalige Kritik „über weite Strecken berechtigt“ gewesen. Probleme wie die Vernachlässigung der sozialen und demokratischen Dimension der EU, der Aufbruch zu einer reinen Wirtschaftsmacht, der Neoliberalismus seien „aktueller denn je“, sagt Voggenhuber und sieht darin die Kontinuität seiner Arbeit: Er sei deshalb vom ersten Tag an für eine Verfassung und die Grundrechtecharta eingetreten, weil er „einlösen“ wollte, was der Hauptgrund für seine Kritik am EU-Beitritt gewesen sei. Seine Haltung sei dabei „nicht weniger visionär geblieben, als damals das Nein“.⁵⁰¹

Den Wandel der Grünen zu einer pro-europäischen Partei reklamiert er nicht zuletzt auch als Erfolg dieser Arbeit. Sein Urteil, dass sich diese Haltung zu allerletzt in der Führungsebene verfangen habe, muss allerdings vor dem Hintergrund seiner konfliktträchtigen Ablöse als europapolitische Frontfigur der Grünen zum Jahresbeginn 2009 gesehen werden. Die in typisch grüner Manier auch medienöffentlich ausgetragene Auseinandersetzung kann an dieser Stelle nicht in ihrer Vielschichtigkeit behandelt werden; während Parteichefin Eva Glawischnig den endgültigen Bruch aber letztlich mit einer „nachhaltig gestörten Vertrauensbasis“ begründete, sah Voggenhuber auch eine europapolitische Differenz als Ursache: Seiner Meinung habe die Parteispitze mit seiner Nachfolgerin versucht, die pro-europäische Haltung zu relativieren, indem sie mit Kritikern wie Attac zu kokettieren versuchte. Lunacek freilich dementierte jede Kursänderung.⁵⁰²

Das Zerwürfnis von 2009 erinnert Voggenhuber an die seinerzeitige Auseinandersetzung mit Langthaler: Beide Konflikte seien auf eine persönliche

⁵⁰¹ Interview *Voggenhuber*, S. 4, 18ff.

⁵⁰² Interview *Voggenhuber*, S. 25f; *Standard*, 31.1.2009, S. 7; *Standard*, 20.1.2009, S. 13.

Ebene gezogen worden, in dem sein Charakter thematisiert worden sei, um politische Argumente auszuschlagen.⁵⁰³ Und noch eine weitere, wohl ebenfalls vom schmerzvollen Eindruck seiner Ablöse gefärbte Analogie zieht Voggenhuber: In der Partei habe sich jener „pragmatische Politikansatz“ durchgesetzt, den seinerzeit Langthaler transportiert habe. Diese „Annäherung an eine konventionelle, normale Partei“ sieht er als Ursache für ein Dilemma. Die traditionellen, großen Parteien seien endgültig in die Krise geschlittert, doch die Grünen schafften es nicht, das politische Vakuum auszufüllen und zu profitieren: „Dafür fehlen ihnen Visionen, Radikalität, theoretischer Überbau – der Programmprozess ist völlig zum Erliegen gekommen. Es fehlt die Anbindung an die Zivilgesellschaft; die Rekrutierung funktioniert nur mehr über die Ochsentour durch den Parteiapparat.“ Diese Entwicklung habe unter Parteichef Van der Bellen ihren Höhepunkt erreicht, nur habe dieser die Defizite lange Kraft seiner „besonderen Persönlichkeit“ kaschiert.⁵⁰⁴

Die Eliten, in diesem Fall jene des gesamten Landes, kommen auch in Voggenhubers Bilanz der Folgen des EU-Beitritts schlecht weg. Der Beitritt habe die Chancen Österreichs um ein Vielfaches erhöht – von den wirtschaftlichen Verflechtungen bis zu den politischen Möglichkeiten, auf europäischer Ebene mit zu entscheiden. Nur habe sich die Realität Österreichs deshalb nicht verändert, „weil die Eliten nicht beigetreten sind, weil der Konsens der bloßen Unabwendbarkeit eine heftige allergische Reaktion hervorgebracht hat – des Rückzugs in die Provinz, der Radikalisierung von rechter Politik, der Übertragung der Feindbilder des Fremden auf Europa“. Europa werde damit mehr denn je als Sonderdeponie für die politischen Probleme und ungelösten Konflikte missbraucht, zumal die Vision der von den Rechten angetriebenen politischen Eliten ihr Genügen darin finde, „periphere, aber aufmüpfige Provinz zu sein“.

Anders als andere kleine Länder wie Luxemburg, Belgien und Niederlande verabsäume es Österreich, auf EU-Ebene eine Pionierrolle zu spielen, weshalb die Erwartungen der EU an Österreich tiefer enttäuscht worden seien, als die Erwartungen Österreichs an die EU, weil Österreich für ein europäisch orientiertes Land gehalten worden sei. Dieses Missverständnis sei auch durch kulturelle Prägungen begründet, die sich im unterschiedlich akzentuierten Geschichtsbild wider spiegelten, konstatiert Voggenhuber: Wenn etwa Niederländer oder Spanier der österreichischen Geschichte redeten, dann von jener des Habsburgerreiches vor

⁵⁰³ Interview *Voggenhuber*, S. 14.

⁵⁰⁴ Interview *Voggenhuber*, S. 10.

1806 und nicht vom danach aufgebauten „Ersatzimperium“ für das verlorene Einigungswerk eines römischen Reiches deutscher Nation.

Allerdings glaubt Voggenhuber an einen Wandel aus der Bevölkerung heraus, wo in einer jüngeren, gebildeten Schicht Europa mehr und mehr zur Selbstverständlichkeit werde. Ob aber die Eliten nicht das Volk abbildeten? Voggenhuber verneint. Dazu fehlten genaue Repräsentationsmechanismen; in Österreich bestimmten die Eliten, wer auf politischen Wahllisten nachrückt. „Nein, ein Volk hat nicht die Regierung, die es verdient“, sagt Voggenhuber: „Manchmal kommt es ganz unverdient zu einer katastrophalen Regierung – bei uns in Österreich schon mehrfach!“⁵⁰⁵

Peter Pilz hatte nicht allein aus eigenem Antrieb gegen den EU-Beitritt plädiert: Er war nach Eigenaussage wesentlich weniger vom Nein überzeugt als Voggenhuber, folgte als Bundessprecher aber letztlich der Mehrheitslinie der Partei. Auch er räumt ein, dabei Fehleinschätzungen unterlegen sein: „Würde ich die Entscheidung mit meinem heutigen Wissen treffen, hätte ich empfohlen, mit Ja zu stimmen.“

So habe er erkannt, dass die Grünen innerhalb der EU „wesentlich bessere Mittel“ in die Hand bekommen hätten, die Politik zu beeinflussen. Pilz verweist auf Voggenhubers Rolle bei der Ausarbeitung des europäischen Verfassungsvertrages oder auf die „Gunstlage“, dass die österreichische Regierung für die Zustimmung zu wichtigen europäischen Projekten wie dem europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) grüne Stimmen benötigt, um die vorgeschriebene Verfassungsmehrheit im Nationalrat zu erreichen: „Wenn wir als grüne Partei ab und zu die Möglichkeit haben, in einer gesamteuropäischen Auseinandersetzung die Gewichte zu verschieben, dann ist das mehr, als wir uns 1986 bei unserem Einzug in den Nationalrat vorgestellt und gewünscht haben.“

Pilz glaubt zwar, dass die Grünen mit ihren Insistierungen auf einem demokratischeren, sozialeren und ökologischeren Europa („sind wir froh, dass solche Fragen bei uns gestellt werden“) und der Kritik an der diesbezüglich unambitionierten Regierung recht gehabt hätten, zumal die EU in der aktuellen Krise in jener Sackgasse anstünde, vor der man gewarnt habe. Nur hätten die Grünen keine taugliche Alternative präsentieren können: „Ich glaube, dass wir uns deshalb nicht durchgesetzt haben, und sage mittlerweile, zum Glück.“ Letztlich sei der EU-Beitritt alternativlos, sofern man nicht die „totale Provinzialisierung“ im Sinne einer

⁵⁰⁵ Interview *Voggenhuber*, S. 28ff.

„Verschweigerung“ als Alternative sehe, urteilt Pilz. Insofern habe Langthaler mit dem Einwand Recht behalten, dass sich gerade die Grünen, die stets die globale Verantwortung betont hatten, sich nicht der internationalen Kooperation verweigern und in provinzielles Fahrwasser steuern dürften.

Doch widerspricht die Diagnose, wie vorhergesehen in der Sackgasse gelandet zu sein, nicht der neu gewonnen Erkenntnis, dass sich die EU von Innen verändern lasse? Pilz hält dem entgegen, dass Europa immer ein „Projekt von Rückschlägen“ gewesen sei, die dazu geführt hätten, dass ein neuer Weg gesucht werde – so sei etwa die europäische Verfassung ein „Riesenfortschritt“ gewesen. Auch am Ende der aktuellen Sackgasse, könne sich ein Weg „zu mehr und nicht weniger Europa“ öffnen, in Form einer Annäherung an eine gemeinsame Wirtschafts- und Steuerpolitik. Diese Entwicklungspotenziale hätten die Grünen vor dem Beitritt unterschätzt: „Wir haben nicht gesehen, dass die EU noch an vielen Weggabelungen ankommen wird, an denen es darauf ankommt, wer welche Position vertritt.“ Auch hierbei hätten die Befürworter Langthaler und Chorherr Recht bekommen.

Der EU-Beitritt habe zwangsläufig den Blickwinkel und damit die Grünen selbst verändert, sagt Pilz. Bis dahin habe Europapolitik für sie bedeutet, mit dem Finger auf die EU zu zeigen und zu sagen: „So nicht!“ – ähnlich, wie man vor dem Einzug ins Parlament 1986 mit dem Finger auf die etablierte Politik als ganzes gezeigt habe. Doch die Perspektive von Innen wandle eben auch das Weltbild: „Du wirst Realo, ob du's willst oder nicht, und das ist ein guter Prozess. Das ist für eine Reformpartei etwas sehr wohltuendes.“ Darunter versteht Pilz keine Abkehr von radikalen Ansprüchen; diese seien nötig, weil sich sonst nichts ändere. Aber als Realo schaue er auch, „wo die Hebeln sind, mit denen eine kleine Partei große Steine bewegen kann.“

Er habe sich oft gefragt, ob er als Bundessprecher nicht den Versuch unternommen hätte sollen, die Grünen bereits vor dem Beitritt auf einen Pro-Kurs zu bringen, sei aber auf „ein sehr einfaches Gegenargument“ gestoßen: „Ich hätte das nicht geschafft. Ich hätte in dieser kurzen Zeit diese politische Wende nicht zusammengebracht und wäre auch nicht der richtige dafür gewesen, weil ich von diesem Ja damals nicht wirklich überzeugt war. (...) Rückblickend wäre es aussichtslos gewesen, zu sagen, die Grünen ändern vor der Volksabstimmung ihre Position. Die große Änderung war erst nach der Volksabstimmung möglich.“⁵⁰⁶

⁵⁰⁶ Interview *Pilz*, S. 2ff, 20ff.

Andreas Wabl ist der letzte der damaligen Beitrittsgegner, dem man ein Bekehrungserlebnis unterstellen könnte. Der einstige Landwirtschaftssprecher ist der einzige unter den Interviewten, der auch heute erwägen würde, gegen den EU-Beitritt zu stimmen: „Es ist müßig, darüber zu diskutieren, aber ein Nein wäre auf jeden Fall überlegenswert.“ Wabl sieht die grüne Kritik von damals in zentralen Punkten bestätigt. Das ökologische Problem des Wachstums um des reinen Profits willen, ein „Geburtsfehler“ des Kapitalismus, den die Grünen in der EU verkörpert sahen, sei nach wie vor nicht im Griff – so habe sich, wie befürchtet die Verkehrsproblematik nur noch weiter verschärft. „Grundsätzlich hat sich am System nichts geändert“, urteilt Wabl und glaubt deshalb, dass sich die Erwartung der Befürworter, dass sich innerhalb einer so großen Organisation Chancen zur Veränderung bieten würden, nicht bewahrheitet habe. Als Klimaschutzbeauftragter des damaligen Bundeskanzlers Alfred Gusenbauer habe er exemplarisch aus der Nähe erfahren, welche „Kräfte“ da wirksam würden – so habe er gemerkt, wie „Industriekapitäne“ den Regierungschef unter Druck gesetzt hatten, als es um Limits für den Co2-Ausstoß gegangen war.

Sein Bild der EU ergebe sich aus der subjektiven Bewertung konkreter Verhältnisse, sagt Wabl, weshalb er den damals wie heute an EU-Skeptiker gerichteten Vorwurf der Provinzialität als „Zumutung“ empfinde – eine negative Position sei genauso respektabel wie eine positive. Überdies sei Europa selbst „provinzieller geworden. Die machen die Schotten überall dicht und lassen nur mehr die Wohlhabenden rein. Wenn das offenherzig und international ist, dann will ich nicht mehr Wabl heißen.“

Ob er also Recht behalten hat? Wabl bejaht, billigt der rückwärtsgewandten Frage aber wenig Sinn zu. Eine politische Gruppierung wie die Grünen müsse versuchen, sich auch in einem neuen Umfeld zu bewegen und dort weiter für die eigenen Ziele zu kämpfen: „Nicht Recht behalten, sondern Recht kriegen ist die Devise.“⁵⁰⁷

Unterschätzt habe er damals allerdings die Dynamik, die in einem so großen „Konglomerat“ entstehen könne. Dadurch hätten sich gemeinsame Werte massiert, für die dieser Kontinent „trotz aller Widersprüchlichkeiten und verlorener Glaubwürdigkeit“ stehe, sagt Wabl und nennt als Beispiel Fragen von Minderheiten und Gleichstellung: „Da gibt es durch die EU viele positive Entwicklungen.“

⁵⁰⁷ Interview *Wabl*, 4, 7-11, 21.

Österreich habe der Beitritt insofern verändert, als die Ausreden zwar einfacher würden („die in Brüssel sind schuld“), die Ohnmacht der Parlamente, Abgeordneten und Regierungen aber offensichtlicher werde. Dem Rückzug vieler Bevölkerungsschichten ins „Biedermeier“, stehe ein studentisches Milieu gegenüber, das dank neuer Möglichkeiten internationaler werde.

Die damalige Beitrittsdebatte reflektiert Wabl als „großartige Auseinandersetzung, bei der historische Weichen gestellt wurden – ganz gleich, ob du an diesem Tag gewinnst oder verlierst“. Bis hinein in jedes Dorf habe es Debatten gegeben, in die man seine eigenen Argumente werfen konnte: „Das ist der Fluss, das Meer, in dem ein politischer Mensch schwimmen kann und muss. Das schlimmste ist, wenn du wie eine Sekte mit deinen Ideen herumhängst, ohne politische Auseinandersetzung. Insofern war das eine große Geschichte.“

Die Grünen wären heute dankbar, wenn sie wieder bei einer solchen Auseinandersetzung dabei sein könnten, ergänzt Wabl und konstatiert, dass die Partei heute „neben der Frontlinie“ stehe. Die grünen Positionen seien durchwegs gut und nachvollziehbar, spielten aber keine Rolle, weil sie nicht registriert würden. „Man nimmt keine Kampfhandlungen mehr wahr, die die politische Landschaft Österreichs ausmachen“, sagt Wabl: „Das ist, glaube ich, der schwerste Einbruch.“

Wabl sieht darin nicht zuletzt eine Konsequenz der Ereignisse nach der EU-Abstimmung 1994. Wenn eine Partei, die stets das kritische Element hervor gestrichen habe, zu einer Entscheidung wie den EU-Beitritt Ja sagt, habe das Auswirkungen, analysiert er: Die Folge sei ein Kurs gewesen, der stark von Van der Bellen verkörpert worden sei und die Perspektive des Regierens im Auge gehabt habe. Wiewohl Wabl die Relativierung vorausschickt, nicht mehr vollen Einblick in die Partei zu genießen, hat er auch den Eindruck, dass die Debatten innerhalb der Grünen früher mehr Breite gehabt hätten. Viele kritische Leute seien weg gebrochen. „Die Grünen sind von der Radikalopposition zu sehr in ein Fahrwasser einer, man kann sagen, intellektuellen Diskussion gesteuert, die ja auch ein Alleinstellungsmerkmal des Van der Bellen war“, bilanziert Wabl: Wenn eine Partei nur mehr die richtigen Positionen aufgrund solider Diskussionen vertritt, diese aber in der politischen Auseinandersetzung nicht (...) in den Kampf wirft, verliert sie ihre Rolle. Ich wüsste nicht, wo ich sagen könnte, die Grünen liegen falsch – abgesehen von kleinen Verirrungen. Aber das Grundthema der Grünen, die radikale Systemkritik, ist in der Radikalität und Vehemenz einfach nicht mehr da. (...) Da

sitzen 20 Leute im wichtigsten demokratischen Gremium, doch man hört sie kaum.“⁵⁰⁸

Stefan Schennach, damals Kommunikationschef der Grünen, nun für die SPÖ im Bundesrat, hat zwar die Partei gewechselt, aber nicht die Position zur EU-Mitgliedschaft: Heute wie damals plädiere er für einen europäischen Bundesstaat auf Kosten der Kompetenzen der Nationalstaaten – obwohl dieses Projekt durch die „unüberlegte“ Einführung des Euros vor der Harmonisierung der Budget- und Wirtschaftspolitik in der falschen Reihenfolge in Angriff genommen worden sei. Gerade die auch daraus resultierende Finanzkrise bestärkt Schennach im Glauben an die Notwendigkeit einer tief greifenden Integration in Form eines Bundesstaates. Ein Kernargument gegen den Beitritt hätten die Wortführer der damaligen grünen Gegenstimmen selbst entkräftet. Die Kritik an dem schwachen Europaparlament sei an sich richtig gewesen, aber nicht die Annahme, dass sich das nicht ändern lassen könne: Als Mitglied im verfassungsgebenden Konvent habe Voggenhuber bewiesen, dass es entgegen der eigenen Annahme sehr wohl möglich sei, Impulse zu setzen. Der resultierende Vertrag von Lissabon habe die EU demokratischer gemacht, als sie es beim Beitritt Österreichs war – und belege damit die „Veränderungskraft von Innen“. Von Außen, wie einst von den Grünen propagiert, wären alle diesbezüglichen Anstrengungen „Nüsse“ gewesen: „Wen interessiert, was die Schweizer darüber denken? Niemanden.“

Als berechtigt habe sich die Kritik der grünen Beitrittsgegner an den Bedingungen herausgestellt, welche die Regierung in „irrealen“ Nächten in Brüssel ausverhandelt habe, sagt Schennach. Es sei zwar übertrieben gewesen, den absoluten Verlust österreichischer Errungenschaften an die Wand zu malen, doch tatsächlich hätte die Regierung mehr herausholen müssen: „Da waren Mock und seine Gruppe einfach zu kleingeistig und nur dem Beitrittsgedanken verhaftet.“ Als „geschobene Sache“ habe sich etwa die ausgehandelte Regelung zum Transitvertrag entpuppt, als „faustdicke Lüge“ so manches Versprechen der Pro-EU-Kampagne – so etwa, dass der Schilling die Landeswährung bleiben werde.

Schennach hält dies insofern für verhängnisvoll, als die falschen Versprechen lange in Erinnerung geblieben seien. Er glaubt folglich, dass die Bürger den EU-Beitritt in den Köpfen erst später, mit der Einführung des Euro im Jahr 2002, vollzogen hätten:

⁵⁰⁸ Interview *Wabl*, S. 22ff.

„Bis dahin war die EU Ausland – wie es sich ja auch lange in den Zeitungsredaktionen gehalten hat.“

Die Grünen hätten seit dem Beitritt nicht nur einen „beispielhaften“ Weg zu einer Europapartei im „Herzen und Hirn“ zurückgelegt, sondern auch ihren Fokus erweitert, weil es in der EU nicht nur um klassisch grüne Themen gehe – eine Folge sei die Gründung der grünen Wirtschaft Ende der Neunzigerjahre. Die erweiterte Perspektive gelte auch für das gesamte Land: Schengen habe die Grenzen weggesprengt, junge Menschen nützten die EU-Programme, Österreich sei heute gezwungen, die EU mitzudenken – „es ist für uns nicht mehr egal, wie hoch die Arbeitslosigkeit in Spanien ist“.⁵⁰⁹

Christoph Chorherr, schon 1994 Beitrittsbefürworter, schließt sich jener Meinung an, die heute mit Ausnahme Wabls sämtliche Interviewte vertreten: Die reale Erfahrung habe die Furcht der grünen Beitrittsgegner, innerhalb der EU ohnmächtig unterzugehen, widerlegt. Gerade der damalige „Bannerträger“ Voggenhuber zeige in seiner Wandlung, „dass man in der EU auch sehr gut mit einer kritischen Stimme reden kann, gelegentlich sogar sehr wirksam“.

So manche von den Beitrittsgegnern geäußerte Kritik, etwa an der wirtschaftslastigen Schlagseite der EU, teile er bis heute, sagt Chorherr. Doch da er nicht in einer Sekte, sondern in der politischen Partei aktiv sei, gehe es nicht ums Glauben, sondern darum, welche Wirkung eine Entscheidung entfalte – und die wäre im Fall eines Neins weitaus negativer ausgefallen: Wegen der unabhängig vom EU-Beitritt bestehenden engen wirtschaftlichen Bindung an Deutschland hätte Österreich all das nachvollzogen, was die Union vorgemacht hätte, nur ohne die Chance der Mitsprache und viele wirtschaftliche Vorteile, die sich zweifellos eingestellt hätten, meint Chorherr. Nach politischem „Katzenjammer“ hätte es letztlich noch eine Abstimmung gegeben, bei der Österreich „ein noch willfähiger Kandidat und in der Folge willfähiges EU-Mitglied gewesen wäre“.

Politisch genützt hätte diese Entscheidung der „antiurbanen Rechten“, deren „Nein“ viel schlüssiger gewesen sei als das schwer nachvollziehbare grüne Konstrukt des „Ja zu Europa, Nein zur EU“. Statt die erhoffte Reformstimmung auszulösen, hätte die Ablehnung des Beitritts nur die von Haider geschürten nationalistischen und

⁵⁰⁹ Interview *Schennach*, S. 2, 10ff, 22f.

fremdenfeindlichen Ressentiments befördert, urteilt Chorherr: „Neben dieser Haltung wäre politisch kein Platz geblieben.“

So aber habe Österreichs EU-Beitritt ermöglicht, dass die Grünen wieder auf die Linie einer internationalen Partei zurückgefunden haben, die im Kern immer ihrem „Wesen“ entsprochen habe: „Es ging in unserem Selbstverständnis immer um den Globus, wir haben nicht die nationale Deutung bemüht, dass wir wichtiger sind und die anderen schuld. Schuld war in unseren Augen die eigene Lebensweise.“

Er würde deshalb noch einmal die gleiche Position einnehmen wie damals, resümiert Chorherr. Wenn er einen Fehler sehe, dann den, nicht früh und intensiv genug für das Ja geworben und so den sich in der Gesellschaft nach einem anfänglich breiten Nein abzeichnenden Meinungsumschwung ausgenützt zu haben, um rechtzeitig die grüne Linie zu beeinflussen: „Zwei Monate vor der Abstimmung wäre es dann vielleicht nicht gerade Harakiri, aber doch sehr kühn gewesen, die alte Position plötzlich umzustürzen.“

Wirkung habe das Werben der Grünen EU-Befürworter dennoch entfaltet. Für bezeichnend hält Chorherr das Ergebnis einer knapp vor dem Volksentscheid durchgeführten informellen, geheimen Abstimmung unter grünen Mitarbeitern im Wiener Rathausklub, die nicht direkt in den Parteiapparat integriert waren und wohl das Milieu grüner, urbaner Wähler widergespiegelt hätten: Zur Überraschung aller habe eine Mehrheit für den Beitritt votiert; eineinhalb Jahre zuvor wäre noch „ein sattes Nein“ herausgekommen, glaubt Chorherr. Für durchaus repräsentativ hält er auch die Erfahrung aus seinem privaten Umfeld, wonach sich grünaffine Menschen zusammengetan und bei der EU-Abstimmung auf Stimmensplitting gesetzt haben: „Wenn du mit Nein stimmst, dann stimme ich mit Ja.“⁵¹⁰

⁵¹⁰ Interview *Chorherr*, S. 1ff, 6, 8f, 12ff.

14. Schlussbetrachtungen

Die Beziehung der Grünen zur Europäischen Integration birgt einen Widerspruch: Eigentlich müsste ein Projekt wie die EU, das Politik auf eine Grenzen überschreitende, supranationale Ebene zu heben versucht, für Grüne verlockend erscheinen. Schließlich stand am Beginn der Ökologiebewegung die Erkenntnis einer von industriellem Raubbau ausgelösten globalen Umweltkrise – da scheint der Gedanke, zur Bewältigung auf gleichfalls globales Handeln zu setzen, nahe zu liegen. Strenge Emissionsgrenzen einzelner Staaten werden – um ein Beispiel zu nennen – den Treibhauseffekt nicht stoppen, wenn nicht via internationaler Verpflichtungen nachgezogen wird; ebenso ist die Sicherheit einer atomfreien Insel der Seligen inmitten lauter AKW-Staaten eine trügerische.

Dennoch haben die Grünen in ihrer Mehrheit mit einer Entschlossenheit gegen Österreichs EU-Beitritt gekämpft, die sich sicher in der Qualität der Argumente, aber in der Vehemenz mitunter kaum von der Kampagne der FPÖ unterschieden hat. Im Gegensatz zur Jörg Haider, der seine Partei entgegen ihrer traditionell EU-freundlichen Linie und die eigenen früheren Forderungen augenscheinlich auf einen grundsätzlichen, kompromisslosen Oppositionskurs gegen die große Koalition trimmte, folgten die Grünen dabei jedoch keinen parteipolitisch motivierten Impulsen. Taktische und strategische Überlegungen wurden zwar von einzelnen Protagonisten angestellt und mögen verstärkenden Einfluss entwickelt haben, spielten aber in Summe, wie sich in der vorliegenden Arbeit herauskristallisiert hat, eine untergeordnete Rolle. Den Ausschlag gaben inhaltliche Motive, das Nein der Grünen war von tiefen ideologischen Prägungen gespeist. In den Worten Voggenhubers aus dem Jahr 1993: In der EG-Frage liefen „alle historischen Wurzeln der Grünen zusammen. Es geht um unsere Glaubwürdigkeit.“⁵¹¹

Diese Wurzeln ankern in verschiedenen Traditionen. Ein grüner Common Sense ist die Urkritik an der bedingungslosen Wachstumsgläubigkeit, die in eine ökologische und soziale Katastrophe münden müsse. Aus dieser ökologischen Perspektive bot das real existierende europäische Einigungsprojekt viel Angriffsfläche: Obwohl mit dem politischen Ziel der Friedenssicherung gegründet, fand die Integration bis in die Neunzigerjahre hinein vornehmlich auf wirtschaftlicher Ebene statt. Der entstehende Binnenmarkt schien eben jenes gefürchtete „Prinzip der immer ungezügelteren

⁵¹¹ *Standard*, 19.5.1993, S. 6

Märkte“ (Petrovic) durchzusetzen, in denen Umweltpolitik nur Behübschung sei.⁵¹² Den Eindruck eines rein wirtschaftsorientierten Projekts verstärkte die Schlagseite der österreichischen Beitrittsdebatte, in der ökonomische Argumente Übergewicht hatten und treibende Kräfte Ziele wie Liberalisierung und Entstaatlichung verfolgten. Die Existenz der Euratom als eine der europäischen Gemeinschaften rief bei Grünen aus dem AKW-freien Österreich erst Recht Ressentiments hervor.

Aus einem linken und mitunter marxistischen Blickwinkel, wie er bei den Grünen ebenfalls verbreitet war, wirkte die EU nicht weniger abstoßend: Das Deregulierungsprojekt des Binnenmarktes erschien als Ausgeburt des neoliberalen Siegeszuges in der europäischen Politik, die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik als Auftakt zur „Militarisierung“ einer Europäischen Union, die sich als neue (imperialistische) Supermacht gebärden wolle. Letztere Vorbehalte wurden auch durch die Traditionen der Friedens- und Dritte-Welt-Bewegung genährt sowie durch das bei den Grünen ausgeprägte Neutralitätsverständnis.

Gegen die EU sprach überdies die bei den Grünen beheimatete grundsätzliche Skepsis gegenüber großen Einheiten. Dieses „Small ist beautiful“ resultiert einerseits aus weltanschaulichen Überzeugungen, wie sie etwa der Philosoph Leopold Kohr, der in der „krebsartig wuchernden Übergröße von Organismen“ die Wurzel allen sozialen Übels sah, artikulierte, andererseits aus den konkreten Erfahrungen der mit den Grünen verbundenen Bürgerinitiativen, deren aktionistische Proteststrategien auf lokaler und regionaler Ebene mehr Erfolg versprachen denn in der Auseinandersetzung mit fernen, übergeordneten Instanzen. Dezentralisierung war eine grüne Kernforderung, zu der die EU geradezu als Antithese erschien: In den Augen ihrer Kritiker verkörperte sie als „Super-Nationalstaat“ nicht nur eine zentralisierte, bürokratische Macht außer Reichweite des Bürgers, sondern angesichts eines schwachen Parlaments und gesetzgeberischer Kompetenzen in Regierungshand auch ein „anti- und vordemokratisches“ Gebilde.

All diese Vorbehalte schlugen sich in der Anti-Beitrittskampagne im Jahr 1994 nieder und überlagerten den gleichzeitig erhobenen Anspruch, eine grundsätzlich international orientierte Partei zu sein. Zwar betonten die Wortführer des grünen Neins, nicht gegen die europäische Einigung an sich, sondern nur gegen ihre Realisierung in Form der EU zu sein, doch die konkrete Argumentation ließ Anknüpfungspunkte für eine integrationsfreundliche Politik vermissen. Dies zeigte

⁵¹² Petrovic, Vorwort, S. XIff.

sich etwa am Umgang mit der Frage der Souveränität: Die Übertragung nationalstaatlicher Kompetenzen zu gemeinschaftlichen Organen ist zwingende Grundbedingung einer supranationalen Integration, worauf heute nicht zuletzt die Grünen regelmäßig hinweisen. In ihrer damaligen Kampagne aber thematisierten die Grünen den Verlust nationalstaatlicher Souveränität fast ausschließlich unter negativen Vorzeichen. Sie warnten vor der Aushöhlung nationaler Befugnisse, drohendem Einheitsrecht und der Entmachtung von Bundesstaat, Ländern und Gemeinden. Folgerichtig stemmten sich die Grünen auch gegen das im Vertrag von Maastricht verankerte Projekt der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, das genau eine solche Kompetenzverlagerung zur Folge hätte. In ihrem Leitbild zu einer alternativen Europapolitik rang sich die Partei lediglich zur vagen Erwägung durch, dass Abgabe von Souveränität punktuell und zeitlich beschränkt erfolgen könne.

Eine grundsätzlich integrationsfreundliche Haltung versuchten die Grünen zu demonstrieren, indem sie eine „strategische“ Alternative propagierten: Statt einzeln über den Beitritt zu verhandeln, solle Österreich eine Allianz der Efta-Staaten anstreben, die dann aus einer Position der gemeinsamen Stärke heraus Reformen erzwingen könne. Allerdings litt diese Alternative aus realpolitischen Gründen – auch innerhalb der Grünen selbst – an Glaubwürdigkeit. Weder hatte sich ein solches Bündnis, noch eine einheitliche Linie der Efta-Staaten abgezeichnet: Während die Schweizer sogar den EWR-Beitritt abgelehnt hatten, strebten die Regierungen Schwedens, Finnlands und Norwegens einen raschen EU-Beitritt an. Angesichts dieser Umstände drängt sich der Verdacht auf, dass die skizzierte Reformallianz nicht zuletzt (auch) den Zweck eines Feigenblattes hatte, um die Grünen in der Öffentlichkeit nicht als Europaverweigerer dastehen zu lassen.

Die Frage des Realismus ist bei der Bewertung der grünen Haltung keine Nebensächlichkeit. Zu Recht weist Chorherr darauf hin, dass sich Politiker nicht ausschließlich auf den Standpunkt einer reinen Lehre zurückziehen sollten, sondern zu überlegen hätten, was sie mit einer Entscheidung bewirken. Umgelegt auf den untersuchten Fall bedeutet dies: Sind die angebotenen integrationspolitischen Alternativen zum EU-Beitritt unrealistisch, dann gilt für die Grünen im Jahr 1994 eine Feststellung, die Anton Pelinka im Zusammenhang mit der aktuell auflebenden Anti-

EU-Agitation von rechter und linker Seite traf.⁵¹³ Wer gegen die Europäische Union eintritt, votiert – ob beabsichtigt oder nicht – de facto für den Nationalstaat.

Zusammenfassend lässt sich daraus schließen, dass sich die Politik der Grünen – anders als von Voggenhuber suggeriert – seit 1994 nicht nur in der Tonlage und anderen graduellen Nuancen gewandelt hat, sondern sehr wohl in der Substanz. Im Gegensatz zur damaligen Kampagne treten Österreichs Grüne heute ebenso wie ihr ehemaliger Europasprecher offen und offiziell für die Abgabe nationaler Souveränität an die EU ein und begreifen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik geradezu als logische Konsequenz der europäischen Integration. Folglich haben die Grünen in ihrer Europapolitik meiner Ansicht nach genau das vollzogen, was Voggenhuber so engagiert bestreitet: Eine Wende.

Dass diese von oben eingeleitet wurde, gibt Aufschluss, wie weit sich die grüne Realität bereits von basisdemokratischen Ansprüchen entfernt hatte. Es war kein an der Basis ausdiskutierter Mehrheitsbeschluss, der die Grünen dazu gebracht hat, dem Beitrittsvertrag im Nationalrat überraschenderweise zuzustimmen, sondern der Alleingang ein oder mehrerer Spitzenfunktionäre, der letztlich eine Dynamik entfacht hat, die von der restlichen Partei nachvollzogen wurde. Dass die Grünen statt auf Fundamentalopposition auf den Weg einer konstruktiven Pro-EU-Politik gesetzt haben, fügt sich in ihre Entwicklung von einer auf Widerstand spezialisierten Bewegung hin zu einer moderaten und pragmatischen, in vielerlei Hinsicht normalen Partei, die Machtteilhabe als Ziel vor Augen hat. Es scheint allerdings zu hoch gegriffen, die europapolitische Wende in Anlehnung an Wabl als Auslöser für diese Transformation zu sehen. Schon vor dem EU-Beitritt hatte bei den Grünen eine als „Professionalisierung“ begriffene Annäherung an das Wesen konventioneller Parteien eingesetzt, indem basisdemokratische Heiligtümer wie Rotationsprinzip und Unvereinbarkeitsregeln entsorgt und das von massenmedientauglichen Persönlichkeiten wie Madeleine Petrovic verkörperte Starprinzip etabliert wurde.

Nachwirkungen hatte die Beitrittsdebatte auch auf persönlicher Ebene. Der heftige Konflikt innerhalb der Grünen hinterließ zumindest bei den beiden Gegenpolen Voggenhuber und Langthaler augenscheinlich Ressentiments und Verletzungen. Die Eskalation des Streits lässt sich durch das Zusammenspiel verschiedener Faktoren erklären: Historische Konfliktlinien, persönliche Eigenheiten, eine traditionell ruppige grüne Streitkultur, mediale Befeuerung sowie die bei der grünen Mehrheit tief

⁵¹³ Anton Pelinka, Vortrag „Die unheilige Allianz. Die linke und rechten Extremisten gegen Europa“, am 8.10.2002 am Internationalen Forschungszentrum für Kulturwissenschaften in Wien.

verwurzelte Abneigung gegen die EU. Letzterer Umstand hat ebenso dazu beigetragen, dass die grüne Rhetorik mitunter auch in der parteipolitischen Auseinandersetzung nach Außen schrille Formen annahm. Diese Zuspitzungen sind freilich auch als Gegenreaktion auf eine Regierungspropaganda zu verstehen, die nicht minder auf Mythenbildung und Simplifizierung setzte.

Manch düstere Annahme von damals hat sich, wie auch die einstigen grünen Beitrittsgegner einräumen, als falsch herausgestellt; so wurde – um nur ein Beispiel zu nennen – die Angst vor der „Festung Europa“, die den Osten aussperre, durch die Erweiterungen rasch ad absurdum geführt. Auch hier zeigt sich, zumindest bei einem Teil der Grünen, ein grundsätzlicher Wandel im Verständnis der EU. Klang in den alten Argumenten ein Fatalismus durch, der die EU tendenziell als unabänderliche Fehlkonstruktion begriff, so glauben einstige Vertreter des grünen Neins mittlerweile an das Entwicklungspotenzial der Union – auch aus persönlicher Erfahrung: Der Europaparlamentarier Voggenhuber hat sich innerhalb der angeblich „antidemokratischen Verwaltungsdiktatur“ von Brüssel und Straßburg keinesfalls so ohnmächtig gefühlt, wie ihm das der Beitrittsgegner Voggenhuber prophezeit hatte.

15. Kurzbiografien der interviewten Politiker

Christoph Chorherr wurde am 9. Dezember 1960 in Wien geboren. Nach der Matura und einem Jahr als Freiwilliger beim Bundesheer studierte er Volkswirtschaft und schloss 1986 mit dem Titel des Magisters ab. Noch als Schüler hatte Chorherr gegen das AKW Zwentendorf demonstriert, beim Kampf gegen das Donaukraftwerk Hainburg 1984 war er ebenfalls unter den Aubesetzern. Nach dem Einzug der Grünen in den Nationalrat im Jahr 1986 wurde er Referent für Wirtschafts-, Energie- und Verkehrspolitik. 1991 zog Chorherr mit den Grünen in den Wiener Gemeinderat ein und wurde nicht amtsführender Stadtrat. Im März 1996 wurde Chorherr, dem der Ruf des Pragmatikers und Modernisierers anhaftet(e), Bundessprecher der Grünen, trat aber bereits im Dezember 1997 nach innerparteilichem Widerstand wieder ab. Er kehrte in die Kommunalpolitik zurück, fungierte von 1997 bis 2004 als Klubobmann der Grünen im Wiener Rathaus und danach bis dato als Gemeinderatsabgeordneter. Sein Schwerpunkt sind Planungs- und Verkehrspolitik, unter anderen konzipierte er eine autofreie Siedlung. Überdies baute er die Privatschule „Walz“ auf und initiierte Schulprojekte im südlichen Afrika.⁵¹⁴

Peter Pilz wurde am 22. Jänner 1954 in Kapfenberg geboren. Von 1973 bis 1979 studierte er Volkswirtschaft und Politikwissenschaft, Abschluss mit Promotion. Während seiner Studentenzeit engagierte er sich erst beim Verein Sozialistischer Studenten (VSSStÖ) und nach einem Zerwürfnis bei der trotzkistischen Gruppe Revolutionärer Marxisten. Über die Anti-AKW-Bewegung und die Hainburg-Protteste stieß Pilz zu den Grünen, für die er 1986 in den Nationalrat einzog. In den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen zu den Fällen Lucona und Noricum erwarb er sich den Ruf des „Aufdeckers“, den er sich bis heute bewahrt hat.

1991 legte Pilz sein Nationalratsmandat nieder, kandidierte als grüner Spitzenkandidat bei der Wiener Gemeinderatswahl, die mit dem Einzug der Grünen ins Rathaus endete. Er amtierte bis 1997 als Klubobmann der Grünen im Gemeinderat und war von 1992 bis 1994 überdies Bundessprecher der Grünen. 1999 wechselte Pilz zurück in den Nationalrat, dem er bis heute angehört. Zu seinen

⁵¹⁴ Pruckner, S. 65; *Wiener Zeitung*, 29.1.2005, S.22; Persönliche Informationen des Interviewten.

Arbeitsfeldern gehören die Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie parlamentarische Kontrolltätigkeit bezüglich vielerlei Themen.⁵¹⁵

Stefan Schennach wurde am 31. August 1956 in Biberwier, Tirol, geboren. Nach der Handelsschule absolvierte er die Akademie für Erzieher und Pädagogik, die Abendmatura sowie die Sozialakademie für Berufstätige. Schennach arbeitete als Erzieher, etwa im SOS-Kinderdorf Imst, als Bewährungshelfer und freier Journalist bei „Falter“, „Furche“ und „Standard“. Überdies engagierte sich Schennach in der Entwicklungshilfe – unter anderem als Mitbegründer des Österreichischen Informationsdienstes (ÖIE) und der „Südwind“-Buchhandlung (1979).

Ab 1988 arbeitete Schennach als Pressesprecher des Grünen Klubs, von 1992 bis 2001 als Bundespressesprecher der Grünen. Von 1991 bis 2010 war Schennach Bezirksrat in Wien/Döbling, bis 2005 in der Funktion des Klubobmannes. Von 2003 bis 2008 fungierte er als Vorsitzender der Bundesratsfraktion der Grünen, von 2001 bis 2010 als Mediensprecher. Im September 2010 trat er aus dem grünen Klub aus und wechselte in die sozialdemokratische Fraktion, wo er für sich bessere Perspektiven sah. Bis dato ist Schennach Bundesratsabgeordneter der SPÖ mit außenpolitischem Schwerpunkt; so ist er Mitglied der Konferenz der Europaausschüsse (COSAC) und der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung (EMPA). Darüber hinaus arbeitet Schennach als Lektor an verschiedenen Einrichtungen (etwa Fachhochschulen), als Rhetorik- und Kommunikationstrainer sowie als Kulturmanager.⁵¹⁶

Johannes Voggenhuber wurde am 5. Juni 1950 in Salzburg geboren. Nach der 5. Klasse brach er die Mittelschule ab, widmete sich Schriftstellerei, lebte eine Zeit in Frankreich. In der Folge arbeitete Voggenhuber bei der Nordstern-Versicherung, wo er mit 30 Leiter des Kundenbereichs wurde.

Ab 1977 fungierte er als Sprecher der Vereinigten Bürgerinitiativen Salzburg, die 1982 als Salzburger Bürgerliste mit 17 Prozent der Stimmen in den Gemeinderat einzog. Voggenhuber wurde Stadtrat, verantwortlich für Stadtplanung, Altstadtsanierung, Verkehr, Umwelt und Bauwesen, verlor sein Amt aber nach einem

⁵¹⁵ Pruckner, S. 44; Falter 46/06; Eintrag zu Peter Pilz auf der Homepage des österreichischen Parlaments. 17.11.2012. http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01210/ (Zugriff am 23.11.2012).

⁵¹⁶ Eintrag zu Stefan Schennach auf der Homepage des österreichischen Parlaments. 20.11.2012. http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_02953/index.shtml (Zugriff am 23.11.2012); persönliche Informationen des Interviewten.

Mandatsverlust bei den Wahlen 1987. Voggenhuber wurde 1988 Bundesgeschäftsführer der Grünen und nach seinem Einzug in den Nationalrat im November 1990 Klubobmann, verlor den Posten nach internen Streitigkeiten aber bereits wieder im Jänner 1992. Obwohl Voggenhuber als Europaspreecher die grüne Kampagne gegen Österreichs EU-Beitritt angeführt hatte, zog er 1995 als Abgeordneter ins Europaparlament ein. Er arbeitete als Mitglied des Verfassungskonvents am später von den Franzosen und Niederländern verworfenen Entwurf für eine EU-Verfassung mit und fungierte als Ko-Berichterstatter des Europäischen Parlaments für die Grundrechtecharta. Ein innerparteilicher Streit um den ersten Listenplatz für die Europawahl 2009 mündete in eine Kampfabstimmung, die Voggenhuber gegen Ulricke Lunacek verlor. Der Unterlegene beendete sein Engagement für die Grünen und setzte sich in der Folge für das „Demokratiebegehren“ MeinOE ein.⁵¹⁷

Andreas Wabl wurde am 28. Februar 1951 in Graz geboren. Nach der Matura absolvierte er die pädagogische Akademie in Klagenfurt und 1975 die Lehramtsprüfung. Bis 1986 unterrichtete er in den Volksschulen von St.Peter am Ottersbach und Gamlitz. Seine politische Karriere begann Wabl als Gründungsmitglied der Alternativen Listen Steiermark (1982) und Österreich (1983). 1986 zog er mit den Grünen in den Nationalrat ein, wo er bis 1999 ein Mandat innehatte: Unter anderem fungierte Wabl als Obmann des Rechnungshofausschusses, als Mitglied des Landesverteidigungsrates, als Klubobmann seiner Fraktion (1988-1990) sowie als Obfraustellvertreter (1992-1995). Nach seiner parlamentarischen Karriere arbeitete Wabl als Mediator. Im August 2007 berief ihn Bundeskanzler Alfred Gusenbauer zu seinem persönlichen Klimaschutzbeauftragter. Gusenbauers Nachfolger Werner Faymann kündigte den Vertrag im November 2008, im März 2009 kam es zu einer einvernehmlichen Auflösung. Seit 2010 ist Wabl „Vizepräsident of Business Relations“ beim Biotechnologieunternehmen Trianni Inc, Kalifornien. Überdies betreibt Wabl eine Nebenerwerbslandwirtschaft in Großklein in der Steiermark.⁵¹⁸

⁵¹⁷ *Falter* 33/01; Eintrag zu Johannes Voggenhuber auf der Homepage des österreichischen Parlaments. 2.10.2012. http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01355/index.shtml (Zugriff am 23.11.2012); persönliche Informationen des Interviewten.

⁵¹⁸ Eintrag zu Andreas Wabl auf der Homepage des österreichischen Parlaments. 2.10.2012. http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01375/index.shtml (Zugriff am 23.11.2012); persönliche Informationen des Interviewten.

16. Literaturverzeichnis

16.1. Monografien, Aufsätze, Broschüren

Balsen, Werner; *Rössel* Karl: Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte Welt-Bewegung in der Bundesrepublik. Köln 1986.

Beck, Ulrich: Politik in der Risikogesellschaft. Frankfurt am Main 1991.

Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main 1986.

Bomborg, Elizabeth : Green Parties and Politics in the European Union. London, New York 1998.

Burtscher, Christian: Verdeckt von drei Zauberkostümen. Europäischer Zentralismus. In: *Voggenhuber*, Johannes, *Floss*, Franz (Hrsg.): Österreichs Europa-Integration als Walze-Walzer? Linz 1992, S. 11-32.

Chorherr, Christoph: Reform oder EG. In: *Impuls Grün* 1/89, S. 11-12.

Dachs, Herbert, *Gehrlich* Peter (u.a. Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Wien 1992.

Dachs, Herbert: Grünalternative Parteien. In: *Dachs*, Herbert, *Gerlich* Peter (u.a. Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Wien 1992.

Eminger, Stefan, *Langthaler*, Ernst (Hrsg.): Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Band 1, Politik. Wien, Köln, Weimar 2008.

Euteneuer, Matthias: Individualisierung, zweite Moderne und Soziale Arbeit. Zur Rezeption Ulrich Becks in der Theorie Sozialer Arbeit. Dortmund 2005.

Falter, Jürgen, Klein, Markus: Der lange Weg der Grünen. München 2003.

Felbinger, Günther, Stigler, Hubert: Der Interviewleitfaden im qualitativen Interview. In: Stigler, Hubert, Reicher, Hannelore (Hrsg.): Praxisbuch Empirische Sozialforschung in den Erziehungs- und Bildungswissenschaften. Innsbruck, Wien, Bozen 2005, S. 129-134.

Fischer, Joschka: Die Krise der Umweltpolitik. In: Beck, Ulrich: Politik in der Risikogesellschaft. Frankfurt am Main 1991. S. 313-329.

Flick, Uwe, Von Kardorff, Ernst, Steinke, Ines (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg 2004.

Gehler, Michael: Vom Marshall-Plan bis zur EU. Österreich und die europäische Integration von 1945 bis zur Gegenwart. Innsbruck, Wien, Bozen 2006.

Gottweis, Herbert: Neue Soziale Bewegungen in Österreich. In: Dachs, Herbert, Gerlich, Peter (u.a. Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Wien 1992, S. 309-332.

Die Grüne Alternative: Ja zu Europa, Nein zur EG. Wien 1993. Beilage zu Impuls Grün, 5/1993.

Grüne Bildungswerkstatt (Hrsg.): EU – So nicht. Die Verhandlungsergebnisse aus der Sicht der Grünen. Wien 1994. Beilage zu Impuls Grün 6/1994.

Haas, Hanns, Hoffmann, Robert, Kriechbaumer, Robert (Hrsg.): Salzburg. Städtische Lebenswelt(en) seit 1945. Wien, Köln, Weimar 2000.

Heschl, Franz: Drinnen oder draußen? Die öffentliche österreichische EU-Debatte vor der Volksabstimmung 1994. Wien 2002.

Hofbauer, Hannes: Rotstilzchen. In: *Nußbaumer*, Martina, *Schwarz*, Werner Michael (Hrsg.): Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern. Katalog zur 381. Sonderausstellung des Wien Museums. Wien 2012. S. 148-151.

Hopf, Christel: Qualitative Interviews – ein Überblick. In: *Flick*, Uwe, *Von Kardorff*, Ernst, *Steinke*, Ines (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg 2004. 349-360.

Inglehart, Ronald: Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt. In: *Klages*, Helmut (Hrsg.): Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel. Frankfurt am Main, New York. 1979.

Judt, Tony: Große Illusion Europa: Gefahren und Herausforderungen einer Idee. München, Wien 1996.

Jordan, Gerhard: Der Grüne Aufbruch. In: *Impuls Grün* 1/89. S. 14.

Kaiser, Wolfram: Die EU-Volksabstimmungen in Österreich, Finnland, Schweden und Norwegen: Verlauf, Ergebnisse, Motive und Folgen. Wien 1995.

Khol, Andreas, *Ofner*, Günther, *Stirnemann*, Alfred (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik Jahrgänge 1987, 1993, 1994, 1995. München, Wien 1988, 1994, 1995, 1996.

Kohr, Leopold: Das Ende der Großen. Zurück zum menschlichen Maß. Salzburg/Wien 2002.

Kos, Wolfgang: Vorwort. In: *Nußbaumer*, Martina, *Schwarz*, Werner Michael (Hrsg.): Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern. Katalog zur 381. Sonderausstellung des Wien Museums. Wien 2012. S.12-14.

Krammer, Reinhard: „You’ll never walk alone“ – die Welt der Austria-Salzburg-Fans. In: *Haas*, Hanns, *Hoffmann*, Robert, *Kriechbaumer*, Robert (Hrsg.): Salzburg. Städtische Lebenswelt(en) seit 1945. Wien, Köln, Weimar 2000. S. 359-406.

Langer, Alexander: Ein politisches Nein. In: *Impuls Grün*, 3/1993, S. 5.

Langthaler, Monika: Grüne und Europa. Plädoyer für eine neue Europapolitik der Grünen. In: *Khol, Andreas, Ofner, Günther, Stirnemann Alfred* (Hrsg.): *Österreichisches Jahrbuch für Politik 1993*. München/Wien 1994. S. 687-706.

Lauber, Volkmar: Umweltpolitik. In: *Dachs, Herbert, Gerlich, Peter* (u.a. Hrsg.): *Handbuch des politischen Systems Österreichs*. Wien 1992.

Luf, Paul: der Weg zum 12. Juni: 1955, 1957, 1962, 1972/73. In: *Pelinka, Anton* (Hrsg.): *EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich*. Wien 1994, S. 23-48.

Lindtner, Harald C.: „Die vierte Fraktion“ – die Grüne Alternative als neue politische Partei in Österreich. Entstehung, Entwicklung und Darstellung der grünen Parlamentspartei in Österreich. Diplomarbeit. Wien 1991.

Meissner-Blau, Freda: Hat Hainburg die Republik verändert? In: *Monjencs, Ingrid, Rainer, Herbert* (Hrsg.): *Hainburg. Fünf Jahre danach*. Wien 1989. S. 53-59.

Monjencs, Ingrid, Rainer, Herbert (Hrsg.): *Hainburg. Fünf Jahre danach*. Wien 1989.

Müller, Wolfgang C.: Das Parteiensystem. In: *Dachs, Herbert, Gerlich, Peter* (u.a. Hrsg.): *Handbuch des politischen Systems Österreichs*. Wien 1992.

Nußbaumer, Martina, Schwarz, Werner Michael (Hrsg.): *Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern*. Katalog zur 381. Sonderausstellung des Wien Museums. Wien 2012.

Nußbaumer, Martina, Schwarz, Werner Michael: „Für alle“. Eigenarten von Hausbesetzungen und Kämpfen um selbstverwaltete Kulturzentren in Wien. In: *Nußbaumer, Martina, Schwarz, Werner Michael* (Hrsg.): *Besetzt! Kampf um*

Freiräume seit den 70ern. Katalog zur 381. Sonderausstellung des Wien Museums. Wien 2012. S. 16-21.

Neisser, Heinrich: Das politische System der EG. Wien 1993.

O'Neill, Michael: Green Parties and Political Change in Contemporary Europe: New Politics, Old Predicaments. Aldershot, Brookfield 1997.

Pelinka, Anton: Ausweg EG? Innenpolitische Motive einer außenpolitischen Umorientierung. / Anton Pelinka, Christian Schaller, Paul Luif. Wien, Graz 1994.

Pelinka, Anton: Europäische Integration und politische Kultur. In: *Pelinka*, Anton: Ausweg EG? Innenpolitische Motive einer außenpolitischen Umorientierung. Wien, Graz 1994. 11-26.

Pelinka, Anton (Hrsg.): EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich. Wien 1994.

Pelinka, Anton: Europa. Ein Plädoyer. Wien 2011.

Pelinka, Anton, *Seiser*, Christian: Europa – ade? Zum Wandel der Einstellungen österreichischer Eliten zur Europäischen Union und mögliche Implikationen für staatliche Akteure. Wien 2010.

Pelinka, Anton: Hainburg als Stunde Null. In: *Monjencs*, Ingrid, *Rainer*, Herbert (Hrsg): Hainburg. Fünf Jahre danach. Wien 1989, S. 61-62.

Pelinka, Anton: Europa der Regionen – zur Unschärfe eines Begriffes. In: Informationen zur politischen Bildung, 5/1993, S. 43-45.

Petrovic, Madeleine: Das Grüne Projekt. Zwischen Ernüchterung und Hoffnung. Wien 1994.

Pfeifer, Judith: Die Entstehungsgeschichte und Entwicklung der Grünparteien Italiens und Österreichs von der Bewegung zur Partei. Ein Vergleich. Diplomarbeit, Wien 2001.

Plasser, Fritz: Die unsichtbare Fraktion. Struktur und Profil der Grün-Alternativen in Österreich. In: *Khol, Andreas, Ofner, Günther, Stirnemann, Alfred* (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik. München/Wien 1988.

Plasser, Fritz: Parteien unter Stress. Wien, Graz (u.a.) 1987.

Plasser, Fritz, Ulram, Peter: Meinungstrends, Mobilisierung und Motivlagen bei der Volksabstimmung über den EU-Beitritt. In: *Pelinka, Anton*: EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich. Wien 1994, S. 87-119.

Pollak, Johannes, Slominski, Peter: Das politische System der EU. Wien 2012.

Pruckner, Othmar: Eine kurze Geschichte der Grünen. Wien 2005.

Radkau, Joachim: Die Ära der Ökologie. München 2011.

Raschke, Joachim: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss. Frankfurt/Main 1985.

Schandl, Franz: Die vierte Kraft. Zur Herausbildung der Grünen. In: *Eminger, Stefan; Langthaler, Ernst* (Hrsg.): Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Band 1, Politik. Wien, Köln, Weimar 2008. S. 601-615.

Schandl, Franz, Schattauer, Gerhard: Die Grünen in Österreich. Wien 1996.

Schaller, Christian: Innenpolitische EG-Diskussion seit den 80er Jahren. In: *Pelinka, Anton*: Ausweg EG? Innenpolitische Motive einer außenpolitischen Umorientierung. Wien, Graz 1994, S. 27-269.

Schaller, Christian: „Ja“ oder „Nein“ zu „Europa“? In: *Pelinka, Anton* (Hrsg.): EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich. Wien 1994, S.49-85.

Scharsach, Gilbert: EU-Handbuch. Das große Nachschlagewerk der österreichischen EU-Diskussion. Wien 1996.

Schattauer, Gerhard: Zur Rolle der Alternativen Liste Österreich (ALÖ) im grünalternativen Parteibildungsprozess. Diplomarbeit, Wien 1988.

Schmidauer, Doris: Österreich und die Europäische Integration. Zu den ökonomischen Auswirkungen eines EWR-Beitritts. In: *Voggenhuber, Johannes, Floss, Franz*: Österreichs Europa-Integration als Walze-Walzer? Linz 1992, S. 59-113.

Staudinger, Karl: Neutralität und EG. Die Quadratur des Kreises. In: *Impuls Grün* 1/89, S. 8-10.

Stenitzer, Elisabeth: Der Konflikt um Hainburg. Eine Chronologie der Ereignisse und deren Auswirkungen auf das politische System Österreichs. Wien 1994.

Stigler, Hubert, Reicher, Hannelore (Hrsg.): Praxisbuch Empirische Sozialforschung in den Erziehungs- und Bildungswissenschaften. Innsbruck, Wien, Bozen 2005.

Straubinger, Johannes: Naturkatastrophe Mensch. Ende oder Wende. Norderstedt 2009.

Straubinger, Sybille: Professionalisierung und „Normalisierung“ der Grünen Alternative seit 1990. Diplomarbeit, Wien 1995.

Touraine, Alain: Die antinukleare Prophetie. Zukunftsentwürfe einer sozialen Bewegung. Frankfurt am Main, New York 1982.

Ullram, Peter: Politische Kultur der Bevölkerung. In: *Dachs, Herbert, Gehrlich Peter* (u.a. Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Wien 1992, S. 466-474.

Voggenhuber, Johannes: Die EU reformieren. Die europäische Integration und die Politik der Grünen vor und nach der österreichischen Volksabstimmung. In: *Khol, Andreas, Ofner, Günther, Stirnemann, Alfred* (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1994. München/Wien 1995.

Voggenhuber, Johannes: Nein zur EG – eine Chance für Europa. In: *Die Grüne Alternative: Ja zu Europa, Nein zur EG*. Wien 1993, S.4-8.

Voggenhuber, Johannes, Floss, Franz: Österreichs Europa-Integration als Walze-Walzer? Linz 1992.

16.2. Internetquellen

Europamanifest der österreichischen Grünen Alternative. 1989, S. 2. In: cvce, 6.9.2012. <http://www.cvce.eu/viewer/-/content/9ad04f3d-2c40-44c1-bb83-944a04e6e5ac/de> (Zugriff am 8.10.2012)

Interview mit Christophe *Fourel*: Andre Gorz: Vordenker der Sozialbewegungen. In: science.orf.at. 22.9.2009. <http://science.orf.at/stories/1627848/> (Zugriff am 11.8.2012).

Mayr, Johannes, Mayr, Oliver, Waidacher, Michael: Vergleich der Methoden der Soziologie und der Geschichte. Wien 1996, Kapitel 1, 2, 6, 9. <http://www.boku.ac.at/mi/fp/soz/soziologie.html> (Zugriff am 15.11.2012).

Republik Österreich, Parlamentsdirektion: Homepage des Österreichischen Parlaments, „Wer ist Wer“. 18.10.2012. <http://www.parlament.gv.at/WWER/> (Zugriff am 23.11.2012)

Voggenhuber, Johannes: Wie einst Ikarus. In: Zeit Online, 6.5.2010. <http://www.zeit.de/2010/19/A-Voggenhuber-Europa-Verantwortung> (Zugriff am 25.5.2012).

Walther, Rudolf Der Ökosozialist aus Frankreich. In: Taz, Berlin, 12.11.2011.
<http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=pb&dig=2011%2F11%2F12%2Fa0054&cHash=b1a6fa9bee> (Zugriff am 11.8.2012).

Walther, Rudolf: Utopie oder Tod. In: Der Freitag. Berlin, 3.4.2011.
<http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/utopie-oder-tod> (Zugriff am 11.8.2012).

Winter, Stefanie: Quantitative vs. Qualitative Methoden. Mannheim 2000.
http://imihome.imi.uni-karlsruhe.de/nquantitative_vs_qualitative_methoden_b.html
(Zugriff am 15.11.2012).

Die Welt von Gestern. In: Literaturplattform Xlibris.
<http://www.xlibris.de/Autoren/Zweig/Kurzzinhalt/Die+Welt+von+Gestern?page=0%2C1>
(Zugriff am 28.10. 2012).

16.3. Zeitungen, Zeitschriften, Agenturen:

Austria Presse Agentur, diverse Meldungen.

Falter, diverse Ausgaben.

Impuls Grün, Zeitschrift der Grünen Alternativen, seit 1993: *Impuls*, diverse Ausgaben 1989-1994.

Informationen zur politischen Bildung, Nr. 5/1993.

Kurier, diverse Ausgaben.

Die Presse, diverse Ausgaben.

Salzburger Nachrichten, diverse Ausgaben.

Der Standard, diverse Ausgaben.

Wiener Zeitung, diverse Ausgaben.

16.4. Archivmaterial

Archiv der Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte, OR Grüne-1, Mappe 110, Grüne Alternative, Protokolle Bundesvorstand 1992, 1993.

Archiv der Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte, OR Grüne-1, Mappe 116, Grüne Alternative, Protokolle Erweiterter Bundesvorstand (EBV) 1992, 1993.

Archiv der Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte, OR Grüne-1, Mappe 117, Grüne Alternative, Protokolle Bundestagung.

Grüne Europapolitik in der Europäischen Union: Beschluss des Bundesvorstandes der Grünen vom 14. Juni 1994. Aus dem Privatarchiv von Gerhard Jordan.

16.5. Vom Autor geführte Interviews

Abschrift des Interviews mit Christoph *Chorherr*, geführt am 3.3.2007 in Wien.

Abschrift des Interviews mit Peter *Pilz*, geführt am 11.7.2011 in Wien.

Abschrift des Interviews mit Stefan *Schennach*, geführt am 30.3.2011 in Wien.

Abschrift des Interviews mit Andreas *Wabl*, geführt am 12.9.2011 in Wien.

Abschrift des Interviews mit Johannes *Voggenhuber*, geführt am 3.10.2009 in Wien.

Anhang

A1. Abstract

Die österreichischen Grünen haben ihre Einstellung zur Europäischen Union im Laufe der vergangenen drei Jahrzehnte massiv geändert. Schlug dem konkreten (west-)europäischen Einigungsprojekt aus grünen Reihen einst starke Skepsis entgegen, so positioniert sich die Partei spätestens seit dem neuen Jahrtausend als entschiedene EU-Befürworterin, die auf tief greifende Integrationsschritte drängt. Ein Schlüsseljahr ist in diesem Zusammenhang 1994: Mit einer energischen Kampagne mobilisierten die Grünen gegen Österreichs EU-Beitritt, stimmten nach dem positiven Ergebnis der Volksabstimmung aber dem Beitrittsvertrag im Nationalrat zu und lösten so einen Wandel der eigenen Europapolitik aus.

Die vorliegende Diplomarbeit analysiert die Hintergründe dieser Ereignisse. Warum stemmte sich eine Partei, die nicht zuletzt aus der Erkenntnis globaler (Umwelt-)Probleme entstand, vehement gegen ein Projekt, das supranationale Politik zu realisieren versuchte? Welche Motive gaben den Ausschlag? Wie ist die Dynamik der innergrünen Debatte zu erklären, die zu heftigen Streitigkeiten in der Partei und einer Eskalation in der Rhetorik führte? Vollzogen die Grünen eine politische „Wende“ oder standen sie stets auf dem Boden einer prinzipiell europafreundlichen Partei, die zwar die EU, aber nicht die Idee der Integration ablehnte?

Zentrale Quelle sind die Ergebnisse aus Interviews mit fünf Protagonisten, die bei den Grünen im Jahr 1994 maßgebliche Rollen gespielt haben: Europasprecher Johannes Voggenhuber, Bundessprecher Peter Pilz, Vizklubobmann Andreas Wabl, Pressesprecher Stefan Schennach und Stadtrat Christoph Chorgherr. Die Gespräche wurden nach der Methode des teilstandardisierten qualitativen Leitfadenterviews geführt, die für den Zweck des Beschreibens, Interpretierens und Verstehens von Zusammenhängen geboten erschien. Ein Datenträger mit Abschriften der Interviews liegt der gebundenen Version der Diplomarbeit bei.

Untersucht werden die Vorgeschichte der Grünen und die darin verwurzelten EU-skeptischen Traditionen, der Verlauf der europapolitischen Debatte, die Hintergründe der innerparteilichen Auseinandersetzungen, die maßgeblichen Beweggründe grüner Gegner und Befürworter des österreichischen EU-Beitritts, die angebotenen europapolitischen Alternativen, sowie die inhaltliche Qualität der grünen Kampagne.

Aus der Analyse ergibt sich, dass die grüne Abneigung gegen den EU-Beitritt vornehmlich von inhaltlichen, ideologisch geprägten Motive gespeist wurde, was die Vehemenz der ausgefochtenen Debatten mit erklärt, während taktische und sonstige Beweggründe eine untergeordnete Rolle spielten. Die grüne Argumentation in der Anti-Beitrittskampagne bot kaum Anknüpfungspunkte für eine integrationsfreundliche Politik und unterschied sich darin nicht nur in graduellen Nuancen, sondern in der Substanz von jener Haltung, auf die sich die Grünen schrittweise nach dem vollzogenen EU-Beitritt festlegten. Die Arbeit widmet sich abschließend Auslösern, Motiven und Interpretationen dieses Prozesses, der sich als politische „Wende“ kategorisieren lässt.

A2. Lebenslauf

Gerald John

Währingerstraße 50/2/26

1090 Wien

E-mail: gerald.john@derstandard.at

Geboren am 22.01.1974 in Wien - Österreich

Familienstand: ledig

Staatsangehörigkeit: österreichisch

Ausbildung

09/1980 – 06/1984	Besuch der Volksschule Steyr.
09/1984 – 06/1992	Besuch des Bundesgymnasiums Steyr. Abschluss mit Matura.
10/1992 – 05/1992	Absolvierung des Präsenzdienstes beim österreichischen Bundesheer.
10/1992 - dato	Studium an der Universität Wien in den Fächern Geschichte, Politikwissenschaften und Spanisch, zuletzt ausschließlich Geschichte (noch nicht abgeschlossen).
10/2001 - 08/2002	Auslandsstudienjahr an der Fakultät für Geisteswissenschaften und Philosophie der Universität Granada / Spanien mit dem Schwerpunkt spanische und lateinamerikanische Geschichte.

Berufliche Tätigkeiten

10/1991 - 06/1991	Freie Mitarbeit als Printjournalist bei den „Oberösterreichischen Nachrichten“ in Linz.
09/1993 - 05/1994	Freie Mitarbeit als Printjournalist bei den „Niederösterreichischen Nachrichten“ in Amstetten.
04/1994 - 08/1998	Freie Mitarbeit als Printjournalist bei der Wiener Stadtzeitung „Falter“.
08/1998 - 07/2007	Politikredakteur bei der Wiener Stadtzeitung „Falter“.
08/2007 – dato	Innenpolitikredakteur bei der Tageszeitung „Der Standard“.

Wien, 10. Dezember 2012

Gerald John